

## **Transatlantische und mittelöstliche „Krisenbögen“**

**Die US-Sicherheitspolitik im Zweiten Kalten Krieg zwischen  
NATO-Modernisierung und Carter-Doktrin – und ihre Einschätzung  
durch die östliche Spionage (1977-1985).**

von Dr. Michael Schmid

## Inhalt:

1. Zwischen Weser-Lech-Linie und dem Persischen Golf .....	7
2. Bevor CENTCOM kam: Die militärische Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten .....	17
3. In Europa wieder nur bedingt abwehrbereit? Die NATO-Initiativen der Carter-Administration und die Entstehungsgeschichte des LTDP .....	19
4. Die Tankstelle des Westens in Gefahr: Visionen, Masterpläne und realer Machtverfall der USA 1978/79 .....	37
5. Die Russen kommen... vielleicht... oder doch nicht? Das Iranszenario 1980 .....	51
6. Bürokratische und militärische Sandkastenspiele vor und nach dem „Desert One“-Debakel .....	56
7. Im Spagat zwischen „Fulda Gap“ und der Straße von Hormus? Die Fortschritte und Grenzen der NATO-Militärpolitik, aus der Perspektive des Gegners .....	64
8. Carters und Brzezinskis Vermächtnis: PD-62, PD-63 und die Geburt von CENTCOM .....	78
9. Wieviel Barrel ist Europa wert? Die weiteren Auswirkungen der Carter-Doktrin im (Zerr-)Spiegel der HVA-Berichterstattung .....	88
10. Die HVA und die „Mängellisten“ der NATO 1984-85 .....	93
Schlussbetrachtungen .....	109

## Transatlantische und mittelöstliche „Krisenbögen“

### Die US-Sicherheitspolitik im Zweiten Kalten Krieg zwischen NATO-Modernisierung und Carter-Doktrin – und ihre Einschätzung durch die östliche Spionage (1977-1985).

von Dr. Michael Schmid<sup>1</sup>

Das Menetekel an der Wand schien eindeutig: Sollte dieses Land, diese geostrategische Schlüsselregion für die USA verloren gehen, wäre das gleichzusetzen mit einer massiven Niederlage der Supermacht, in ihren Auswirkungen sogar weit gravierender einzuschätzen als einst das Debakel des Vietnamkrieges. So war es zu lesen in einem internen Grundsatzmemo zur US-Regionalstrategie für den Mittleren Osten, für die Augen des Amtsinhabers im Weißen Haus verfasst von seinem wichtigsten Berater.

Gleichzeitig gab es andere Stimmen, vor allem aus den Reihen der europäischen Verbündeten, welche Washington nachdrücklich vor vorschnellen Schlüssen und einem zu radikalen Umschwenken bei den Bedrohungsanalysen warnten: Der *eigentliche* Hauptfeind des Westens rüste massiv auf und versuche, die Partner diesseits und jenseits des Atlantiks zu spalten. Da sei es doch nur töricht, wenn die USA zu viele ihrer knappen militärischen und nachrichtendienstlichen Ressourcen von der zentralen Front umleiten auf einen Nebenkriegsschauplatz: Vielmehr müssten jene Instrumente vom Westen konzentriert und koordiniert in Stellung gebracht werden.

Diese abstrakt umrissene Episode mag dem Leser nur allzu vertraut vorkommen, scheint sie doch aus der jüngsten Debatte um die Intervention und die Fortdauer der Präsenz der US-Streitkräfte im Irak entlehnt zu sein. Gerade im Sommer 2007 bemühte Präsident George W. Bush seine Variante der Vietnamkriegsanalogie, nur um aus den Reihen der Demokraten und von Wissenschaftlern energischen Protest zu ernten.<sup>2</sup> In der Diskussion um die Berichterstattung von General Petraeus und Botschafter Crocker über Erfolge und Misserfolge der „Surge“ ging es im Hintergrund auch um die Frage, ob sich die USA heute nicht in einer halbwegs vergleichbaren counterinsurgency-Situation befänden wie dereinst die Nixon-Administration in der Phase der militärischen Umsteuerung unter General Abrams, nach dem Schock der Tet-Offensive.<sup>3</sup> Nicht zufällig hatte zuvor bereits Henry A. Kissinger in einer seiner Wortmeldungen mit ähnlichen argumentativen Rückgriffen auf den Vietnamkrieg vor einem vorzeitigen Abzug der Truppen aus dem Zweistromland gewarnt.<sup>4</sup> Und bereits lange zuvor hatte man die Analogieformel „Der Irak wird für die USA noch schlimmer als Vietnam“ so oder ähnlich auch von Peter Scholl-Latour gehört – tatsächlich scheint ein solcher Pessimismus durchaus gerechtfertigt.

---

<sup>1</sup> Diese Untersuchung entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojektes des Autors an der Universität Augsburg mit dem Titel: „Vom Raketenschach der Kubakrise zum Krieg gegen den Terror: Krisenmanagement, Systeme der Friedenssicherung und militärische Konflikte im Wandel“. Der Aufsatz stellt eine komprimierte Fassung eines Teils jener Forschungsergebnisse dar, welche der Autor demnächst in Buchform publizieren wird. Kommentare und Fragen bitte an: MichaelSchmid@hotmail.com.

<sup>2</sup> Vgl. Thom Shanker, *Historians Question Bush's Reading of Lessons of Vietnam War for Iraq*, in: New York Times, 23.8.2007.

<sup>3</sup> Vgl. insgesamt: John Dumbrell and David Ryan (Eds.), *Vietnam in Iraq. Tactics, lessons, legacies and ghosts* (Contemporary Security Studies), London / New York 2007.

<sup>4</sup> Henry A. Kissinger, *Lessons for an Exit Strategy*, in: Washington Post, 12.8.2005, A19 (OpEd). Ganz ähnlich hatte Kissinger übrigens auch in einer bekannten Denkschrift für Nixon vom 10. Februar 1969 argumentiert, welche er „salted peanut memo“ nannte.

Oft genug hatten andererseits die europäischen Gegner des Irakabenteuers ihren Einspruch gegen Präsident Bushs Pläne mit der Argumentation untermauert, es sei nicht Saddam Hussein, sondern al-Qaida und deren assoziierte Netzwerke, welche die Hauptgefahr für den Westen darstellten, und durch die irakische Diversion spielten die USA den Terroristen doch nur in die Hände.

Allein, der Eindruck trägt. Vom irakischen Desaster der Bush-Administration ist hier ausnahmsweise nicht die Rede. Vielmehr findet sich die eingangs paraphrasierte Warnung in einem Memorandum vom Dezember 1978, verfasst für Präsident Jimmy Carter von seinem Nationalen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski.<sup>5</sup> Damals wurde ein langer, globaler Krieg noch nicht gegen den islamistischen Terrorismus, sondern gegen die Sowjetunion und die kommunistische Bedrohung geführt, und Ende der 70er Jahre erreichte die Konfrontation der Blöcke eine neue, gefährliche Qualität: Der „Zweite Kalte Krieg“ wurde geprägt durch eine neue Stufe im nuklearen Wettrüsten, mithin die sowjetischen SS-20 versus die NATO-Nachrüstung, durch Moskaus Expansion am Horn von Afrika und schließlich fast exakt ein Jahr nach Brzezinskis Denkschrift durch den neuen Kälteschock des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Und das Land, welches in Brzezinskis Version einer geostrategischen Dominotheorie eine so zentrale Rolle einzunehmen schien, war nicht der Irak, damals ein (freilich durchaus unangenehmer) Verbündeter der Sowjets, sondern natürlich – der Iran in der Endphase der Herrschaft des Schah.

Zahllose Bücher und Studien haben in den letzten Jahren die Forschung zur Geschichte der US-Politik im Nahen und Mittleren Osten bereichert. Der Schwerpunkt der Diskussionen zur Spätphase des Kalten Krieges konzentriert sich nicht zuletzt auf die beiden einschneidenden Ereignisse des Epochenjahres 1979, die Revolution im Iran<sup>6</sup> und der Beginn der Passion des afghanischen Volkes<sup>7</sup>. Die nachfolgende Untersuchung freilich beschäftigt sich mit einer Reihe sicherheits- und militärpolitischer Themenfelder im Schatten jener regionalen tektonischen Erschütterungen und im Gefolge der parallelen Kontroversen um die neue sowjetische Bedrohung für Westeuropa im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses.

Dabei sei zunächst das Augenmerk auf zwei aktuelle Forschungsbeiträge gelenkt, welche ein neues Licht auf die militärische und diplomatische Basis der Carter-Doktrin werfen: Olav Njølstad führt in seiner Studie die These aus, die Vorbereitungen zur Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe für den Mittleren Osten bzw. Südwestasien, der *Rapid Deployment Force* (RDF) bzw. *Rapid Deployment Joint Task Force* (RDJTF), stellten gleichsam einen Quantensprung dar: Mit der Konzipierung eines solchen Expeditionskorps von nicht unerheblicher Stärke hätte die US-Sicherheitspolitik unter Brzezinski und Carter erstmals eine signifikante Prioritätenverschiebung in den strategischen und militärpolitischen Planungen weg vom alten Europa und hinein in die ölreiche Krisenregion vorgenommen. Eine Verschiebung, welche direkte Folgen haben konnte für das militärische Engagement und die Schlagkraft der US-Streitkräfte in einem Krieg gegen den Warschauer Pakt in

<sup>5</sup> Zbigniew Brzezinski an Präsident Jimmy Carter: „NSC Weekly Report # 83“, - secret -, 28.12.1978, in: *Declassified Documents Reference System* (im Folgenden als DDRS abgekürzt).

<sup>6</sup> Um an dieser Stelle nur einige Titel anzuführen: Kenneth M. Pollack, *The Persian Puzzle. The Conflict between Iran and America*, New York 2004; Robert Dreyfuss, *Devil's Game. How the United States helped unleash Fundamentalist Islam*, New York 2005; Ray Takeyh, *Hidden Iran. Paradox and Power in the Islamic Republic*, New York 2006; Mark Bowden, *Guests of the Ayatollah. The First Battle in the West's War with Militant Islam*, London 2007.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Steve Coll, *Ghost Wars. The Secret History of the CIA, Afghanistan, and bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001*, New York 2004; Christopher Andrew and Vasili Mitrokhin, *The KGB and the World. The Mitrokhin Archive II*, London 2006, S. 386ff.; Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005, S. 288ff.; Lawrence Wright, *Der Tod wird Euch finden. Al-Qaida und der Weg zum 11. September*, München 2007, S. 120ff.

Mitteleuropa.<sup>8</sup> Als Reaktion auf Njølstads Vorlage hat William E. Odom, in den Jahren 1977 bis 1981 im NSC Assistent für Militärfragen im Dienste Zbigniew Brzezinskis (und später Chef des geheimnisumwitterten Nachrichtendienstes NSA), quasi in Memoirenform eine weitere wichtige Ergänzung zur Entstehungsgeschichte des U.S. Central Command (CENTCOM) geliefert.<sup>9</sup>

Die nachfolgende Untersuchung soll an jenen Stand der Forschung anknüpfen: Sie wird versuchen, das sich herauskristallisierende Bild durch weitere Quellenmaterialien und insbesondere durch jüngst freigegebene Dokumente zu ergänzen – nicht nur amerikanischer und britischer Provenienz, sondern auch einschließend den Kenntnisstand und die Sichtweise der DDR-Auslandsspionage (der Hauptverwaltung Aufklärung HVA des Ministeriums für Staatssicherheit MfS). Die einzelnen Kapitel sollen sich dabei mit folgenden Themen und Fragestellungen beschäftigen:

Wie würde der Dritte Weltkrieg in Europa aussehen? Wie standen die Chancen der NATO und der US-Verbände in Europa, und wieviel militärische Schlagkraft und Abschreckungssicherheit bekamen die westlichen Politiker und Steuerzahler diesseits und jenseits des Atlantiks eigentlich für ihre Rüstungsmilliarden? Diese Fragen werden im Zentrum des *ersten Kapitels* stehen, es beleuchtet die Bedrohungswahrnehmungen und Prognosen zum Zukunftskrieg Ende der 70er Jahre in Washington und bei der NATO, Basis einer umfassenden Inventur der US-Militärpolitik unter Präsident Carter, seinem Nationalen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski und seinem Verteidigungsminister Harold Brown. Eines der Resultate jener sicherheitspolitischen Neuausrichtung war die Idee einer RDF, und *Kapitel 2* wird, quasi als Kontrastprogramm hierzu, die vorausgehende, verhältnismäßig schwache Militärpräsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten behandeln.

Dennoch setzte die Carter-Administration zunächst ihre Prioritäten noch im alten Europa und unternahm den Versuch, die *konventionelle* Stärke und Abwehrbereitschaft der NATO-Verbände zu stärken – hiervon soll *Kapitel 3* handeln. Seit der Kennedy-Ära hatten die Strategen in Washington mit schöner Regelmäßigkeit ihr *ceterum censeo* ausgesprochen, die Europäer kümmerten sich nicht genug um die Schlagkraft ihrer konventionellen Streitkräfte und verließen sich zu sehr auf die US-Nukleargarantie. Nun verordneten Carter und Brown dem transatlantischen Bündnis ein ehrgeiziges militärisches Modernisierungsprogramm, das *LTDP (Long Term Defence Programme)*, als Antidot und Reaktion auf die hemmungslose Aufrüstung des Ostens. In der Historiographie ist das LTDP eher unbeachtet geblieben, überschattet vom heiß umkämpften NATO-Doppelbeschluss und der Nachrüstung der eurostrategischen Nuklearsysteme. Tatsächlich dürfen die Motive wie auch die Wirkungen des LTDP auf die Militärpolitik des Bündnisses und vor allem auf die Wahrnehmung der NATO durch den Warschauer Pakt keineswegs unterschätzt werden.

Die multiplen Krisenereignisse der späten 70er Jahre am Horn von Afrika, im Nahen und Mittleren Osten und Südwestasien schienen dann jenen Cassandrarufern Recht zu geben, welche diese Region als eigentliches Schlachtfeld der nächsten Konfrontation mit der Sowjetmacht identifiziert hatten. Brzezinski prägte seine bekannten Formulierungen eines „arc of crisis“ respektive „crescent of crisis“, und *Kapitel 4* wird dann Brzezinskis Vorstellungen von einem regionalstrategischen Gesamtplan, einer neuen Sicherheitsarchitektur als aktiver Gegenmaßnahme analysieren.

Die sowjetische Invasion Afghanistans schien dann zu beweisen, wie schnell aus den Sandkastenspielen und war-game-Szenarien westlicher Strategen höchst gefährliche Realität werden konnte. Aber wie weit würden die Hardliner des Kreml gehen, wo würden sie

<sup>8</sup> Olav Njølstad, Shifting Priorities: The Persian Gulf in US Strategic Planning in the Carter Years, in: Cold War History, Vol. 4, No. 3 (April 2004), S. 21-55.

<sup>9</sup> William E. Odom, The Cold War Origins of the U.S. Central Command, in: Journal of Cold War Studies, Vol. 8, No. 2, Spring 2006, S. 52-82.

ihre Divisionen zum Halten bringen? Würden sie nun auch vor einem Krieg gegen den prima facie extrem geschwächt erscheinenden Iran und vor einem Griff nach den Ölquellen des Persischen Golfs nicht zurückschrecken? *Kapitel 5* wirft ein Licht auf die entsprechenden Gefahrenanalysen und Einschätzungen durch die US-Nachrichtendienste vom Sommer 1980, während *Kapitel 6* skizzieren wird, auf welche Weise innerhalb der US-Administration versucht wurde, Brzezinskis Visionen im Laufe des Jahres 1980 in halbwegs konkrete Politik zu gießen.

Nach der Niederlage Carters bei den Präsidentenwahlen im November 1980 wurde dann für die Golfstrategen die Zeit knapp: *Kapitel 8* beleuchtet ihr Bestreben, ihr Vermächtnis zu sichern und die Reagan-Administration zu einer Weiterführung der Regionalstrategie zu verpflichten. Interessanterweise sorgte gerade jetzt die Frage für besonderen Zündstoff, welcher mögliche Kriegsschauplatz bei der Zuteilung bestehender und neuer militärischer Ressourcen Priorität genießen sollte, Europa oder der neue „Krisenbogen“. Der Weg war jedenfalls hinreichend vorgezeichnet für die Geburt von CENTCOM im Jahre 1983.

In den *Kapiteln 7, 9 und 10* wird dann die Perspektive wechseln: Nun soll danach gefragt werden, wie der Gegner im Osten, konkret, wie die Auslandsspionageabteilung des MfS der DDR (welche bekanntlich über nicht wenige Agenten und Nachrichtenquellen an neutralistischen Stellen in der Bonner Bundesregierung wie auch in der NATO verfügte<sup>10</sup>) die militärische Modernisierung der transatlantischen Allianz beurteilte: Dabei waren die HVA – und zweifelsohne der KGB ebenso wie der sowjetische Militärsnachrichtendienst GRU – offenbar weit besser über die allianzinterne Selbstbewertung der Umsetzung respektive Nichtumsetzung des LTDP informiert, als es der NATO nach der Abschreckungslogik lieb sein konnte. Neben den Fortschritten und Mängeln bei der Land- und Luftrüstung der NATO galt das Interesse der HVA gerade auch der westlichen Seemacht und der Fähigkeit des Bündnisses, Verstärkungsverbände und Reserven zu mobilisieren bzw. an die europäische Frontlinie zu schicken. Bereits aus den beleuchteten britischen und amerikanischen Quellen geht hervor, welche entscheidende Bedeutung der Sicherung der transatlantischen Lebensadern (SLOC, *Sea Lines of Communication*) und dem *rechtzeitigen* Eintreffen von amerikanischen Divisionen und Kampffliegerstaffeln in Krisen- und Kriegszeiten zukommen würde.

Mit anderen Worten: Abgesehen vom klassischen *allianzpolitischen* „Krisenbogen“ der NATO, also den sich regelmäßig wiederholenden transatlantischen Debatten um eine angemessene Militärdoktrin, um die Validität der amerikanischen Nukleargarantie und über den Grad an jeweiliger Bündnistreue, würde im Kriegsfall ein *militärstrategischer* bzw. *transportlogistischer* „Krisenbogen“, sich quer über den Nordatlantik spannend, in Erscheinung treten.

Welche Wirkung würde folglich das Abzweigen von Einheiten der U.S. Navy, der USAF und von US-Bodentruppen zur Zusammenstellung einer RDF für Westeuropa haben?

Darüber hinaus behauptete die Hauptverwaltung Aufklärung in ihren Dossiers, ihren Oberen in Ost-Berlin, in Moskau und an den Schaltstellen des Warschauer Paktes eingehende Informationen über den Gang der Diskussionen in der NATO zur Frage einer möglichen Umverteilung der westlichen Militärressourcen an den Golf im Zuge der RDF-Debatte liefern zu können. An dieser Stelle muss freilich die obligatorische Warnung zu den HVA-Quellen erfolgen: Hier soll es primär um die *Perspektive und die Arbeitsweise der DDR-Auslandsspionage* gehen, und der Verfasser hat auch durch entsprechende Formulierungen versucht deutlich zu machen, dass gerade nicht per se von einer authentischen Inhaltsangabe der westlichen Dokumente ausgegangen werden kann: Stets muss bei der Lektüre die

<sup>10</sup> Vgl. u.a. Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990*, erweiterte und aktualisierte Neuausgabe, München 2006, hier S. 217ff.; und die Quellensammlung des *PHP Parallel History Project on Cooperative Security* (Stasi Intelligence on NATO, 1969-1989: East German Military Espionage against the West): <http://www.php.isn.ethz.ch/collections/colltopic.cfm?lng=en&id=15296>.

ideologische Färbung, ja Verzerrung gemäß den bekannten Feindbildern in Erinnerung gerufen werden. Die HVA-Dossiers mögen durchaus in neutralem Berichtsstil verfasst sein, ja vielleicht die entsprechenden westlichen Dokumente genau paraphrasieren oder einfach ins Deutsche übersetzen – bevor nicht ein Abgleich mit den Originalen möglich ist (und die entsprechende Deklassifizierung wird wohl noch sehr lange auf sich warten lassen), muss das entsprechende Caveat beachtet werden.

Zunächst sei jedoch der Blick nach Washington gerichtet, wo bei den Präsidentenwahlen des Jahres 1976 ein Mann den Sieg davontrug, der einen radikalen Kurswechsel erhoffen ließ, mit dem Amerika weiter Abstand gewinnen konnte von den Traumata des Vietnamkrieges und des Watergate-Skandals, von der Nixonschen Real- und Machtpolitik und ihrer Überbetonung militärischer Instrumente.

### ***1. Zwischen Weser-Lech-Linie und dem Persischen Golf***

Präsident Jimmy Carter begann seine Amtszeit im Frühjahr 1977 mit einer Reihe von ebenso ehrgeizigen wie idealistischen Politikinitiativen. Gerade für den Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik adaptierte die neue Administration hierfür ein formelles Verfahren der Standortbestimmung, Analyse und Entscheidung: Den Ausgangspunkt bildeten umfangreiche Revisionen der bisherigen republikanischen Regierungstätigkeiten, ausgeführt von interadministrativen Arbeitsgruppen und resultierend in den sog. PRMs, den Presidential Review Memoranda. Sie bildeten die Entscheidungsgrundlage für die PDs, die Präsidentiellen Direktiven respektive Entscheidungen, durch welche Carter die Marschrichtung für die Implementierung durch die Ministerien und Regierungsbehörden vorgab.

Zunächst einmal stand die Sicherheitspolitik der Carter-Administration primär unter der Ägide der Lehren, welche man aus dem Debakel des Vietnamkrieges und aus den Fehlern, ja dem Versagen der Nixon- und Ford-Administrationen gezogen hatte: In der *Rüstungskontrollpolitik* waren viele Mitarbeiter an der Spitze der Carter-Regierung überzeugt, die mageren Resultate der letzten Jahre seien auch auf eine zu kompromisslose Haltung der Vorgängerregierungen zurückzuführen gewesen, und sie waren geneigt, Moskau nunmehr verstärkt Konzessionen zu machen. Die Folgen waren vor allem in der Region Südwestasien zu spüren. Und bei der *Waffenexportpolitik* war Carter bereit, den Verkauf von US-Rüstungsgütern weltweit massiv zu beschneiden – eine Maßnahme, welche ebenfalls in erster Linie Washingtons Klienten Iran, Saudi-Arabien und Pakistan traf und dort für gehörige Verstimmung sorgte. Allerdings ließ sich die Administration bisweilen gleichsam zu einer Politik nach dem Motto „Waffen für Frieden“ hinreißen, indem sie etwa versuchte, sich das Wohlverhalten der Regierungen in Kairo und Riad beim Camp-David-Friedensprozess durch den Transfer von F-15 an Saudi-Arabien und F-5E Kampffjets an Ägypten zu erkaufen.<sup>11</sup>

Vor allem hatte man sich innerhalb der Carter-Administration entschlossen, in den ersten Regierungsmonaten eine grundlegende geostrategische und militärpolitische Inventur zu unternehmen – das Projekt *Presidential Review Memorandum* PRM-10. Durch seine Anweisung vom 18. Februar 1977 ordnete Carter eine Überprüfung der nationalen Strategie der USA im Allgemeinen und der militärischen Potentiale im Besonderen an. Die Kernfrage lautete: Wo stehen wir Amerikaner derzeit wirklich im globalen Machtpoker mit den Sowjets? Die Analyse spaltete sich auf in zwei Komponenten.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Vgl. Rachel Bronson, *Thicker than Oil. America's Uneasy Partnership with Saudi-Arabia*, Oxford 2006, S. 142ff.

<sup>12</sup> Jimmy Carter: „Presidential Review Memorandum/NSC-10. Subject: Comprehensive Net Assessment and Military Force Posture Review“, - secret - , 18.2.1977, Carter Library, PRM-10 FOIA Release. Vgl. auch Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 57f.

Teil 1 der Revision sollte vom Policy Review Committee (PRC) unter der Ägide von Verteidigungsminister Brown und des Pentagon durchgeführt werden und sich vor allem mit der Ausarbeitung von Alternativen zur aktuellen, von den republikanischen Administrationen geprägten Militärpolitik beschäftigen: Der *PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review* betrachtete ein breites Spektrum an alternativen Strategien sowie die daraus sich jeweils ergebenden Gewichtungen bei den Streitkräftenstrukturen und bei den vom Steuerzahler zu finanzierenden Rüstungsprogrammen.

Teil 2 bestand aus dem *PRM-10 Comprehensive Net Assessment* des Special Coordination Committee (SCC) unter Leitung des Nationalen Sicherheitsberaters Brzezinski: "It will consist of review and comparison of the overall trends in the political, diplomatic, economic, technological, and military capabilities of the United States, its allies, and potential adversaries. It will evaluate the objectives and national strategies that may be pursued by our principal potential adversaries and examine the alternative national objectives and strategies appropriate to the United States." In Form einer politikfeldübergreifenden, vernetzten Systemanalyse galt es, einen umfassenden Vergleich der Machtpositionen und Machtressourcen der USA und der UdSSR zu erstellen, und zwar *nicht allein der militärischen* Instrumente, sondern gerade auch der geostrategischen, der ökonomischen, der nachrichtendienstlichen Möglichkeiten. In der globalen Perspektive sollte der aktuelle Einfluss der beiden Supermächte in allen Weltregionen unter die Lupe genommen werden – wo hatte Washington derzeit die Oberhand, wo Moskau, und wo war das Spiel noch offen. Anfang Juni 1977 sollte der Nationale Sicherheitsrat über die Studien beraten, und bis Mitte Juni wollte Carter den Abschlußbericht auf seinem Schreibtisch haben, Grundlage für die Definition der Militärpolitik seiner Präsidentschaft, und Basis für die Bewilligung milliardenschwerer Rüstungsprogramme.

Im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte dieser Studie soll es genügen, sich im Folgenden auf die Ergebnisse des *PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review* zu konzentrieren.<sup>13</sup>

Die zentralen Fragen des PRM-10-Reports lauteten: Welches Kriegsbild lag den Planungen der USA tatsächlich zugrunde? Welche militärischen Ziele sollten die US-Truppen bei ihren defensiven Operationen zu erreichen in der Lage sein, und welche Missionen gegen den Warschauer Pakt würden realistischerweise außerhalb des Möglichen oder des zu Erwartenden liegen? Welche Risiken sollten die US-Streitkräfte dabei eingehen, und welche abschreckenden Bluffs gegenüber dem Feind waren (noch) glaubwürdig? Nicht zu vergessen die stets neu gestellte Frage zur Balance zwischen konventioneller und nukleartaktischer Kriegsführung.

Bevor es an mögliche Reformen ging, wagten Carters Militärexperten eine Standortbestimmung: Wenn der Dritte Weltkrieg jetzt, im Jahre 1977 oder 1978, ausbrechen würde, wie standen die Chancen für die NATO respektive für die USA? Wie präsentierte sich das Erbe von Nixons und Fords Militärpolitik, wie sahen die militärischen Potentiale und Kräfteverteilungen aus?

Was den europäischen Kriegsschauplatz anbetraf, so gab man sich in Washington keinen Illusionen hin: Die Chancen der NATO, derzeit einen massierten Bodenangriff der Streitkräfte des Warschauer Paktes unter nur minimalen Terrainverlusten zu parieren, um dann den Feind aus den okkupierten Gebieten hinaus zu treiben und wieder auf die Vorkriegsgrenzen zurückzudrängen, waren äußerst gering, ja praktisch Null („appears remote at the present time“). Andererseits sei es aber auch höchst unwahrscheinlich, dass der Warschauer Pakt seine ehrgeizigen Ziele erreichen konnte, d.h. mit Leichtigkeit Westdeutschland überrannte und in einigen Tagen zur französischen Grenze bzw. an die Nordseeküste vorstieß.

---

<sup>13</sup> PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review, Carter Library, FOIA Release.



Von entscheidender Bedeutung für das Überleben der NATO wäre die Fähigkeit, zwei zurückgenommene Verteidigungslinien aufzubauen: Die erste zog sich durch Mitteleuropa, insbesondere durch die Bundesrepublik – Carters Militärexperten sprachen von der Weser-Lech-Linie. Nur wenn sie standhielt, würde die Allianz auch Defensivlinien an ihren Nord- und Südflanken etablieren können, wenngleich auch hier natürlich mit Geländeverlusten an die östlichen Invasionstruppen gerechnet werden musste. Nach den NATO-Verteidigungsplanungen von 1977 würde die Allianz diese Defensivoperationen etwa einen Monat lang durchhalten können, dann würden ihr die Munition ausgehen und die Verluste an Mannschaften und Gerät zu hoch werden.

Eine zweite vitale Verteidigungslinie sollte quer über den nordatlantischen See- und Luftraum zwischen Kanada, Grönland, Island, Großbritannien und Norwegen aufgebaut werden: Eine effektive Barriere am sog. GIUK-Gap würde die sowjetischen U-Boote, Kriegsschiffe und Luftstreitkräfte in verlustreiche, sich länger hinziehende Abnutzungsgefechte verwickeln und letztendlich Moskaus Versuche durchkreuzen, die NATO-Lebensadern über den Atlantik dauerhaft zu kappen.

Beim Krieg im Mittelmeer rechneten die US-Experten durchaus mit einem sowjetischen Überraschungsangriff auf die NATO und die amerikanische Sechste Flotte – der aber nicht so schmerzhaft ausfallen dürfte, um einen weit effektiveren westlichen Gegenschlag zu verhindern und letztendlich die Dominanz der USA und NATO-Verbündeten im Mittelmeerraum in Frage zu stellen.

Für welche reformierte und modernisierte Militärpolitik sich die Carter-Administration in Zukunft auch entscheiden sollte, eine echte Vorneverteidigung werde es auch dann nicht geben, so stellte es jener PRM-10-Report klar: Der Krieg werde zwangsläufig mit einem geordneten Rückzug beginnen, und es müsse in jedem Falle mit dem vorübergehenden oder sogar permanenten Verlust von ausgedehnten frontnahen Territorien an den Warschauer Pakt gerechnet werden. Die Regierung sei aber gut beraten, dies gegenüber den Europäern nicht an die große Glocke zu hängen: „The amount of loss of NATO territory contemplated in all AIMS is likely to be viewed by the Allies as inconsistent with the concept of forward defense. Consequently, regardless of the AIMS proposed, there will be the question of whether to continue to subscribe to the concept of forward defense in our declaratory policy or whether to reconcile declaratory policy and capability.” Die Alternativen für die US-Regierung und ihre NATO-Partner waren allesamt wenig attraktiv: Erstens, man lebte weiter mit der Diskrepanz zwischen deklamatorischen Zielsetzungen und den begrenzten militärischen Kapazitäten und hoffte, dass der Bluff nach außen hin gelang; zweitens, man rüstete im konventionellen Bereich massiv nach; oder aber drittens, man stürzte die NATO erneut in eine heikle Diskussion über den Sinn bzw. Unsinn ihrer Militärkonzeption (diese drei Alternativen galten sowohl für das *spezielle* Dilemma der „Vorneverteidigung“ – wie auch *allgemein* für die Realisierung der „Flexible Response“): „As we presently model land warfare, implementation of a defense at the West German border would require significant increases in NATO’s peacetime deployed forces and in their day-to-day readiness posture. Such changes are unlikely to be politically acceptable given the current assessment of the likelihood of an attack. In addition, they might appear threatening to the Pact and thus be counterproductive.”

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit und die unterschiedlichen Kriegsbilder und Erwartungen zwischen den USA und den Europäern machte die konkrete Ausarbeitung der Operationspläne alles andere als einfach. Andererseits hatte die Carter-Administration nun wirklich kein Interesse, im Rahmen einer solchen aufgewärmten Strategiedebatte einmal mehr in eine Diskussion über den Zeitpunkt des Ersteinsatzes ihrer Atomwaffen einzutreten.

Konkret zu den AIMS-Optionen, also den alternativen Militärkonzepten und Streitkräftestrukturen, aus denen Carter wählen konnte: Die sog. „Group One“-Varianten (beinhaltend

die AIMS E, F und G) bedeuteten die *Fortführung der bisherigen Militärpolitik* respektive eine nur sehr begrenzte Steigerung der konventionellen Kampfkraft der US-Truppen in Europa. Hier setzten die USA weiterhin auf die Strategie eines Abnutzungskrieges: Die US-Truppen und ihre NATO-Alliierten sollten in der Lage sein, im Rahmen einer „limit loss“-Strategie 86 bis 92 Divisionen des Warschauer Paktes 30 Tage lang an besagter Weser-Lech-Verteidigungsfront in Schach zu halten. Die noch etwas ehrgeizigere Variation AIMS F (v) erwartete von der NATO, eine Invasionsstreitmacht von 130 Divisionen über 90 Kampftage in einen Ermattungskrieg entlang jener Defensivlinie verwickeln zu können.

Die Nachteile lagen auf der Hand: Durch diese Bescheidenheit und Selbstbeschränkung bei der zukünftigen Entwicklung militärischer Schlagkraft würden sich die US-Streitkräfte im Grunde den defizitären Kapazitäten der europäischen NATO-Streitkräfte anpassen. Konnte man das in Washington ernsthaft wollen? Möglicherweise würde der Bluff gelingen. Im Ernstfall allerdings, dies war den Autoren des PRM-10-Abschlussberichts bewusst und davor hatte der US-Generalstab ausdrücklich gewarnt, würden die USA und die NATO sehr schnell auf die Verliererstrasse geraten: Sie würden wählen können zwischen einem Verlust Westeuropas im konventionellen Gefecht *respektive einem frühzeitigen, massiven (und militärisch dennoch sinnlosen) Ersteinsatz von Nuklearwaffen*: „NATO’s conventional capabilities would continue to be inadequate to implement the wartime objective of preserving or restoring territorial integrity against a large scale attack, and first use of nuclear weapons would be unlikely to provide a satisfactory solution. [...] The JCS representative believes that adoption of any of these AIMS [E, F oder G] contains the high risk of the loss of Western Europe or early initiation of a nuclear response, should deterrence fail.”

Und wer auf eine Strategie der Abnutzung setzte, der tat gut daran, sich grundsätzlich im Voraus der Frage zu widmen, wie lange denn der Feind die Materialschlacht würde durchhalten können. Allein, im Jahre 1977 mussten die US-Nachrichtendienste eingestehen, dass sie über keine wirklich verlässliche Abschätzung verfügten, über welchen Zeitraum der Warschauer Pakt in der Lage war, die konventionellen Kämpfe fortzuführen. Es mag in der Tat seltsam erscheinen: Die US-Spionage hatte nahezu einen „overkill“ an NIEs und Analysen produziert, welche akribisch die sowjetischen Atomraketen und Panzer zählten, aber auf jene entscheidende Fragestellung wussten die Dienste noch immer keine fundierte Antwort. „The intelligence community needs to apply additional resources – both collection and analysis – in order to give an explicit answer to this key intelligence question“, so mahnten Brzezinskis Mitarbeiter. Die Nachrichtendienste konnten lediglich mit einiger Gewissheit sagen, welches *Plansoll* die sowjetischen Militärdoktrinen auf dem Papier den Militärverwaltungen vorschrieben: Danach sollte jede *Front* über genug Nachschub und Logistikreserven für 30 Kriegstage verfügen, und die Verbände des Warschauer Paktes in einem „Kriegs-Theater“ sollten in der Lage sein, 2-3 Monate durchzuhalten. Es blieb aber unbekannt, wie weit solche Herzenswünsche der russischen Militärobrigkeit in der Realität auch umgesetzt wurden. Hier konnten die US-Nachrichtendienste nicht viel mehr tun, als die Kapazitäten der bekannten Munitionsdepots sowie der Öl- und Treibstofflager im Osten grob abzuschätzen: „If ammunition and POL storage capacity are used as an index, the Pact could have available 2 to 3 months of POL and more than two months ammunition, including that stored in the western USSR.“ Aber offenbar gab es nicht genug westliche Humint-Quellen und Informanten, um zu eruieren, ob jene Lager und Depots wirklich gefüllt waren oder Potemkinschen Dörfern gleich ganz oder teilweise leer standen.

Später, im Jahre 1979, glaubte das Pentagon jene „information gap“ tatsächlich durch präzisere Abschätzungen schließen zu können: Nach *spätestens 50 Tagen* würde die Kriegsversorgung des Warschauer Paktes zusammenbrechen. Die gute Nachricht war, dass die US-Streitkräfte de facto wohl doch über größeres Stehvermögen verfügten und den Krieg noch etwas länger durchhalten könnten als die Russen. Die schlechte Nachricht bestand darin, dass die NATO-Europäer sich noch immer nicht hatten entschließen können,

rechtzeitig ihre knappen Depotbestände und Kriegsreserven aufzustocken, so dass sie bereits nach 25-30 Tagen die Waffen strecken mussten.

Den Gegenentwurf zu dieser problematischen Abnutzungs-Option aus dem PRM-10-Bericht stellten die „Group Two“-Optionen dar, aufgegliedert in die AIMS H, I. Statt „limit loss“ nannte sich das Verteidigungskonzept nun „Direct Defense“, aber gemeint war eine Strategie des offensiven „Roll back“: Für mindestens 90 Gefechtstage sollten die Reserven der NATO reichen, und in jener Zeit sollten die Verteidiger einen 130 Divisionen starken Angreifer schlagen und auf die Vorkriegsgrenzen zurückdrängen: „In the event deterrence fails, NATO would attempt to absorb a conventional attack, stabilize a defensive line, and counterattack to push Pact forces out of West Germany in a campaign lasting less than three months.“ Die Modifikation AIMS J ging sogar von einem derartig leistungsfähigen Logistiksystem aus, dass die NATO sich vom Zeitdruck eines solchen „window of opportunity“ befreien und gleichsam zeitlich unbegrenzt ihre konventionellen Konterattacken durchführen würde können (sog. „indefinite sustainability“). Einen weiteren bemerkenswerten Sonderfall behandelte AIMS M: Im Rahmen jener operativen Strategie würde die NATO über so kampfstärke Verbände verfügen, dass sie ihre Defensivlinie in Mitteleuropa auch gegen eine mehr als 130 Divisionen starke Angriffswelle (!) würde behaupten können, während sie gleichzeitig erhebliche Kräfte in der Flanke des Warschauer Paktes konzentrierte, um dort ihrerseits in die Offensive zu gehen. Die Atomwaffen der USA bzw. NATO würden in dieser zweiten Szenariengruppe nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen, „existing mainly to deter Soviet first-use, to provide another option if conventional defense fails, and to help deter conventional attacks.“

Die US-Stabschefs versuchten natürlich, den Politikern diese Roll-Back-Varianten schmackhaft zu machen. Die JCS argumentierten, es seien durchaus keine dramatischen Aufrüstungsprogramme für die US- und NATO-Streitkräfte vonnöten, wenn die Politik es mit der Mission einer raschen Zurückeroberung der Vorkriegsgrenzen nicht ganz so genau nehmen würde.

Ein offensives Militärkonzept, welches auf operative Siege setzte, dabei nach Möglichkeit nukleare „Kollateralschäden“ vermied – und nur mit dem kleinen Schönheitsfehler behaftet war, dass es den amerikanischen Steuerzahler pro Jahr 30 Mrd. Dollar mehr kosten würde. Auch auf die NATO-Europäer würden erhebliche Mehrkosten für ihre Verteidigung zukommen, und die NSC-Analysten konnten sich nicht vorstellen, dass die aus amerikanischer Perspektive notorisch geizigen transatlantischen Verbündeten auf einmal bereit waren, für ihre Sicherheit so tief in die Tasche zu greifen („and they would almost certainly refuse to bear the cost – they are currently only willing to stock 30 days of supplies.“) Vor allem würde das Roll-back-Szenario die bekannten Befürchtungen in Europa schüren, die USA würden im Falle einer sowjetischen Aggression gegen Westeuropa sich zurücklehnen und darauf bedacht sein, den Krieg auf eine Neuauflage der Panzerschlachten des Zweiten Weltkrieges zu beschränken und einzuhegen – Hauptsache keine nukleare Eskalation. Die NSC-Experten konzedierten, dass in diesem Fall das europäische Misstrauen ja auch absolut gerechtfertigt wäre! „But the AIMS offered by the paper [...] would raise Allied fears that we are planning to confine conventional conflict to European soil (which is exactly what we would be doing).“

Es waren diese zwingenden fiskalischen und allianzpolitischen Faktoren, aber natürlich auch die Ideale von Carters Rüstungskontrollpolitik, welche die Administration dazu veranlassten, *zunächst* die am wenigsten ambitionierte und billigste Strategievariante zu wählen (und es damit im Grunde Nixon gleichzutun!).

Auf der Sitzung des „Policy Review Committee“ vom 8. Juli 1977 sprach sich Brzezinski für die Option der *Ermattungsstrategie* bzw. des militärischen und politischen *Abnutzungskrieges* aus. Er schlug eine „Patt“-Strategie vor, „under which NATO would fall back and stalemate the Soviets, leaving the Soviets to face the political consequences of

their aggression, including a mobilized US. These potential consequences would help deter the Soviets.”<sup>14</sup> Gleichzeitig herrschte in der PRC-Gruppe Einigkeit darüber, “that a distinction between declaratory strategy and actual capability was necessary”; man könne aus politischen Gründen nun einmal keine Strategie öffentlich vertreten, welche den Verlust westdeutschen Territoriums fest einschließe.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Auch für die Carter-Administration führte kein Weg an einer Stärkung der konventionellen Schlagkraft des Westens vorbei, und dabei wollten Carter, Brzezinski und Verteidigungsminister Harold Brown vor allem die NATO-Aliierten endlich energischer in die Pflicht nehmen. Sie sollten sich verbindlich zu einem langfristigen Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramm verpflichten, dem *Long Term Defense Programme* (LTDP), welches unten in Kapitel 3 noch näher beleuchtet werden soll.

Und wie stand es mit möglichen Krisen und Kriegen außerhalb Europas und Asiens? Natürlich musste Amerika auch weiterhin in der Lage sein, in lokale Konflikte zu intervenieren, aber in welchem Umfang und in welcher militärischen Intensität? Sollten die USA für solche Notfälle eigene schnelle Eingreiftruppen bzw. spezielle Expeditionsverbände bereit halten, oder sollte man sich einfach auf die eigene Improvisationsfähigkeit verlassen, ad hoc und je nach Bedarf Truppen aus Europa oder anderen Weltregionen an den Brandherd verlegen zu können?

Auf der einen Seite stand das Debakel von Vietnam, Resultat einer überheerzeigten power-projection-Strategie – auf der anderen Seite aber die Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens, wo es den USA zuletzt im Oktober 1973 nur mit einigen Schwierigkeiten gelungen war, die selbstbewusste sowjetische Militärpräsenz auszubalancieren, und wo saudische Spielereien mit dem Ölhahn Kissinger und Co. dazu gebracht hatten, über eine direkte militärische „Übernahme“ jener Ölfelder nachzudenken. Natürlich würde die westliche Abhängigkeit von den Ölreserven jener Region in Zukunft noch wachsen: „Given the Vietnam experience, a military strategy calling explicitly for some intervention capability must be approached with caution. Yet, the US is more likely to see a need to employ forces outside the NATO/Pact context than in it. The most obvious possibility is the Middle East: US interests there continue to grow as Western access to oil becomes more important; the possibility of conflict, potentially involving the USSR, remains higher there than in other parts of the world.”<sup>15</sup> Und bei einem weiteren Nahostkrieg wären die USA wohl einmal mehr gezwungen, unter allen Umständen in jener so strategisch vitalen Region zu intervenieren („under any circumstances“).<sup>16</sup>

Einer der Vordenker dieser Prioritätenverschiebung war der heute durch seine Vision vom „Krieg der Kulturen“ hinreichend prominente Harvardprofessor Samuel Huntington, damals in der Funktion als Brzezinskis “special assistant on national security planning“. Huntington und seine Mitarbeiter identifizierten den Persischen Golf und insbesondere den Iran als eine der Krisenregionen, wo die USA am wahrscheinlichsten in einen Konflikt hineingezogen werden könnten – wenn die Sowjets es wagen würden, die amerikanische Weltmacht in einer neuen Runde des globalen Machtpokers herauszufordern, dann an erster Stelle an der persischen „Tankstelle“.<sup>17</sup>

Einerseits glaubten die US-Nachrichtendienste, Entwarnung geben zu können: Beim *relativen* Vergleich der militärischen power-projection-Fähigkeiten beider Supermächte schnit-

<sup>14</sup> James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski: „PRC Meeting on PRM 10 – Friday July 8, 1977, at 10.00 A.M.“, - top secret -, 6.7.1977; und: Protokoll des “Policy Review Committee” (PRC)-Meetings vom 8. Juli 1977: “Subject: PRM-10 Military Strategy and Force Posture”, - top secret -, beide in: DDRS.

<sup>15</sup> James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski: „PRC Meeting on PRM 10 – Friday July 8, 1977, at 10.00 A.M.“, - top secret -, 6.7.1977, in: DDRS.

<sup>16</sup> PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review, Carter Library, FOIA Release, S. 24ff.

<sup>17</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, Anm. 19.

ten die US-Streitkräfte noch immer besser ab als die Sowjets. Wenn im Jahre 1977 ein Krieg ausgebrochen wäre, so lautete die Prognose: „The US would likely prevail against the Soviets if the two powers fought one-on-one in the Middle East.”<sup>18</sup>

Doch damit durfte sich Washington wohl kaum zufrieden zeigen, vielmehr ging es um Macht in *absoluten* Kategorien: Reichte der lange militärische Arm tatsächlich aus, um im Mittleren Osten für Ordnung sorgen zu können? „The contingency assessment revealed that US capability to project power considerably exceeds that of the USSR in most areas of the world, including the Middle East, but that the US would face the greatest difficulty projecting power into the Middle East.”

Wie stark sollte aber der aktuelle und potentielle militärische „footprint“ sein? Der *PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review* legte Präsident Carter die folgenden drei Optionen abgestufter Intensität zur Auswahl vor:

Die *minimalistische Variante* („limited action“ in den AIMS E und H) würde sich darauf beschränken, die proamerikanischen Kombattanten in einem lokalen Krieg mit Waffen und Logistikmaterial zu versorgen, während eine Flottille der US-Navy demonstrativ vor der Küste kreuzte und Kampffjets der USAF versuchen würden, Eindruck zu schinden – US-Bodentruppen sollten aber nicht involviert sein. Dies wäre quasi eine Wiederholung des Szenarios aus dem Jom-Kippur-Krieg. Für eine solche Kanonenbootpolitik wären nach Berechnungen des Pentagon nur eine Tactical Fighter Wing und 24 größere Transportflugzeuge notwendig, plus vielleicht noch ein kleines Detachment des Marine Corps.

Bei der „*Intervention light*“-Variante (aus den AIMS F, F(v) und I) würden die lokalen Verbündeten der USA nicht nur auf materielle und konkrete logistische Hilfe rechnen können, sondern auch auf die Unterstützung einer US-Expeditionstruppe von 1 bis 2 Divisionen plus der Präsenz von „moderaten“ See- und Luftstreitkräften: 2 Flugzeugträgergruppen, Marine Amphibious Forces, 4 Tactical Fighter Wings der Air Force und 130 größere Transportflugzeuge.

Und schließlich ein *massives Eingreifen* („heavy intervention“, so AIMS G, J und M) in Form einer Expeditionsstreitmacht von 3 bis 8 Army-Divisionen, 4 Flugzeugträgergruppen, den Marine Amphibious Forces, 9 Tactical Fighter Wings und 260 Transportflugzeugen.

Die Frage der notwendigen Stärke der schnellen Eingreiftruppen war dabei eng gekoppelt mit dem möglichen Ausbau der konventionellen US-Präsenz in Europa. Carters Strategen argumentierten, je deutlicher diese Verstärkungen ausfallen würden, umso einfacher wäre es, im Ernstfall Teile dieser europäischen Verbände in die Krisenregion zu verlegen, und umso weniger Truppen müssten für eine genuine Eingreiftruppe reserviert werden. Dennoch gebe es für eine solche sog. „drawdown“-Planung auch Grenzen: Gerade in der Eröffnungsphase einer solchen Intervention würden für den sog. „forcible entry“ in das Krisentheater Luftlandetruppen bzw. amphibische Verbände als „robuste Türöffner“ benötigt, und jene seien nun einmal nicht in ausreichender Stärke in Europa stationiert. Zweitens könnte ein Krieg im Mittleren Osten oder in anderen Peripheriezonen ja auch *Folge* eines Konfliktes in Mitteleuropa sein, bei welchem jeder GI an seinem angestammten Platz gebraucht werde. Und gerade der Vietnamkrieg habe gezeigt, wie sehr eine Truppenverlegung von USAREUR-Verbänden das militärische Gewicht der NATO schwächen könne: „This latter problem, which occurred during Vietnam, is more important for land forces than for air and naval forces, which are more easily redeployed.”<sup>19</sup>

Der *PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review* formulierte es folgendermaßen: “If US intervention in a local war occurred prior to the outbreak of a war with the USSR, some intervention forces would not be available rapidly for employment against the Soviets in Europe or elsewhere. If the intervention forces are additive, no adverse impact would

<sup>18</sup> Ebenda, S. 9f.

<sup>19</sup> So James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski: „PRC Meeting on PRM 10 – Friday July 8, 1977, at 10.00 A.M.”, - top secret -, 6.7.1977, in: DDRS.

occur in the US-USSR war. If the intervention forces are inclusive, these would be a reduction in US forces available for the US-USSR war. *The effect might be to limit US capability in the critical early days of the major war.*<sup>20</sup>

On the other hand, if the US-USSR war started before the local war, the US would have already committed inclusive forces to the US-USSR conflict and presumably would not want to undertake an intervention.

In this situation, any additive intervention forces would be available as a central reserve to be employed in Europe or elsewhere to influence the war outcome.”

Als mögliche (aber aus innenpolitischer Perspektive wohl alles andere als attraktive) Alternative blieb noch die Variante, bei einem drohenden Krieg der Supermächte früher und in stärkerem Umfang als bisher geplant Reservisten in den USA zu mobilisieren und als Bollwerk gegen die Sowjets nach Europa zu schicken, bis die jüngeren Truppen im aktiven Dienst von ihrem „kleineren“ Krieg in Nahost, Afrika oder Asien zurückbeordert werden konnten: “There could, however, be significant political ramifications of such a reserve call-up.” Ganz zu schweigen davon, dass das sowjetische Blitzkriegsmodell mit solchen eher beschaulichen US-Truppenverschiebungen wohl kaum in Einklang zu bringen war.

Und die politische Führung sollte auch nicht übersehen, dass man im Rahmen eines „draw-down“ zwar Soldaten oder Kampffjets von A nach B befördern konnte, dass aber die Verlegung und Neuausrichtung präzise vorausgeplanter Logistikstränge und Nachschubsysteme weg von Europa in die Interventionsregion durchaus nicht so einfach war. Die Kriegsreserven und Depotfüllungen der US-Truppen und ihrer NATO-Verbündeten in Europa waren begrenzt – war das Risiko vertretbar, sie zur Ausstattung einer globalen Interventionstruppe quasi zu „plündern“? „In most cases, even though forces may exist elsewhere which can be drawn down to wage a local war, adequate logistic support will not be available. Major draw downs of stocks for a protracted local war may prove disastrous (!) if a major war occurs. Thus, even if intervention forces are even partially inclusive, attention must be paid to the possibly additive sustainability needs, both for US and host nation forces.”

Die Autoren des *PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review* warnten die Politik jedenfalls vor dem Glauben, es sei ausreichend, im Krisenfall einfach ad hoc ein paar Kontingente aus Westeuropa in den Nahen Osten oder zu einem anderen globalen Krisenherd zu verfrachten – das könne zu bösen Überraschungen führen.<sup>21</sup> „For example, to make sure that these major war forces were in Europe when needed, significant portions of the force and its equipment might be forward deployed with the remainder tied to strict, time-phased mobilization and deployment schedules. If it were subsequently decided to employ these forces in a crisis or local war, the capability to make initial, forcible entry, such as that possessed by airborne and amphibious forces, might be lacking. Appropriate basing and rights of passage might be unavailable. Additionally, the strategic lift available might be inappropriate to deploy these ‘European’ forces and equipment in a timely manner. Their training and equipment might be unsuitable for a non-European environment, and they might have inadequate logistic support to accomplish the local war mission. Such potential shortcomings might be consciously accepted as the result of a planning decision. *They should not come as ‘surprises’ based on the assumption that large forces acquired for one purpose are automatically employable for other missions.*”<sup>22</sup>

Wenn die USA also mit bedeutenden Infanterieeinheiten in den globalen Krisenherden auftreten wollten dann sollten diese Truppen im Rahmen einer echten *Schnellen Eingreiftruppe* und ohne den Zwang zum „drawdown“ permanent abrufbar sein, „since they can only be disengaged and redeployed slowly, if at all.“

<sup>20</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>21</sup> PRM-10 Military Strategy and Force Posture Review, Carter Library, FOIA Release, S. 24ff.

<sup>22</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

Auch sei es ein Irrglauben, taktische Kampffliegerstaffeln könnten nach Belieben von ihren europäischen und asiatischen Basen abgezogen werden – auch hier wäre es notwendig, solche Jäger- und Jagdbomberverbände primär für die Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe aufzustellen: „While such units are easily redeployable, complete withdrawal would leave land forces without air support. In addition, attrition of aircraft in local wars must be considered.”

Dagegen könnten natürlich die Kampf- und Transportverbände der US Navy, des Marine Corps und der Luftlandetruppen sehr schnell von den „Kalten Fronten“ zur Eindämmung der UdSSR abgezogen werden, zumindest, wenn sich ihre militärische Aufgabe darauf beschränke, quasi als robuste Türöffner aufzutreten respektive relativ kurz in Erscheinung zu treten. Wenn die Regierung sich jedoch die Option offen halten wollte, ihre Marines und Fallschirmjäger auch für eine längere Militärpräsenz bzw. ausgedehntere Kampfhandlungen einzusetzen, dann müssten wohl noch zusätzliche Marines- und Luftlandeverbände aufgestellt werden.

Soweit also die Optionen und Bedingungen – welche Wahl würde nun die Carter-Administration treffen?

Im Juli 1977 plädierten Brzezinski und sein NSC-Stab noch dafür, für Weltpolizei-Missionen auch in Zukunft nicht mehr Verbände abzustellen und keine intensiveren Vorbereitungen zu treffen als bisher schon getan, auch wenn dies nur eine minimale power projection-Kapazität bedeute, „providing only some specialized capability for forcible entry and relying on diversion on US forces oriented toward Europe.“ Diese beiden Komponenten würden für Operationen *im schmalen Spektrum zwischen „limited action“ und „light intervention“* ausreichen, und dies sollte, so die Hoffnung, in den meisten anzunehmenden Krisenfällen auch genügen.

Diese Entscheidung erschien insofern konsequent, als die NSC-Experten ebenso wie Verteidigungsminister Harold Brown auch in einem anderen, verwandten Themenkomplex zur Vorsicht und Selbstbeschränkung rieten: Die USA sollten generell bei einem Krieg in Europa besser darauf verzichten, im Rahmen einer *horizontalen Eskalation* die Initiative zu ergreifen und den Konflikt zu globalisieren:<sup>23</sup> „We are not convinced that planning to take initiatives against the USSR in a NATO/Pact war has any strategic merit worthy of the costs.“ Vielmehr habe Amerika jedes Interesse, einen lokalen europäischen Krieg nicht zum weltweiten Flächenbrand eskalieren zu lassen: „The USSR is confined to the Eurasian land mass, while US interests stretch far from its shores. The US would have enough on its hands coping with Soviet initiatives against those interests and for that reason has an interest in preventing a NATO/Pact conflict from spreading worldwide. Taking initiatives against the USSR would only increase the probability of such spread.“

Abgesehen davon – welchen Schaden könnten solche rein konventionellen Operationen an der sowjetischen Peripherie überhaupt anrichten? Verfügten die USA überhaupt über schlagkräftige militärische Werkzeuge, um einen Eindruck bei der sowjetischen Kriegspartei zu hinterlassen? Den NSC-Strategen erschien es wenig sinnvoll, eine amerikanische Invasion der Kurileninseln ins Auge zu fassen, um dadurch den sowjetischen Vormarsch zum Rhein zu stoppen; und konventionelle US-Luftangriffe gegen grenznahe Militärbasen in der UdSSR würden vermutlich nur dann effektive militärische Resultate bewirken, wenn sie im Rahmen eines US-Präventivschlages durchgeführt werden würden.

Auf der bereits erwähnten Sitzung des *Policy Review Committee* vom 8. Juli 1977 konstatierte folglich Verteidigungsminister Brown, er „did not see any opportunities that would worry the Soviets enough to help in the context of a war in Europe.“ Und Brzezinskis Vize David Aaron gab zu bedenken, „that it may be more important to defend our access to the

<sup>23</sup> Vgl. James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski: „PRC Meeting on PRM 10 – Friday July 8, 1977, at 10.00 A.M.“, - top secret -, 6.7.1977, in: DDRS.

Persian Gulf than to take initiatives”, dass also die knappen konventionell-militärischen Ressourcen der USA außerhalb Europas primär auf eben jenes Ziel fokussiert sein sollten. Das Resultat dieser umfassenden interadministrativen Bilanzprüfung nach den turbulenten Jahren der Republikaner im Weißen Haus war jedenfalls die von Präsident Carter im August 1977 unterzeichnete Direktive PD-18. Sie gab die neue Strategie und den militärpolitischen Kurs gegenüber den Sowjets vor, und sie rückte tatsächlich die Region des Persischen Golfs verstärkt in den Fokus: Der Präsident beauftragte das Pentagon nun doch mit der Schaffung einer formellen Schnellen Krisenreaktionstruppe, der Rapid Deployment Force für die strategisch vitale Ölregion, damit die US-Streitkräfte in die Lage versetzt würden, ebenso rasch Truppen an den Golf zu verlegen, wie etwa auch an die Frontlinie auf der koreanischen Halbinsel.<sup>24</sup>

Dennoch stieß das Konzept einer solchen RDF bereits innerhalb der Carter-Administration auf Widerstand. Sogar im Pentagon selbst war man alles andere als erfreut über die Übertragung derartiger neuer Aufgaben: Aus der Perspektive des Jahres 1977 schienen die US-Streitkräfte nun einmal nicht über die notwendigen finanziellen und materiellen Ressourcen zu verfügen, und warum sollte man eine unnötige Überdehnung riskieren? Auch die Experten des State Department rieten Carter und Brzezinski von jener Idee ab, man sah in einer demonstrativen US-Militärpräsenz ein Rotes Tuch und befürchtete, die Regionalpartner zu sehr zu provozieren, ja den aufstrebenden Islamisten und radikalen Gruppen regelrecht in die Hände zu arbeiten. Unruhen und hausgemachte Instabilität fürchtete auch die CIA: Sie sah im Iran vor allem einen idealen Standort für ihre SIGINT-Horchposten, welche dank der gütigen Unterstützung des Schahs einen exklusiven Einblick in die sowjetische Hochrüstung erlaubte und mit deren Hilfe Verstöße gegen Rüstungskontrollvereinbarungen aufgedeckt werden konnten.

Aus heutiger Perspektive mag es kaum glaublich erscheinen: Zunächst versuchte das Pentagon, Carters RDF-Direktive schlichtweg zu ignorieren und auf die lange Bank zu schieben. Auch die Diplomaten des State Department sahen keine Veranlassung, die Idee einer schnellen Eingreiftruppe den proamerikanischen Regierungen in der Golfregion schonend beizubringen und schmackhaft zu machen. Und dies, obgleich Ende der 70er Jahre für die US-Militärmacht der Mittlere Osten in punkto Präsenz und Projektsfähigkeiten fast schon zu einer Zone der Vernachlässigung herabgesunken zu sein schien.

---

<sup>24</sup> Presidential Directive 18: “U.S. National Strategy”, - top secret -, 24.8.1977, Carter Library, FOIA Release. Vgl. insbesondere die folgenden Passagen aus Carters Direktive: “In this situation I direct that US national strategy will be to take advantage of our relative advantages in economic strength, technological superiority and popular political support to: Counterbalance, together with our allies and friends, by a combination of military forces, political efforts, and economic programs, Soviet military power and adverse influence in key areas, particularly Europe, the Middle East, and East Asia. [...] To fulfill this national strategy, the United States will maintain an overall balance of military power between the United States and its allies on the one hand and the Soviet Union and its allies on the other at least as favourable as that now exists. In this connection, the United States will fulfill its commitment to its NATO allies to raise the level of defense spending by approximately three percent per year in real terms along with its allies. [...] *Global Contingencies*: In addition, the United States will maintain a deployment force of light divisions with strategic mobility independent of overseas bases and logistical support, which includes moderate naval and tactical air forces, and limited land combat forces. These forces will be designed for use against both local forces and forces projected by the USSR based on analyses of requirements in the Middle East, the Persian Gulf, or Korea, taking into account the contribution of our friends and allies in these regions. US planning should provide that these requirements may be met by a combination of the light deployment forces, supplemented by forces in the United States, primarily oriented toward NATO defense. The 2<sup>nd</sup> Division will be oriented toward deployment in Asia but available for global contingencies as described above.” Vgl. ferner Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 57f.



## **2. Bevor CENTCOM kam: Die militärische Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten**

Die politische Macht der USA in der Region ruhte natürlich auf den beiden strategischen „Säulen“, Saudi-Arabien und dem Iran unter Herrschaft des Schahs. Was freilich eine direkte westliche Militärpräsenz anbetraf, so war die Region nach dem Rückzug der Briten östlich von Suez quasi „unterversorgt“.

Vorbei waren die Zeiten, als das SAC bei den Nuklearkriegsplanungen gegen die UdSSR auch britische Bomberbasen am Suezkanal und Flugfelder in Saudi-Arabien einkalkulierte: Die vergrößerte Reichweite der US-Bomber und die Einführung von land- und seegestützten Atomraketen (ICBMs und SLBMs) machten jene vorgeschobenen, zu verwundbaren Luftwaffenstützpunkte obsolet. Und die direkte Libanon-Intervention 1958 im Zuge der Eisenhower-Doktrin blieb nur eine kurze Episode.

Präsident Kennedy hatte 1962 das U.S. Strike Command (STRICOM) aus der Taufe gehoben, für Operationen im Mittleren Osten, in Subsaharaafrika und in Südasien – doch die militärische Überdehnung des Vietnamkrieges sollte derartigen Interventionspotentialen einen Riegel vorschieben.<sup>25</sup> Spürbar wurde dies auch beim Krisenmanagement Washingtons im Sechstagekrieg 1967, wo wiederum die sowjetische Militärmacht überraschend deutlich Flagge zeigte. Jüngste Forschungsergebnisse lassen vermuten, dass Moskau nicht nur einen wesentlichen Anteil an der Anbahnung jenes Krieges hatte, sondern damals sogar eine noch weitaus gravierende Militärintervention plante, welche nur durch den schnellen Sieg der israelischen Luftwaffe (welcher sogar den KGB und die sowjetischen Militärstrategen verblüffte) konterkariert wurde.<sup>26</sup>

Letztendlich standen die Sowjets 1967 jedoch im Lager der Verlierer: In militärischer Hinsicht (die Unterlegenheit sowjetischer Waffentechnik, benutzt von den arabischen Truppen, war ein Schock<sup>27</sup>) wie auch aus politisch-diplomatischer Perspektive, als es der Nixon-Administration gelang, Ägypten unter der Präsidentschaft von Sadat aus dem prosowjetischen Lager herauszulösen.<sup>28</sup> Im Januar 1971 hatte ein ausführliches CIA-Dossier noch über Kontroversen zwischen den Moderaten und den Hardliner-Interventionisten innerhalb der sowjetischen Führung und des Militärapparates spekuliert:<sup>29</sup> „Some Soviet military authorities in Moscow may have been reluctant to see the growing Soviet involvement in Egypt's struggle with Israel. [...]“<sup>30</sup> Others, however, may have been primarily influenced by hunger for expansion of the Soviet strategic presence and by a conviction that preservation of the strategic advantages the USSR had already won from the Arab-Israeli conflict hinged largely on continued Soviet satisfaction of the UAR's growing military needs. Such observers are likely to have put a high premium on Soviet use of Egyptian naval and air facilities against NATO, on the promise of new Arab bases in the area, and on the hope of gaining control of the Suez Canal and of expanding the Soviet naval and air presence further. They are therefore likely to have considered the dangers attending more

<sup>25</sup> Vgl. zum Folgenden auch Jay E. Hines, *From Desert One to Southern Watch: The Evolution of U.S. Central Command*, in: *Joint Force Quarterly* (JFQ), Spring 2000, S. 42-48.

<sup>26</sup> Vgl. Isabella Ginor und Gideon Remez, *Foxbats over Dimona, The Soviets' Nuclear gamble in the Six-Day War*, New Haven, London 2007; und die sehr positive Rezension dieser Studie durch Lawrence D. Freedman, in: *Foreign Affairs*, September/October 2007, S. 168f.

<sup>27</sup> Vgl. Andrew and Mitrokhin, *The KGB and the World*, S. 151f.

<sup>28</sup> Vgl. Craig A. Daigle, *The Russians are going: Sadat, Nixon and the Soviet presence in Egypt, 1970-1971*, in: *Middle East Review of International Affairs* (MERIA), Vol. 8, No. 1 (March 2004), S. 1-15.

<sup>29</sup> CIA Directorate of Intelligence (CIA DI): *The Growth of the Soviet Commitment in the Middle East* (Intelligence Report), - top secret -, January 1971, <http://www.foia.cia.gov/CPE/ESAU/esau-48.pdf>, hier S. 141 (CIA FOIA - Special Collections: The CAESAR, POLO, and ESAU Papers; bekannt geworden als Teil der „CIA's Family Jewels“, deklassifiziert Juni 2007).

<sup>30</sup> Schwärzung dieser Passage im freigegebenen Text, offenbar zum Schutz der Informationsquelle.

direct Soviet involvement as an acceptable price to pay.” Im Sommer 1972 schickte Sadat dann die 17.000 sowjetischen Militärberater nach Hause – doch gerade sein Angriff auf Israel am Jom-Kippur-Fest des Jahres 1973 beschwor erneut die Gefahr einer sowjetischen Militärintervention herauf: Die amerikanisch-sowjetische Flottenkonfrontation im östlichen Mittelmeer während des Oktoberkrieges, Kissingers Defcon-3-Entscheidung und die darauf folgenden Debatten im Kreml über die Einleitung der Mobilmachung<sup>31</sup> – dies alles führte das Eskalationspotential vor Augen, mit welchem auch in Zeiten der Supermacht-Détente ein Krieg in jener Region behaftet war. Andererseits hatte jene Episode nochmals die Defizite bei den power-projection-Fähigkeiten der US-Streitkräfte unterstrichen, und daran sollte auch die Drohung Washingtons, als Reaktion auf den saudischen Ölboykott die Ölquellen eben selbst zu erobern<sup>32</sup>, langfristig nichts ändern. Nach der nur begrenzt positiven Erfahrung der US-Militärmacht im Oktoberkrieg 1973 waren aus den Reihen der US-Stabschefs (JCS) Forderungen nach der Aufstellung einer eigenen Joint Task Force (JTF) laut geworden, denen jedoch kein Erfolg beschieden war. Nach den Maximen der Nixon-Doktrin blieb es dabei, fürs erste lieber die Regionalmächte militärisch zu stärken – etwa die Armee des Schahs. Zu Beginn der Carter-Regierung war die unmittelbare US-Präsenz auf ein kleines Marinekontingent mit Hauptquartier in Bahrain beschränkt, und die Möglichkeiten, sehr rasch Verstärkungen an Bodentruppen, Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen nachzuschieben, waren begrenzt.

Hinzu kamen noch die hausgemachten bürokratischen Probleme: Die US-Militärs und Politiker hatten eine höchst ineffiziente Führungs- und Befehlsstruktur geschaffen. Es gab kein einheitliches CINC-Kommando, welches allein für jene so bedeutsame Region zuständig gewesen wäre. Das Gebiet war „verwaltungstechnisch“ folgendermaßen aufgeteilt: Der größte Teil des Mittleren Ostens bis zur Ostgrenze des Iran war ebenso wie Afrika dem EUCOM (European Command) zugeordnet, welches freilich genug ausgelastet war mit seiner eigentlichen Aufgabe, Westeuropa gegen einen sowjetischen Angriff zu wappnen. Ausgenommen waren freilich das Rote Meer, der Persische Golf selbst und der Indische Ozean. Diese Gewässer gehörten wie auch Afghanistan und Pakistan zur gewaltigen Zuständigkeitssphäre des Pazifikkommandos (PACOM), mit dem Hauptquartier in Honolulu und der Siebten Flotte mit ihren Basen in Japan. Traditionell konzentrierten sich die Strategen von CINC PACOM auf die Verteidigung Südkoreas und Japans, und sie hatten ihre Aufmerksamkeit zu lenken auf Taiwan, Südostasien, die Malakkastraße und die Weiten des Pazifiks mit seinen Archipelen.

Wenngleich Kriegsschiffe der Siebten Flotte auch regelmäßig dem westlichen Indischen Ozean und dem Persischen Golf Besuche abstatteten, so hatte dies dennoch lediglich symbolische oder psychologische Wirkung.

Solange ein echter Druck von außen fehlte, schmeichelte das militärpolitische Provisorium den Partikularinteressen der US-Teilstreitkräfte, traditionell in permanente Rivalitäten und bürokratische Grabenkämpfe verwickelt und nur vereint in der herzlichen Ablehnung eines neuen Vereinten Regionalkommandos für den Nahen und Mittleren Osten: Vor allem die US-Marine scheute sich, Einheiten der Siebten Flotte einem Befehlshaber zu Lande zu unterstellen; ähnlich egoistisch dachte man bei der USAF; in der US Army gab es zwar Befürworter eines CENTCOM, doch SACEUR war wiederum ein strikter Gegner einer Ressourcenabzweigung.

Angesichts dieser organisatorischen Überdehnung und manieristischen Grenzziehung rangierte die Region sowohl bei EUCOM wie auch bei PACOM ganz unten auf der Prioritätenskala – was ja auch lange Zeit keine Probleme bereitet hatte, wie Odom unterstreicht: „Because the Persian Gulf and Southwest Asia had never been a significant theater

<sup>31</sup> Vgl. Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill 2007, hier S. 240.

<sup>32</sup> Vgl. Bronson, *Thicker than Oil*, S. 121.

of military operations for U.S. forces, this division through the middle of the region had earlier been tolerable.”<sup>33</sup> In der Tat, wenn die Sowjets in der Vergangenheit versucht hatten, ihre Truppen in der Region in Stellung zu bringen, dann (wie 1967 und 1973) primär auf dem Seeweg über das östliche Mittelmeer. Und im Persischen Golf versprachen die Streitkräfte des Schahs die Stellung für die USA zu halten.

So erschien es nur natürlich, dass sich die Carter-Administration bei ihren Bemühungen, die konventionelle militärische Abwehrbereitschaft des Westens zu stärken, zunächst einmal mehr auf die „alten Verbündeten“ konzentrierte.

### ***3. In Europa wieder nur bedingt abwehrbereit? Die NATO-Initiativen der Carter-Administration und die Entstehungsgeschichte des LTDP***

Der frisch gewählte Präsident Jimmy Carter hatte bereits auf dem Londoner NATO-Gipfel vom 10. Mai 1977 (der Nordatlantikrat tagte im noblen Lancaster House) seine ehrgeizigen Pläne eines zweigleisigen, kurz- und langfristigen Modernisierungsprogrammes für die Allianz skizziert, als gemeinsame Instrumente, um die Streitkräfte des Bündnisses endlich angemessen auf die sich verändernden militärischen Herausforderungen der 80er Jahre vorzubereiten.

Wenige Tage danach ging Verteidigungsminister Harold Brown noch stärker in die Details. In einem Brief an seinen britischen Kollegen Frederick Mulley bat Brown im Voraus um die tatkräftige Schützenhilfe der englischen Verbündeten, schließlich handele es sich im Grunde nur um Projekte, welche von den NATO-Regierungen explizit gefordert oder im Prinzip schon abgesegnet worden seien: „Dear Fred, When we meet together next week in Brussels, I hope you will join me in responding vigorously to the fresh mandate we have had this week from our Heads of Government. Their call on us to strengthen NATO’s defense posture has been clear and forthright. Our response should be no less so. To this end, I will be submitting two proposals at our meeting: that we design a long-term defense program for the 1980s which will permit us to deal with key defense problems under agreed priorities and phasing, and that we adopt in principle this month a few urgent short-term measures to reduce selected critical deficiencies in readiness, antiarmor, and war reserve munitions. Our representatives in Brussels have already consulted on the possible content and approach for these programs. I solicit your agreement to these proposals and urge that you join me in providing a strong ministerial lead toward meeting our common defense tasks.”<sup>34</sup>

Unter dem genannten Langzeitprogramm *LTDP* (*Long Term Defence Programme*), welches im Frühjahr 1978 verabschiedet werden sollte, stellte sich Brown eine generelle Standort- und Kursbestimmung der Militärallianz für die 80er Jahre vor. Erinnerungen wurden wach an das NATO-Projekt AD-70, doch Brown stellte sogleich klar, dass das neue Programm „quite different in approach“ angelegt sein sollte.<sup>35</sup> Kein Wunder, hatte doch AD-70 außer einem Berg von Studien und bürokratischen Fleißarbeiten aus der Sicht der Amerikaner wenig konkrete Resultate gezeitigt. Brown mahnte daher an: „Not another massive paper exercise, but more of an action program to meet the objective already being defined.“ Die NATO-Verteidigungsminister hätten doch längst die Ziele vorgegeben – nur, dass diese

<sup>33</sup> Zitiert nach Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 72.

<sup>34</sup> US-Verteidigungsminister Harold Brown an den britischen Verteidigungsminister Frederick Mulley, - confidential -, 13.5.1977, in: PRO National Archives, DEFE 24/1302: The United States and NATO, - secret -, (closed until 2008, 2005 vorzeitig deklassifiziert nach FOI Act).

<sup>35</sup> US-Verteidigungsminister Harold Brown: „Proposed U.S. Defense Initiatives“ (*Spring 1977 DPC Ministerial Meeting – Statement for the Record by the U.S. Secretary of Defense*), - NATO confidential -, 13.5.1977, in: PRO National Archives, DEFE 24/1302: The United States and NATO, - secret -, (closed until 2008, 2005 vorzeitig deklassifiziert nach FOI Act).

Aufgaben allein im Rahmen der üblichen, zweijährigen NATO-Rüstungsplanungen und der nationalen Rüstungsprojekte nicht zu erreichen seien. Hier sei eine flankierende, langfristige Agenda notwendig: „The basic purpose would be to follow-up the 1977 Ministerial Guidance. We think something else beyond NATO's biennial force goals exercise is needed to respond adequately to this new guidance. We have in mind supplementing, not duplicating or supplanting, ongoing NATO force planning and national programs.”

Brown wusste um das Misstrauen der Europäer und versicherte, das Pentagon habe nicht im Sinn, heimlich die gemeinsam formulierten Bedrohungsanalysen oder gar die „Flexible Response“-Strategie auszuhöhlen.

Und Browns zweites Modernisierungsprogramm, eine kurzfristig bzw. unverzüglich umzusetzende Agenda zur Beseitigung der dringendsten militärischen Schwachstellen der Allianz, war seit langem auch von den NATO-Militärs angemahnt worden. Der US-Verteidigungsminister listete die zentralen Untersuchungsfelder auf und wusste zu sagen, wo die offensichtlichsten Probleme lagen:

Zum ersten müsse auf eine schnellere Reaktionsfähigkeit und größere Alarmbereitschaft des Bündnisses hingearbeitet werden – gerade in den USA wuchs damals die Angst vor einem sowjetischen Angriff mit sehr kurzer militärischer Vorwarnzeit, ja einem echten Überraschungsangriff, durchgeführt mit ausschließlich konventionellen Strategien und Waffensystemen. Angesichts solcher Szenarien, so Browns Ermahnung, sei die militärische Bereitschaft der NATO nicht hoch genug, agiere die Allianz im Krisenfall noch immer zu schwerfällig: „Fortunately, NATO's need is not so much for more forces as for better managed, better equipped, more compatible, and readier forces. Clearly one of its higher priorities must be readiness to deter and if necessary cope with a short-warning attack.”

Aus diesem Grund müssten zweitens auch die Mobilmachung und der Transport von Verstärkungstruppen schneller und effizienter gestaltet werden – „to help meet the risk of short warning attack, as well as that of a fully developed attack.“

Drittens mahnte der Pentagonchef Rationalisierungen, Effektivitätssteigerungen und größere militärische Interoperabilität bei den NATO-Rüstungsprojekten an, u.a. durch dringend notwendige Standardisierungen.

Die Programmpunkte 4 und 5 umfassten eine Modernisierung und Aufrüstung bei den NATO-Seestreitkräften sowie bei den Luftabwehrsystemen.

Hinzu kommen sollte der Ausbau der militärischen Kommando- und Kontrollstrukturen, welcher kurz zuvor von SACEUR und SACLANT nochmals zur obersten Priorität erklärt worden war: „This is central to the integrated yet flexible employment of NATO's disparate national forces in coalition war. C<sup>3</sup> can be a great force multiplier.”

Auch im Bereich der „Electronic Warfare“-Kapazitäten (EW) sah Brown noch einen erheblichen Nachholbedarf. Ungeachtet des westlichen Vorsprungs im Hightech-Sektor litten die NATO-Streitkräfte nach amerikanischer Auffassung unter erheblichen Defiziten bei der Elektronischen Kriegführung: Mittlerweile sei die Allianz in hohem Maße verwundbar geworden gegenüber sowjetischen EW-Taktiken, welche diejenigen der NATO inzwischen weit hinter sich gelassen hätten.

Den Schlusspunkt auf Browns Liste bildete die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen: So wichtig die konventionelle Nachrüstung auch sei, so dürfe die NATO doch auch nicht die Nachrüstung der nukleartaktischen Systeme versäumen.

Normale Rüstungsprojekte der NATO richteten sich üblicherweise nach dem laufenden Verteidigungsplanungszyklus; doch für jene Gravamina sollte zusätzlich ein langfristiger Zeitplan ins Auge gefasst werden: Viele jener Themenfelder sollten im Zeitraum 1979-84 in Angriff genommen und umgesetzt werden, und die Alliierten müssen so lange durchhalten und dürften nicht vorher von der Fahne gehen.

Es war eine seltsame Ironie der Geschichte: Immer wieder hatten die Europäer versucht, die USA in punkto Militärdoktrinen und Nuklearstrategien an den Alten Kontinent zu ketten –

und die nächste Runde, die Kontroverse um die eurostrategische Nachrüstung (die Bundeskanzler Schmidt nach eigenem Bekunden den Amerikanern aufgedrängt hatte) sollte unmittelbar folgen. Doch nun, ab Frühjahr 1977, starteten die Amerikaner den Versuch, die Europäer an die Kette zu legen, diesmal im rüstungspolitischen und primär konventionellen Sektor. Die allianzinterne Logik war also durchaus nicht als transatlantische Einbahnstraße ausgestaltet, und diese Tendenz sollte sich unter der Hochrüstungsphase während der Amtszeit Präsident Reagans noch verstärken.

Am 17. Mai erhielt Carters Programm die Zustimmung der NATO-Verteidigungsminister. Zugleich kam man überein, eine Serie von Studien in verschiedenen militärpolitischen Schwerpunktfeldern auf den Weg zu bringen, auszuarbeiten von neun Task Forces.<sup>36</sup>

Diese Expertenkommissionen hatten die Aufgabe, zunächst die dringendsten Probleme und gefährlichsten Defizite der alliierten Verteidigungspolitik zu eruieren, danach die notwendigen nationalen und gemeinsamen Reparaturmaßregeln zu benennen, hemmende Friktionen in den Planungs- und Implementierungsverfahren der NATO aufzudecken und Zeitpläne für eine phasenweise Umsetzung zu erstellen. Eine zehnte Task Force, firmierend unter der einfachen Bezeichnung „High Level Group“, wurde separat von der Nuklearen Planungsgruppe NPG ins Leben gerufen, beauftragt mit „the development of a long term programme for theatre nuclear forces“.

Mit der Aufgabe, als „Steering Group“ die Arbeit der Task Forces zu begleiten, wurde eine „Executive Working Group“ (EWG) betraut, zusammengesetzt aus nationalen Repräsentanten, NATO-Befehlshabern sowie Vertretern des Internationalen Stabes, und geleitet vom Deputy Secretary General. Mitte Juni 1977 wurden die Direktoren der Task Forces von der EWG ausgewählt und die Arbeitsrichtlinien definiert, und auf ihrem Treffen am 6./7. Dezember 1977 erteilten die NATO-Verteidigungsminister den Zwischenberichten der Expertengruppen ihren Segen.

Wie geplant legten die Task Forces dann ihre Berichte und Analysen bis Anfang März 1978 im NATO-Hauptquartier vor, um nunmehr den nationalen Verteidigungsministerien Raum für eine Stellungnahme zu geben.

Auf britischer Seite waren dies zum einen die Chiefs of Staff selbst; zum anderen wurde der Defence Policy Staff und das Defence Secretariat mit einer detaillierten Kommentierung der NATO-Vorschläge aus der Perspektive Whitehalls beauftragt. Das Resultat wurde benötigt als Richtlinie für die Diskussionsbeiträge des britischen EWG-Delegierten bzw. des UKMILREP bei der Beratung der Task Force-Reports in der „Executive Working Group“ und im Militärausschuss (MC). Diese MOD-Bewertung wurde dann wiederum nach einer positiven Beratung im NATO Defence Business Co-Ordinating Committee (NDBCC) den Chiefs of Staff zur Beschlussfassung zugeleitet und schließlich dem Secretary of State vorgelegt.

„In general the TF Reports are thoroughly researched and cogent in their arguments“, so die Gesamtbewertung der britischen Fachleute: „They represent a useful Long Term Programme which has not strayed too far from what could realistically be expected of Nations. On the other hand, even though they have spent several months over their work, not every aspect of Alliance interest has been covered since the Terms of Reference of the Task

<sup>36</sup> Vgl. zum Folgenden: Colonel G. C. Safford (Acting Secretary, Chiefs of Staff Committee) an den Chief of the Defence Staff, den Chief of the Naval Staff, den Chief of the General Staff und den Chief of the Air Staff: „NATO Long Term Defence Programme“, - restricted, covering secret UK eyes A -, 13.3.1978; und: DPS B 58/1 - D/DS 12/18/44: Attachment to COS 1112/142: „NATO Long Term Defence Programme“, - secret UK eyes A -; und: Draft Minute from CDS to the Secretary of State: „NATO Long Term Defence Programme“ (Annex C to DPS B 58/1 and D/DS 12/18/44), - secret UK eyes A - (ohne Datum); sowie: Note von Major-General N. T. Bagnall (Assistant Chief of the Defence Staff [Policy]): „Long Term Defence Programme“, - restricted, covering secret UK eyes A -, 8.3.1978, alle in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

Forces concentrated their efforts on areas of greatest perceived Alliance need. This has led in places to topics tending to fall between Task Forces: for example, Air Defence of the Fleet is not covered by either TF 4 (Maritime posture) or TF 5 (Air Defence).”

Die Berichte der Task Forces und die Stellungnahmen der nationalen Regierungen wie der NATO-Befehlshaber sollten im März und April 1978 in den Gremien der EWG, des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) und des Militärausschusses (MC) beraten werden. Das LTDP würde danach zusammen mit einer Einschätzung des DPC den Verteidigungsministern des Bündnisses bei ihrer Frühjahrstagung 1978 zur Zustimmung vorgelegt und endgültig auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO am 30/31. Mai 1978 abgesegnet werden.

Es lohnt sich, einen etwas genaueren Blick auf die Bewertungen der neun Task Forces wie auch auf die Stellungnahmen des britischen Verteidigungsministeriums zu werfen. Die militärpolitischen Schwerpunktfelder waren wie folgt auf die Task Forces verteilt worden – eine Gliederung, welche dann auch für die Programmkomponenten des LTDP übernommen wurde:

- Task Force 1: Gefechtsbereitschaft;
- Task Force 2: Verstärkungen;
- Task Force 3: Mobilmachung und Reserven;
- Task Force 4: Seestreitkräfte;
- Task Force 5: Luftverteidigung;
- Task Force 6: Kommando- und Kommunikationsstrukturen;
- Task Force 7: Elektronische Kriegführung;
- Task Force 8: Rationalisierung;
- Task Force 9: Logistik.

Bereits die *Task Force No. 1 (Gefechtsbereitschaft)* hatte sich mit einem alles andere als problemlosen Aspekt der alliierten Militärpolitik zu beschäftigen: Analysiert werden sollte das Potential der NATO-Truppen, angesichts des breiten Spektrums der dem Warschauer Pakt zur Verfügung stehenden Bedrohungsoptionen angemessen zu reagieren, „from an attack by in place forces with minimum warning, to a fully reinforced attack with a period of tension of a few weeks.” Vor allem die gesteigerte Fähigkeit der Sowjets, mit gerade einmal minimaler Vorwarnzeit anzugreifen, und ihr intensives Training von offensiven Chemiewaffeneinsätzen bereitete den NATO-Strategen größte Besorgnis.<sup>37</sup>

Und die Task Force konnte nicht umhin, sich Browns Kritik an der mangelnden Bereitschaft der NATO-Verbände anzuschließen. Nach Auffassung der Experten beginne das Problem bereits bei der Zahl und Schlagkraft der NATO-Panzerabwehrwaffen: Im Bereich der gepanzerten Verbände war die NATO laut Task Force dem Warschauer Pakt Ende der 70er Jahre im Verhältnis 1 zu 4 unterlegen, und dies beeinträchtige nicht nur die Fähigkeiten der Allianz, einen massiven Angriff so grenznah als irgend möglich zum Stehen zu bringen („as close as possible to the NATO borders“), sondern könnte generell die westliche Abschreckungsfähigkeit in Frage stellen.

Daher galt es – so die mittelfristige Zielvorgabe der Task Force für das Jahr 1982 – so rasch als möglich veraltetes Kriegsgerät auszumustern, die Panzerabwehrfähigkeiten auszubauen (hier wurden die bisherigen NATO-Planvorgaben als ungenügend eingestuft) und die Munitionsdepots aufzufüllen. Angestrebt wurde ein Mix aus modernen Antipanzerwaffen „to impose losses on the enemy at all stages of his advance“. Und bei diesem seinem Vor-

<sup>37</sup> Appendix 1 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 1 – Readiness” und “Controversial Points”, - secret, UK eyes A -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

marsch war es sehr wahrscheinlich, dass der Gegner auf seine gefürchteten Chemiewaffen zurückgriff – und einmal mehr eine Schwachstelle der NATO aufdeckte.

Nicht genug damit, dass die ABC-Schutzvorbereitungen und Trainingsmaßnahmen sowohl bei einigen nationalen Kontingenten wie auch im NATO-Hauptquartier nun auch durch die Task Force als „unzureichend“ eingestuft wurden: Das Bündnis sei nicht in der Lage, effektiv zu agieren und *symmetrisch* Vergeltung zu üben. „The Report concludes that NATO as a whole is not able to meet the military requirements for the retaliatory use of chemical agents, as defined in MC 14/3 and MC 48/3, and as such NATO forces are placed at a disadvantage. The Report recommends that the NATO nations should re-examine their national policies towards a NATO Retaliatory CW Capability, and the corrective measures required, in the light of the Warsaw Pact threat. The United States has been asked for details of weapons which could be released to NATO, and it has been recommended that ACE should develop a detailed concept for the use of retaliatory CW weapons.”

Die Task Force rief ferner sowohl die NATO-Behörden wie auch die Einzelstaaten dazu auf, Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu einer effektiveren ABC-Abwehr auf den Weg zu bringen, „particularly in the field of chemical/nuclear detection and warning systems, chemical survey equipment, individual protection equipment, antidotes, training simulants, operational effects of combined NBC injury, and biological defence systems.”<sup>38</sup>

Den britischen Experten war klar, dass hier die Kollegen von der Task Force ein sehr heißes Eisen anpackten: „Capitals may well find it difficult for domestic and international policy reasons to re-examine their policies, given the current US/USSR negotiations on a possible CW convention, and the increasing pressure from the Committee on Disarmament for such a convention. Against this background the UK believes that NATO is better placed than capitals to determine in military terms whether the NATO retaliatory CW capability meets the Warsaw Pact threat, and to recommend the corrective actions needed.”

Eine nicht unerhebliche Rolle im Rahmen der amerikanischen Reformbemühungen spielten weiterhin Maßnahmen zur Rationalisierung und Verbesserung der *NATO-Alarmsysteme*: „There is a critical need for Nations to improve the arrangements for the Transfer of Authority directed towards measures necessary for the coordinated deployment to GDP [General Defense Plan, MS] positions from peace locations. The situation concerning Automatic Transfer of Authority (ATOA) at the declaration of the States of the Counter Surprise Military System is unsatisfactory.” Damit die Allianz einem möglichen sowjetischen Überraschungsangriff tatsächlich effektiv begegnen könnte, so mahnte die Task Force, müssten die nationalen Regierungen bereit sein, im Krisenfall, bei der Ausrufung der jeweiligen NATO-Alarmstufen, *früher* respektive *umfassender* ihre Kommandobefugnisse direkt an die NATO-Kommandeure abzutreten. Dies sollte insbesondere für die Alarmstufen „Orange“ und „Scarlet“ des genannten *Counter Surprise Military System* die automatische Übertragung von nationaler Kommandoautorität an die NATO-Militärhierarchien einschließen.<sup>39</sup> Um die Verteidigung der Region ACE zu gewährleisten, so die Task Force, „NATO Commanders require ATOA over all in-place and reinforcement forces within their area of responsibility to ensure immediate use and optimum effective response to an impending attack.”

Die Briten waren bereit, diese frühe Aufgabe nationaler Einflussnahme im speziellen Falle jenes NATO-Alarmsystems gegen sowjetische Präventivschläge zu akzeptieren. Anders dagegen bei sich langsam entfaltenden Krisen und Spannungssituationen, wo das „normale“ Alarmsystem der Allianz mit den vertrauten einleitenden Stufen „Military Vigilance“, „Simple Alert“ und „Reinforced Alert“ galt; hier wollte London die Reservatrechte der

<sup>38</sup> Zitiert nach: Ebenda, *Tabellarischer Anhang*, Bl. B 1-3.

<sup>39</sup> Zu jenen Stufen des NATO-Alarmsystems vgl. etwa Sean M. Maloney, Fire Brigade or Tocsin? NATO's ACE Mobile Force, Flexible Response and the Cold War, in: *The Journal of Strategic Studies*, Vol. 24, No. 4, December 2004, S. 585-613, hier S. 601f.

politischen Führung bewahrt sehen: “The UK has agreed transfer of authority at State ORANGE and transfer of authority at SCARLET is under active consideration. [...] As for the formal alert system, UK has recently examined the State of Military Vigilance. For the formal alert system, the problem is to balance the need for greater readiness against that for retaining adequate political control. In the case of Military Vigilance (MV) where MNCs are entitled to declare measures on their authority, it was concluded last year following an interdepartmental review that some of the more obtrusive measures – if indeed they probably belong in MV at all – should only be implemented following Ministerial approval at the time. The Cabinet Office intend to initiate a review of Simple Alert and Reinforced Alert measures (where some safeguard of Ministers position is provided by the need for MNCs to obtain DPC approval before measures are declared.)”

Die britischen Experten erteilten dementsprechend den Gedankenspielen des Task Force-Berichts, eine sehr schnelle Autoritätsübertragung von der nationalen auf die Allianzebene auch für das „normale“ formelle Alarmsystem einzuführen, eine entschiedene Abfuhr: „Do not accept“, hieß es in der ersten Stellungnahme: “These are unrealistic and unacceptable proposals which would in effect remove all National Political control.” (In einer späteren Dokumentenfassung wurde diese Formulierung abgemildert in: “A balance has to be struck between the needs for greater readiness and that for retaining adequate national political control. Requires further national consideration.”<sup>40</sup>)

Mit diesem Spannungsfeld der Abgrenzung nationaler und NATO-Kompetenzen respektive der Balance zwischen militärischer Effizienz und politischer Kontrolle war ein anderes Problem eng verknüpft, das der *Kategorisierung der nationalen Truppenkontingente* gemäß ihrem Unterstellungs- und Bereitschaftsgrad für NATO-Einsätze: „Probable compression of warning time demands that positive planning for the use of forces in crisis or war must take place during peacetime. It also demands the correction of serious and long standing deficiencies in the Alert System so that in a crisis the Alliance can be brought to a state of complete, timely and coordinated readiness. The key to achieving such readiness is a workable Alert System coupled with assurance from nations that forces will be committed when requested. Realistic Alliance planning absolutely dictates that sufficient forces are committed in peacetime.”

Der Bericht der Task Force forderte die NATO-Mitglieder auf, ihre nationalen Kontingente neu einzuteilen und bei der Assignierung für Allianzaufgaben sich großzügiger zu zeigen, um nicht nur die NATO-Planungen zu erleichtern, sondern auch ein Signal politischer Geschlossenheit auszusenden. „The lack of specific commitment to the Alliance of a significant proportion of forces under the terms of MC 57/3 presently hampers effective planning for their employment during crisis or war. [...] Peacetime categorisations are the basis of time phased defence plans. Nations should therefore revise current status of categorisation in order to present a true picture of current status of categorised forces against war authorised strength. Nations who have so far felt unable to consider recategorising forces to a higher category of commitment should be urged most strongly to reconsider their positions.”<sup>41</sup>

Beispielsweise wurde von den britischen Streitkräften verlangt, 11 Infanteriebataillone von „Other Forces for NATO“ in die höhere Stufe „Earmarked Forces“ umzudeklarieren, sowie u.a. 30 weitere Infanteriebataillone, die bisher allein dem nationalen Kommando unterstellt sein sollten, mit dem Prädikat „Other Forces for NATO“ zu versehen.

Die Task Force kam weiterhin zu dem Schluss, dass „a further extension of the proposal for recategorisation could include increased operational control of forces and headquarters by

<sup>40</sup> Appendix 1 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 1 – Readiness” und “Controversial Points”, - secret, UK eyes A -, *Tabellenanhang, Bl. B 1-12*.

<sup>41</sup> Appendix 1 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 1 – Readiness” und “Controversial Points”, - secret, UK eyes A -, *Tabellenanhang, Bl. B 1-10*.



SACEUR. This would produce improved readiness by a more simple command structure in peace and crisis, with the possibility of greater standardisation in tactical doctrine and communications.” Auch würde dadurch die Solidarität innerhalb der Allianz gestärkt. „Given that it is unlikely that nations would agree to the wholesale transfer of authority to SACEUR in peacetime, the recommendation is made that SACEUR, MSCs and nations should examine as a matter of priority how better arrangements and interfaces can be made in peacetime by extending NATO Command and Control to Corps level in ground forces and to a comparable level in air forces.” In der Diskussion genannt wurden eine Verbesserung der technischen Kommunikationssysteme zwischen NATO-Militärführung und den (nationalen) Korps, aber auch eine direkte Internationalisierung der Korpsstäbe sowie eine stärkere Angleichung der Einsatzdoktrinen der nationalen Kontingente. Das freilich, so die britische Bewertung, werde Kritik hervorrufen und für böses Blut sorgen: „It can be argued that national commands are more decisive and efficient, and understand better the national organisations and characteristics of their subordinate formations. [...] Even at Corps level this degree of standardisation is unlikely to be acceptable since it does not take full account of differences in operational areas and conditions, equipment, and national tactical concepts and characteristics; with the consequent problems that therefore confront a potential aggressor.”

Weiterhin befand die NATO-Untersuchungskommission, dass den Truppen des Bündnisses eine *intensivere und realistischere Manövertätigkeit* nicht schaden könne: Besonderes Gewicht sollte auf winterlichen Kriegssimulationen zur Verteidigung Nordnorwegens gelegt werden (ab 1981 im fünfjährigen Turnus, „involving all reinforcement and indigenous forces“), möglicherweise ergänzt durch Übungen bis hin zur Divisionsstärke in den arktischen Regionen Nordamerikas.

Ferner erwartete die Task Force von den Streitkräften der USA, Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande periodische Tests ihrer Verstärkungsoperationen und Nachschubtransporte für Mitteleuropa, und generell sollten in den Abschnitten NORTHAG und CENTAG jährlich abwechselnd multilaterale, korpsübergreifende Manöver der amerikanischen, britischen, deutschen, kanadischen, belgischen und niederländischen Verbände durchgeführt werden. „Occasional informal inter-corps exercises already take place between corps in NORTHAG“, so die begleitende Erläuterung des MOD, verbunden mit dem skeptischen Kommentar: „We believe that there are real problems in coordination between Army Groups and between Regions.”

Die NATO war dabei, die qualitative Luftüberlegenheit durch die Anschaffung modernster Kampfflugzeugtypen zu behaupten. Dazu passte es allerdings nicht, wenn zugleich der Bericht der Task Force deutliche Fehlbestände bei den dazugehörigen Hightech-Bordwaffen bemängeln musste: Beim Stand Ende der 70er Jahre wäre offenbar der NATO schon deutlich vor dem Ende des ersten Kriegsmonats die Präzisionsmunition ausgegangen. Die Task Force 1 brachte ein mittelfristiges Logistikprogramm auf den Weg, um für sechs zentrale Waffengruppen eine Bevorratung für 30 Kampftage sicherzustellen: Eingeschlossen waren etwa lasergelenkte Präzisionsbomben, Munition für die Zerstörung gegnerischer Flugfelder und Shelterbauten, „intelligente“ Luft-Boden-Raketen (vom Typ AGM Maverick) sowie die berüchtigten Clusterbomben.

Die Task Force erinnerte dabei an einen der einfacheren Grundsätze moderner Kriegführung: Je „intelligenter“ die Waffensysteme unter den Flügeln waren, desto weniger NATO-Kampffjets als Waffenplattformen müssten für das teure Geld der Steuerzahler angeschafft werden.

Und manchmal waren scheinbar banale Kleinigkeiten für bedenkliche Verzögerungen in der Ausführung der Militärplanungen verantwortlich: Laut Task Force-Bericht dauere es schlichtweg zu lange, bis die Fronttruppen beim Abrücken in ihre Aufmarschpositionen im Krisenfall mit ausreichend Munitionsvorräten ausgerüstet sein würden: „All nations have

taken measures to decrease ammunition loading time, but it remains one of the major obstacles to increased readiness and rapid deployment to the GDP positions.” Abhilfe schaffen sollte die forcierte Anlage von vorgeschobenen Munitionsdepots näher am Eisernen Vorhang (FSTS, Forward Storage Sites).

Generell hatte die Task Force eine Reihe *unsinniger Aufmarschplanungen und zu lange Anmarschwege* zwischen den Friedensstandorten und den Gefechtsdislozierungen bemängelt. Dies galt insbesondere für das I. niederländische Armee Korps, und den holländischen Strategen wurde nachdrücklich an Herz gelegt, sie müssten mindestens eine zweite Brigade nach Deutschland verlegen und frontnah stationieren, wenn ihre Truppen in Krisen- und Kriegszeiten nicht zu spät zum Dienst erscheinen sollten: „Malstationing is most severe in NORTHAG where only one of the Netherlands Brigades is stationed in the FRG. The most critical recommendation is to improve the reaction time of 1<sup>st</sup> Netherlands Corps, including the forward stationing of an additional brigade, and this is being studied by a High Level Working Group. Other actions include the realignment of formations in the Central Region and acceleration of the FSTS programme.”

Dies betraf, wie gesagt, nur den Aufmarsch in der unmittelbaren Frontregion; eine Kleinigkeit also, verglichen mit der Herkulesaufgabe, quasi innerhalb des riesigen transatlantischen „Etappenraums“ die dringend benötigten *Verstärkungen und Nachschublieferungen* zu den Verteidigern der ersten Stunde eines Dritten Weltkrieges zu transportieren. Den Stand jener Vorbereitungen zu untersuchen oblag *Task Force 2*, und um nochmals zu verdeutlichen, was auf dem Spiel stand: Die Aufgabe bestand darin, *weit über eine Million NATO-Soldaten und mehrere Millionen Tonnen an Waffen, Ausrüstung und Nachschub* in kürzestmöglicher Zeit von den USA, Kanada und Großbritannien auf den mitteleuropäischen Kriegsschauplatz zu transportieren.<sup>42</sup>

Anfang 1978 ließ der Status der Vorbereitungen die Einschätzung zu, dass die NATO für den Transport ihrer verfügbaren Verstärkungen – *über drei Monate brauchen würde*. Vor allem den US-Streitkräften fehle es an militärischen und schnell requirierbaren zivilen Transportkapazitäten. Damit, so das erschreckende Urteil der Task Force, sei das NATO-Schnellverstärkungskonzept schlichtweg *nicht ausführbar*, und die Diskrepanz zwischen papierenen Vorgaben und realen Fähigkeiten sei beträchtlich:

„The report takes the view that, as matters stand today, the Rapid Reinforcement Concept (RRC) cannot be implemented because:

- a. The US has inadequate military and civil air and sea lift to accelerate the movement of its own reinforcements.
- b. Some of the reinforcements available from Canada and the UK have inadequate lift for their planned rates.
- c. The civil air and sea lift resources of other NATO nations have not yet been committed or organised to support the RRC; there may be legal constraints on their use.
- d. There is no coherent organisation to plan in peace or coordinate reinforcement movement.”

Die Task Force erwartete von den Regierungen der NATO-Staaten nunmehr die tragfähige Selbstverpflichtung, „that the Council/DPC decision to implement the Rapid Reinforcement Concept (RRC) would automatically commit their countries to provide the means and resources necessary to give effect to the decision“, und sie müssten prinzipiell ihr Einverständnis erklären, zur Umsetzung des RRC dann auch die Schiffe ihrer Handelsmarnen, die zivilen Passagierflugzeuge sowie die nationale Transportinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Validität des RRC sollte weiterhin auch regelmäßig bei NATO-Manövern getestet werden.

<sup>42</sup> Appendix 2 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 2 – Reinforcement”, - secret -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

Generell, so eine weitere Rüge der Task Force, fehle es an einem umfassenden und definitiven militärischen Verstärkungsplan für die komplette Kampfzone ACE, derzeit behelfe man sich mit nationalem planerischem Stückwerk. SACEUR stehe in der Pflicht „to develop urgently a comprehensive ACE-wide reinforcement plan which draws together the various reinforcement and mobilisation plans of member countries so as to provide a common basis for Alliance planning.“<sup>43</sup> Immerhin werde derzeit im SHAPE-Hauptquartier an dem Masterplan gearbeitet, und die Vorlage sei Mitte 1978 zu erwarten.

Als Zielstellung im Rahmen des LTDP gab die Task Force vor, dass bis zum Jahre 1990 die Transportzeiten *von über drei Monaten auf etwa 7 Wochen herabgesenkt* werden sollten, und zwar in Form von zwei Programmphasen: „The first, which is entirely low cost/no cost, deals with the Alliance reinforcement capability in general and has been given a target completion date of end 1979. The second includes items of substantial cost and deals with realising the full potential of the RRC. This programme is long term.“ Angemahnt wurden von der Task Force u.a. die verstärkte Vorausdislozierung der schweren Waffensysteme von kanadischen und amerikanischen Ergänzungstruppen und die sehr frühzeitige Bereitstellung von zivilen Transportschiffen und Passagierflugzeugen für den Transatlantiktransfer. So müsse es für die US-Streitkräfte bis zum Jahr 1984 möglich sein, das Kriegsgerät für zusätzliche 3 schwere Divisionen für die Central Region in europäischen Depots einzulagern, und darüber hinaus würde auch die Verteidigung der NATO-Flankenregionen durch derartiges „Pre-Positioning“ erleichtert werden. Ferner sollten zivile Transportschiffe direkt in amphibische Landungsverbände eingegliedert werden.

Bemängelt wurde auch, dass außer den USA kein NATO-Mitglied der Idee näher getreten war, zivile Passagierflugzeuge bereits jetzt umzurüsten und für den Transport sperriger Militärgüter vorzubereiten: „The Task Force recommends that the US should modify 87 aircraft by 1990 at a cost of over \$ 900 million. Whether the US will be prepared to do this we do not know, they have agreed at the moment to modify one aircraft and might conceivably make commitment by others a pre-requisite for going further. The rest of the programme is the requirement for Europe and Canada to modify 23 aircraft at a cost of \$ 230 million.“

Im Kriegsfall sollten ferner britische und niederländische Verbände eine Amphibische Kampfgruppe formieren, welche nach Auffassung der NATO-Experten allerdings deutlich umfangreichere Seetransportmöglichkeiten benötigen würde (Vorschläge, welche im britischen Verteidigungsministerium zum Teil akzeptiert, zum Teil aber auch rundweg als zu kostspielig abgelehnt wurden). Bislang etwa war vorgesehen, die niederländischen Truppen zunächst nach Großbritannien zu verlegen, wo sie sich dann mit den Royal Marines gemeinsam einschiffen sollten. Die Task Force fragte nach, ob man die Niederländer nicht besser direkt zum Einsatzort transportieren könnte.<sup>44</sup>

Auch glaubte die Task Force, dass die kanadische Expeditionseinsatzgruppe CASTCG (Canadian Air Sea Transportable Combat Group) in der Lage sein müsse, ihre Transportzeit zum Einsatzort in Norwegen bis 1981 deutlich zu senken.

Der Bericht enthalte keine echten Überraschungen, so die Einschätzung der britischen Experten, es sei aber bemerkenswert, dass die USA und Kanada gemahnt wurden, den finanziellen Löwenanteil für die Beschleunigung ihrer Verstärkungstransporte zu tragen – „This may be the cause of some controversy.“

*Task Force 3* hatte den Auftrag, die bisherigen Vorkehrungen des Bündnisses zur *Mobilmachung und Bereitstellung seiner Reserven* unter die Lupe zu nehmen und zu bestimmen, welche Streitkräftestrukturen und Stärkeverhältnisse eine möglichst schnelle Aufstellung

<sup>43</sup> Ebenda, *Tabellenanhang*, Bl. B 2-1.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda, *Tabellenanhang*, Bl. B 2-2.

von Reserveverbänden garantierten, insbesondere „taking account of a short warning attack and modern battle requirements.“<sup>45</sup>

In seinen Kernaussagen erinnerte der Bericht der Task Force 3 warnend daran, „that reserves are an indispensable part of NATO’s forces and that rapid mobilisation of efficient reserves would therefore be an essential ingredient in a successful NATO response to a short warning attack by the Warsaw Pact.“ Umso ernster musste das Untersuchungsergebnis der NATO-Experten stimmen, wonach die Fähigkeiten der Allianz, ihre Reserveverbände schnell und in koordinierter Weise zu mobilisieren, durchaus begrenzt seien, und dass Defizite bei der Ausrüstung und im Training zu konstatieren seien. „In addition the Task Force considers that the number of reserves available is inadequate.“

Und ebenso nachdrücklich wies der Bericht der Task Force auf jenen offensichtlichen Zusammenhang hin: Je langsamer die NATO-Mobilmachung sich gestaltete und je schwächer die sofort verfügbaren Truppenkontingente in Erscheinung traten, desto größer der Druck auf die Allianz, dem Angreifer sehr frühzeitig mit Nuklearwaffen zu begegnen: Es müssten Mittel gefunden werden „[to] better utilize some of the reserve manpower so that adequate NATO allocated reserves are available to meet the Warsaw Pact threat and to obviate the need for early recourse to the use of nuclear weapons.“<sup>46</sup>

Jene Vorschläge der Task Force, welche lediglich auf eine bessere Ausbildung und Ausrüstung der Reserven sowie auf realistische Kriegssimulationen (etwa ein Manöver der HI-LEX-Serie mit dem Szenario eines Überraschungsangriffs) abzielten, stießen bei den NATO-Staaten kaum auf Widerstand. Mehr Kopfzerbrechen bereitete da schon die Forderung, langfristig komplett neue Reserveeinheiten aufzustellen („Provide from uncommitted reserves additional mechanized/armoured formations as NATO allocated reserves, to be employed in either Corps areas or in the Regional Reserves. For UK – provide 1 Brigade in the period 1985-90“). Eine Maßnahme, welche die NATO-Experten nach britischen Informationen vor allem auf massiven Druck Washingtons adaptiert hatten: Die Carter-Administration wollte ihre Bemühungen um effektivere Verstärkungsoperationen für die transatlantischen Verbündeten gegenüber Kritikern aus dem Congress mit dem Hinweis auf die Bemühungen der sonst angeblich so „rüstungsfaulen“ Europäer rechtfertigen können.

Und die größten Probleme verursachten jene Konzepte der Studiengruppe 3, welche an die Forderungen der Task Force 1 nach frühzeitiger Aufgabe nationaler Mitbestimmung anknüpften und bei der Ausrufung der entsprechenden NATO-Alarmstufen gleich eine automatische Mobilisierung der nationalen Reservetruppen vorsahen: „National mobilisation procedures should be tied more directly to the NATO Alert System, resulting in effect in the automatic triggering of these procedures at the declaration of Alert Measures by MNCs...“

Und auch in diesem Falle reagierte zumindest die britische Seite sehr kritisch, wenn es um die Aufgabe derartiger politischer Prärogative ging: „The decision to call up reservists is a political one. The NATO proposal would require Ministers to respond automatically to a Military Commander’s declaration.“

Ähnliches Misstrauen rief die nur allzu logisch klingende Forderung der Task Force hervor, die nationalen Mobilmachungspläne enger mit dem Alarmsystem der Allianz zu verzahnen und eine schnelle Krisenreaktion zu ermöglichen. Beispielsweise müsse angesichts der Möglichkeit einer Aggression des Warschauer Paktes mit sehr kurzer Vorwarnzeit sichergestellt sein, dass die Reservisten binnen 48 Stunden die NATO-Verbände der Bereitschaftskategorie A1 (welche in die vom GDP vorgeschriebenen Dislozierungspositionen

<sup>45</sup> Appendix 3 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 3 – Reserve Mobilisation”, - confidential bzw. NATO secret -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007). Zitat aus dem *Tabellenanhang*, Bl. B 3-3.

<sup>46</sup> Zitiert nach ebenda, *Tabellenanhang*, Bl. B 3-6. Hervorhebung durch den Verfasser.

einzurücken hatten) auffüllen konnten. Offenkundig gab es bislang erhebliche Friktionen und Differenzen zwischen dem Streitkräftepotential, auf welches die NATO-Kommandostäbe im Notfall rasch zurückzugreifen gedachten, und den realen Einzelplanungen der NATO-Staaten: "It is assumed that this measure seeks an automatic linkage between the NATO Alert systems and national mobilization procedures. The decision to mobilize must remain a national responsibility, and the proposal is therefore not accepted."

*Task Force 4*, beauftragt mit der Überprüfung und Bewertung der *NATO-Marinerüstung*, hatte sich zunächst bemüht, zu einer sorgfältigen Einschätzung der Bedrohung durch die Seestreitkräfte und Marineflieger des Warschauer Paktes zu gelangen.<sup>47</sup> Auf dieser Basis benötigte die NATO eigentlich ein *quantitatives* Nachrüstungsprogramm, also zusätzliche Neubauten an Überwasserkriegsschiffen, U-Booten und Flugzeugen – doch die Task Force ging von vornherein von der Annahme aus, dass die Mitgliedsstaaten des Bündnisses in finanzieller Hinsicht nicht in der Lage oder nicht gewillt waren, entsprechende Bauprogramme auf den Weg zu bringen. Folglich konzentrierten sich die NATO-Experten primär auf die Möglichkeiten einer *qualitativen* Kampfwertsteigerung, also auf Programme (mittelfristig bis 1984, langfristig bis 1989 und zur Jahrtausendwende) zur Verbesserung der militärischen Effektivität und Schlagkraft wie insbesondere auch der Reduzierung der Verwundbarkeit und der Überlebensfähigkeit der aktuellen und bereits in Planung befindlichen Seestreitkräfte: „On the grounds that the most important requirement is to provide rapid, reliable and secure coordination of NATO's dispersed and disparate naval forces, the highest priority is given to equipment for Command, Communications and Control."

Hinzu kamen weitere Schwerpunktbereiche:

- Zum ersten, Verbesserungen bei der *Luftverteidigung* der Flottenverbände, insbesondere gegen Antischiffsraketen (der Falklandkrieg und insbesondere der Einsatz der Exocet-Raketen sollte die Verwundbarkeit moderner Überwassereinheiten schmerzhaft illustrieren).
  - Bei der *U-Bootabwehr (ASW)* empfahl die Task Force u.a. die Nachrüstung mit Aktivsonarsystemen mittlerer Reichweite, die Entwicklung eines fortschrittlichen Systems akustischer Sensoren sowie die Konstruktion eines neuen Leichtgewichts-Torpedos, „which is effective in deep and shallow water and is suitable for launch by air, surface or submarine platform“.
  - Die Task Force unterstützte ferner die langfristigen Zielstellungen von SACLANT und CINCHAN, ein *Abwehrsystem gegen sowjetische Anti-U-Boot-Torpedos* zu entwickeln sowie ein (nicht näher spezifiziertes) Waffensystem zur akustischen Unterwasserkriegführung einzuführen.
  - Als Entwicklungsschritt in die Richtung eines solchen Torpedoabwehrsystems wurde auch ein verbessertes U-Boot-Sonar zur *Detektierung gegnerischer Seeminen* angesehen: „Nations perceiving a moored mine threat to their submarines and inclined to consider a development with the US for a mine detection/avoidance sonar are urged to pursue this as a technology developed with potential for direct application to the detection phase of a future torpedo defence system.“ Generell benötigte die NATO verbesserte Minenräumkapazitäten „in comparison to the most recent Warsaw Pact Mine Threat assessment.“
  - Im Bereich der *eigenen Minenkriegführung* wurde von den NATO-Experten nicht nur die Entwicklung einer neuen Generation von Minen gefordert (was im britischen MOD den Verdacht nährte, der Kauf von amerikanischen Produkten solle angekurbelt werden). Darüber hinaus sollte die Verantwortlichkeit und Planungshoheit für die Minensperrung von Hochseezonen von der nationalen auf die NATO-Ebene übergehen.
- Die bisherigen Seeminen sollten vorerst in größeren Stückzahlen nachgeordert und alles getan werden, um die von der Allianz geplante Sperrung von Seeregionen schneller als bis-

<sup>47</sup> Appendix 4 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: "Task Force 4 – Maritime Posture", - secret -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

lang möglich umzusetzen: „It is recommended that mining assets be developed in sufficient quantity to allow timely implementation of NATO and national mining plans.“

Zivile Schiffe und gerade auch Fährschiffe waren zum Umbau in Minenleger für den Kriegsfall vorgesehen.

- Und schließlich sollten zur Abwehr gegnerischer Überwasserkriegsschiffe verbesserte seegestützte und luftgestützte *Antischiffsraketen* eingeführt bzw. bis dahin die Zahl der gegenwärtigen Systeme erhöht werden.

Die für die Revision der *NATO-Luftverteidigungssysteme* zuständige *Task Force 5* hatte sich zunächst darangemacht, ein idealtypisches Programm für die bestmögliche Luftverteidigung Mitteleuropas auszuarbeiten (das „Objective Programme“ mit einem „Objective Force Mix“), welches die akute Bedrohung durch Luftangriffe des Warschauer Paktes auf ein „akzeptables Minimum“ reduzieren würde – nur um am Ende festzustellen, dass dessen Verwirklichung die aktuellen finanziellen Möglichkeiten des Bündnisses bei weitem übersteigen würde.<sup>48</sup>

Also beleuchtete die Task Force in einem zweiten Schritt eine Reihe von besonders beunruhigenden Schwachstellen im westlichen Luftverteidigungsschirm und versuchte, in Form eines „Basic Programme“, zumindest einige bezahlbare Abhilfen aufzuzeigen.

Ende der 70er, so die Studiengruppe, sei bei der Allianz ein ernstes Defizit bei der Zahl der verfügbaren Abfangjäger zu konstatieren, gerade auch was den Bestand an modernen, allwettertauglichen Interzeptoren anbetraf (AWX).

Ferner gebe es deutliche Lücken bei der Abdeckung des NATO-Luftraums durch bodengestützte Luftabwehraketen, und um diese „SAM-Gap“ zu schließen, setzte die Task Force auf die neu entwickelten, allerdings auch exorbitant teuren „Patriot“-Batterien: „There was a gap in the SAM belt in the Central Region, and TF 5 suggested that one alternative might involve the deployment of Improved Hawk and Patriot, in roughly equal numbers, on existing Hawk sites in the forward areas and existing Nike sites in the rear. To extent the forward belt across northern Germany and Holland, this covering a possible approach to the UK, it was proposed, again as a alternative programme, that the UK would acquire 12 surplus (i.e. replaced by Patriot) I-Hawk systems; 4 would be deployed on existing Netherlands sites in the 1 BR Corps area, and 8 across the northern part of the Central Region. New sites might be required for the latter.“

Jene geforderte Erhöhung der Zahl der modernen Allwetter-Abfangjäger<sup>49</sup> plus einer noch deutlich großzügigeren Anschaffung der neuesten Luft-Luft-Lenk Waffen (die späteren AM-RAAM bzw. ASRAAM) sowie der bezeichnete Ausbau der SAM-Abwehrgürtel „would deny the enemy much of his current freedom of action (!).“

Nicht zu vergessen die Installierung von neuen stationären bzw. mobilen Radarsystemen und der Aufbau eines modernisierten, gegen die elektronische Kriegführung der Sowjets resistenten Kontroll- und Kommandosystems: „TF 5 saw future A[ir] D[efence] options being controlled by an Air Command and Control System (ACCS), which would also provide facilities for Offensive Support (OS) functions. The system would have to be effective and survivable, have better low-level coverage and redundancy than at present, and be more resistant to ECM.“ Und auch dies war bereits in den damaligen Konzepten erhalten: Neben dem gerade entwickelten AWACS-System (und den 11 britischen Nimrod Mk 3-Maschinen,

<sup>48</sup> Appendix 5 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: „Task Force 5 – Air Defence“, - secret -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

<sup>49</sup> Bei der RAF war damit die neue „Tornado“ in der Abfangrolle gemeint. Die Task Force mahnte 16 zusätzliche MRCA/ADV für die Central Region und 30 weitere Maschinen für die britische Luftverteidigung an. Außerdem sollte eine amerikanische „Tomcat“-Staffel mit 18 F-14 auf die Insel verlegt werden, um hoch anfliegende sowjetische Kampfflugzeuge abfangen zu können. Vgl. ebenda, *Tabellenanhang, Bl. B 5-1 und B 5-2*.

eigentlich Seeaufklärer, die auch über Land zum Einsatz kommen würden) sollten auch unbemannte Drohnen als fliegende Sensorplattformen Eindringlinge frühzeitig orten.

Es mache jedenfalls keinen Sinn, so die Task Force, ein Konzept der externen Verstärkungen für NATO-Zentraleuropa zu verfolgen, wenn die gegnerischen Luftstreitkräfte die Knotenpunkte der Luftwaffenbasen und Häfen derartig leicht attackieren konnten.

Eine weitere Sicherheitslücke, welche von der Task Force als beunruhigend beschrieben wurde, war das Freund-Feind-Erkennungssystem der NATO-Luftstreitkräfte (IFF), welches nach Befürchtung der Experten vom Warschauer Pakt gestört oder überlistet werden konnte, und welches noch immer nicht allianzeinheitlich standardisiert war. Das Nachfolgersystem (NIS, NATO Identification System) sollte von den Luftstreitkräften des Bündnisses so früh als irgend möglich, also bis Mitte der 80er Jahre, adaptiert werden (allerdings rechnete die Task Force eher mit einer Umsetzung Anfang der 90er).

Überhaupt, so die NATO-Selbsteinschätzung, seien die Kommunikationsnetze der alliierten Luftabwehr keineswegs so verlässlich wie erhofft. Und schließlich forderte die Task Force verstärkte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bei einer Reihe innovativer Waffensysteme: Die NATO benötige neue Luft- und Raketenabwehrwaffen gegen sowjetische Marschflugkörper, Luft-Boden-Raketen und Drohen; ferner eine neue Anti-Radar-Lenk- waffe und generell neue Luftabwehrsysteme mit der Fähigkeit, gleichzeitig mit einer Vielzahl von Zielen fertig zu werden.

Die Briten hielten generell die Bedrohungsanalyse der Task Force für zutreffend und bemängelten lediglich, dass sich die Kollegen etwas zu intensiv mit aus großer Flughöhe angreifenden Kampfflugzeugen des Paktes und zu wenig mit gegnerischen Tieffliegern beschäftigt hatten: „It is, however, accepted that an enemy will probe where the defences are weakest and that a definite threat does and will continue to exist.“ Zudem hätten die Mitglieder der Task Force den ja auch nicht allzu unwichtigen Bereich der Luftabwehr in den Küstenzonen komplett unter den Tisch fallen lassen. Und mehr denn je sahen die britischen Verteidigungsexperten in sowjetischen Kurzstreckenraketen, abgeschossen von anfliegenden Bombern oder U-Booten, eine der größten Gefahren gerade für die NATO-Militärbasen auf ihrer Insel.

Auch in dem nächsten Untersuchungsfeld, dem Bereich *Kommunikation, Kommando- und Kontrollsysteme* (C<sup>3</sup>), gab es nach Einschätzung der zuständigen *Task Force 6* keinen Grund für die NATO, sich beruhigt in Sicherheit zu wiegen, ganz im Gegenteil: Die Kommission konstatierte nach der Untersuchung der bereits existierenden wie auch der geplanten C<sup>3</sup>-Komponenten „major deficiencies of those systems to meet the minimum (!) military requirements from the present time to the year 2000“, und viele der Problemfelder seien im Übrigen schon seit langem bekannt.<sup>50</sup>

Die zentralen Bereiche, in denen die Task Force 6 Handlungsbedarf sah, betrafen die strategische und taktische Kommunikation (hier ging es nicht zuletzt auf Anregung von Verteidigungsminister Brown um eine Verbesserung der Interoperabilität bei bis zu 30 verschiedenen nationalen Systemen), die Informations- und Frühwarnsysteme sowie die Kommando- und Kontrollsysteme für die Luftstreitkräfte („the organisation, equipment and procedures for centralised control and decentralised execution of all air missions“). Große Bedeutung maß die Task Force auch dem Ausbau und der „Härtung“ der stationären wie mobilen NATO-Hauptquartiere in Richtung einer verbesserten „Überlebensfähigkeit“ zu.

Darüber hinaus war es ein persönliches Anliegen von SACEUR General Alexander Haig, in den nationalen Verteidigungsministerien wie auch in den NATO-Hauptquartieren mit speziellen Kommunikationsverbindungen ausgestatte, permanent besetzte Liaison-Zellen

<sup>50</sup> Appendix 6 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 6 – Communications, Command and Control”, - confidential -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

einzurichten: Dieses Programm „refers to the possibility of placing selected forces under NATO operational control as considered by Task Force 1. It further recommends the establishment of a ‘Battlefield Warning System’ which is designed to integrate all sensor and target acquisition information in the battlefield, an area normally considered at national level.”

Eigentlich hätte die *Task Force No. 7* nicht noch einmal ausdrücklich auf die bekannte Tatsache aufmerksam machen müssen: Die Potentiale und Methoden der *Elektronischen Kriegführung (EW)* seien inzwischen integraler Bestandteil aller Aspekte moderner Operationen und müssten von den NATO-Streitkräften intensiv eingeübt und angewendet werden. Allein, obgleich sich der Westen der klaren technologischen Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt rühmte, attestierte die Task Force (unterteilt in Studienkommissionen für die Land- und Luftkriegsführung sowie den Seekrieg) der Allianz in vielen Bereichen einen gehörigen Nachholbedarf und befand sogar, dass einige Bündnispartner, vor allem die kleineren Staaten, die EW-Kriegführung regelrecht vernachlässigten.<sup>51</sup>

Also hatte sich die Task Force 7 direkt darangemacht, eine einheitliche EW-Konzeption für die NATO zu formulieren und „a remedial programme to allow this concept to be more fully met“ hinzuzufügen. Die NATO-Experten hatten für ihre Einschätzung auch die aktuellen Informationen über die EW-Kapazitäten des Warschauer Paktes ausgewertet und auf Basis dieser Bedrohungsanalyse eine Art Mindeststandard für das westliche Bündnis erarbeitet: „The recommendations are therefore directed to spreading knowledge and training throughout NATO and in the equipment field to the achievement of a basic capability down to unit level and even to individual vehicles in preference to the concentration of sophisticated facilities in a few specialised groups. Because of the neglect of EW in many NATO countries (though not in the UK) the Task Force aimed particularly at measures which could be taken in the fairly short term and relatively inexpensively while achieving cost effectiveness.”

Ganz oben auf der Mängelliste der Task Force standen fehlende ECM-Bordausrüstungen für NATO-Kampfflugzeuge – ihre Forderung: „Ensure all tactical aircraft to be used into the 1980s are provided EW SAM and AAA protection including organic equipment on new fighter aircraft for self protection electronic and infra red warning and counter-measures.”

Ferner benötigte die NATO neue luftgestützte Lenkwaffen zur Ausschaltung von gegnerischen Radaranlagen, sowie von Funkrelais und EW-Störsystemen des Warschauer Paktes.

Bei den Bodentruppen sei es laut Task Force nötig, endlich eigene EW-Spezialtruppen auf Ebene der Korps und Divisionen einzustellen<sup>52</sup>, und generell sollten die Kampfpanzer, gepanzerten Fahrzeuge sowie auch die luftgestützten Erdkampfsysteme der NATO mit EW-Selbstschutzsystemen ausgestattet werden.

Natürlich müssten auch die teuren und verwundbaren NATO-Kriegsschiffe sowie die trägergestützten Kampfflugzeuge, die Bordhelikopter und Seepatrouillenmaschinen mit entsprechenden Stör- und Abwehrsystemen ausgestattet werden.

Ferner gelte es, die neu beschafften Radarsysteme der NATO (respektive alte Anlagen im Zuge einer Nachrüstung) gegen Störmanöver der sowjetischen Seite zu immunisieren.

<sup>51</sup> Appendix 7 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: “Task Force 7 – Electronic Warfare”, - NATO secret -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007).

<sup>52</sup> Vgl. dazu den Stand der Vorbereitungen und Planungen bei der britischen Armee: „The establishment and equipping of a Corps EW unit began on 1 Jul 77. Progressive replacement and improvement of equipment is in the financial programme for 1978-88. [...] Within available resources, UK has established and is equipping a battalion-sized EW unit in support of 1(BR) Corps. Current UK policy is for divisions to receive EW support from the Corps unit, but within present resources it is not possible to establish and equip separate EW units for divisions.” Zitiert nach ebenda, *Tabellenanhang, Bl. B 7-1*.



Mit ihren weiteren Vorschlägen zur Einsatzphilosophie und zur operativen Doktrin stieß die Task Force allerdings bei den britischen Kollegen auf eine gewisse Skepsis, und was halfen hochmoderne, aber verwundbare EW-Spezialflugzeuge, wenn die NATO-Luftstreitkräfte möglicherweise nicht die Luftüberlegenheit über der Kampfzone behaupten konnten? „For example, on land the balance between widespread application of fairly basic equipment and concentration in specialist units will need careful thought. In addition, insufficient attention has been paid to the problems of operating EW equipment which would require airborne platforms, in condition of air inferiority in the Central Region.”

Eine Abhilfe hatte die Task Force freilich selbst ins Gespräch gebracht: Die EW- und ECM-Ausrüstung könnte von unbemannten *Drohnen*, welche über dem Schlachtfeld der Zukunft operierten, zum Einsatz gebracht werden – „Provide NATO assigned expendable drone forces for EW support in the form of jamming, deception, SAM system destruction and decoys.” Die von den NATO-Experten bezifferten Kosten von 17 Mio. \$ hielten sich dabei durchaus im Rahmen. Dennoch wurde damals im MOD durchaus bezweifelt, ob sich der Aufwand lohne („if the effectiveness of these devices justifies the expenditure“<sup>53</sup>).

Das Niveau der *Kriegsbevorratung* stellte sich noch immer als problematisch heraus: *Task Force 9* kam wie zahlreiche Expertenanalysen zuvor zu dem Resultat, „that logistic support has been of low priority and as a result NATO is unable to provide the support required to meet the strategy of flexible response...“<sup>54</sup> Ja, noch schlimmer, die Task Force warnte davor, dass das Logistiksystem der NATO in den rückwärtigen Gebieten, den sog. COMMZ (Communications Zones) unmittelbar hinter der Kampf- und Operationszone, unzureichend koordiniert sei und eine effektive Nachschubversorgung der Front nicht garantieren könnte. Die Vorschläge und Forderungen der Task Force beinhalteten zunächst die deutliche Aufstockung der Depotreserven: Binnen der nächsten fünf Jahre müsse das längst bekannte Ziel der gesicherten Bevorratung für mindestens 30 Kriegstage auch tatsächlich allianzweit erreicht sein.

Immerhin, so der Bericht der Task Force 9, unterhielten fast alle NATO-Streitkräfte im Bereich NORTHAG und CENTAG beim zentralen Kriegsmaterial ihrer Bodentruppen sog. „attrition stocks“ für 30 Tage, und für weitere ausgewählte Waffen „hoher Priorität“ sollte die NATO kollektive Lagerbestände für AFCENT, ACE und die Marine einrichten, unter direkter Kontrolle von SACEUR oder anderen NATO-Dienststellen.

Allerdings hatte kurz zuvor eine weitere Studie das bestätigt, was im Grunde bereits seit dem Oktoberkrieg 1973 bekannt war: Im modernen Abnutzungskrieg schnellten die Verbrauchs- und Verlustzahlen binnen kürzester Zeit dramatisch in die Höhe, so dass sich die bisherigen Berechnungsgrundlagen für einen „war of attrition“ gegen den Warschauer Pakt als zu optimistisch erweisen konnten.

Für besagte COMMZ empfahl die Studiengruppe die Ausarbeitung von Logistikplänen zwischen den NATO-Befehlshabern und den NATO-Staaten und deren Test bei Manövern. Weiterhin mahnte die Task Force den Ausbau der NATO-Infrastruktur in Form von leistungsfähigeren Treibstoffversorgungssystemen und Hafenanlagen an. Insbesondere gelte es, speziell gesicherte, weit verteilte und gegen Angriffe „gehärtete“ Treibstofflager mit Kapazitäten für 30, besser noch 45 Kampftage anzulegen.

Und schließlich votierte die Task Force für die Ausarbeitung eines „Logistics Master Plan“ (LOGMAP), zu erstellen etwa von der Senior NATO Logisticians Conference (SNLC), sowie die Schaffung der Position eines weiteren Assistant Secretary General, der sich im NATO-Hauptquartier ausschließlich um Logistikfragen zu kümmern habe.

<sup>53</sup> Zitiert nach ebenda, *Tabellenanhang*, Bl. B 7-2.

<sup>54</sup> Appendix 9 to Annex A to DPS B 58/1 & D/DS 12/18/44: „Task Force 9 – Consumer Logistics“, - secret, UK eyes A -, in: PRO National Archives, DEFE 24/1658: Unites States and NATO, Annex to Part H: Defence Policy Staff paper on the NATO long-term defence programme, - secret - (closed until 21 February 2007). Hervorhebung durch den Verfasser.

„The report raises two important issues“, so der Kommentar des britischen Defence Planning Staff: „The first is the sort of war NATO is preparing to fight – i.e. how much ‘flexibility’ is really possible within NATO’s resources – and the second is the degree to which consumer logistics are in fact a national responsibility.“ Letztendlich werde die Kriegslogistik weiterhin primär unter nationaler Autorität bleiben, aber ohne grundlegende Reform werde es nicht gehen, „what is lacking is the right machinery fully to co-ordinate logistic support, to ensure flexibility in the use of resources, and to match support arrangements to the requirements of NATO operational commanders.“ Und auch das kritische Zahlenverhältnis zwischen Kampftruppen und Nachschubtruppen müsse überprüft werden.

Generell rieten die britischen Experten bei ihrer Stellungnahme zum Report der NATO Task Force jedoch zur Vorsicht: Die Kollegen hätten bei ihrem Kriegsbild einer langen, ja beliebig dehnbaren konventionellen Gefechtsphase offenbar besondere Rücksicht auf die nuklearen Eskalationsbefürchtungen der Amerikaner und insbesondere der Carter-Administration genommen. Es solle quasi zunächst mit den Depotreserven gekämpft werden, bis dann die dem Osten überlegene Kriegsökonomie des Westens anspringe:

“This is a controversial area which depends upon the assessment of the likely length of the conventional phase. The Task Force’s report, which lays emphasis on re-supply in war from NATO’s industrial base, implies that conventional fighting could continue indefinitely. The UK does not support such a concept but recognises the political sensitivity involved, particularly to the USA. The UK does support a 30 combat day stock level, and has withdrawn its objection to the NATO objective of maintaining sufficient stock level until re-supply becomes effective.“ Und dennoch lasse sich dies mit den britischen Kriegsszenarien nicht in Übereinstimmung bringen, und der Defence Planning Staff warnte davor, in Zukunft viel Geld für die logistische und infrastrukturelle Vorbereitung eines langen konventionellen Krieges zu verschwenden, der nur Produkt eines unrealistischen Wunschdenkens sei: „We should not be stampeded into taking high cost measures in the area of war reserves, building of ports and new pipelines until proposals have been properly presented and fully analysed.“

In der Tat schien jenes Bild von einem erschreckend kurzen Zukunftskrieg seine Gültigkeit zu behalten, trotz aller Bemühungen bei der Umsetzung des LTDP. Als Beleg mag folgende, erst seit kurzem deklassifizierte Lagebeurteilung eines alliierten Befehlshabers gelten, der wie wenige andere Einblick in den Stand der Dinge hatte: Nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit als stellvertretender Kommandeur der NATO-Streitkräfte Zentraleuropa hatte im Frühjahr 1979 der scheidende Air Chief Marshal Sir Peter Le Cheminant einen Bericht mit einer ausführlichen Selbsteinschätzung der aktuellen Stärken und Schwächen, der militärpolitischen Fortschritte und Defizite der NATO-Verbände in seinem Abschnitt zusammengestellt. Le Cheminant hatte sein Memorandum primär für die Lektüre seiner britischen Kollegen verfasst, hier war tatsächlich Raum für Kritik und ungeschminkten Realismus:<sup>55</sup> „The past three and a half years has seen the beginning of a transformation in Central Region’s overall capability. I say the beginning because the process has been mainly in the planning field and the realisation of these plans on the ground will take to the mid-1980s.“ Dennoch seien bereits maßgebliche Fortschritte zu verzeichnen gewesen, gerade auch dank des Reformeifers und der Energie von SACEUR General Haig. Doch in den Augen des Briten war dies alles bei weitem nicht genug, vielmehr seien die Streitkräfte des Warschauer Paktes in punkto Leistungsfähigkeit noch weiter davongezogen, habe sich die Schere zwischen der westlichen und der östlichen militärischen Schlagkraft seit Mitte der

---

<sup>55</sup> Air Chief Marshal Sir Peter Le Cheminant an Marshal of the Royal Air Force Sir Neil Cameron (Chief of the Defence Staff), - secret -, 1.5.1979; und: “Haul-Down” Report by Air Chief Marshal Sir Peter Le Cheminant GBE KCB DFC RAF – Deputy Commander-in-Chief, Allied Forces Central Europe, - secret, UK eyes A -, 1.5.1979, beide in: PRO National Archives, DEFE 24/1462: NATO: Allied Command Europe and Mobile Land Force, 1975 Jan 01 - 1980 Dec 31, - secret - (closed until February 2007).

70er Jahre sogar noch stärker geweitet. Auch wenn Moskau nach Einschätzung Le Cheminants dieses Drohpotential eher dazu nutzen würde, um den Westen *politisch* zu erpressen und den sowjetischen Vormarsch in der Dritten Welt und im Mittleren Osten abzusichern: „Nevertheless, I have watched our deterrence weaken and am now far less confident in this view than I was three and a half years ago. For full confidence to be restored certain deficiencies [...] need to be made good. Unless and until these weaknesses are remedied we will, in the event of an imminent threat of war in Europe, need to demonstrate our resolve to a degree that has not been approached since the Cuban crisis.”

In einer konkreten Krisensituation müssten die politische Führungsspitze des Bündnisses, und hier in erster Linie der amerikanische Präsident, soviel Entschlossenheit und Mut aufbringen, um rechtzeitig die Präsenzkräfte der NATO-Bodentruppen in Europa durch die designierten Truppenverstärkungen vor allem aus den USA, durch Reserveeinheiten und Mobilmachungsmaßnahmen aufzustocken, noch ehe der erste Schuss gefallen sei. Natürlich, so konzedierte Le Cheminant, würden sich die Herren Politiker überwinden müssen, einem derartigen energischen Krisenmanagement zuzustimmen, welches das Risiko in sich barg, die Konfrontation erst recht zu verschärfen und kriegsauslösend zu wirken. Le Cheminant freilich hoffte darauf, dass solche rechtzeitigen militärischen Verstärkungsmaßnahmen vielmehr die Sowjets im letzten Moment zur Vernunft bringen würden: „Conversely, although it will take great courage to reinforce into the unknown and to risk the chance of escalation, I believe that such action on the part of our political leaders could well cause the Soviets to draw back at the last moment.”

Und ohne jenes rettende Eingreifen der „Kavallerie“, das sprach le Cheminant deutlich genug aus, war es im Kriegsfall wahrhaftig sehr schlecht um die Verteidigung Mitteleuropas bestellt – *“we have no hope of holding for more than a few days.”*

Die US-Kollegen jenseits des Atlantiks waren eigentlich dafür bekannt, die Dinge nicht ganz so pessimistisch sehen zu wollen. Dennoch kamen auch die Pentagonexperten von Verteidigungsminister Harold Brown bei ihrer Einschätzung der militärischen Ost-West-Balance sowie der Schlagkraft der US-Streitkräfte und der NATO-Truppen – ebenfalls vom Mai 1979 – zu einer ernüchternden Leistungsbilanz.<sup>56</sup>

Für die NATO würde sich im Zeitraum 1977 bis 1985 die Balance bei den konventionellen Streitkräften immerhin nicht weiter zu Ungunsten des Bündnisses verschieben. Es bleibe also bei einer 2 zu 1-Unterlegenheit der westlichen Allianz bei den Panzerverbänden; einer ungefähren Parität beider Militärblöcke bei den taktischen Kampfflugzeugen; und einer 2 zu 1-Überlegenheit der NATO bei den Seestreitkräften. Was das (statistisch halbwegs erfassbare) militärische Kräfteverhältnis in den beiden klassischen Problemregionen der NATO, an den Nord- und Südostflanken, anbetraf, so gaben auch hier die aktuellen Zahlen und Prognosen des Jahres 1979 keinen Anlass zur Zuversicht.

An ihrer Nordflanke befand sich die NATO gegenüber den regionalen sowjetischen Verbänden in einem Zustand kritischer Unterlegenheit. Bei den Bodentruppen würden die Sowjets mehr als dreimal so starke Kräfte aufbieten können als die westliche Allianz, und auch bei den taktischen Kampffliegerverbänden hatten die Sowjets eine leichte Überlegenheit von 1,1 zu 1 erreicht. Bei den Bodentruppen würde die NATO mittelfristig zumindest ein wenig aufholen können, bei den Kampfflugzeugen dagegen eher noch weiter ins Hintertreffen geraten. Die Experten des Pentagon trösteten sich damit, dass die russische Seite wohl kaum in der Lage wäre, ihre Übermacht in den zerklüfteten Bergregionen Nordnordwestens und angesichts der schwierigen Logistik voll auszuspielen.

Für die NATO-Südflanke unterschied das Pentagon zwei Schlüsselzonen: In der Italien-Ungarn-Region sprach das Zahlenverhältnis bereits 1977 leicht gegen die NATO, und bis 1985 werde der Warschauer Pakt wohl in der Lage sein, die Schere bei den militärischen

<sup>56</sup> James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski und David Aaron: „Consolidated Guidance PRC“, - top secret -, 10.5.1979, in: DDRS.

Kapazitäten weiter zu öffnen und bei den Bodentruppen und den taktischen Kampffliegern zu Überlegenheiten von 1,6 zu 1 bzw. 1,5 zu 1 zu kommen. Für die Region Thrakien bis Osttürkei sah es deutlich schlechter aus, hier steuerte der Warschauer Pakt nach Einschätzung des Pentagon auf eine 2 zu 1-Übermacht hin.

Auf den Meeren dagegen würden die NATO bzw. die USA noch immer eine dominante Rolle ausüben können: Nach Auffassung des Pentagon würde es den westlichen Seestreitkräften auch in Zukunft relativ leicht fallen, die maritimen, insbesondere transatlantischen Versorgungsrouten und Lebensadern offen zu halten und die Angriffe der sowjetischen U-Bootflotte abzuwehren.

Was schließlich den Persischen Golf und die Schnelle Eingreiftruppe anbetraf, so musste auch das Pentagon konzedieren, dass man das Epitheton „schnell“ noch immer nicht allzu wörtlich nehmen durfte:<sup>57</sup> Es würde eine gewisse Zeit brauchen, Schiffe, Flugzeuge und Truppen in der Golfregion aufmarschieren zu lassen – und das Tempo würde sich natürlich verzögern, wenn der Einsatz parallel zu einer akuten Krise oder einem Krieg in Mitteleuropa, im Mittelmeer und/oder im Pazifik stattfinden musste. Es wäre dann auch alles andere als einfach, die in jenen strategischen Kernregionen benötigten Flugzeugträger-Task-Forces durch den Abzug von Trägern an den Golf zu schwächen: „DOD’s analysis of the capabilities of our Persian Gulf contingency force indicates that its primary problem would be timely transportation, particularly if a NATO contingency were to begin simultaneously or even within a month or so. In addition, carriers currently assigned to NATO and Pacific duties would have to be employed.” Zugegeben, auch die sowjetischen Streitkräfte wären mit beträchtlichen Problemen konfrontiert, ihre Expeditionstruppen an den Golf zu bringen – dann aber hätten sie sogar die Chance, gegenüber den US-Bodentruppen eine zahlenmäßige Überlegenheit von 5 zu 1 aufzubauen: „The analysis also shows that the appearance of Soviet forces in the area could guarantee a very adverse ground force ratio (up to 5:1 against us) even after the insertion of US contingency forces (!). It appears though that the Soviets would have a difficult time bringing ground forces to bear as rapidly as we could. The projected TacAir balance seems satisfactory.“

Vor allem einer konnte mit einem solchen Zwischenergebnis nicht zufrieden sein: Carters Nationaler Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sah schwarz für die Zukunft der ganzen ölreichen Region, und seit Jahresende 1978 drängte er auf eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik.

---

<sup>57</sup> James Thomson und Victor Utgoff an Zbigniew Brzezinski und David Aaron: „Consolidated Guidance PRC“, - top secret -, 10.5.1979, in: DDRS.

#### **4. Die Tankstelle des Westens in Gefahr: Visionen, Masterpläne und realer Machtverfall der USA 1978/79**

In einem Memorandum an den Präsidenten vom 2. Dezember 1978 sprach Brzezinski warnend von einem „arc of crisis“, einem Krisenbogen sich erstreckend von Chittagong in Bangladesch über das pakistanische Islamabad bis zu Aden im Jemen.<sup>58</sup> Fast zeitgleich schienen vor allem die prowestlichen Regierungen in Pakistan, im Iran und in Saudi-Arabien auf die abschüssige Bahn zu geraten: Eine Folge von innenpolitischer Schwäche und Instabilität, und verstärkt durch externen, d.h. sowjetischen Druck. Brzezinski konstatierte in der Region ein politisches Vakuum, und weil die lokalen Eliten fatalerweise zugleich den Eindruck gewannen, die USA seien nicht mehr in der Lage, effektiven politischen und militärischen Schutz zu bieten, könnten die Pro-Moskau-Kräfte ein leichteres Spiel haben und die UdSSR als neue Schutz- und Interventionsmacht in Erscheinung treten.

Zur Erinnerung sei angefügt: In Pakistan hatte im Juli 1977 Armeechef General Zia ul-Haq die Macht übernommen und die scharfe Islamisierung von Staatsapparat und Gesellschaft forciert, zur Sicherung der eigenen Herrschaft schloss er einen Pakt mit dem Klerus und betrieb die Kooptierung radikaler religiöser Organisationen – eine weitere Etappe jener Entwicklung, welcher durch das Trauma des dritten pakistanisch-indischen Krieges 1971 und durch die nationalistisch-islamische Politik Zulfikar Ali Bhuttos der Boden bereitet war.<sup>59</sup> Im November 1979 sollte die US-Botschaft in Islamabad von einem islamistischen Mob gebrandschatzt werden.<sup>60</sup> Was das marode Schah-Regime im Iran anbetraf, so erwies sich bekanntermaßen die *taktische* Geheimdienstaufklärung der USA zwar als katastrophal schlecht<sup>61</sup>; dies bedeutetet freilich keineswegs, dass man nicht ab Mitte der 70er Jahre auch in Washington über einen Kollaps des Pfauenthrones spekulierte (die ersten *strategischen* Warnungen kamen übrigens von israelischen, britischen und französischen Nachrichtendiensten). Auch muss es hinreichende Informationen über die Krebserkrankung des Schah gegeben haben. Die eigentliche Frage war, wer denn nun als nächstes in Teheran regieren würde und ob man nicht auch mit den neuen Machthabern, den „Moderaten“, vernünftige Beziehungen aufnehmen könne (so etwa Außenminister Vance und sein Botschafter in Teheran, Bill Sullivan). Brzezinski zählte als Falke in dieser administrationsinternen Debatte eher als Skeptiker, er soll vielmehr zunächst eine Militärherrschaft und einen Putsch der iranischen Generäle befürwortet haben, um die Islamische Revolution zu verhindern.<sup>62</sup> Tatsächlich scheint die Wahl Carters einem Katalysator gleich der Anti-Schah-Protestbewegung neuen Auftrieb verschafft zu haben.<sup>63</sup> Wie zu Zeiten Kennedys (dessen persönliches Verhältnis zum Schah alles andere als positiv war<sup>64</sup>) erhoffte man sich von einem liberalen, die Menschenrechtspolitik betonenden Amtsinhaber im Weißen Haus weitere Spielräume.

„There is no question in my mind that we are confronting the beginning of a major crisis, in some ways similar to the one in Europe in the late 40s“, so der Sicherheitsberater, der oft und gerne Vergleiche mit der Situation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und in der

<sup>58</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 23, und ferner Zbigniew Brzezinski, *Power and Principle*, New York 1983, S. 446f.

<sup>59</sup> Vgl. Zahid Hussain, *Frontline Pakistan. The Struggle with Militant Islam*, London / New York 2007, S. 12ff.

<sup>60</sup> Vgl. Coll, *Ghost Wars*, S. 21ff.

<sup>61</sup> Vgl. jetzt dazu: Tim Weiner, *Legacy of Ashes. The History of the CIA*, New York 2007, S. 368ff.

<sup>62</sup> Vgl. Burton I. Kaufman, Scott Kaufman, *The Presidency of James Earl Carter Jr.*, 2<sup>nd</sup> edition, revised, Lawrence (University Press of Kansas) 2006, S. 157.

<sup>63</sup> Vgl. Dreyfuss, *Devil's Game*, S. 224ff.

<sup>64</sup> Vgl. dazu jetzt auch: Andrew L. Johns, *The Johnson-Administration, the Shah of Iran, and the Changing Pattern of U.S.-Iranian Relations, 1965-1967*, in: *Journal of Cold War Studies*, Vol. 9, No. 2, Spring 2007, S. 64-94.

Anfangsphase des Kalten Krieges anstellte: "Fragile social and political structures in a region of vital importance to us are threatened with fragmentation." Wenn jene Analyse zutraf, so Brzezinskis düstere Prognose, wäre der Westen insgesamt mit einer Herausforderung von historischen Dimensionen konfrontiert – eine Diagnose, welche auch aus amerikanischen Post-9/11-Analysen stammen könnte. Es müsse verhindert werden, dass sich die aktuell in Pakistan und im Iran zu konstatierenden Instabilitäten gen Westen bis an den Golf hin ausdehnten. Dies war gewissermaßen Brzezinskis Dominotheorie.

In einer weiteren Denkschrift zum Jahresausklang beschwor Brzezinski den Präsidenten, hinter dieser Krise die große Chance für einen offensiven, strategischen Befreiungsschlag zu sehen, in dessen Zuge die USA die Umgestaltung der internationalen und regionalen Ordnungen anstreben sollten:<sup>65</sup> „I believe that as we enter 1979, you, quite literally, have a historic chance to start shaping a new global system, with the United States as its predominant coordinator if no longer the paramount power. The fulfilment of that opportunity depends critically on how you play the China/Soviet Union issues, and also on how you respond to the deteriorating situation along the Indian Ocean.“

Die Chancen hierfür stünden auch deshalb nicht schlecht, weil die USA in der ideologischen Konkurrenz mit den Sowjets um „Herzen und Verstand“ der öffentlichen Meinung weltweit endlich wieder die Oberhand gewannen, vor allem in Europa und Japan: „From the early 1960s until the mid 1970s, sympathy for America was eroded by Vietnam and Watergate, while distrust of the Soviet Union was eroded by détente. As a result, the earlier favourable gap between Soviet and American standing in the eyes of European and Japanese publics narrowed dramatically. More recently, however, scattered but quite consistent polling results suggest that U.S. standing is beginning to recover, though it remains below the highs of the early 1960s, while Soviet standing by contrast has plummeted to depths unequalled in nearly two decades. The changes now apparently underway in Europe and Japan suggest that the U.S. is recapturing the political-ideological initiative that had slipped to the Soviets during the 1960s.“ Dieser quasi-virtuellen Initiative, so also das Argument Brzezinskis, müsse die reale politisch-strategische Initiative Carters folgen. Dabei verwies der Sicherheitsberater auch auf Umfragedaten des State Department, wonach parallel in der amerikanischen Bevölkerung seit 1974 die Bereitschaft stetig steige, für die Verteidigung der wichtigsten Alliierten aktiv einzustehen. Beides belege laut Brzezinski, „that – whatever the ups and downs of day-to-day alliance affairs – the psychological underpinnings of our central alliances are in improving shape.“

Der Sicherheitsberater kam auf seine Figur des südwestasiatischen "Krisenbogens" zurück und warnte nachdrücklich davor, die USA könnten eine der tragenden Säulen ihrer Regionalstrategie, das Regime des Schah, verlieren – mit Konsequenzen, welche den Verlust Südvietnams noch in den Schatten stellen würden: "With the regard to the arc of instability along the Indian Ocean, we need to respond collectively, and that is a fitting subject for a special discussion in Guadeloupe. In the meantime, we may have to take some steps to convince the Soviets that we will back our friends in Iran, come what may. The disintegration of Iran, with Iran repeating the experience of Afghanistan<sup>66</sup>, would be the most massive American defeat since the beginning of the Cold War, overshadowing in its real consequences<sup>67</sup> the setback in Vietnam.“

<sup>65</sup> Zbigniew Brzezinski an Präsident Jimmy Carter: „NSC Weekly Report # 83“, - secret -, 28.12.1978, in: DDRS.

<sup>66</sup> Am 27. April 1978 war es Nur Muhammad Taraki, Parteichef der afghanischen Kommunisten (PDPA) und als langjähriger Mitarbeiter des KGB eher ein altbekanntes Sorgenkind der Tschekisten, gelungen, in Kabul die Macht an sich zu reißen und den afghanischen Präsidenten Muhammad Daoud samt seiner Familie zu ermorden. Vgl. Andrew and Mitrokhin, *The KGB and the World*, S. 386ff., und Westad, *Global Cold War*, S. 316ff.

<sup>67</sup> Unterstreichung und damit besondere Emphase im Original.

Hinter den Unruhen im Iran vermutete Brzezinski vor allem die Drahtzieherschaft Moskaus – nur ein Beispiel aus einer langen, jahrzehnteüberspannenden Reihe von Fehlurteilen der US-Politik über die eigentlichen politischen und religiösen Triebkräfte in dieser Region.<sup>68</sup> Allein, mit der Einschätzung, der Sturz des Schahs würde eine absolute politische Wende darstellen und auch für die US-Außenpolitik die gravierendsten Negativfolgen haben, sollte Brzezinski auf lange Sicht natürlich absolut Recht haben.

Damit zurück zu den weiteren Elementen von Brzezinskis Mitteloststrategie: Wie der Sicherheitsberater unterstrich, brauche Amerika nunmehr einen schnellen Durchbruch bei den Nahostfriedensverhandlungen (welche sich nach dem Durchbruch von Camp David gegen Ende 1978 wieder in einer schweren Krise befanden<sup>69</sup>), und die Westeuropäer könnten hier der US-Außenpolitik gute Dienste leisten „if you choose to push hard, and we should make an early decision on this matter.“ Eine Verzögerung oder ein Scheitern der Annäherung zwischen Israel und Ägypten würde dagegen die Wirkung der sich von Afghanistan über Iran von Ost nach West fortpflanzenden politischen Schockwellen in der Region noch weiter verstärken: „I fear that without such an effort, the Middle East will become increasingly radicalized as it accommodates itself to the reality of U.S. inability to obtain a wider settlement and perhaps also to provide protection to the region from the Soviets. There is a subtle interaction between the problem of Iran, Turkey, and the Middle East, and a United States lead on these issues is quite necessary. You have been pointing in the right direction, and we should now mobilize our allies for more overt support on behalf of our efforts. These efforts, moreover, should be fitted into the larger framework which I have sketched out above.”

Anfang der 70er und dann mit dem Ende des Jom-Kippur-Krieges hatte die US-Diplomatie unter Kissinger und Nixon eine neue Ära eingeleitet, sie hatte vollends das britische Erbe angetreten, hatte die Sowjets mehr und mehr in die Defensive gedrängt und sich nicht nur zur Schutzmacht (für den Iran, und Saudi-Arabien), sondern auch zum Schiedsrichter (im Konflikt Israel vs. die arabischen Staaten) erklärt. Als Sadat die Wende einleitete und etwa im Juli 1972 Botschafter Vinogradov erklärte, die sowjetischen Militärberater „dürften“ in ihre Heimat zurückkehren, die ägyptische Hitze hätte sie „ermüdet“, da hatte Nassers Nachfolger erkannt, dass die Sowjets nicht liefern konnten, was er wirklich brauchte – wohl aber die Amerikaner.

Folgte man den Cassandrarufern Brzezinskis, dann schien diese Machtstellung bereits zum Ende der Dekade hin wieder zu zerbröckeln, gerade auch weil die Sowjets die Region vom Osten, von Afghanistan her aufrollten; weil der Pfauenthron wankte; und weil die USA es nicht schafften, die Kriegsphase von 1967 bis 1973 zu beenden durch einen Frieden, der Israel wie auch die arabische Welt halbwegs zufrieden stellte.

Carters Nationaler Sicherheitsberater skizzierte in jenem Rück- und Ausblick zur Jahreswende jedoch nicht allein die strategischen Elemente für die Region Mittlerer Osten und Südwestasien, er wollte sie eingebettet sehen in einen überwölbenden globalen Masterplan, mit der amerikanisch-sowjetischen Konkurrenz stets im Zentrum: „The key issue is how you perceive and handle the U.S.-Soviet relationship, and how you fit your handling of that relationship into your wider strategy.”

---

<sup>68</sup> Verärgert zeigte sich Brzezinski etwa auch über die Berichterstattung und Desinformationskampagne über die Ereignisse im Iran durch Radio Moskau: „For example, one broadcast stated that American CIA and Embassy officials are trying to shore up the Iranian army to put down the revolution. [...] I believe a high level demarche based on FBIS transcripts is in order.“ Die Ironie dabei: Sogar der KGB (der ab den späten 60er Jahren das Wettrennen mit der CIA um den Einfluss im Iran endgültig verloren gab) bzw. die sowjetische Führung waren der festen Überzeugung, dass die USA etwa mit Hilfe der CIA den Gegnern des Regimes ein gewaltsames Ende bereiten würden. Vgl. Andrew and Mitrokhin, *The KGB and the World*, S. 178ff. und 180f.

<sup>69</sup> Vgl. Kaufman and Kaufman, *The Presidency of James Earl Carter Jr.*, S. 153.

Zunächst einmal rekapitulierte Brzezinski, welche Politik die Administration gegenüber den Sowjets gerade nicht fahren wollte und wodurch sich die maßvolle Strategie Carters von jener Realpolitik Kissingers und Nixons, aber auch von den Forderungen der Falken und Tauben an beiden Rändern des politischen Spektrums unterscheiden sollte.

Abwegig sei natürlich eine Rückkehr zur reinrassigen Konfrontation früherer Jahrzehnte – „or renewed Cold War (e.g. Reagan): A bitter, hostile, head-on confrontation almost as an end in itself“. Dies wäre nicht nur ein viel zu simplizistisches Modell im Angesicht einer immer komplexer werdenden Weltordnung, es würde auch die Alliierten vergrätzen und die USA international isolieren.

Auch eine Strategie des „Condominium“, wie sie unter Kissinger und Nixon kultiviert worden sei mit dem Ziel der Bewahrung des Status quo und einer „balance of power“, sei nicht mehr praktikabel. Sie werte das Potential des Westens in einer zu pessimistischen, ja zu defätistischen Manier ab, sie basiere auf einer altbackenen, zu einfachen Vorstellung einer „Mechanik“ und eines Nullsummenspiels von Macht, und sie reagiere lediglich auf die Offensiven der anderen Seite: „This approach is based on the essentially pessimistic view that the West is in decline and that the best we can do is to prevent change in the central areas, while letting the Soviets win in the less important peripheries. The key weakness of this approach is that the world is too dynamic to sustain an essentially reactionary balance-of power policy, while the ‘condominium’ would be bitterly resented by everyone else, and thus would backfire strongly against our own alliance relationships.“ Dieses Verdikt Brzezinskis über seine Vorgänger gilt es in Erinnerung zu behalten, denn seine eigene Sicherheitspolitik sah sich später ganz ähnlichen Vorwürfen von Seiten des State Department ausgesetzt.

Undenkbar war für Brzezinski drittens auch das idealistische Konzept einer Detente mit Moskau um fast jeden Preis – „Simply a Partnership as the centerpiece of U.S. foreign policy (e.g., McGovern)“. Diese außenpolitische Konzilianz und Nachgiebigkeit würde zu einer Selbstverleugnung, ja einem Kotau vor Moskau führen und von den Partnern Amerikas zu Recht als Appeasement verurteilt werden (ein Vorwurf, der ja gerade aus Beijing tatsächlich zu hören war): „The key weakness of this approach [...] is that it frightens our friends and allies, be they the West Europeans, Japanese, and lately the Chinese, and it can be easily translated into appeasement. Indeed, typical of this approach is its concomitant unwillingness even to criticize the Soviets either for their militant intrusion into Africa or for their excessive strategic build-up“.

Die Strategiealternativen „Condominium“ und „Simply a Partnership“ würden, so der Nationale Sicherheitsberater, die UdSSR einfach so auf die Stufe eines globalen Partners der USA heben, während sie den Sowjets gleichsam eine „hunting licence“ ausstellten und ihnen erlaubten, globale Turbulenzen zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Wie also sollte demgegenüber die alternative Globalstrategie der Carter-Administration angelegt sein? Sie firmierte unter der Bezeichnung „*Reciprocal Accomodation*“. Der sicherheitspolitische Chefarchitekt Brzezinski wies die Urheberschaft höflich dem Präsidenten selbst zu, wobei seine Formeln („Your policy, if I understand it correctly“; „Your policy, as it has evolved through your speeches and actions, is quite distinctive and – I believe – historically more relevant.“) in ihrer demonstrativen Bescheidenheit fast schon wieder ironisch wirkten.

Das Konzept jener *Reciprocal Accomodation* vereinte vier ineinandergreifende Elemente: Erstens, das klassische Containment; zweitens, den realen Willen zum Widerstand gegen indirekte Expansionsversuche der UdSSR; drittens, die echte Bereitschaft zum ideologischen Wettstreit und Konflikt. Das vierte und laut Brzezinski wichtigste Element



war die Schaffung einer Rahmenarchitektur, die „creation of a framework within which<sup>70</sup> the Soviet Union can accommodate with us, or face the prospect of isolating itself globally“. So sei am besten für die Interessen der USA und den Schutz ihrer Werte gesorgt, „and it avoids the risks inherent in the three other approaches mentioned above because it seeks to fit the U.S.-Soviet relationship into a cooperative context of U.S.-European-Japanese, and now also Chinese, relations.“ Ein Versprechen, welches allerdings Brzezinski selbst nicht würde einhalten können, zumindest nicht im Bereich der globalen Militärpolitik der USA, wie das Beispiel RDF unter Beweis stellen sollte. Und dies, obwohl Brzezinski selbst nochmals in Erinnerung rief, wie bedeutsam die tatsächliche Umsetzung der PD-18-Programmvorgaben sei, „adequate to balance the Soviet Union through essential equivalence and adequate collective conventional forces“.

An strategischen Prinzipien und raumgreifenden Visionen fehlte es der Carter-Administration damals offenbar nicht, allein die Umsetzung in die Realität war ein komplett anderes Kapitel: Gerade angesichts der Mahnungen Brzezinskis muss es umso mehr verwundern, ja schockieren, wie sehr die US-Regierung beim Krisenmanagement im Iran versagte.

Am 16. Januar 1979 ging der Schah ins Exil, und Anfang Februar kehrte Chomeini im Triumph in den Iran zurück. Einen weiteren Monat nach jenem persischen „Erdbeben“, Anfang März 1979, legte Brzezinski seinem Präsidenten eine Bestandsaufnahme des immensen politischen Schadens vor, doch nicht ohne auch einen Wegweiser aus der Krise anzufügen:<sup>71</sup> Der Umsturz im Iran, so konstatierte Brzezinski als Eröffnung seiner Argumentation, habe zu einem massiven Verlust von Einfluss, Autorität und Glaubwürdigkeit der USA in der Golfregion geführt. Natürlich fühlten sich die Anrainerstaaten und vor allem die Partner der USA vom neuen Regime in Teheran bedroht, und zugleich hätten sie das Vertrauen in Washingtons Sicherheitsgarantien verloren. Nun müsse die Carter-Administration entschlossen gegensteuern und Führungsqualitäten beweisen: „The fall of the Shah’s regime in Iran has added a new and dangerous dimension to the crisis in the Middle East. Immediately, we face a problem of perceptions and expectations. For all countries, and especially those with whom we have good relations, the future is uncertain and threatening. They lack confidence in the direction of US policy and in the willingness of the U.S. to use its power on behalf of their security. This political and psychological crisis can only be contained by forceful and purposeful U.S. action.“

Vier grundlegende Instabilitätsfaktoren listete Brzezinski für die Region auf – und von ihnen sind im Grunde drei noch heute prägend für den Mittleren Osten und die Ausgangspositionen im *Global War on Terrorism (GWOT)*: „The Arab-Israeli conflict and the frustrated political aspiration of Palestinians. Political radicalism that feeds on that conflict and on the unevenness of socio-economic development. [...] The great disparity in wealth and human resources within the region.“ Hinzu kam viertens noch der Einfluss der UdSSR, welche als externe Macht diese Konfliktlinien ausnutzen könne und auf jede Gelegenheit warte, „to displace U.S. influence in the area and to expand that of the U.S.S.R. for ideological, strategic and economic purposes.“

Tatsächlich, so der Sicherheitsberater weiter, erwiesen sich die US-Interessen in der Region nun als höchst verwundbar, und der Sturz des Schah könnte nur der Beginn einer ganzen Kettenreaktion sein. Die nächsten fallenden Dominos wären dann etwa der Zusammenbruch des Friedensprozesses von Camp David, der Sturz von Sadat, ja das Ende des saudischen Herrscherhauses. Und damit wäre die Talfahrt noch nicht einmal zu Ende: „Another

<sup>70</sup> Unterstreichung im Original.

<sup>71</sup> Memorandum Zbigniew Brzezinskis an Präsident Jimmy Carter: „Consultative Security Framework for the Middle East“, - top secret, sensitive -, 3.3.1979, in: DDRS. Vgl. zu diesem Grundsatzdokument erstmals Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 30ff.; und danach auch Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 61f.

Arab-Insraeli war, reentry of Soviet influence at the center of the region, sharp diminuation of U.S. influence in the Arab world, and denial of Western access to Middle East oil could ensue.”

Brzezinski rekurrierte hier implizit auf das in den PRM-10-Analysen entwickelte Zweiphasenmodell einer Einteilung des Kalten Krieges: In der bisherigen *Era I* der Konfrontation mit den Sowjets konnten sich die USA auf eine Überlegenheit bei den nuklearstrategischen Streitkräften und auf ihre Dominanz in den beiden geostrategischen Schlüsselzonen Westeuropa und Ostasien verlassen. *Era II* würde nun mit den späten 70ern anbrechen, gekennzeichnet durch das Patt bei den nuklearstrategischen Systemen und durch das Hervortreten des Nahen und Mittleren Ostens als dritter Schlüsselregion. Die von hier ausgehenden Lebensadern des Öls vernetzten die anderen strategischen Kernzonen, die USA, Westeuropa und Japan, enger denn je miteinander und schufen neue Verwundbarkeiten gegenüber sowjetischen Militärinterventionen oder Erpressungsmanövern. Und die Abhängigkeit des Westens vom nahöstlichen Öl wachse rapide: „Anxieties on all fronts are intensified by the great dependence of the West on Middle East oil resources. The reaction of oil-producing states in the region to the impact of Iran on the market seems destined to intensify inflationary pressures resulting from tight energy conditions in Western economies. At the same time, the voracious appetite of the West for oil makes it difficult to manage the economic development of the oil-producing states, especially Saudi Arabia, in an orderly manner.“

Brzezinski hatte dies noch mit gehöriger Untertreibung formuliert: Die Krise im Iran hatte die Ölmärkte natürlich in helle Panik versetzt und die zweite globale Ölkrise jenes Jahrzehnts ausgelöst – der Barreelpreis explodierte geradezu von zuvor 13 auf 34 Dollar.<sup>72</sup>

Brzezinski schlug dem Präsidenten zwei Gegenstrategien vor: Ein energiepolitisches Umdenken zuhause und eine offensive Neuausrichtung der amerikanischen Regionalpolitik am Golf.

Es führe kein Weg daran vorbei: Die USA müssten im Zuge von neuen ressourcenpolitischen Konzepten ihre Abhängigkeit vom Öl des Mittleren Ostens herunterfahren – und zugleich als Vorbild (!) für die westlichen Verbündeten wirken: „We shall have, finally, to demonstrate a new level of commitment to energy policies at home that reduce the US national reliance on Middle East oil imports, and encourage within the limits of the possible similar policies on the part of Europe and Japan.“ Allein, der Ratschlag schien ein wenig zu spät zu kommen: Die Schlangen, die sich bald schon an den amerikanischen Tankstellen bildeten, die dramatische nationale Energiekrise, welche in den USA die Gefühle der Ohnmacht und des Zorns schürten – dies alles sollte die Carter-Präsidentschaft ebenso in die Tiefe ziehen wie kurz darauf die Teheraner Geiselkrise.

Als Antidot für den erlahmenden amerikanischen Einfluss in der Region selbst schlug Brzezinski eine „konsultative Sicherheitsarchitektur“ für den Nahen und Mittleren Osten („consultative security framework“) vor, ein Rahmensystem, welches im Spektrum der diplomatisch-völkerrechtlichen Instrumente eine Zwischenposition einnehmen sollte, stärker ausgeprägt als lediglich *bilaterale* Sicherheitskontakte mit regionalen Partnern, aber bei weitem noch keine fixe Allianz oder ein System kollektiver Sicherheit: „Instead, it involves the shaping of a consultative relationship on regional security issues between a cluster of states that share common security concerns.“ Zunächst einmal würde es sich zwar primär um bilaterale Kontakte und Absprachen handeln, quasi mit Washington im Zentrum eines Speichenrades, „but an effort would be made from the very start to move towards some form of multilateral consultations as well.“

Nachdem im Rahmen der bisherigen Zwei-Säulen-Strategie schlagartig der iranische Pfeiler zusammengebrochen war, zeichnete Brzezinski das Bild einer komplexeren und

<sup>72</sup> Vgl. Daniel Yergin, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, Frankfurt a. M. 1993, S. 842ff.

umfassenderen Sicherheitsarchitektur, ähnlich zwei geostrategischen konzentrischen Kreisen: Im Zentrum standen die beiden Hauptakteure des Camp-David-Prozesses, welche für ihre Friedensbereitschaft von Washington auch bei diesem strategischen Masterplan gleichsam belohnt werden sollten: So liege es für die USA nahe, mit Israel eine spezielle Übereinkunft in Verteidigungsfragen zu treffen („a special understanding on defense issues“), als Kompensation für die Umsetzung des Friedensschlusses und als Anreiz für weitere Versöhnungsschritte gegenüber seinen Nachbarstaaten: „Such a special understanding would be designed to enhance Israeli security as well as to promote the needed accommodations required for continued progress towards a more comprehensive peace. In time, this could evolve toward a treaty relationship as Israel moves toward agreements with its other neighbors.“

Parallel zu dieser amerikanisch-israelischen Militärkooperation könnte Washington eine „ähnliche Beziehung“ („similar relationship“) mit Ägypten aufbauen. Sadat könnte von einem nicht unerheblichen Wirtschaftshilfeprogramm profitieren und auf US-Kosten die ägyptischen Streitkräfte modernisieren. „Such understanding could be expanded in time to include Saudi Arabia and Jordan.“

Bemerkenswert, wie sich seit dem Seitenwechsel Sadats die Zeiten geändert hatten. In Brzezinskis Konzept schien sich die Beziehung der USA zu Ägypten mittlerweile enger zu gestalten als zum klassischen Partner Saudi-Arabien. Und natürlich war Brzezinski klar, wie gespannt die Beziehungen Kairo-Riad wegen Camp David waren: „We should undertake a major policy review of our entire relationship with, and presence in, Saudi Arabia.“

Wer zu diesem *erlauchten engsten Freundeskreis* gehörte, von dem konnten die USA laut Brzezinski auch eine gewisse Schützenhilfe beim Vorgehen gegen regionale Störenfriede erwarten. Mit Kairo würden die USA Front gegen Gaddafi machen, und mit Riads Kooperation „overt and covert action against the PDRY regime [Südjemen] should be considered.“

Saudische Unterstützung (und vielleicht auch die Kooperation Ägyptens) erwarteten die USA ferner bei der Absicherung des Oman: Das Land sollte in den Genuss von Hilfsprojekten bei Verteidigung und innerer Sicherheit, gemeinsamen Militärplanungen und Manövern sowie „occasional demonstrations of presence“ kommen.

Soweit der innere Kreis an proamerikanischen Partnern und Klienten. Der *zweite konzentrische Ring* der sicherheitspolitischen Konsultationen könnte einschließen den Sudan, die Türkei und – falls man in Teheran wieder zur Vernunft zurückfand – sogar wieder den Iran. Was die Beziehungen der USA zu Ankara anbetraf so schärfte Brzezinski ein: „A major effort in military and economic assistance to Turkey must be initiated.“ Und im Bereich der Militärhilfe sah ja auch das LTDP der NATO entsprechende Transfers vor.

Allerdings zeigte sich Brzezinski selbst skeptisch, was die Verlässlichkeit jener Partnerstaaten aus der zweiten Reihe anbetraf. Washington müsse hier vorsichtig zu Werke gehen und weitergehende Initiativen von den Fortschritten mit den Aliierten der ersten Kategorie abhängig machen: „The US would be thus developing various degrees of consultative relations in the area of security with the Middle Eastern nations, thereby shaping a common sense of purpose and gradually institutionalizing the sharing of intelligence information and more systematic consultations on security matters.“

Aus Gründen politischer Klugheit, aber vielleicht auch, um Carters Gewissen zu beruhigen, wollte Brzezinski die Türen gegenüber den ausgeschlossenen Staaten, also den sowjetischen Klienten Irak und Syrien und dem Iran unter Ayatollahführung, nicht ganz zugeschlagen sehen: Die USA sollten Dialogbereitschaft signalisieren „to prevent their concluding that we have written them off.“

Brzezinski versuchte gleichzeitig, den Präsidenten auf eine resolute Haltung gegenüber den Sowjets einzuschwören – ein stärkeres Gewicht Washingtons in jener so bedeutsamen Re-

gion sei jedenfalls den Preis einer Verstimmung mit Moskau wert: „Whether we like it or not, the Soviets will see our new purposefulness in the area as directly hostile to their interests, and they are likely to escalate their own efforts to oppose ours. We will have to face this fact.“ Im Grunde genommen sollten die USA besser gleich in die Offensive gehen, auf die UdSSR so viel Druck wie möglich ausüben und versuchen, Moskau zum strategischen Rückzug zu zwingen „e.g., a halt to anti-American propaganda in Iran; a reduction of Soviet-Cuban presences in Lybia, the FDRY, and Ethiopia.“

Natürlich würde jene neue sicherheitspolitische Rahmenarchitektur der Carter-Administration auch *konkrete Ziele und Programme* verfolgen, welche, wie der Sicherheitsberater betonte, untereinander aufs engste verzahnt seien:

Neben einem Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten und der Initiierung eines analogen, langfristigen Prozesses zur Verbesserung des Schicksals der Palästinenser (von Brzezinski sehr vorsichtig formuliert als „a political process designed to contain, and if possible resolve, the Palestinian dimension of the Arab-Israeli conflict over a period of several years“) zählten hierzu eine militärpolitische Stabilisierung der Region nach innen wie nach außen (davon wird gleich noch zu handeln sein) und nicht zuletzt eine gerechtere Verteilung der Petrodollars, um die ökonomischen Schieflagen und Rückständigkeiten anzugehen und den sich aufbauenden sozialen Sprengstoff zu mindern: „A region-wide campaign of socio-economic development that mobilizes and pools the now disconnected resources of the region – population, technical-organizational skill levels, wealth from oil, and political authority – toward greater prosperity and political institution-building.“

Vielleicht stapelte Brzezinski wirklich nicht zu tief, wenn er den von ihm angepriesenen strategischen Masterplan in eine Reihe stellte mit der Truman-Doktrin, dem Marshallplan und der Geburt der NATO: „Then, too, a strategically vital region faced external threat, intra-regional conflicts, socio-economic privation, and local radicalism for which US power, wealth and leadership toward unity were the remedy.“ Darüber hinaus mag der Sicherheitsberater auch im Sinn gehabt haben, Carters Ehrgeiz zu beflügeln und den jüngsten schmachvollen Ereignissen im Iran eine bahnbrechende Zukunftsvision gegenüberzustellen.

Und Brzezinski wollte diese Analogien auch nicht zu weit treiben, er betonte zugleich die signifikanten Unterschiede zwischen dem Westeuropa der Nachkriegszeit und der Welt des Nahen und Mittleren Ostens – im Unterschied zu gewissen Strategen aus der Administration des George W. Bush, welche ein Vierteljahrhundert später ähnliche, aber doch deutlich undifferenziertere Vergleiche zur Rechtfertigung des Irakkrieges und einer Demokratisierung der ganzen Region bemühen sollten.

Brzezinski erinnerte Carter daran, wie „pflegeleicht“ sich nach 1945 die Westeuropäer ins amerikanische Sicherheitssystem hatten einbinden lassen. Die arabische Welt dagegen brauchte offenbar erst Nachhilfe, um zu begreifen, wer der *wirkliche* Feind war: „The pro-American elites in Europe agreed that the Soviet Union was a common enemy. In contemporary Middle East the awareness of Soviet threat is still obscured by hostility towards Israel and the fear that Israel, buttressed by the US, might become militarily and politically the dominant force in the region.“ Zu zerstritten seien die arabischen Staaten untereinander, um die iranische wie die sowjetische Bedrohung realistisch wahrzunehmen, und zu sehr habe das Ansehen der USA als verlässlicher Hegemon gelitten: “Our ultimate objective in the Middle East must be to cultivate an awareness of common security problems that will lead to cooperative actions. This will take many years, because the region lacks a common, dominant political culture and a capacity to submerge internal conflicts in the face of a common threat. This problem is compounded by the widespread perception that the US is not a reliable ally.“

Brzezinski warnte in diesem Zusammenhang auch, der Friedensprozess von Camp David werde fast sicher kontraproduktive Wirkungen auf Kosten des ehrlichen Maklers USA mit

sich bringen, durch Spaltungen und Polarisierungen in der arabischen Welt (implizit war etwa das ägyptisch-saudische Zerwürfnis gemeint). Ein Friedensschluss zwischen Kairo und Jerusalem wäre für die USA jedenfalls zu teuer erkaufte, wenn er mit einem weiteren amerikanischen Machtverfall am Golf einherginge („that failure must not be allowed to weaken our overall position in the Middle East“)!

Jedenfalls müssten die USA dezent und vorsichtig vorgehen, sich zunächst auf die engsten Partnerstaaten konzentrieren und diese jedenfalls nicht mit dem Dampfhammer einer *formellen* Allianzstruktur verschrecken. Zu diesem Zeitpunkt mochte Brzezinski mit seiner Prognose eines *langen* Entwicklungsprozesses noch recht gehabt haben – allein, die katastrophale Fehlentscheidung der Kremlführung, in Afghanistan einzumarschieren, wirkte wie ein Katalysator, einte teilweise die arabisch-moslemische Welt und trieb sie ins westliche Lager.

Was die genuin militärische Seite anbetraf, so listete Brzezinski eine Reihe von Optionen auf, wie die USA kurzfristig und demonstrativ im Verlauf der nächsten Monate am Golf Flagge zeigen konnten: Eine Flugzeugträgerkampfgruppe der Siebten Flotte sollte zur Machtdemonstration in die Arabische See verlegt und die traditionell relativ schwache „Middle East Force“ selbst zumindest um einige Kriegsschiffe verstärkt werden. Beim Besuch von Verteidigungsminister Brown in Ägypten hatte Sadat zumindest grundsätzlich sein Einverständnis erteilt, auch nuklear angetriebenen US-Kriegsschiffen die Passage durch den Suezkanal zu gestatten. Brzezinski schlug vor, die Ägypter beim Wort zu nehmen und sogleich ein entsprechendes Manöver durchzuführen. Überhaupt sollten US-Verbände und Militärdelegationen ausgewählten Schlüsselstaaten vermehrt Besuche abstatten, „for symbolic and consultative puposes“. Und in Absprache mit den Saudis sollte es möglich sein, vom Oman die Einwilligung zu einem kleinen, aber „sichtbaren“ gemeinsamen amphibischen Manöver an der Südküste zu erhalten.

Diese Showelemente müssten allerdings dringend ergänzt werden um eine tatsächliche, substantielle Stärkung der amerikanischen power-projection-Fähigkeiten in die Region hinein: Dies betraf etwa die Erweiterung der Planungen für die vorgeschobene Operationsbasis (FOB) Diego Garcia, vor allem aber die Etablierung einer „East-of-Suez Command entity of some kind“, deren Hauptquartier laut Brzezinski in den USA beheimatet bleiben könne, zugleich aber für eine schnelle Verlegung ausgestattet sein müsse.

Mit Ägypten, Saudi-Arabien und dem Oman sollten Stationierungs- und Landerechte ausgehandelt werden: „We should begin a careful, but systematic policy review of the option of getting the Saudis and the Egyptians to agree to regular base access for US contingency forces in Saudi Arabia and in the Sinai. Provision for prepositioning appropriate stocks should be sought.“

Auf der anderen Seite würden die USA nicht umhinkommen, ihre Sicherheitsgarantien für die Regionalpartner sowohl inhaltlich auszuweiten, als auch verbindlicher zu formulieren.

Inzwischen sollten die US-Truppen zuhause damit beginnen, die entsprechenden Regeln der Wüstenkriegführung einzustudieren, „testing logistics, air, sea, and land combat capability relevant to operations in the Persian Gulf“, etwa bei einer Serie von kombinierten Manövern im Südwesten der USA, deren Durchführung in diesem Falle nicht an die große Glocke gehängt zu werden brauche.<sup>73</sup>

<sup>73</sup> Wie bereits von Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 32, hervorgehoben, waren jene militärischen Maßnahmen alles andere als neu; sie wurden entnommen aus einem Katalog von Vorschlägen zur Strukturierung der globalen US-Militärpräsenz, erörtert in den Analysen zu PRM-43. Durch das Presidential Review Memorandum/NSC-43 vom 24. August 1978 hatte Carter eine interadministrative Arbeitsgruppe unter der Leitung des NSC-Stabs beauftragt mit Untersuchungen zur „U.S. military presence abroad from the standpoint of maintaining and enhancing our political and military position vis-à-vis the Soviets and of providing reassurance and confidence to key countries of concern to us.“

Allerdings hielt es Brzezinski zu diesem Zeitpunkt noch für machbar und erstrebenswert, dass der Einsatz einer Schnellen Eingreiftruppe am Golf *nicht auf Kosten der US-Präsenz in Westeuropa und der Kampfkraft der NATO* gehe: „We should resolve the matter of making South Asia contingency capabilities fully independent of capabilities for a NATO war, and program accordingly.“ Da schrieb Carters Sicherheitsberater freilich ein großes Wort gelassen nieder: Die eigenen Militärplaner würde dies vor die Quadratur des Kreises stellen, ganz zu schweigen von einer homogenen Verbindung mit der realen Rüstungspolitik der anderen NATO-Staaten.

Tatsächlich kam es ja auch nicht ganz unmaßgeblich auf die Alliierten an, wie Brzezinski hinzusetzte: Wenngleich die USA bei diesem Masterplan natürlich die *Führerschaft* zu übernehmen hätten, so sollten doch die Verbündeten in Europa (gerade auch über die offiziellen Foren und Verfahren der NATO!) und Japan<sup>74</sup> informiert und aktiv einbezogen werden: „We should immediately begin exploring with key NATO allies and with Japan the possible forms of support they could offer to implementation of our strategy. While some allies will object, we should begin to engage the formal staff machinery of the Alliance in examining the problems of Middle East security.“

Klar war im Übrigen auch, dass Europa, Japan, aber gerade auch die Saudis ihren *finanziellen* Beitrag zur Realisierung von Brzezinskis Strategie leisten sollten (was die Militär- und Wirtschaftshilfen der USA für die Region anbetraf, so rechnete der Nationale Sicherheitsberater für die nächsten fünf Jahre mit einer Erhöhung der bisherigen Summe von 3 Mrd. \$ jährlich in der Größenordnung von weiteren 5 bis 10 Mrd. \$).

Ob sich Präsident Carter an derartige Vorschläge erinnert hat, als er wenige Monate später auf dem Energiegipfel in Tokio bei den Verhandlungen mit den anderen Regierungschefs der westlichen Welt eine der bittersten diplomatischen Lektionen seiner bisherigen Amtszeit zu lernen hatte? Von Kooperation und strategischen Visionen war da keine Rede, die Stimmung war vergiftet und gereizt: Carter fühlte sich herablassend behandelt von Premier Margaret Thatcher und beim Mittagessen von Bundeskanzler Helmut Schmidt durch dessen Bemerkungen zur amerikanischen Nahostpolitik persönlich beleidigt.<sup>75</sup>

Brzezinski scheint mit der Reaktion des Präsidenten auf sein Memorandum ebenfalls nicht zufrieden gewesen zu sein. Am 30. März legte der Sicherheitsberater nach und leitete Carter ein weiteres aussagekräftiges Dokument zu, welches seine „Arc of Crisis“-Argumentation stützen sollte, das „*Comprehensive Net Assessment-1978*“.<sup>76</sup>

CNA-78 war bereits im Dezember 1978 vom NSC-Stab als aktuelle Ergänzung von PRM-10 zusammengestellt worden: Odom, Huntington und Christopher Shoemaker, ein führender Nahostexperte in Brzezinskis Team, hatten nicht zuletzt eruieren wollen, welche der Prognosen aus PRM-10 sich tatsächlich bewahrheitet hatten; wie sich die Weltlage für die USA nach der Revolution im Iran, aber auch nach der weiteren Annäherung an Beijing darstellte; und in welchem Maße die Forderungen aus PD-18 umgesetzt und die negativen Tendenzen im militärischen Ost-West-Kräfteverhältnis umgekehrt worden waren.<sup>77</sup> Bis

<sup>74</sup> In der Tat war ja das rohstoffarme Japan besonders schwer von der damaligen Ölkrise getroffen worden. Vgl. Yergin, *Der Preis*, S. 847f.

<sup>75</sup> Vgl. ebenda, S. 856.

<sup>76</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 32ff.; und Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 63ff.

<sup>77</sup> Zur Entstehungsgeschichte von CNA-78 führt Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 63, Anm. 14 aus: „Before Huntington returned to Harvard University in August 1978, he compiled the first draft of this document. Christopher Shoemaker, who joined the NSC staff after Huntington's departure, helped with the final draft of CNA-78. Shoemaker brought experience he had gained on the Persian Gulf region when working on Middle Eastern affairs in the office of the secretary of defense under Robert Murray. Thereafter, he played a key role in pulling together information and providing analysis in support of the Persian Gulf Security Framework, not only for the duration of the Carter administration but also in the first Reagan administration.“

zum Frühjahr 1979 hatte man bemerkenswerterweise versäumt, CNA-78 auch dem Präsidenten auf den Schreibtisch zu legen, und das holte Brzezinski nun zum passenden Zeitpunkt nach.

Grundsätzlich hatte jene Revision die Ergebnisse von PRM-10 nochmals bestätigt. Und es gab auch einige Felder, in denen CNA-78 der amerikanischen bzw. westlichen Sicherheitspolitik Erfolge attestierte: In Europa habe sich nach der Annahme des LTDP das Kräfteverhältnis bei den konventionellen Streitkräften verbessert. Die vollständige Implementierung des LTDP könne den prosowjetischen Trend revidieren und „create a military balance in Europe more favourable than previously to the Allies“. Und auch die von Bundeskanzler Schmidt betonte Problematik der „Eurostrategic imbalance“ könne durchaus beseitigt werden, wenn die anvisierte Nachrüstung und Modernisierung der Mittelstreckenwaffen auch tatsächlich in vollem Umfang realisiert werde. Dies alles belege, so die NSC-Einschätzung, in welchem Maße die Administration in den letzten 12 bis 18 Monaten den Sicherheitsinteressen und Bedürfnissen der NATO-Alliierten Priorität eingeräumt habe.

Doch außerhalb des NATO-Kernbereichs, wo Amerika gleichsam auf sich allein gestellt war, sehe es weit weniger rosig aus.

Bei den *nuklearstrategischen* Systemen hätten die USA noch keine positiven Veränderungen erreichen können, im Gegenteil, die sowjetische Überlegenheit habe sich vielmehr noch deutlicher herausgebildet.

Und sehr kritisch beurteilte nunmehr auch CNA-78 die aktuelle Situation in Südwestasien, wo die USA in Afghanistan, Südjemen und in Äthiopien einen Rückschlag nach dem anderen erlitten hätten, während der Einfluss der UdSSR stetig zunehme. Der Kreml betrachte jene drei Staaten als Brückenköpfe. Die USA dagegen hätten ihren zentralen Alliierten Iran verloren, mit der Konsequenz von „major implications for the regional balance of power, domestic stability in neighboring states, the world oil supply, and U.S. intelligence and security interests“. Dringend notwendig sei also eine „rapid and coordinated implementation of the PD-18 directive in this area“, insbesondere durch die Aufstellung jener Schnellen Eingreiftruppe (RDF), ja generell durch eine erhöhte US-Militärpräsenz am Golf und durch eine Wiederaufnahme der „CIA covert action capabilities in the area.“

Die Botschaft, welche Odom, Brzezinski und ihre NSC-Mitstreiter hier transportieren wollten, war klar: Carter brauche eine stringente Regionalstrategie, und was die RDF anbetraf, so seien das Pentagon und die Generäle noch immer nicht bereit, dieser „Eilbestellung“ nachzukommen.

Spätestens jetzt hatte Brzezinskis Argumentation den Präsidenten überzeugt. „I agree“, notierte Carter als Marginalie neben Brzezinskis Handlungsvorschläge, und so sandte der Nationale Sicherheitsberater nunmehr sein Märzmemorandum zusammen mit CNA-78 auch an Verteidigungsminister Brown und Außenminister Vance, dabei die Zustimmung des Präsidenten besonders hervorhebend.

Relativ einfach hatte es der Sicherheitsberater nun mit Harold Brown und der zivilen Führungsspitze des Pentagon (OSD). Der Verteidigungsminister war unter dem Eindruck der negativen Entwicklung im Mittleren Osten immer stärker auf Brzezinskis Linie eingeschwenkt, und so konnte sich Brzezinski bei Brown ausdrücklich für dessen positive Antwort auf CNA-78 bedanken.<sup>78</sup>

Im State Department dagegen reagierte man zunächst noch immer skeptisch auf die Ressourcenumverteilung à la Brzezinski. In einer eigenen Stellungnahme vom 1. Mai 1979 an die Adresse des Nationalen Sicherheitsberaters kritisierten Vances Mitarbeiter, die besagten NSC-Memoranden würden die militärpolitische Lage in NATO-Europa durch die rosa Brille betrachten und bei der Situation am Persischen Golf (wie auch bei den

<sup>78</sup> Vgl. zum Folgenden Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 33f.; und Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 63f.

nuklearstrategischen Systemen) bewusst schwarz malen.<sup>79</sup> Mit CNA-78 werde ein Versuch gemacht „to downplay an emphasis on NATO vis-à-vis strategic and power projection forces.“ Die NSC-Analysen „of strategic and power projection force trends are too somber, the positive NATO trends may be somewhat overstated and theater nuclear forces are discussed only elliptically.“

Die Schlussfolgerungen der CNA fussten offenkundig auf einer nicht gerade detaillierten Analyse der Veränderungen bei den Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes, „e.g. ratio of Armored Division Equivalents or of tactical aircraft“. Tatsächlich, so argumentierte man im Foggy Bottom, bleibe bei der Umsetzung des LTDP noch viel zu tun: „We agree that NATO has begun to improve the military situation but the CNA may be too optimistic given Western economic constraints.“ Derzeit wiesen die Daten vielmehr darauf hin „that no significant change in the balance can yet be measured and that we need to pursue the LTDP and maintain our European emphasis through the 1980s to have an important impact on the balance.“

Während also das State Department weiterhin den Primat des alten Europa hochhielt („strongly favour continuation of DOD’s current European emphases as stated in PD-18“), hätten andererseits Brzezinski und sein NSC-Stab letztendlich keine echten Beweise dafür präsentieren können, dass sich in Südwestasien in den vergangenen zwei Jahren das Blatt derartig deutlich zugunsten des sowjetischen Einflusses gewandelt habe. Was Moskau bislang lediglich auf die Beine gestellt habe, seien Unterstützungsaktionen für lokale Klienten gewesen, eine vergleichsweise leichte Übung, die noch nichts darüber aussage, ob die Russen tatsächlich in der Lage wären, auch mit signifikanten Interventionstruppen in Erscheinung zu treten oder sich gar in lokale Kriege zu stürzen. Was diese Form der weltweiten militärischen Machtprojektion anbetraf, so konstatierte das State Department zufrieden: „This remains an area of large overall U.S. advantage.“ Und sogar wenn sich die Lage im Krisenbogen des Mittleren Ostens für die US-Außenpolitik problematisch gestalte, heiße dies doch noch lange nicht, dass die Sowjets ihrerseits wie bei einem Nullsummenspiel dauerhafte Siege und Vorteile herauschlagen würden können: „US/Soviet competition in the Third World significantly complicates our bilateral and overall East-West relations. As the CNA acknowledges, however, it is far from clear that the turbulence in the Third World translates into durable Soviet gains.“

Das State Department versuchte mithin eine Positionierung im gemäßigten Lager, doch bald schon wurde klar, dass sich diese Linie nicht durchhalten ließ: Im Laufe der nächsten Wochen und unter dem intensiven Eindruck der Ereignisse im Iran sollte diese Opposition des US-Außenministeriums immer mehr erodieren – „Vance and his aides also began to share some of Brzezinski’s sense of alarm“, so erinnert sich William E. Odom.<sup>80</sup>

Mit dem Placet des Präsidenten brachte Brzezinski die Frage schließlich im Mai und Juni 1979 in den maßgeblichen internen Beratungsgremien, im Special Coordination Committee (SCC) des NSC wie auch im Policy Review Committee (PRC), zur Diskussion. Auch vom PRC wurde nun eine Untersuchung der militärischen und politischen Strategie der USA im Nahen und Mittleren Osten auf den Weg gebracht, an deren Ende Konsenspositionen standen, welche von allen beteiligten Ministerien zunächst mitgetragen wurden.

Punkt eins jenes Konsenses lautete: Die Sowjets hatten im Grunde in der Region Südwestasien überhaupt nichts zu suchen, für sie gab es dort ganz im Gegensatz zu den USA keine

<sup>79</sup> Memorandum von Peter Tarnoff (Executive Secretary, Department of State) an Zbigniew Brzezinski: „Comprehensive Net Assessment 1978 (CNA-78)“, - top secret -, 1.5.1979, in: DDRS. Wie Njølstad, *Shifting Priorities*, Anm. 36., erläutert, wurde dieses Memo auf dem sog. „Alpha Channel“ weitergeleitet, ein zusätzliches, spezielles Verteilungsverfahren für hochgeheime Dokumente, welche nur wenigen Führungspersonen des NSC, Department of Defense und Department of State zugänglich gemacht werden sollten – normalerweise beschränkte sich die Zahl auf 12 „Eingeweihte“.

<sup>80</sup> Zitiert nach Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 64.



vitalen Interessen zu verteidigen. Deswegen konnten sich die USA dort auch nicht mit einer Art militärischer Parität zufrieden geben, wie vielleicht in anderen Weltregionen. Pikanterweise war die Carter-Administration in der „Tauben“-Phase der ersten Monate ihrer Amtszeit sogar bereit gewesen, den Sowjets für die Region Indischer Ozean ein militärisches 50:50-Verhältnis einzuräumen, als Konzession, um die eigenen rüstungskontrollpolitischen Initiativen nicht zu belasten. Damit war jedenfalls Schluss, nun galt die Maxime, Amerika „must have a perceptible military preponderance“. Ergo gab es einfach keine Alternativen zu einem Ausbau der militärischen power-projection-Fähigkeit in die Golfregion hinein, wenngleich dies mit der für das Außenministerium konzilianteren Formel von einer Rücksichtnahme auf „local sensitivities“ verknüpft wurde.

Doch die PRC-Runde vertrat dabei keineswegs einen Primat der militärischen Instrumente und Vorgehensweisen, und der zweite zentrale Konsenspunkt lautete: Die Diplomatie mit ihren politischen und ökonomischen Anreizen sei als gleichrangiges strategisches Standbein anzusehen, vor allem, wenn es galt, den Friedensprozess zwischen Israel und den arabischen Staaten zu stärken und auszubauen. Sollte dieser Friedensprozess scheitern oder sich quälend lange hinausschieben, seien gefährlichen Radikalisierungstendenzen auch in den gemäßigten arabischen Staaten zu befürchten, und dies würde wiederum Rückwirkungen auf das militärische Kräfteverhältnis in der Region haben, wenn die USA weiter hinausgedrängt und die Tür für die Sowjets weiter geöffnet werden würde.

Präsident Carter erteilte diesem sicherheitspolitischen Quantensprung, der zugleich eine Kehrtwende in der bisherigen Detente-Politik darstellte, einmal mehr sein Placet. Zunächst galt es noch, den Wiener Gipfel abzuwarten, um die zeremonielle Unterzeichnung des SALT II-Vertrags im Juni 1979 nicht zu gefährden, dann konnte die Wende eingeleitet werden.

Im Sommer 1979 erhielt das Pentagon den Auftrag herauszufinden, wie eine solche Sicherheitspartnerschaft mit Amerikas Klienten am Persischen Golf und im Indischen Ozean genau aussehen konnte. Ferner sollte Brown Rechenschaft ablegen, wie weit denn die RDF in ihren Vorbereitungen gediehen war. Was jenen zweiten Punkt anbetraf, so standen Brown und seine Militärplaner noch immer nahezu mit leeren Händen da. Als Brzezinski etwa einmal beim Pentagon anfragte, auf welche Weise die Militärs im Kriegsfall eigentlich reagieren würden und warum die Stabschefs nicht endlich ein separates „unified command“ mit klaren Strukturen etablieren wollten, kam die bemerkenswerte Antwort zurück: Wenn es am Golf zu einer militärisch relevanten Krise komme, würden die JCS schon rechtzeitig in der Lage sein, ad hoc ein Regionalkommando zusammenzuzimmern. Eine Replik, welche auch den Präsidenten selbst verblüffte und verärgerte. Fühlte sich denn keiner wirklich zuständig? „Who is in charge? PACOM? EUCOM? or who?“, hatte Carter in einer handgeschriebenen Notiz an Verteidigungsminister Brown gefragt.<sup>81</sup>

Immerhin fasste sich nun JCS-Chairman General David Jones ein Herz und veranlasste den Beginn militärischer Planungsarbeiten für eine RDF unter Beteiligung aller Teilstreitkräfte. Außerdem entspann sich nun endlich ein intensiver Dialog zwischen Brzezinskis NSC-Stab und Browns OSD. William E. Odom erinnert sich: „Several officers on the Joint Staff and in other parts of the Pentagon also soon became parties to these discussions. As a consequence, a few NSC staff members learned about the political and military realities in the region and the plethora of obstacles to the creation of an RDF. During the rest of the summer and fall of 1979, modest planning efforts moved ahead within the Joint Staff, but no major shift of resources followed to support them.“<sup>82</sup>

Dies war der Stand der Dinge, als Anfang November 1979 die Geiselnahme des US-Botschaftspersonals in der Teheraner Vertretung die Carter-Administration in ihre schwerste Krise stürzte – und zugleich die Schwarzmalerei der Golfstrategen zu bestätigen schien.

<sup>81</sup> Zitiert nach Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 73.

<sup>82</sup> Zitiert nach Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 64.

Auch Brzezinskis Vize David Aaron bekam bald eine Vorstellung von jener Kommandosklerose, als er sich am 27. Dezember 1979, mithin während der ersten Tage der sowjetischen Invasion Afghanistans, mit den Stabschefs traf, um sich über den Stand der Planungen für die RDF zu erkundigen.<sup>83</sup> Aaron war nachgerade schockiert angesichts der sehr langsamen militärischen Fortschritte und der noch immer massiven Defizite: Die rivalisierenden Militärs seien unfähig, sich zu einigen, wer die Joint Task Force befehligen dürfe, „a Marine or Army 3-star?“

Dabei würde der (Un-)Glückliche derzeit eine teilweise nur auf dem Papier existierende Streitmacht kommandieren können: Ende 1979 hatte tatsächlich nur die Army konkrete Truppenabstellungen für die RDF ausgesprochen, und ein Teil der Einheiten war wegen fehlender Mannschaftsstärken von den JCS auch noch in die niedrigste respektive zweitschlechteste Bereitschaftskategorie eingeordnet worden. Probleme würde auch der Einsatz der für die RDF vorgesehenen 4th Infantry Division (Mechanized) bereiten. Die „Ironhorse“-Division war im Frieden in den USA (Fort Carson, Colorado) stationiert, und weil sie bei einem NATO-Bündnisfall nach Europa verlegt werden würde, war ihr schweres Kriegsgerät teilweise bereits in Depots in der Bundesrepublik eingelagert. Würde man die Panzer und Fahrzeuge also im Notfall von Deutschland aus tatsächlich rasch in den Mittleren Osten verlegen können, und wie würden die NATO-Partner reagieren? „In time of crisis, would and could we move tanks out of the Federal Republic of Germany (FRG) to the Persian Gulf?“, so fragte sich Aaron, und er klagte in seinem Bericht an Brzezinski, im Laufe des JCS-Briefings sei erschreckend klar geworden, dass man vermutlich noch mindestens fünf Jahre benötigen würde, um die Programme für die RDF und ihre logistische Versorgung zum Laufen zu bringen. Laut Aaron sei der NSC gut beraten „[to] keep the heat on Harold to ensure that Defense makes these difficult bureaucratic decisions soon, so they can get the ‘chair-shuffling’ behind them and get on with the harder task of formulating specific military objectives and plans for the region“.

Anfang Januar 1980 nahm sich auch William E. Odom, Brzezinskis Rechte Hand in Militärfragen, der RDF-Planungen an und bestätigte den verheerenden Eindruck:<sup>84</sup> Alle drei notwendigen Komponenten für eine militärische Machtprojektion, nämlich die Stärke und Zusammensetzung der Expeditionstruppen selbst, die strategischen Transportkapazitäten und Stationierungsmöglichkeiten vor Ort, und schließlich die verfügbaren Kommando- und Kontrollstrukturen, seien durch erhebliche Defizite gekennzeichnet.

Mit anderen Worten: Als Präsident Carter in seiner *State of the Union*-Adresse vom 23. Januar 1980 die „Carter-Doktrin“ verkündete und konkret auf die sowjetische Invasion Afghanistans Bezug nehmend statuierte „Let our position be absolutely clear: An attempt by any outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States of America, and such an assault will be repelled by any means necessary, including military force“<sup>85</sup> – *da hatte er in Wahrheit kaum hinreichende militärische Instrumente zur Hand, um dieser Ankündigung Taten folgen zu lassen, falls seine Abschreckungskulisse zusammenbrach und die sowjetischen Hardliner von ihm verlangten, seine Karten auf den Tisch zu legen.*

<sup>83</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 39-40; Zitate nach S. 40.

<sup>84</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 40-41.

<sup>85</sup> Der Text von Carters Rede findet sich etwa bei: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=33079>.

## 5. Die Russen kommen... vielleicht... oder doch nicht? Das Iranszenario 1980

Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund der NSC unter Leitung von Brzezinski und Odom seine Pressionen gegenüber dem Pentagon fortsetzte, zumal der Nationale Sicherheitsberater mit seinen Warnungen vor den sowjetischen Ambitionen recht zu behalten schien. Aus einem geostrategischen Sandkastenspiel mit wechselnden Wahrscheinlichkeiten schien nach der sowjetischen Invasion Afghanistans nun tatsächlich eine reale Gefahr zu werden. Wie Odom sich erinnert, mehrten sich ab Ende 1979 und Anfang 1980 bei den US-Nachrichtendiensten und Militärstrategen die Befürchtungen, die sowjetischen Streitkräfte könnten über Afghanistan und auch durch einen Angriff auf den Iran einen Vorstoß an den Persischen Golf wagen.<sup>86</sup>

So vermerkten die Geheimdienste, dass der sowjetische Generalstab mit einem Mal seine Kommandostrukturen für den Kriegsfall geändert hatte und nunmehr die Regionen Persischer Golf und Südwestasien in die Kategorie „konkrete militärische Operationsgebiete“ einstufte. Im Laufe des Jahres 1980 trafen Meldungen von großangelegten sowjetischen Kommandostabsübungen ein, bei welchen dezidiert offensive Operationen für jene Regionen durchexerziert werden sollten, und es war wohl kein Zufall, dass die sowjetische Militärführung in Baku am Kaspischen Meer ein neues, offenbar zur Führung weiträumiger Feldzüge ausgestattetes Hauptquartier einrichtete.

Kurz vor dem Angriff Saddam Husseins auf den Iran<sup>87</sup> lieferten die US-Nachrichtendienste noch einmal eine aktuelle Einschätzung, wie groß die Gefahr einer Aggression *der UdSSR* gegen Chomeinis Regime sei und welche Möglichkeiten dabei den sowjetischen Streitkräften offenstanden.<sup>88</sup>

„The USSR is taking steps to strengthen the ability of its forces to invade Iran, should Soviet leaders decide so.“ Mit dieser Warnung wurde der Special National Intelligence Estimate (SNIE) vom Spätsommer 1980 eingeleitet. Allerdings sei die Gefahr weder akut noch unabwendbar: „On balance, we believe the Soviets have not made a decision to invade Iran. We believe they are likely to pursue their goals in Iran without direct use of military force at least during the next several months. Crucial in the Soviets' calculations about undertaking major military action are their perceptions of US political will and military capabilities in the region.“

Dies war offenbar der Versuch einer Kompromissformel, welcher freilich nicht alle Dienste zustimmen wollten, im Gegenteil: In einem Sondervotum widersprachen der Direktor der DIA und die Chiefs der Nachrichtendienste der Teilstreitkräfte jener Wortwahl, sie wollten einer solchen nicht ausreichend fundierten (und das hieß vor allem: unbegründet optimistischen) Zukunftsprognose nicht ihren Segen erteilen: Man wisse schlichtweg nicht,

<sup>86</sup> Vgl. Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 73 und S. 78.

<sup>87</sup> Noch im Jahre 1979, zwischen dem Sturz des Schah und dem Beginn der Botschaftsbesetzung, hatte sich die Carter-Administration dafür entschieden, der als gemäßigt geltenden Regierung Bazargan nachrichtendienstliche Informationen über das irakische Militärpotential und einen möglichen Angriff Saddam Husseins zukommen zu lassen. Hinter dieser unerwarteten Gefälligkeit stand die (komplett illusorische) Hoffnung, schlussendlich doch noch so etwas wie ein normalisiertes Verhältnis zum Chomeini-Regime erreichen zu können. Auch Robert Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia, CIA) reiste persönlich in den Iran, um bei mindestens einem Zusammentreffen mit Ayatollah Beheshti CIA-Informationen anzubieten. Bruce Laingen, Leiter der US-Botschaft in Teheran (und bald schon in iranischer Geiselhaft), erinnert sich: „We had concern over Iraq. Relations between Iran and Iraq were close to their lowest point, and Khomeini had enormous distaste for Saddam Hussein. He had a desire to export the revolution to Iraq. Iraq was certainly a major target. I recall briefing the Iranians on American intelligence on Iraq. We gave them information about Iraq's military capacity troop emplacements, intentions.“ (Zitiert nach Dreyfuss, *Devil's Game*, S. 239.) Zum Ausgleich sollte nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges bekanntlich Saddam Hussein von US-Satellitenbildern profitieren.

<sup>88</sup> SNIE 11/34-4-80 „Soviet Military Options in Iran“, - top secret -, 21.8.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room (das Dokument weist allerdings noch immer weitgehende Schwärzungen auf).

ob die Sowjets nun eine Invasionsentscheidung gefällt, oder verworfen, oder doch nur kurz zurückgestellt hätten, um es zunächst mit politischen Pressionen zu versuchen. Und es gebe insbesondere keinerlei Beweise für die beruhigende These von der *mehrmonatigen* Schonzeit. Die Leiter der Militäraufklärung hielten folgende Formulierung für angemessen: „On balance we believe the Soviets are likely to pursue their goals in Iran without direct use of military force at least over the next month or so. Nonetheless, the USSR is taking steps to strengthen the ability of its forces to invade Iran and may do so particularly if the Soviets believed Iranian developments posed a threat to their security or if the US intervened in Iran.”

Die Anreize für eine sowjetische Invasion oder Machtergreifung lagen für die SNIE-Analysten dabei auf der Hand: Selten war das Land an der südlichen Peripherie verwundbarer gewesen, und der Griff zu jener speziellen Form der „Ölwaffe“ gegen den Westen müsse den sowjetischen Strategen doch attraktiver denn je erscheinen: „The Soviets and their Czarist predecessors have long viewed Iran as a lucrative potential addition to their sphere of influence, and the currently critical global importance of the Persian Gulf and its oil undoubtedly has made it seem an even more tempting target. Control of Iran would bring the USSR major – even decisive – gains. It would shift the power relationships in the Persian Gulf and hence the world a considerable way in Moscow’s favour. Control of even part of the region’s oil would give Moscow new leverage on Western Europe and Japan, and a successful invasion of Iran would enhance Moscow’s ability to intimidate other vulnerable countries in the Third World. Even if the Kremlin does not now think Iranian oil critical to its own economic well being, it would help ensure that Eastern Europe remained dependent on Soviet-controlled oil, alleviate economic problems in the Bloc and give Moscow new sources of hard currency earnings. Moscow thus welcomed the overthrow of the Shah as a decisive setback for the United States and as another indication of waning US influence in the entire Persian Gulf. It created the possibility of a pro-Soviet Iranian regime, if not one entirely dependent on Soviet support.”

Zunächst, so skizzierten die US-Nachrichtendienste die jüngste sowjetische Iranpolitik, habe Moskau versucht, sich beim Chomeini-Regime einzuschmeicheln. Doch als die prosovietischen Kräfte im Iran versagten und stattdessen die antikommunistischen Ayatollahs immer mächtiger wurden und den Russen die kalte Schulter zeigten, seien die bilateralen Beziehungen auf einen Tiefpunkt gefallen. Auch dürften die jüngsten Versuche der USA, eine direkte militärische Präsenz in der Region zu etablieren, die Sowjets zunehmend nervös machen: „Along with their disappointment with developments in Iran, the Soviets almost certainly have been concerned about recent signs that the United States is prepared to play a more direct and active military role in the Persian Gulf area now that Washington can no longer rely on Iranian forces. The Soviets undoubtedly view the military measures that the United States has taken and is planning as inimical to their interests and aimed at depriving them of legitimate opportunities to influence regional developments. Moscow recognizes that US capabilities in the region are limited, but it may believe that they are adequate for an intervention on behalf of internal Iranian opponents of the Khomeini regime, and it fears that they could grow.

In short, the Soviets see two adverse trends at work in Iran: Their relations with Iran are deteriorating and US military capabilities in the area are improving. Their concerns over these developments are likely to continue, and the situation is volatile; there are a number of contingencies that could intensify their anxieties and conceivably could precipitate a decision to intervene militarily.”

Wie wahrscheinlich war ein solcher zweiter Schritt, im Gefolge des Afghanistanabenteuers? Die SNIE-Autoren mussten konzedieren, dass sie über wenige direkte Hinweise zu den Absichten der Kremlherren verfügten; dennoch sei davon auszugehen, dass die Sowjets im

wesentlichen beim Eintreten von zwei denkbaren Szenarien den Entschluss fassen würden, nach Afghanistan auch noch den Iran mit einer Invasion zu überziehen.

Erstens könnten die Sowjets ihren Truppen den Marschbefehl geben, wenn sie zur Überzeugung gelangt seien, dass sich ein optimales *window of opportunity* ergab und dass sie quasi ihre Gewinne relativ ungestraft einstreichen könnten (wenn “[t]here was a emergent low-risk opportunity to gain the enormous economic and geopolitical advantages that control of Iran would bring”) – weil die Iraner militärisch so desolat und die Amerikaner so unentschlossen erschienen, und weil zudem die Dislozierung und der Bereitschaftsgrad der eigenen Truppen in der Region im Moment optimal sei.

Am liebsten würden die Sowjets auf einen fingierten Hilferuf der iranischen Linken reagieren, aber für derartige Operationen waren die Kommunisten vor Ort natürlich zu schwach. Wahrscheinlicher sei es da schon, dass der Iran in den Wirren der Revolution seine staatliche Einheit verliere und sich entlang regionaler und ethnischer Linien aufspaltete. „Soviet efforts in 1921 and 1946 to establish a Soviet-oriented entity in Azerbaijan demonstrate that Moscow has long had an interest in expanding its control into northern Iran. The Soviets would have even more incentive to act if they feared that anti-Soviet, pro-Western governments could emerge in the provinces bordering the USSR. In a situation in which the authority of the Iranian central government had broken down and local authorities were taking control the Soviets no doubt would provide substantial assistance to leftist elements making a bid for power in areas such as Azerbaijan, Baluchistan, and Kordestan. They would hope that leftists could get enough control for enough time to legitimize a public bid for Soviet military help. Even without such a bid, however, they probably would move into the northern provinces if the only alternative seemed to be governments that were actively hostile to the USSR.”

An dieser Stelle meldete freilich der Nachrichtendienst des State Department Widerspruch an: Der Direktor des *Bureau of Intelligence and Research* des Außenministeriums wollte in einem Sondervotum zu Protokoll geben, die sowjetische Führung als halbwegs rationaler Akteur sei doch wohl vernünftig genug, um zu erkennen, dass es schlichtweg keine solche „günstige Gelegenheit mit minimalem Risiko“ geben konnte: „He believes that Moscow’s cost benefit analysis will lead the Soviet leadership to pursue goals with respect to Iran through other than direct military intervention, at least for the near term. In his view the most likely motive for a Soviet intervention in Iran would be a conclusion on Moscow’s part that a Soviet intervention was needed to pre-empt an American move to create a position of strength in Iran by military means. The Soviets would, of course, find the emergence of a potentially viable leftist regime a tempting reason for intervention, but there appears to be little chance that such a political situation will arise. A Soviet move to occupy only the northern areas of Iran would not give Moscow control of the oil resources, it would leave the USSR in a significantly less advantageous position to influence events in the rest of Iran, and the Soviets would probably see such action as likely to elicit a Western counterintervention.”

Zum zweiten, so argumentierte das Autorenteam des SNIE weiter, würden die Sowjets wohl antizipatorisch bzw. präventiv handeln, wenn sie zur Überzeugung gelangt seien, dass eine amerikanische Militärintervention bedeutenden Ausmaßes nunmehr bevorstehe, um einen Regimewechsel in Teheran durchzusetzen oder die iranischen Ölfelder zu sichern (wenn “[t]he United States was bent on re-creating a position of strength in Iran through military means“): „The scope and nature of Soviet reaction would depend very much on what Moscow thought US motives were. If the Soviets concluded that a small, quick US military move was designed strictly to obtain release of the American hostages, they probably would not intervene. If, however, the Soviets concluded that the United States intended to use force to create a pro-US regime in Tehran or take control of the oilfields, they might invade and occupy all or part of Iran to pre-empt the US move.”

Wie der SNIE weiter ausführte, müssten die sowjetischen Führer bei der Güterabwägung zu jenen Szenarien natürlich auch die Gefahr einer direkten, eskalierenden Konfrontation zwischen ihren Truppen und US-Streitkräften einkalkulieren. „The continuing Soviet preoccupation with US military intentions and actions in the region argues that Moscow has not discounted the US factor, and both public and private Soviet statements indicate that Moscow clearly recognizes the significance Washington would attach to a Soviet military move in Iran.“ Breschnew selbst habe in seinen Äußerungen signalisiert, er wisse sehr wohl, welche Bedeutung für den Westen der ungehinderte Zugang zum Öl des Persischen Golfs habe, und dass der Iran sowohl für die UdSSR wie eben auch für die USA eine vitale Interessenszone darstelle.

Dies alles, so die Warnung des SNIE, bedeute freilich nicht, dass die Russen der Verführung durch die aktuelle amerikanische Schwächephase nicht doch erliegen könnten: „Nevertheless, in view of the limited US forces in the region and of our uncertainty about Soviet evaluations of US resolve to confront the USSR, we cannot completely rule out the possibility that Moscow believes it has the military capability to deter or overpower a local US military response and to intimidate Washington from undertaking a broader military response.“

Andererseits dürften sich die Sowjets der negativen Folgewirkungen und diplomatischen Kollateralschäden eines Einmarsches in den Iran bewusst sein, sogar wenn die Amerikaner ihrerseits von einer Militärintervention zurückschrecken: Washington würde nicht nur mit massiv gesteigerten Militärausgaben und Rüstungsprogrammen antworten, es würde auch die militärische Zusammenarbeit mit China intensivieren, und die NATO, welche Moskau stets zu spalten versucht hatte, würde im Angesicht der neuen Stufe der Bedrohung geschlossener denn je auftreten. „Moscow undoubtedly recognizes that the West Europeans would see a Soviet move into Iran as far more detrimental to their interests than was the invasion of Afghanistan.“ Ganz zu schweigen von Irans Nachbarstaaten in der Region, welche – „though tempted to accommodate to the Soviet force majeure“ – langfristig mit der westlichen Containmentpolitik kooperieren würden.

Und im Iran selbst würden die neuen sowjetischen Herren mit der fanatisierten Bevölkerung auch nicht besonders glücklich werden, die aus Afghanistan nur zu bekannten Probleme würden sich hier natürlich noch potenzieren: „Moscow must take account of the xenophobic nationalism and religious fervor the revolution has aroused in Iran, even if it is also aware of a concomitant decline in Iranian military and administrative effectiveness.“

Damit nochmals zu den konkreten militärischen Warnsignalen: „In the first four months of 1980 there were activities in the Soviet forces opposite northwestern Iran that suggested that the Soviets were paying more attention to the posture and readiness of those forces. [...] On the basis of activities in the past month, it is evident that the Soviets are indeed developing plans for military contingencies in Iran.“ Die CIA-Analyse listete drei denkbare Szenarien einer größeren sowjetischen Militärintervention auf:

1. Die großangelegte Luxus-Variante, welche sowjetische Militärstrategen vermutlich wählen würden, wenn sie genug Zeit zur Vorbereitung und Mobilmachung hätten: Dann würden sie eine Invasionsstreitmacht von etwa 16 bis 20 Divisionen zusammenstellen, nämlich die 12 Divisionen inklusive einer Luftlandedivision des Militärbezirks Transkaukasus<sup>89</sup>, mindestens 3 der 4 Divisionen in Turkestan, und mindestens Teile der sowjetischen 40. Armee in Afghanistan. Den Bodentruppen würden bei ihren Vorstößen rund 450 Kampfflugzeuge und Hunderte Kampfhubschrauber zur Verfügung stehen.

---

<sup>89</sup> Dass die Kampfkraft der Divisionen des Militärdistrikts Transkaukasus nicht so hoch einzuschätzen war wie jene der Elitetruppen an den Fronten zur NATO und zu China lag auf der Hand: „In general, the equipment of the ground forces in the Transcaucasus Military District lags behind that found in most other ground forces units in border regions but recently has been upgraded and is better than that found in most interior military districts.“ (Ebenda, S. 9).

Darüber hinaus würden vorsorglich wohl auch die 6 Divisionen des Militärbezirks Nordkaukasus auf Kriegsfuß gesetzt; allein, die gespannte Lage an den europäischen und chinesischen Frontabschnitten würde es kaum gestatten, von dort signifikante Kräfte auf einen mittelöstlichen Kriegsschauplatz umzudirigieren! „In selecting other reinforcements for an invasion of Iran the Soviets would be constrained by the need to maintain large forces opposite NATO and China.”

Mindestens einen Monat, vermutlich sogar mehrere Monate würden dabei die unmittelbaren militärischen Mobilmachungs- und Aufmarschaktionen der sowjetischen Streitkräfte in Anspruch nehmen, und die US-Nachrichtendienste würden in der Lage sein, sehr bald schon eine strategische Vorwarnung auszusprechen, wenngleich die taktische Entscheidung der Kremlführung über den exakten D-Day des Einmarsches ihnen möglicherweise entgehen konnte: „We would be able to see much of this activity within a week of its beginning, and probably would interpret it as preparations for hostilities, but determining whether the Soviets had actually decided would be more difficult.”

2. Flexibler würde die russische Seite agieren können, wenn es ihr lediglich darum ging, im Handstreich den Nordwesten des Iran zu okkupieren: Dies sei bereits mit 3 bis 5 Divisionen und einer Vorbereitungszeit von zwei Wochen zu bewerkstelligen, und wenn sich die Mobilmachung allein auf die Invasionstruppen beschränkte und zunächst die benachbarten Militärbezirke aussparte, könnten die Sowjets der US-Aufklärung echte Probleme bereiten – „we might be able to provide only a few days or at most a week of warning.“

3. Und schließlich war eben auch denkbar, dass die Sowjets sich gezwungen sahen, auf eine US-Aktion im Iran zu reagieren: Die Autoren des SNIE, und zwar sowohl die Hardliner von CIA und DIA als auch die „Tauben“ vom State Department, hielten es tatsächlich für sehr wahrscheinlich, dass eine amerikanische Militärintervention gegen die neuen Machthaber in Teheran von Moskau als unmittelbare Bedrohung der eigenen Sicherheitsinteressen eingestuft werden und nicht unbeantwortet bleiben würde. Für einen solchen Fall könnten die sowjetischen Streitkräfte hastig und in großer Eile 10 bis 12 Divisionen zusammenkratzen (theoretisch könnten die Sowjets ihre Divisionen an der iranischen Grenze binnen drei Tagen mobilisieren). Die Truppen wären dann aber denkbar schlecht vorbereitet und verfügten nur über deutlich eingeschränkte Kampfkraft. Und dennoch würden ihre Kommandeure wohl versuchen, binnen rund zwei Wochen nach Erhalt des Marschbefehls und im Wettrennen mit den GIs eine Reihe strategisch bedeutsamer Zonen zu besetzen, einschließlich einiger Abschnitte direkt an der Küste des Persischen Golfs („an attack directed at seizing major objectives in Iran, including some on the Persian Gulf littoral“). Dabei freilich würde die sowjetische Seemacht sehr rasch an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen: Die sowjetische Marinepräsenz im Indischen Ozean seit Anfang 1980 umfasste durchschnittlich gerade einmal 30 bis 32 Kriegsschiffe, darunter 8 größere Kreuzer bzw. Zerstörer, 2 amphibische Landungsschiffe sowie 4 bis 6 Jagd- oder Cruise-Missile-U-Boote. „In support of Soviet operations in Iran, these forces could be used to deter and counter Western naval operations in the region. Without substantial augmentation from either the Pacific or Black Sea Fleets, naval forces currently in the Indian Ocean have only a limited amphibious assault capacity.”

Was die Vorwarnzeit betraf, so schätzten die US-Nachrichtendienste für dieses Szenario: „We probably could provide at least a week, and perhaps 10 days, of warning of such an attack.”

Dabei hatte man in den Reihen der US-Geheimdienste, wie erwähnt, massive Zweifel, ob der post-revolutionäre Iran den sowjetischen Invasoren überhaupt einen signifikanten militärischen Widerstand würde entgegensetzen können – ohne den Schah galt das Land nun einmal als relativ leichte Beute: Der Direktor der DIA und die Chefs der Nachrichtendienste der Teilstreitkräfte „do not believe that Iranian forces are capable of

opposing the Soviets with 'organised' resistance. However, Iranian forces could put up 'some' resistance“.

Vermutlich war bei jenen Experten die Überraschung groß, als nach dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges die iranischen Verteidiger in der Lage waren, die Invasionstruppen Saddam Husseins nicht nur zum Stehen zu bringen, sondern zurückzuwerfen. Brenzlich schien die Situation dann zu werden, als der Iran das Blatt wendete und den Diktator in Bagdad an den Rand einer Niederlage brachte. Was, wenn die Heerscharen Chomeinis es schafften, Bagdad zu erobern und die irakischen Streitkräfte zu zerschlagen? Und was, wenn die iranischen Truppen und Pasdaran gleich mit dem Revolutionsexport weitermachten, sich nach Süden wandten und in das ebenso reiche wie in der Region extrem unbeliebte Kuwait einmarschierten? Wenn sie bei dieser Gelegenheit noch die Ölfelder der etwas südlich gelegeneren saudischen Nordostprovinz okkupierten?

## ***6. Bürokratische und militärische Sandkastenspiele vor und nach dem „Desert One“-Debakel***

Doch zunächst nochmals zurück zum Beginn des Jahres 1980: Nach seiner Januarrevision riet Odom Brzezinski dazu, dass jetzt Präsident Carter persönlich in Sachen RDF aktiv werden und ein Machtwort in Richtung Pentagon sprechen müsse. Am 25. Januar 1980 erhielt Brown vom Sicherheitsberater im Namen des Präsidenten die entsprechenden Instruktionen.<sup>90</sup> Als Vorstufe zu einem eigenen CINC-Bereich wurde unter der Ägide von JCS-Chairman General Jones zum 1. März 1980 die RDJTF ins Leben gerufen, und zum designierten Kommandeur wurde Lieutenant-General P.X. Kelley bestellt.<sup>91</sup> Der Beitrag der US Army zur „joint force“ schloss nunmehr auch luftmobile Truppen von signifikanter Stärke ein, das XVIII. Airborne Corps (Hauptquartier Fort Bragg, u.a. mit der 82<sup>nd</sup> und 101<sup>st</sup> Airborne Division).

Und auch auf der inneradministrativen und bürokratischen Ebene galt es, den Impetus zu erhalten – keine einfache Aufgabe, war doch die Administration und insbesondere das SCC (Special Coordination Committee) des NSC vollauf mit dem Management der Teheraner Geiselkrise okkupiert. Um seine Idee einer überwölbenden Sicherheitsarchitektur nicht ganz in den Hintergrund treten zu lassen, drängte Brzezinski darauf, eine separate neue Konsultationsserie für das SCC ins Leben zu rufen. Über ein Jahr lang hielt jenes „Persian Gulf Security Framework SCC“, kurz PGSF/SCC, regelmäßige Beratungen ein bis zwei Mal in der Woche ab, und die Schlusspunkte bildeten im Dezember 1980 eine Sitzung des kompletten Nationalen Sicherheitsrates und die Ausarbeitung der Präsidentendirektiven PD-62 und PD-63, von denen noch die Rede sein wird.<sup>92</sup> Der regionalstrategische Gesamtplan, der im Memorandum Brzezinskis vom März 1979 Gestalt angenommen hatte, wurde

<sup>90</sup> Vgl. Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 73; und Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 41.

<sup>91</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, Anm. 61: “The RDJTF was given complete planning purview for the Middle East/Persian Gulf region, and the RDJTF Commander, Lieutenant-General P.X. Kelley, would become Commander-in-Chief for the region in times of contingencies and war.”

<sup>92</sup> Vgl. Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 53 und S. 69ff.: “Normally the PGSF/SCC would address only two or three specific actions at a single meeting, making recommendations to the president. Usually within a day, Carter made decisions based on the committee’s recommendations, although sometimes not precisely what was recommended. At the end of each meeting, two or three new specific issues were assigned for the agenda of the next meeting that would be held three or four days later. Such rapid turnarounds – from decisions to new issues to decisions and again to new issues for analysis and proposal for decisions – put a great strain on the personal involved. Senior officials at the Defense Department and State Department complained frequently, but the crisis climate that followed the embassy seizure and the Soviet invasion of Afghanistan tended to dampen these complaints. [...] Brzezinski never specified the approach I was supposed to take in the PGSF/SCC series, but his favorable reactions to the meeting agendas I proposed indicated his approval and his awareness of the opposition we faced within the agencies.”



nun übersetzt in Arbeitsprogramme, welche vom NSC, Pentagon, State Department und den Nachrichtendiensten neben ihrem „normalen“ Krisenmanagement zu Iran und Afghanistan erfüllt werden sollten. Die „Persian Gulf Security Framework“ war analog gegliedert in vier Komponenten, welche sich dann jeweils in zahlreiche Unterpunkte auffächerten. In der Rolle der Mahner und Bremser fungierten dabei gerade die Vertreter des US-Außenministeriums, des Commerce Department und manche Mitglieder des NSC-Stabs: Hier waren die Erinnerungen an Vietnam noch zu frisch, und es war für viele schmerzlich zu sehen, wie Carter seinen idealistischen Kurs aus der Anfangsphase seiner Präsidentschaft immer mehr zugunsten einer härteren Linie aufgab.<sup>93</sup>

Bei einem kurzen SCC-Treffen am 13. Februar 1980 wurde unter der Leitung von Brzezinski primär die Agenda zusammengestellt und die Arbeitsverteilung auf die einzelnen Ministerien und Dienststellen geklärt.<sup>94</sup> Das State Department sollte einen „General policy review of our relations with the Gulf States and how this meshes with our current military-oriented policy“ vorbereiten und ferner zusammen mit der CIA eine Einschätzung erstellen zu der Frage, wie die Sowjets und die Inder wohl auf eine Dislozierung von B-52-Bombern auf Diego Garcia reagieren würden. Die meiste Arbeit erwartete das US-Verteidigungsministerium, Brzezinski bestellte beim Pentagon vier Studien zu den folgenden Themenfeldern: „Longer term military posture in the Indian Ocean“; „Requirements for Allied deployments“; „Contingency planning for regional training exercises“; und schließlich „Capability to intervene militarily on short notice (24 hours) to stabilize a situation.“

Unklar war zunächst, wie deutlich die US Navy Flagge zeigen sollte und ob man eine der beiden Einsatzgruppen der Marines (MAUs), welche normalerweise für den Einsatz an den Nord- und Südflanken der NATO vorgesehen waren, in der Region Persischer Golf bzw. Indischer Ozean abrufbereit halten sollte:<sup>95</sup> „It is desirable to have a continuous naval presence in the Indian Ocean, but the size of this presence depends on what the Soviets have and our ability to sustain this presence in the region. We will require porting and material storage facilities commensurate with the size of our presence. We can have a Marine Amphibious Unit (MAU) and carrier battle group (but this will draw down on other forces) or we can have a carrier there half time and a naval air squadron there the rest.“ Brown favorisierte die letztere Variante, machte aber zugleich auf die finanziellen Mehrkosten aufmerksam. Was die Manöver der Marines in der Region anbetraf, so wollte man es im Februar 1980 vorsichtig angehen lassen: „On MAU exercises, we may end up with no joint exercise the first time around and have only individual port calls by single boats. The important thing is to get the region used to the presence of MAU’s.“

Schließlich kam man im SCC-Gremium zu der Entscheidung, dass ein zu zögerliches Auftreten und eine zu schwache Flottenpräsenz geradewegs das falsche Signal an die sowjetischen Hardliner senden würde:<sup>96</sup> „We ought to keep what we have in the area until after the Afghan crisis. We might consider some change in configuration after the hostage crisis, but we do not want to give the Soviets any wrong signals by such a move. Something between Option I and Option II (an enhanced Option I) looks like the best bet. One carrier

<sup>93</sup> Zur außenpolitischen Transformation Carters in die Richtung der Hardliner vgl. auch Yael S. Aronoff, In Like a Lamb, Out Like a Lion: The Political Conversion of Jimmy Carter, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 121, No. 3 (Fall 2006), S. 425-449.

<sup>94</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting on the Security Framework – 13 February 1980 –“, - secret -, 14.2.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>95</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting of 22 February on Security Framework“, - secret -, 26.2.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>96</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting of 29 February – Security Framework“, - secret -, 3.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

could be let go if we could have periodic TACAIR squadron presence. Egypt would probably be willing to have a squadron from time to time. Oman would need more of a fig leaf prior to approval.”

Die Regierung Thatcher und auch die Australier seien bereit, ihren Beitrag zu leisten: „The UK and Australia are on board.“ Die Royal Navy werde ab Mai 1980 zwei Zerstörer und fünf Fregatten in die Region entsenden. Darüber hinaus hoffte man in der Runde, auch Frankreich mit ins Boot holen zu können, es würde schon genügen, wenn die französische Mittelmeerflotte Schiffe der Sechsten Flotte ersetzen könne, welche somit frei würden für Verlegungen in den Indischen Ozean bzw. Persischen Golf: „We have to bring the French on board. Perhaps this can be accomplished by having them take on an enhanced Mediterranean role while we redeploy vessels.”

In der Frage der sichtbaren Präsenz der amphibischen Einsatzgruppe der Marines schlugen die JCS weiterhin ein stufenweises, sukzessives Vorgehen vor:<sup>97</sup> „No exercises this first time around. Start with port visits and eventually increase activities and presence (visits of small units of the MAU ashore, some helicopters ashore, etc.) until exercises were reached.“ Der Repräsentant der CIA in der Runde skizzierte das Kalkül des Pentagon folgendermaßen: „DoD apparently feels that it is at least arguable that a MAU exercise in Egypt could help Sadat rather than hurt him. They are hoping, however, to at some point receive a request from the Egyptian military for a joint exercise (instead of such an exercise being seen as Egyptian acquiescence to a US political request). Ports in Kenya, Somalia, and Egypt will probably be visited by the current MAU (only one or two ships per port).“

Das SCC-Gremium stimmte auch der Warnung von DCI Stansfield Turner zu, man solle die Häfen des Oman möglichst mit Marinebesuchen von Navy-Schiffen verschonen, denn der dortige Sultan habe sich durch seinen bisherigen proamerikanischen Kurs bereits innenpolitisch gefährlich exponiert. Im Gegenzug wollte die omanische Regierung übrigens von US-Waffenlieferungen profitieren: Sie hatte sich bei den USA über die langen Lieferzeiten der zugesagten Raketen vom Typ TOW beklagt, und auch Präsident Carter zeigte sich hierüber nicht sonderlich erfreut. Brown führte als Begründung an „the TOWs would be withdrawn from U.S. forces to supply the Omanis. The Omanis will get the TOWs in two segments by the end of 1980.“<sup>98</sup>

Überhaupt sollten die lokalen Klienten, und gerade auch die Saudis, natürlich US-Waffen bekommen, aber nicht mehr, wie weiland im Falle des Schah, jedes unnütze, aber prestigeträchtige Spielzeug, nach welchem ihr Herz begehrte, sondern nur jene Rüstungsgüter, mit denen sie tatsächlich militärisch etwas anfangen konnten:<sup>99</sup> „We must stress absorptive capacity in arms deals, or we’ll end up with the same problems we had in Iran. The Embassy is not being very helpful in Jidda. It just passes on arms requests without trying to filter out the unreasonable ones.“

Und die Wehrhaftigkeit nach außen war ja nicht das einzige Problem, es ging nach der Moscheebesetzung von Mekka auch um die Absicherung des Herrscherhauses gegen militante Eiferer im eigenen Lager. Brzezinski machte klar „that we need to improve the internal security appreciation of Saudi Arabia. To do this we need to develop a strategy.“<sup>100</sup>

<sup>97</sup> Der Assistant National Intelligence Officer for Near East and South Asia an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 7 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 10.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>98</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 17 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 18.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>99</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 29 February – Security Framework”, - secret -, 3.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>100</sup> In einer Unterredung nach der offiziellen SCC-Sitzung vom 7. März schlug Odom für einen internen Bericht über das angepeilte Programm für Saudi-Arabien folgende Inhalte vor: „a. A status report [...] on the

Leichter gesagt als getan: DCI Stansfield Turner legte der SCC-Runde Mitte März 1980 seine Vorschläge zum Schutz des Hauses Saud gegen Unruhen vor, wobei er anmerkte, es sei äußerst schwierig, den Saudis überhaupt halbwegs brauchbare Informationen über deren interne Sicherheitsprobleme zu entlocken.<sup>101</sup> „Because of this, getting a comprehensive program moving has been a problem of its own.“ Immerhin wurde dem SCC ein Vier-Phasen-Programm präsentiert “to meet our perception of the Saudi requirements [...]<sup>102</sup> The program was received without comment, it was noted, however, that we must consider the tactics to be employed in getting the Saudis to accept this program. [...]<sup>103</sup> Brown briefly discussed the role of the National Guard in internal security.”

Die Saudis hatten sich im Übrigen zu dieser Zeit einverstanden erklärt, die Ölproduktion künstlich hoch zu halten: Die Iranische Revolution hatte die Märkte bekanntlich in Panik versetzt und den Ölpreis in schwindelnde Höhen getrieben. Die USA litten unter einer spektakulären Benzinknappheit, an den Tankstellen bildeten sich lange Schlangen. Die Saudis hatten dagegen Ende 1978 die tägliche Förderquoten auf 10,5 bzw. 10,1 Mio. Barrel erhöht und mit dem „Jamani-Erlass“ die offiziellen Preise bestätigt. Dann allerdings fuhr Riad im zweiten Quartal 1979 die Förderung plötzlich herunter auf die selbstgesetzte Marke von 8,5 Mio. Barrel. Carter bat daraufhin im Juni 1979 in einem persönlichen Handschreiben die saudische Führung um eine erneute Erhöhung der Fördermengen, und Saudi-Arabien schraubte im Juli den Ausstoß wieder auf 9,5 Mio. Barrel pro Tag hinauf.<sup>104</sup> Für Befremden sorgte in Washington aber die undankbare Einstellung der Saudis, welche sich beklagten und offenbar vergaßen, dass die USA dafür durchaus eine vitale Gegenleistung erbrachten, nämlich nebenbei die Existenz der Dynastie sicherten.<sup>105</sup> “The Saudis are disturbed that they are getting no credit for producing 9.5 million barrels a day, when all they require is 5.6 million barrels to sustain their financial needs. Only Fahd appears to appreciate the security trade-off aspect of this. [...]<sup>106</sup> Fahd is the only family member who has faith in the US resolve in the region. [...]<sup>107</sup> Production is likely to stay at 9.5 million barrels through the second quarter of 1980.”

Dieses Thema blieb ein Dauerbrenner: Ende Mai 1980 wurde für eine Unterredung mit den Saudis eine Art Präsentation zusammengestellt, gegliedert in zwei Teile:<sup>108</sup> „1) Outline for the Saudis, in aggregate form, what we are doing in the area, and 2) ask what the Saudis are prepared to do in countries we both agree need help. [...]<sup>109</sup>“. Damit war vermutlich vor allem Pakistan gemeint.

---

counterterrorism program resulting from the earlier [...]. b. A plan for an internal security survey in March or April (so as not to duplicate existing programs). c. [...]. d. DoD suggestions on what they can do (e.g. on defense planning).“ Bei Punkt d sollten OSD und DCI kooperieren. (Die Klammern stehen für geschwärzte Passagen). Zitiert nach dem Bericht des Assistant National Intelligence Officer for Near East and South Asia an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 7 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 10.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>101</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 17 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 18.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>102</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

<sup>103</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

<sup>104</sup> Vgl. Yergin, Der Preis, S. 843 und S. 855-857.

<sup>105</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 21 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 24.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>106</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

<sup>107</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

<sup>108</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 21 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 29.5.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>109</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

Im Pentagon glaubte man, dass Brown bei seinem nächsten Treffen mit seinem saudischen Amtskollegen Sultan bin Abdel Aziz al-Saud dieses Briefing vortragen könnte, doch innerhalb der SCC-Runde fand dies keine Zustimmung: Nicht einmal Verteidigungsminister Sultan galt als vertrauenswürdiger Gesprächspartner, derartige Fragen müssten *allein* über den amerikafreundlichen Fahd abgewickelt werden – „Fahd is the one we should talk to and Brown is not seeing Fahd“, so das CIA-Protokoll.

JCS-Chairman General Jones erinnerte daran, dass die Saudis so lange Schwierigkeiten bereiten würden, bis sie endlich die versprochenen F-15-Kampffjets geliefert bekämen, „the question of the F-15's will remain an impediment to any meaningful discussion with the Saudis.“ Brzezinskis war der gleichen Ansicht und wollte die Frage Carter bei einer Frühstücksbesprechung in Erinnerung bringen.

In seiner persönlichen Einschätzung der SCC-Beratungen äußerte sich Robert C. Ames, leitender CIA-Offizier für die Region Naher und Mittlerer Osten bzw. Südwestasien, in hohem Maße frustriert: Es stecke doch noch viel zu viel Sand im bürokratischen Getriebe, und vor allem im Umgang mit den Saudis fehle es der Carter-Administration an einer stringenten Politiklinie: „I continue to be disturbed at the lack of a coherent approach to the Saudis. Obviously we should be talking principally to Fahd, including the arms issues. [...<sup>110</sup>] The various parts of our policy toward the Saudis – arms, security, petroleum, aid to Pakistan, settlement, etc. – must have a common thread: what are we trying to accomplish in the region and how will this involve our friends.“

Und in einer weiteren SCC-Sitzung Mitte Juli 1980 meldete sich Robert Ames mit folgender Mahnung zu Wort:<sup>111</sup> „We have to convince the Saudis that facilities/overbuilding is in their interest. The Saudis will want something in return and we must convince them that that ‘something’ is our protection.“ Diese Art von Personenschutz sei ja wohl Gegenleistung genug. Es war klar, dass die Saudis wohl nicht ohne die gewünschten F-15 Ruhe geben würden, aber im Sommer 1980 hoffte man, dass man dieses heiße Thema bis nach der Präsidentenwahl vom November hinausschieben können: „The F-15 issue will not be raised again until after the election so that will not be a problem.“

Was die Erschließung neuer Basen für die US-Streitkräfte und den Aufbau der militärischen Infrastruktur („rear basing“) anbetraf, so machte Verteidigungsminister Brown deutlich, dass die aktuell für die USA zugänglichen Militäranlagen in Somalia, in Kenia und im Oman nur als Teillösungen betrachtet werden könnten, nützlich gerade einmal in den Anfangsphasen der Entsendung einer Expeditionsstreitmacht in die Region, aber ungenügend für längere Operationen und intensivere Kampfhandlungen:<sup>112</sup> „In a sustained operation we will require more extensive facilities to handle staging, maintenance and repair. There are two basic solutions: get the Saudis to overbuild their facilities and/or secure facilities in Egypt. Both of these approaches present political problems to us and the countries involved, but the Egyptian option presents fewer. Facilities at Ras Banyas and Berenice could be improved to meet our needs. The Sinai bases could be considered later.“

Bei einer weiteren SCC-Konferenzrunde gut einen Monat später erinnerte Brown nochmals daran „that the facilities we had acquired to date in Oman and Kenya were modest and that was as it should be. We really had to concentrate our efforts on rear bases. Of the rear basing areas we are looking at – Egypt, Sudan, Turkey and Saudi Arabia – only Egypt made any sense under current conditions.“ Brown habe die Frage mit Sadat und dessen

<sup>110</sup> An dieser Stelle finden sich im Sitzungsprotokoll Schwärzungen.

<sup>111</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 15 July 1980 – Security Framework”, - secret -, 16.7.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>112</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 17 March 1980 – Security Framework”, - secret -, 18.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

Verteidigungsminister Ali besprochen und positive Reaktionen geerntet. „Further surveys of Ras Banyas, Berenice and Wadi Qina would be made.”<sup>113</sup> Warren Christopher, damals Undersecretary of State, stellte allerdings einmal mehr die Frage in den Raum „if we weren't putting too much of a strain on our relationship at one time with such an extensive program. Shouldn't we do all this in phases?”

Seltsamerweise schlug die Administration gerade dort einen relativ zögerlichen Kurs ein, wo sie am schnellsten und einfachsten Ergebnisse hätte erzielen können: Beim Ausbau der Airfields auf der Insel Diego Garcia, designiert für die Aufnahme von B-52-Bombern. Man wollte fürs erste mit den Briten als den eigentlichen Eigentümern weiter verhandeln (und zunächst mussten die Start- und Landebahnen verbreitert und verstärkt werden) – “Go ahead and brief the British and then Congress that we are planning to have B-52s make refuelling stops on Diego Garcia. In the meantime we will plan a non-stop US-Guam B-52 recce flight over the Indian Ocean.”<sup>114</sup>

Brzezinski konnte dem Präsidenten im März 1980 eine positive erste Zwischenbilanz der Arbeiten hin zu einer effektiven Strategie für den Mittleren Osten vorlegen – doch noch blieb eine Menge zu tun. Was den Widerstand in den eigenen Reihen anbetraf, so erinnert sich Odom: „Key OSD and Joint Staff aides had been supportive of the PGSF/SCC all along, but elsewhere in the Pentagon the process had exacerbated interservice quarrels and budget struggles. At the State Department, reactions in some quarters were decidedly negative. Even on the NSC staff, reactions where by no means uniformly positive.”<sup>115</sup>

Weil die Golfstrategen Carters letztendlich zu spät kamen, wurden sie vom Leben – oder besser, von der Clausewitzschen Friktion des Krieges – hart bestraft: Im April 1980 endete die Befreiungsoperation „Desert One“ in einem Desaster, für welches nicht zu Unrecht auch das innermilitärische Befehlschaos und die Streitkräfterrivalitäten mitverantwortlich gemacht wurden. Wie schon der Beginn der Teheraner Geiselkrise, so wirkte auch jenes tragische und demütigende Scheitern der Eingreifkräfte wie ein Katalysator.

Der RDJTF wurden jetzt Trockenübungen verordnet: Erstmals wurden verschiedene Krisen- und Einsatzszenarien detailliert durchgespielt, zunächst noch im „privaten Kreis“ von Kommandostabsübungen der „Positive Leap“-Serie. Dann ging es Mitte 1980 tatsächlich hinaus in die echte Wüste, beim Truppenmanöver „Bright Star“, welches ein zugegebenermaßen eher kleines Kontingent an US-Bodentruppen gemeinsam mit ägyptischen Verbänden durchführte (erst bei späteren Übungen wurde dann auch die US-Luftwaffe eingebunden). Die Idee zu „Bright Star“ ging einmal mehr auf das PGSF/SCC und Brzezinski zurück. Carter gab Grünes Licht, ebenso wie Verteidigungsminister Brown und JCS-Chairman General Jones: Nach dem Durchbruch von Camp David war dies die Krönung der amerikanisch-ägyptischen Kooperation, welche durch die Wende unter Sadat und Nixon eingeleitet worden war. Und in dem gerade anlaufenden Kampf gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans sollte Ägypten der Carter-Administration noch weitere wichtige Dienste leisten. Sowohl in militärtechnischer wie auch in diplomatisch-politischer Hinsicht sollte „Bright Star“ sehr wichtige Erkenntnisse liefern: Die US-Truppen bekamen Gelegenheit, sich Lektionen in Sachen Wüstenkriegführung und militärischer Logistik in diesem Teil der Welt zu erarbeiten. Es war der forcierte Beginn eines Lernprozesses, der ein Jahrzehnt später beim realen Krieg gegen Saddam Hussein unschätzbare Früchte tragen sollte. Und im Sommer 1980 erlebten auch jene neuen Tarnbekleidungen und Uniformen in

<sup>113</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 23 April 1980 – Security Framework”, - secret -, 25.4.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>114</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 29 February – Security Framework”, - secret -, 3.3.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>115</sup> Zitiert nach Odom, Cold War Origins of the U.S. Central Command, S. 71.

Wüstenkhaki ihre Premiere, welche dann bei Desert Storm als Schwarzkopf-Look für das Erscheinungsbild der US-Truppen so prägend wurden. Massive Probleme bereiteten 1980 noch die fehlenden Kapazitäten für einen raschen Seetransport in die Region, und auf Betreiben des PGSF/SCC wurde die Beschaffung von mehreren schnellen RoRo-Frachtschiffen in die Wege geleitet. Von Häfen an der US-Ostküste aus sollten sie in der Lage sein, schweres Gerät binnen 9 bis 10 Tagen zum Suezkanal zu befördern. Ohne diese Schiffe hätte sich 1990 der Aufmarsch zur Golfkriegskampagne deutlich mühsamer gestaltet. Was die diplomatische Seite anbetraf, so bekamen die Stäbe der RDJTF erstmals Gelegenheit, mit arabischen Offizieren und Regierungsstellen zusammenzuarbeiten. Für die Transportmanöver im Rahmen von „Bright Star“ konnten die US-Streitkräfte immerhin auf Militärbasen und Infrastruktur von einigen Anrainerstaaten zurückgreifen, welche bislang diese Dienste verweigert hatten. Aufbauend auf den Ergebnissen jener „Positive Leap“- und „Bright Star“-Manöver und der damit verbundenen nachrichtendienstlichen Hintergrundarbeit wurde dann mit der Ausarbeitung konkreter Operationspläne begonnen.

Aber vielleicht verfolgten Manöver wie „Bright Star“ auch noch einen anderen, im Verborgenen liegenden Zweck: Bei Carters Strategen reifte offenbar die Erkenntnis, dass die USA quasi als Detachement oder Vorhut für die RDJTF über eine kleine Elite-Eingreiftruppe verfügen müssten, welche in der Lage sein sollte, binnen sechs Stunden in der Krisenregion in Erscheinung zu treten. Sie sollte idealtypisch die Fähigkeiten von Spezialeinheiten wie Delta Force und Army Rangers verbinden mit amphibischen Einsatzformen des Marine Corps.

Dieses Konzept wurde ab Februar 1980 von Carters Sicherheitsexperten exklusiv im engsten Kreis ventiliert: Im Grunde beschränkte sich die Zahl der Eingeweihten auf Carter, Brzezinski, Brown, Vance und Odom. Wie Njølstad betont, liegen die Details der Erörterungen noch weitgehend unter dem Deckmantel der Geheimhaltung.<sup>116</sup> Bekannt ist aber, dass Odom damals demonstrative Manöver von US-Truppen und lokalen Verbündeten in der Region als gute Gelegenheit betrachtete „to accustom the region to a ground force presence.“ In ihrem Gefolge und auf Basis der politischen und militärischen Vorarbeiten könnte dann eine sog. „special reaction force“ aufgebaut werden, „slowly in its shadow for concealment“.

Wiederum war es das State Department, welches bereits gegen „Bright Star“ massive Bedenken geltend machte und auf das Risiko einer Provokation radikalislamischer Kräfte verwies. Als Anfang Juli 1980 innerhalb der sog. „Framework Working Group“ die aktuellen Planungen des Pentagon für weitere Manöver und andere Truppendislozierungen in der Region diskutiert wurden, versuchte das State Department erneut zu bremsen:<sup>117</sup> Amphibische Übungen der Marines im Oktober und dann nochmals die Verlegung eines RDJTF-Bataillons im Dezember 1980 „would overload the circuit in Egypt“. Würden nicht Manöver im Halbjahresrhythmus ausreichen? Hier stimmte offenbar die Mehrheit in der Runde zu. Und was die angepeilten TACAIR-Manöver in Saudi-Arabien anbetraf, so warnte das State Department davor, sie in zeitlicher Synchronisierung mit Übungen in Ägypten und im Oman anzusetzen, das würde die Empfindlichkeiten der Saudis, welche offiziell mit Sadat auf Kriegsfuß standen, deutlich verletzen: „If these exercises gave the appearance of a Saudi-Omani-Egyptian front, the Saudis would balk. These exercises should be spread out in the beginning or we'll turn everyone off before we get started.“ „All agreed on this point“, so vermerkte es der CIA-Vertreter.

<sup>116</sup> Vgl. Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 41-42.

<sup>117</sup> Memorandum for the Record: Meeting of the Framework Working Group [7 July 1980], - secret -, 14.7.1980, als Appendix zu: Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting of 15 July 1980 – Security Framework“, - secret -, 16.7.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

Andererseits erinnerte Odom die Arbeitsgruppe daran, dass man Carter nun einmal fest versprochen habe, eine gewisse Militärpräsenz in der Region auf die Beine zu stellen: „The mix is negotiable but the degree is not. We have to come up with a force and exercise mixture that meets the minimum presence guaranteed to the President.”

Die Debatte setzte sich fort in der nächsten Sitzung des SCC am 15. Juli, wo man zu der salomonischen Lösung kam, den Manöverzeitplan zeitlich so zu staffeln, dass er einerseits die Sensibilitäten der arabischen Regierungen nicht verletzte und andererseits ein unmissverständliches Warnsignal an den Kreml und die sowjetischen Invasoren in Afghanistan sandte: „It was agreed that the RDJTF battalion exercise planned for Egypt should be moved from December to October-November. This is the probable time frame for a Soviet step up in Afghanistan and the exercise would send the right message. We would hold a MAU [Marine Amphibious Unit] exercise in Kenya later after breaking the ice with the exercise in Egypt”, so Robert C. Ames: „In order to sweeten things for the Egyptians, we should move out on the Ras Banyas development program – Sadat is most interested in this. On MAU presence in the Indian Ocean, it was decided to seek Presidential approval to have a 70% maximum sustained presence, rather than 100%. Lack of exercise areas makes 100% presence impractical.”

Ein bei jener SCC-Sitzung vorgelegtes Papier des Pentagon (offenbar in zeitlicher Nähe zum bereits erwähnten Iran-SNIE entstanden) nannte als regionalen „Worst Case“ einen sowjetischen Vorstoß nach Khuzestan, die iranische Ölprovinz am Golf nahe der irakischen Grenze. Gerade für diesen Fall benötigten die US-Streitkräfte den sicheren Zugriff auf ein Netz von Militärbasen in der Region.<sup>118</sup>

Der Vertreter des State Department warnte vor einem zu schnellen Vorgehen, ehe man nicht zu einer vollständigeren Bedrohungseinschätzung gelangt sei: „Our new access agreements give us a good starting point and going to the next phase requires more thought.” Der Kollege vom Verteidigungsministerium hielt davon nichts, er war der Ansicht „that the ‘stop and appraise approach’ would end up in a ‘stop’.” Nun gelte es, das einmal erreichte Momentum auch tatsächlich auszunutzen. Der Repräsentant des Außenministeriums sah freilich die Gefahr, dass alle anderen diplomatischen und ökonomischen Initiativen am Golf der neuen Stützpunktsuche unterworfen werden könnten: „State said that our facilities agreements should not drive policy. For example, our oil policy should not be hampered by pressing for facilities.“ Brzezinski versuchte zu schlichten, er riet den Vertretern des Pentagons und des State Department dazu, sich nochmals an einen Tisch zu setzen und die militärischen und budgetären Rahmenbedingungen der Basierungsstrategie durchzukalkulieren. „After this exercise we will determine if we need a threat assessment. We are not meeting to second guess a Presidential decision on presence”, so Carters Nationaler Sicherheitsberater.

Und noch ein Phänomen war im Frühjahr und Sommer des Jahres 1980 zu beobachten: Mehr denn je drängte die US-Regierung ihre transatlantischen Partner, die Arbeitsteilung im Bündnis zu überdenken und neu zu strukturieren. Als stiller Beobachter bei jenen internen Diskussionen – fungierte nicht zuletzt die HVA (ganz zu schweigen von dem Material, welches KGB und GRU in Eigenregie zu liefern wussten): Dank „Topas“ und Co. glaubte man bei der Auslandsspionage der DDR, den Oberen in Ost-Berlin und gewiß auch in Karlsruh und Moskau Einblick bieten zu können in die Debatte jenseits des Eisernen Vorhangs, ob die Absicherung des „Fulda Gap“ für die amerikanische Militärpolitik noch immer die höchste Priorität genoß oder ob die Verteidigung der US-Interessen im Mittleren Osten nicht eine gewisse Ressourcenabzweigung verlangte.

<sup>118</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 15 July 1980 – Security Framework”, - secret -, 16.7.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

## **7. Im Spagat zwischen „Fulda Gap“ und der Straße von Hormus? Die Fortschritte und Grenzen der NATO-Militärpolitik, aus der Perspektive des Gegners**

In einem Schreiben an seine NATO-Kollegen vom 10. April 1980 habe US-Verteidigungsminister Harold Brown der Forderung nach einem neuen „Konzept der Arbeitsteilung im Atlantischen Bündnis“ gerade unter der Ägide der Carter-Doktrin Nachdruck verliehen: Eine Reihe militärischer Projekte sollte auf den Weg gebracht werden, „um die weitere ‚Abschreckung‘ zu gewährleisten und auf substantielle Bedrohungen der westlichen Interessen in Südwestasien, eingeschlossen der Persische Golf und der Indische Ozean, angemessen zu reagieren“ – so wollten es die HVA-Spione aus sicherer Quelle in Erfahrung gebracht haben.<sup>119</sup> Weil aus diesem Grunde Veränderungen in den bis dahin vorgesehenen US-Planungen zum militärischen Beistand für NATO-Europa erforderlich seien, so laut HVA der Secretary of Defense, müssten die Europäer ihrerseits zusätzliche Verteidigungsanstrengungen unternehmen.

Die Position der Bundesregierung unter Helmut Schmidt behauptete die HVA im Mai 1980 ebenfalls aus angeblich „zuverlässigen“ Quellen eruiert zu haben.<sup>120</sup>

Dabei stellte sich für die HVA – und sicherlich auch für die Militärs des Warschauer Paktes – die Bedeutung der Carter-Doktrin als strategischer Quantensprung und Herausforderung für die NATO folgendermaßen dar: „Die in Verbindung mit der neueren amerikanischen politischen Strategie erklärte Ausdehnung der militärischen Interessensphäre der USA auf den Persischen Golf kann zur Folge haben, dass die USA, aber auch Großbritannien und Frankreich, auf Teile ihrer für NATO-Zwecke gebundenen Streitkräftekontingente zurückgreifen, um sie im nahöstlichen Krisenraum einzusetzen. Dafür sprechen interne Überlegungen in politischen und militärischen Kreisen der USA, die den bisher praktizierten Grundsatz der Verwendung amerikanischer Verbände erster Güte ausschließlich für Europa zu relativieren geneigt sind; sie plädieren für eine Neufestlegung der Aufträge für die zur Verfügung (assigned) der NATO geplanten US-Streitkräfte in Europa und den USA, erörtern Pläne zur Erhöhung der friedenszeitlichen Personalstärke der Bundeswehr über den festgelegten Rahmen hinaus und sehen einen Einsatz von Schiffen der Bundesmarine außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Paktes vor.“

Grundsätzlich, so die HVA-Einschätzung weiter, sei die Bundesregierung mit dem Prinzip einer neuen Arbeitsverteilung im Bündnis auch einverstanden, gerade angesichts der veränderten Lage nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Aber wenn es um jene Pläne einer Verlegung von schlagkräftigen NATO-Verbänden weg vom Eisernen Vorhang an den Persischen Golf ging, meldete sie massiven Widerspruch an: „Ihnen müsse vielmehr aktiv entgegengewirkt werden.“

Die NATO solle in Zukunft durchaus keinen Grund zur Klage über den bundesdeutschen Militärbeitrag haben: „Dabei sei von der Position auszugehen, dass der Grundsatz einer neuen Arbeitsteilung erhöhte militärische Aktivitäten der unmittelbar betroffenen NATO-Mitglieder außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Paktes und zusätzliche militärische Maßnahmen der anderen NATO-Mitgliedstaaten im Bündnisgebiet, wirtschaftliche Aktivitäten aber auch außerhalb, umfassen soll. Die BRD ist in diesem Gefüge von abgestimmten Schritten bereit, außerordentliche militärische und ökonomische Schritte zur Festigung der Situation der Türkei zu unternehmen (Finanz-, Ausrüstungs- und Rüstungsunterstützung).“ Bonn werde ferner demonstrativ das NATO-Kriterium einer jährlichen dreiprozentigen Steigerung des Verteidigungshaushalts zu erfüllen suchen und

<sup>119</sup> „Information über das NATO-Verstärkungsprogramm Phase II“, - streng geheim! -, 7.1.1982, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS Hauptverwaltung Aufklärung, Nr. 14, Bl. 307-309.

<sup>120</sup> „Information über die Haltung der BRD-Regierung zu streitkräftespezifischen Aspekten der neuen Arbeitsteilung in der NATO“, - streng geheim! -, 24.5.1980 (Kopien u.a. an Honecker, Strelitz, Hoffman), BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 2, Bl. 302-304.



sich mustergültig an den NATO-Militärprogrammen (AWACS, Infrastrukturprogramm, Langzeitprogramm LTDP, Unterstützungsprogramm für ausländische NATO-Streitkräfte) beteiligen.

Aber im Gegenzug wolle die Regierung Schmidt gegen die Schwächung der konventionellen Militärpräsenz in Mitteleuropa ausgerechnet durch die NATO-Atomkräfte Protest anmelden, wie die HVA zu wissen glaubte: „Die BRD ist der Ansicht, dass die zur Durchsetzung der westlichen Interessen im Persischen Golf erforderlichen Streitkräfte der USA, Großbritanniens und eventuell Frankreichs nicht aus Kontingenten abgezweigt werden dürfen, die für die NATO geplant sind; sie sind nicht durch zusätzliche Kräfte anderer Bündnispartner ersetzbar, sondern müssen anderen Kontingenten entlehnt oder neugebildet werden. In Anbetracht innerer Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten (fehlende Wehrpflicht) könnte man höchstens für eine bestimmte Übergangszeit den USA zugestehen, bei akuter Gefahr in Mittelost zunächst auf NATO-gebundene Truppen zurückzugreifen. Dabei dürfe nicht übersehen werden, dass die Sowjetunion diese Abhängigkeiten u.U. geschickt nutzen kann.“

Den Argumenten der Amerikaner und Briten wolle die Bundesregierung entgegenhalten, dass eine derartige Schwächung der NATO-Verteidigungskapazität die bisherige Abschreckungskulisse und damit auch die Entspannungs- und Ostpolitik in Frage stellen könnte: „Eine Minderung des militärischen Faktors könnte dazu führen, dass sich dieser Raum wieder zu einem Krisengebiet entwickelt.“ Die Bundesrepublik könne „keiner Version folgen, nach der eine Verbesserung der westlichen strategischen Position im Persischen Golf auf Kosten der Stabilität der Lage in Europa erstrebt wird. Es besteht die Gefahr, dass die Sowjetunion bei einer solchen westlichen Handlungsweise sowohl in Europa wie im Mittleren Orient weitere strategische Vorteile erringt. Das politisch und militärisch verbindliche strategische Konzept der flexiblen Reaktion bedingt die Funktionsfähigkeit aller Elemente der Triade; eine Minderung der militärischen Beiträge der NATO-Kernwaffenmächte zur Triade, vor allem auch konventioneller amerikanischer Kräfte, würde unübersehbare Folgen für das Gesamtkonzept haben.“

Eine amerikanische Militärintervention am Golf hätte natürlich gerade auch die US Navy in die Pflicht genommen. Aber konnten sich die westlichen Seestreitkräfte eine solche Ressourcenabzweigung tatsächlich leisten? War es für die zugegebenermaßen weit überlegene US-Seemacht wirklich problemlos möglich, gleichzeitig zwei oder mehr Kriege zu führen, eine RDF-Operation zu unterstützen und zugleich die transatlantischen Lebensadern für eine Schnellverstärkung der NATO hinreichend offen zu halten?

Wie die DDR-Auslandsspionage erfahren haben wollte, hatte die NATO im Rahmen der besagten neuen Aufgabenverteilung die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, die bisherigen Beschränkungen für maritime Einsätze aufzuheben und das Operationsgebiet der Bundesmarine auch über den 61. Breitengrad nach Norden und Nordosten auszuweiten. Der Bundessicherheitsrat habe dem Ersuchen zugestimmt, und im Zuge dieser Entwicklung sei innerhalb der Bundeswehrführung bzw. der Bundesregierung eine umfassende Einschätzung der marinestrategischen Lage vorgenommen worden, so die HVA im Juli 1980, welche ihren Oberen melden konnte: „Über wesentliche militärpolitische Aspekte dieser internen Bewertung sind nähere Einzelheiten aufgeklärt worden.“<sup>121</sup>

Aus diesen Informationen wollte die HVA herauslesen können, in welchem Maße die Bundesregierung die power-projection-Fähigkeit der sowjetischen Seestreitkräfte als Gefahr für die deutschen maritimen Lebensadern und insbesondere für die transatlantische Versorgung im Kriegsfall einschätzte: Demnach habe die globale Projektionsfähigkeit der sowjetischen Marine in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen, betroffen seien gerade jene Ozeanregionen, „durch die die wichtigsten Schifffahrtsverbindungen der europäischen

<sup>121</sup> „Information über interne Beurteilungen der seestrategischen Situation der BRD“, - streng geheim! -, 16.7.1980, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 2, Bl. 33-38.

NATO-Staaten nach Nordamerika, Japan und Australien führen. Diese Bereiche liegen ihrerseits im Einzugsbereich solcher Länder, die gute Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Vertrages unterhalten.“

Mit Hilfe der weltweit operierenden sowjetischen Flottenverbände plus den Marinefliegern und Langstreckenbomben sei es nach westdeutscher Einschätzung möglich, „eine intensive Überwachung der westlichen Haupthandelslinien vorzunehmen oder aber sie im Bedarfsfall abzuriegeln, insbesondere zwischen Kuba und Guinea, von Angola aus, an der Straße von Hormus, zwischen Mocambique, Madagaskar und den Seychellen und von Vietnam aus. In den kommenden Jahren könnte die UdSSR zum Ausbau dieser ihrer Aktionsvarianten danach streben, einen direkten Einfluss an den Küsten des Indischen Ozeans in Asien, im Mittelmeer und Nordatlantik sowie in Indonesien, Malaysia, auf den Philippinen, auf Taiwan und auf Papua-Neuguinea zu gewinnen.“ So laut HVA die westdeutsche seestrategische Bedrohungsanalyse, welche weiter argumentierte: „Die UdSSR hat für ihre Kriegsschiffe besondere Hafenverträge geschlossen mit Algerien, Äthiopien, Angola, Benin, Guinea, Indien, Libyen, Mocambique, Südjemen und den Seychellen. Aus dem Umstand, dass diese Länder große Ausbildungs- und Rüstungshilfen von Ländern des Warschauer Vertrages erhalten und ihre geografischen Schlüsselpositionen für Einwirkungen auf die Rohstoffversorgung der NATO-Staaten gut geeignet sind, ist zu schlussfolgern, dass die UdSSR planmäßige Vorkehrungen trifft, um im Falle eines politisch-militärischen Erfordernisses die NATO an einem empfindlichen Existenzelement zu verletzen.“<sup>122</sup> Hinzu kämen die Flotten der prosowjetischen Verbündeten in Afrika und Asien, die trotz ihrer Schwäche (Mannstärke insgesamt 316.900) immerhin „zur Ausführung von Überwachungs- und Blockadeaufgaben im Bereich ihrer Küsten geeignet“ seien.

Dabei sei die westdeutsche strategische Abhängigkeit von den maritimen Routen (SLOCs) besonders frappierend: Die HVA-Auswerter listeten auf, in welchem erheblichem Ausmaß die westdeutsche Wirtschaft auf Importe auf dem Seeweg angewiesen war – und dies betraf gerade auch das Öl: „Die Rohölimporte erhält die BRD zu je 20 % des Gesamtbedarfs aus Libyen, dem Iran und Saudi-Arabien und zu je 10 % aus Nigeria und Algerien.“

Besonders dramatisch wären die Folgen für die Bundesrepublik, wenn es der sowjetischen Marine tatsächlich gelänge, in einer Neuauflage der Atlantikschlacht des Zweiten Weltkrieges den Nachschubtransport von Nordamerika nach Europa massiv zu stören – und man mag aus den folgenden Passagen des HVA-Reports, welcher vorgibt, sich auf die bundesdeutsche Beurteilung stützen zu können, einen gewissen Stolz über die sowjetische Schlagkraft herauslesen: „In Krisen- und Kriegszeiten ist diese Abhängigkeit [der Bundesrepublik, MS] zusätzlich und in anderer Weise gravierend. Vom funktionierenden Seetransport (strategische Verstärkungen, Waffen, Gerät, Munition und Versorgungsgüter) über den Atlantik und seine Randmeere hängt Erfolg oder Versagen des NATO-Abschreckungskonzepts und der Vorneverteidigung auf dem Europäischen Kriegsschauplatz ab. Der Anteil des Schiffstransports aus Übersee am Gesamttransportvolumen beträgt in diesen Phasen 94 %, der des Lufttransports 6 %; allein für die Versorgung aller Truppenkontingente der NATO würden, von Südeuropa abgesehen, etwa 600 Schiffsladungen monatlich benötigt werden. Die Bundesrepublik ist daher an allen vorbeugenden Maßnahmen des NATO-Bündnisses unmittelbar interessiert, die dem Offenhalten der See- und Luftverbindungen unter veränderten Lagebedingungen dienen. Dafür werden beträchtliche Aufwendungen erforderlich sein.“ Auch deswegen, weil das westdeutsche Kriegsbild zu einer solchen Neuauflage der „Atlantikschlacht“ offenbar keineswegs nur von optimistischen Einschätzungen geprägt war.

Natürlich waren die östlichen und insbesondere die sowjetischen Seestreitkräfte den Flotten der NATO und der USA quantitativ wie qualitativ unterlegen – das konnte die HVA nach

---

<sup>122</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

eigenen Angaben einmal mehr auch in der westdeutschen Analyse nachlesen: Die sowjetische Flotte brachte es demnach im Jahre 1980 auf 275 Überwasserkriegsschiffe und 248 U-Boote (87 davon nuklear angetrieben), bei einer Reserveflotte von 115 U-Booten und 29 Kriegsschiffen. 433.000 Mann dienten bei der russischen Seemacht, davon 60.000 bei den Marinefliegerkräften, die über rund 1000 Kampfflugzeuge mit z.T. globalem Einsatzradius verfügten. Dies klang eindrucksvoll – aber nicht eindrucksvoll genug, verglichen mit der Armada der NATO: 433 Überwasserkriegsschiffe, 135 U-Boote, 1442 Marinekampfflugzeuge (nicht eingerechnet der Hubschrauber) und eine Personalstärke von 934.050 Mann. Dies ergebe ein Kräfteverhältnis von jeweils 3:2 bei den großen Überwassereinheiten und bei den Kampfflugzeugen.

Und offenkundig musste die HVA auch aus ihren Quellen erfahren, dass die sowjetischen Neubauprogramme für Großkampfschiffe die Marineführung der NATO nicht wirklich zu beeindrucken schienen – im Krieg würden Admiral Gorschkows neue Kreuzer wohl sehr rasch von der Meeresoberfläche verschwinden... : „Die gegenwärtig im Bau befindlichen sowjetischen Großkampfschiffe (schwere Artillerieträger) sind aller Wahrscheinlichkeit nach für begrenzte konventionelle Aufgaben und zum Flaggezeigen in der dritten Welt konzipiert. Sie haben nach Auffassung der Marineführung der NATO nur wenig Chancen in Gefechtsduellen mit NATO-Kräften.“

Gleichzeitig scheint die bundesdeutsche Seestrategieanalyse für die HVA ein weiterer Beweis dafür gewesen zu sein, wie sehr der Westen *die sowjetischen U-Boote* fürchtete und mit welch exorbitanten Tonnageverlusten die NATO Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre bei einer Atlantikschlacht im Dritten Weltkrieg rechnete: „Bedeutsam ist jedoch die Überlegenheit des Warschauer Vertrages bei U-Booten im Verhältnis von 1:2 zuungunsten der NATO. Dieses U-Boot-Potential ist für die NATO und den atlantischen Verkehr besonders gefährlich. Sie werden in erster Linie als Angriffsmittel gegen Transportschiffe eingesetzt. *Eine detaillierte Beurteilung ihrer Gefechtsmöglichkeiten und der möglichen Gegenwirkungen der NATO hat ergeben, dass die NATO-Kräfte nicht ausreichen, um auch nur allein im Nordatlantik zwischen 50 und 33% der Seetransporte in der ersten Kriegsphase garantieren zu können.*“<sup>123</sup>

Die HVA notierte im übrigen auch (vielleicht mit einer gewissen Verwunderung, weil dies so überhaupt nicht ins Bild des westdeutschen Klassenfeindes in den Zeiten der Nachrüstung passte), mit welchen Argumenten die Regierung Schmidt dem von Washington geforderten kompensatorischen Ausbau der Bundeswehr entgegenzutreten wollte: Eine solche Maßnahme würde nicht nur negative Reaktionen beim Warschauer Pakt provozieren, sondern auch innerhalb der NATO-Allianz bei den misstrauischen Partnern „beträchtliche politische und atmosphärische Störungen bewirken.“<sup>124</sup> Normalerweise zählte die Bundesrepublik, was die Erfüllung der NATO-Verpflichtungen und den Standard der Streitkräfte anbetraf, durchaus schon zu den Musterschülern im Bündnis. Dass nicht alle Alliierten einen derartigen Rüstungselan an den Tag legten und dass es noch genug Probleme bei der allgemeinen militärischen Modernisierung des Bündnisses gab (einmal angenommen das referierte Gravamina-Papier der Bundesregierung wäre authentisch), sollte die DDR-Auslandsspionage selbst konstatieren, im Zuge ihrer Bewertung des LTDP, angeblich gestützt auf interne Bewertungen der NATO.

Die NATO-Führung sehe im Langzeitprogramm LTDP das „Schlüsselement zur Realisierung der Streitkräfteplanungen bzw. Streitkräfteziele des Paktes im mittelfristigen Planungszeitraum“, so berichteten es die HVA-Auswerter, und obwohl die grundlegend defensive Ausrichtung des LTDP auch für die Ostspione klar erkenntlich hätte sein müssen,

<sup>123</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>124</sup> „Information über die Haltung der BRD-Regierung zu streitkräftespezifischen Aspekten der neuen Arbeitsteilung in der NATO“, - streng geheim! -, 24.5.1980, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 2, Bl. 302-304.

gebot die ideologische Brille natürlich eine andere, aggressive Interpretation:<sup>125</sup> In Kombination mit dem Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 biete das LTDP „die wesentlichen Voraussetzungen zur Schaffung militärischer Überlegenheitspositionen gegenüber dem Warschauer Vertrag in Europa im Zeitraum bis 1985/86“. Eine westliche Suprematie, welche sich bereits in den nächsten fünf Jahren manifestieren würde? Im Grunde sollte die DDR-Spionage diese Einschätzung selbst ad absurdum führen, wenn sie in ihrer Berichterstattung gerade auch sehr detailliert auf die *Mängel, Defizite und Versäumnisse* bei der Implementierung des LTDP durch die einzelnen NATO-Staaten einging. Grundlegende Informationen, welche andererseits bei der beständigen Suche der östlichen Nachrichtendienste nach den militärischen Schwachstellen der gegnerischen Allianz von nicht unerheblicher Bedeutung gewesen sein dürften.

Im Frühjahr 1981 behauptete nun die HVA in einem ausführlichen Dossier, Einblicke in den Bericht des NATO-Generalsekretärs Joseph Luns über den aktuellen Status des LTDP erlangt zu haben, Zwischenbilanz und zugleich Grundlage für die weiteren Diskussionen im NATO-Verteidigungsplanungsausschuss (DPC) vom Dezember 1980.

Im DPC hätten die Verteidigungsminister der Allianz noch einmal die rechtzeitige Umsetzung des LTDP und die Stärkung des gesamten militärischen Instrumentariums angemahnt, gerade angesichts der krisenhaften Lage im Mittleren Osten und in Zentralasien, d.h. unter „ausdrücklichem Verweis auf die labile Situation im Iran und seinen Krieg mit dem Irak“ sowie angesichts der Tatsache, „dass die Sowjetunion und einzelne ihrer Verbündeten Situationen der Instabilität und regionaler Konflikte in der dritten Welt (z.B. Afghanistan) zunehmend zu ihren Gunsten ausnutzten“.

Dabei hätte sich die NATO mit der Durchführung des Programms bis Ende 1980 durchaus zufrieden gezeigt, die realen Fortschritte seien unübersehbar, gerade in den Task-Force-Komponenten der allgemeinen Gefechtsbereitschaft, der Marinerüstung, bei den Kommando- und Kommunikationsstrukturen und in der Luftraumverteidigung.

Gewisse Fortschritte gebe es auch bei der Mobilmachung und der Verstärkung der Reserven, „jedoch ist der Mangel bei der Bereitstellung zusätzlicher Reservebrigaden der Landstreitkräfte durch europäische Paktstaaten gravierend.“

Und die Erarbeitung eines „umfassenden neuen Planes über Streitkräfteverstärkungen wird gegenwärtig behindert, weil die USA und andere, für Verstärkungen zuständige Länder bisher keine definitiven Daten über Kräfteuteilungen und Unterstützungskomponenten mitgeteilt und die USA ihren Plan für Schnelle Verstärkungen (Rapid Reinforcement Plan) nicht fertiggestellt haben.“

Die größten Mängel, so wollte es die HVA im Zwischenbericht des NATO-Generalsekretärs gelesen haben, gebe es in den Programmkomponenten der *Elektronischen Kriegführung* und der *Logistik* – dort gerade wieder einmal bei den Munitions- und Treibstoffreserven: „Zur Bewertung des Erfüllungsstandes der Maßnahmen des LTDP bedient sich die NATO-Führung, praktiziert vor allem durch die Executive Working Group, der Einordnung in 4 Planungskategorien: abgeschlossene, zur Realisierung bereite, verbesserungswürdige, untersuchungswürdige. Bisher sind trotz einiger seit 1978 vorgenommenen Höherstufungen immer noch weniger als 50 % aller Planungsmaßnahmen unterhalb der Kategorie ‚zur Realisierung bereit‘. Die erstgenannte Kategorie wurde bisher nur bei 3 von insgesamt 120 Hauptmaßnahmen erreicht.“ Der Bericht der HVA nannte fast schon genussvoll die angeblich auch von der NATO eruierten Defizite der alliierten Rüstungen im Einzelnen.

So habe sich etwa eine gravierende Schwachstelle bei der *Panzerabwehrmunition* aufgetan: „Die meisten Mitgliedsländer haben ihre Kriegsbevorratung an Panzerabwehrlenkraketen (PALR) erhöht“. Dennoch: „Die im mittelfristigen Zeitraum anzulegenden Vorräte werden in Kanada, Dänemark, Norwegen, Italien, den USA und Großbritannien beträchtlich unter

<sup>125</sup> „Auskunft über den Stand der Erfüllung des NATO-Langzeitprogramms (LTDP)“, - streng geheim! Nur zur persönlichen Information! -, 7.4.1981, BStU Zentralarchiv, MfS HVA, Nr. 6, Bl. 251-278.

der Norm bleiben; die BRD wird bei Milan-PALR den gleichen Mangel aufweisen. Außer Norwegen haben alle anderen Bündnismitglieder zugesagt, im mittelfristigen Planungszeitraum entsprechende Beschaffungen vorzunehmen, die sich in Belgien, Kanada und Italien jedoch bis nach 1984 erstrecken. Die für den langfristigen Planungszeitraum (1986-90) bisher vorgesehenen Beschaffungen sind dermaßen ungenügend, dass eine potentiell einschneidende Verschlechterung der geplanten Panzerbekämpfungskapazität eintreten würde“. Gegnereinschätzungen wie diese müssen die Militärs des Warschauer Paktes, welche inzwischen einen wachsenden Respekt vor den westlichen Hightech-Panzerabwehrwaffen entwickelt hatten, mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben.

Andererseits, so das HVA-Dossier, würden bei den alliierten Luftstreitkräften die *Kriegsvorräte an Luft-Boden-Munition* inzwischen deutlich ausgebaut: „Außer der Türkei und Portugal, die auswärtiger Unterstützung bedürfen, haben alle Länder mindestens 100% der SHAPE-Norm (Vorräte für 30 Gefechtstage) erfüllt.“ Allerdings sei bereits eine neue SHAPE-Richtlinie in Vorbereitung, welche der gesteigerten Zuladungskapazität der Kampfflugzeuge für Bordwaffen Rechnung trage und eine weitere Aufstockung der Vorratsarsenale um 20 % für die meisten Bündnispartner vorsehe.

Und generell, so referierten die HVA-Spione weiter, bleibe die *unzureichende Versorgung mit Kriegsmaterial, Munition und Treibstoffen eine der absoluten Achillesfersen des Feindes*: „Die Gesamtlage im Bereich Logistik beeinträchtigt die Fähigkeiten der NATO-Streitkräfte, Kampfhandlungen über einen längeren Zeitraum führen und die ihnen zugewiesene Abschreckungsfunktion erfüllen zu können.“ Dies hätten die NATO-Organen selbst festgestellt. „Die Hauptprobleme bestehen weiterhin in der unzureichenden Erfüllung der Ziele zur Kriegsbevorratung von Munition und Treibstoffen. Die Munitionsbevorratung für 30 Kampftage, die im NATO-Kommandobereich Zentraleuropa im Jahr 1983 erreicht werden sollte, kann frühestens Ende 1984 erfüllt werden. Dazu wäre es jedoch erforderlich, dass den Problemen der Munitionsbevorratung in den nationalen Planungen ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Für die Kommandobereiche Nord- und Südeuropa wird die Erfüllung dieser Zielstellung bis 1988 angestrebt. [...] Die Treibstoffbevorratung für 45 Kampftage wurde bisher nicht erreicht. In entsprechenden Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass zur Aufnahme und Lagerung dieser Treibstoffvorräte die Speicher- und Bunkerkapazität der NATO verdoppelt und das NATO-Pipeline-System wesentlich erweitert werden müsste. Da die im Rahmen der Infrastrukturfinanzierung bereitgestellten Mittel jedoch nicht ausreichen, Projekte solcher Größenordnungen zu realisieren, wurden bisher keine verbindlichen Festlegungen über den Zeitpunkt der Erfüllung dieser Zielstellung getroffen. Die für die Betankung der auswärtigen Verstärkungskräfte auf See geplanten Projekte (Bau und Installation von Anlagen) können nicht realisiert werden, da diese durch die gegenwärtige Finanzplanung der NATO nicht abgedeckt werden. Das führt nach Meinung der NATO-Organen zu einer Beeinträchtigung des reibungslosen Transportes auswärtiger Verstärkungskräfte nach Europa und zur finanziellen Überlastung kleinerer NATO-Staaten, welche den Großteil der Tanker für die Sicherstellung der Verstärkungskräfte auf See bereitstellen.“

Und die NATO-Führung war sich nach Darstellung der HVA auch vollkommen bewusst, dass die westlichen Rüstungsindustrien nach dem Ausbruch eines Dritten Weltkrieges nicht in der Lage sein würden, jene Fehlbestände für die Frontverbände schnell nachzuliefern. *Wenn es zum Krieg komme, werde dieser vom Westen allein mit dem Material geführt werden müssen, das sich aktuell in den Depots befand*: „Die Industrie wird im Kriegsfall nicht in der Lage sein, den erforderlichen Nachschub für die Streitkräfte, insbesondere in den Positionen Munition, Waffen und schwere Technik sicherzustellen. Daraus wird die Konsequenz abgeleitet, dass ein Krieg in Europa nur mit den zur Verfügung stehenden Beständen an Munition, Waffen und schwerer Technik geführt werden müsste.“

Immerhin, auch wenn der NATO die notwendigen Munitions-Stückzahlen für einen konventionellen Abnutzungskrieg fehlten, so habe die Führung der Allianz laut HVA wenigstens Fortschritte in punkto *Rationalisierung und Interoperabilität* (Task Force 8) konstatieren können: „Das Verfahren zur Entwicklung ganzer Waffenfamilien hat einige Erfolge gebracht. Das betrifft die Vorbereitung einer Familie moderner Minen, das Projekt Luft-Luft-Raketen, zu dem zwischen Frankreich, den USA, der BRD und Großbritannien im August 1980 eine Grundsatzvereinbarung geschlossen wurde, und die Panzerabwehrwaffenfamilie, über die die betroffenen Länder im Oktober der CNAD ihre Bereitschaft mitteilten, ihre eigenen (nationalen) Gegnereinschätzungen an das Oberkommando Europa zu übermitteln. In fernerer Perspektive sind auch Ergebnisse in der Munitionsfamilie Luft-Boden zu erwarten. Die NATO-Führung hält es für erforderlich, den Kooperationsprogrammen zur Schaffung von Vorräten universell im Bündnis verwendbarer Munition, die unter der Aufsicht des Militärischen Standardisierungsamtes (früher unter CNAD) stehen, ernsthaftes Augenmerk beizumessen.“ In diesem Zusammenhang nannten die HVA-Spione u.a. die westlichen Waffensysteme Stinger, Patriot und Sidewinder.

Allerdings war die HVA mit der Auflistung der Schwachstellen beim „Klassenfeind“ noch lange nicht am Ende – so sei dem Bericht des Generalsekretärs zu entnehmen, dass die NATO noch immer völlig unzureichend auf östliche *Chemiewaffenangriffe* vorbereitet sei: „Ungeachtet der von allen Mitgliedstaaten durchgeführten Beschaffungen von Mitteln des chemischen Schutzes [...] bestehen gravierende Mängel, besonders in den Kommandobereichen Nord- und Südeuropa. Wenn die bis 1984 geplanten Beschaffungen von persönlicher Schutzbekleidung eingehalten werden sollen, bedarf es außerordentlicher Beschleunigungsmaßnahmen, um der Grundaufforderung zu entsprechen, Vorsorge zu treffen, damit Gefechtshandlungen unter den Bedingungen des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln längere Zeit durchgeführt werden können. Die Beschaffung von Spezialausrüstungen für fliegendes Personal ist in den meisten Staaten vorgesehen. Ausnahmen: Norwegen wird erst in fernerer Perspektive die Planziele erreichen; Belgien beabsichtigt nicht, Hubschrauberbesatzungen entsprechend auszustatten; Dänemark, die Niederlande und Belgien haben die fälligen Entscheidungen über die zu beschaffenden Ausrüstungstypen noch nicht getroffen und gefährden damit die planmäßige Beschaffung. Fortschritte sind bei der Erhöhung des KCB-Schutzes von NATO-Gefechtsständen und Führungseinrichtungen festzustellen. Erforderlich ist es, das für eine Integration in gemeinsame Stäbe vorgesehene Personal normgemäß auszurüsten und auszubilden. *Die Ausrüstungsfehlbestände in Dänemark, Norwegen, Italien, Portugal und der Türkei sind derart gravierend, dass eine Überlebensfähigkeit der Truppen kaum gewährleistet ist.*“<sup>126</sup>

Wie ein derartiges Wissen im Kriegsfall von den Kommandeuren des Warschauer Paktes ausgebeutet worden wäre, liegt auf der Hand. Bedroht waren offenbar gerade die NATO-Flanken und das strategisch bedeutsame Dänemark.

Weiterhin berichtete die HVA, dass es der gegnerischen Allianz offenbar noch immer nicht gelungen sei, Schwerfälligkeiten und Probleme bei den *Alarmplänen, den Protokollen für den Übergang zum Krisen- und Kriegsfall* bzw. bei den *einheitlichen Kommandostrukturen* zu beheben – Themenfelder also, welche auch in den britischen LTDP-Dokumenten als besonders heiße Eisen identifiziert worden waren: „Während nahezu alle Mitgliedstaaten weitere Verbesserungen bei der Neufestlegung der Kategorie des Alarmplanes vorgenommen haben, hält die unbefriedigende Situation auf dem Teilgebiet Übertragung von Befehls- und Kommandovollmachten an die NATO-Befehlshaber an. Trotz der DPC-Ministerbeschlüsse vom Dezember 1979 und Mai 1980 halten Norwegen und Dänemark an

<sup>126</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

ihrer Ablehnung der entsprechenden LTDP-Forderungen fest<sup>127</sup>, und Italien, Portugal und die Türkei prüfen diese Forderungen immer noch. Auch Belgien und die Niederlande haben bisher keine regierungsamtlichen Entscheidungen in Richtung auf eine frühzeitige Übertragung der Vollmachten herbeigeführt. [...] Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Tatsache, dass in der NATO noch keine Einigung zu einer Reihe von Fragen des Streitkräfteeinsatzes im Rahmen des Alarmsystems erzielt werden konnte (rechtzeitige Übertragung der Befehls- und Kommandovollmachten an die NATO-Befehlshaber, Steigerung der Vorräte an Panzerabwehrwaffen und -raketen sowie an Luft-Bodenmunition, Verbesserung der Reaktionszeiten des I. niederländischen Armeekorps, Veränderung der Streitkräftekategorien und Verbesserung des KCB-Schutzes).“ Nicht zuletzt die Schwerfälligkeit des niederländischen Aufmarsches im designierten Verteidigungsraum bereite laut HVA der NATO-Führung großes Kopfzerbrechen: „Die von den Niederlanden ab 1981 vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Reaktionszeiten des 1. niederländischen Armeekorps bedürfen dringend der Beschleunigung, wenn sie gemäß LTDP bis 1984 wirksam werden sollen. [...] Die Grundsätze und Verfahren zur Mobilmachung und die Handhabung der Maßnahmen des NATO-Alarmplanes wurden weitgehend vereinheitlicht und die nationalen mit den NATO-Planungen besser abgestimmt und koordiniert. Der Einfluss der NATO-Befehlshaber auf die Mobilmachung und den Einsatz der Reserven bleibt jedoch weiterhin eingeschränkt, solange die Schlüsselfrage der frühzeitigen, automatischen Übertragung der Befehlsgewalt an die NATO-Befehlshaber nicht einheitlich durchgesetzt ist.“

Auch hier liegt der Verdacht nahe, dass die östlichen Strategen im Lichte solcher NATO-Einschätzungen bei einer kalkulierten Aggression derartige systembedingte Verzögerungen ausgenutzt hätten, etwa für schnelle Handstreichaktionen oder Präventivoperationen.

Und obwohl die *Vorwarnmechanismen* der NATO offenbar verfeinert worden waren, so konstatierte die HVA zugleich, dass die bisher bestehenden *Verwundbarkeiten der NATO-Kommandozentralen* gegenüber gezielten Angriffen in Zukunft wohl doch noch etwas länger als geplant fortbestehen würden: „Fortschritte vermerkt die NATO-Führung bei der Realisierung des Programms zur Verbesserung der Warnung (Warning Improvement); das betreffe insbesondere das Aufklärungs- und Warnsystem (Indications and Warning System [...]), in dem nunmehr eine Reihe von Mitgliedstaaten der NATO regelmäßig mitwirken. Über eine neue Liste der Spannungsmerkmale (Indikatorenliste) konnte Einigung erzielt werden. Die Reorganisation der für Kriegezeiten vorbereiteten Gefechtsstände und Führungseinrichtungen hat bezüglich der geplanten Zeiträume Veränderungen erfahren und wird insgesamt langsamer als ursprünglich festgelegt durchgeführt. Diese Verzögerung resultiert vor allem aus Lieferrückständen bei Ausstattungsgerät. Die Arbeiten zur Definition der spezifischen Anforderungen an sog. Kriegshauptquartiere werden im Oberkommando Europa fortgesetzt. Die hier entwickelten Kriterien und Standards für den Schutz der Anlagen gegen Wirkungen elektromagnetischer Impulse bedürfen der Koordination mit den Mitgliedstaaten. Ungeachtet dessen wurde mit der Ausführung eines Versuchsprogramms begonnen.“

Fortschritte, aber auch Schwachstellen gebe es ferner bei der *NATO-Luftverteidigung*, deren Planungen nochmals vom DPC im Dezember 1979 bestätigt worden seien und die in zwei Phasen ablaufen sollten: Die erste Stufe im Zeitraum 1980 bis 1984 beinhalte vor allem die im LTDP vorgeschriebenen jeweiligen *nationalen* Maßnahmen; die zweite Stufe von 1985 bis 1989 umfasse „die koordinierten Absichten der einzelnen NATO-Staaten zur Verwirklichung der integrierten Maßnahmen des Luftverteidigungsprogramms“. Der Zwischenbericht der NATO habe bereits lobend einige positive Entwicklungen hervorgehoben: Die

<sup>127</sup> Beide skandinavischen Staaten seien damals nicht zu einer *frühzeitigen* Übertragung der Kommandogewalt an die NATO-Befehlshaber im *formellen* Alarmsystem bereit gewesen, ebenso wenig zu einer *automatischen* Übertragung bei Ausrufung der Alarmstufen „Orange“ und „Scarlet“.

Allianz verfüge nun nicht nur über zahlenmäßig stärkere Abfangjagdverbände, auch bei der Allwetterkampffähigkeit und der Flexibilität des Einsatzes gebe es Fortschritte, ebenso wie bei den (freilich erst mittel- bis langfristigen) Planungen zur Entwicklung moderner Flaksysteme, bei der Luftverteidigung kürzerer Reichweite sowie bei der Vernetzung von land- und seegestützten Defensivsystemen. Besonders interessant erschienen der HVA auch die gegnerischen Aktivitäten zum Ausbau der Kommando- und Kommunikationseinrichtungen für einen Luftkrieg – hier, so berichtete es die Stasi, sei aber erst *langfristig* von Modernisierungen auszugehen. Die NATO-Führung habe laut HVA insgesamt betont, „dass es unrealistisch wäre, bereits nach einem Jahr mit größeren Fortschritten zu rechnen. In einigen Bereichen zeichnen sich Tendenzen ab, die Anlass zur Besorgnis geben.“ So werde beispielsweise „die geringe Bereitschaft zur kurzfristigen Beseitigung der gravierendsten Mängel der bodengebundenen Luftverteidigung kritisiert“ und es gebe erhebliche Schwierigkeiten bei der Realisierung einer verbesserten Freund-Feind-Kennung (IFF). Vergleichsweise positive Perspektiven lieferte die LTDP-Zwischenbilanz offenbar bei der *Marinerüstung*, wenngleich auch hier der NATO-Report von „ernsten Unzulänglichkeiten“ bei der Beschaffung neuer Kriegsschiffe und Marineflugzeuge gesprochen habe. „Die Verwirklichung des Unterprogramms U-Bootbekämpfung verläuft plangemäß. Eine Reihe von NATO-Staaten rüstet gegenwärtig ihre U-Boote mit aktiven Mittelstrecken-Unterwasserortungssystemen aus oder hat entsprechende Maßnahmen in die Streitkräfteplanung aufgenommen. Ähnlich sieht die Situation beim Programm zur Aufstockung der Vorräte an Leichtgewichts-Torpedos aus, wobei sich die hohen Kosten negativ auf die Qualität und Quantität der zu beschaffenden Torpedos auswirken. Die Entwicklungsarbeiten an einem leichten Standardtorpedo für die 90er Jahre verlaufen sowohl in den USA als auch in Großbritannien erfolgreich, wobei mit einer baldigen Übereinkunft innerhalb der NATO hinsichtlich der taktisch-technischen Parameter gerechnet wird.“

Bei der Überwasserkriegführung konzentrierte sich das LTDP gerade auch darauf, alle Kriegsschiffneubauten und die Marineaufklärungsflugzeuge nach Möglichkeit mit modernen Anti-Schiffs-Raketen auszustatten. „Die Pläne zur Nachrüstung von Kriegsschiffen mit modernen Schiff-Schiff-Raketen haben wenig Unterstützung gefunden. Das Programm zur Entwicklung einer Überhorizont-Zielbekämpfungsfähigkeit wird mit zeitlicher Verzögerung realisiert werden.“

Auch sei das LTDP-Unterprogramm zur *Minenkriegführung* nur sehr unbefriedigend angegangen worden. Wie die HVA meldete, verfüge die NATO weder über wirklich *zufriedenstellende Kriegsplanungen* für eine entsprechende Sperrung von Seeregionen *noch über eine ausreichende Anzahl an Seeminen*: „Selbst über Maßnahmen, die keine oder nur geringe Kosten verursachen – wie z.B. die Koordinierung der Minenlege-Pläne zwischen den NATO-Staaten – konnte noch keine Einigung erzielt werden. In diesem Zusammenhang wurden die Seestreitkräfte Belgiens, Kanadas und Portugals kritisiert, die bisher über keine geschlossene Konzeption zur Minenkriegführung verfügten. Mit Fortschritten bei der Realisierung der Maßnahmen zur Verbesserung der gegenwärtigen Minenlegekapazität wird mittelfristig gerechnet, wobei selbst dann die begrenzte Anzahl der zur Verfügung stehenden Minen weiterhin die Minenlegepläne der NATO beschränken wird.“

Nicht einmal in einem zentralen Bereich der Hightech-Kriegführung, der *Electronic Warfare* (Programmkategorie 7), halte sich die NATO nach Darstellung der HVA für ausreichend vorbereitet: „Abgesehen von einigen wenigen Aktivitäten bei den See- und Luftstreitkräften gibt es kaum Fortschritte, die über das hinausgehen, was vor Annahme des Langzeitprogramms bereits in den nationalen Planungen enthalten war. Auch bei den See- und Luftstreitkräften betreffen die Fortschritte nur Maßnahmen, die schon vor 1978 eine hohe Prioritätsstellung in der nationalen Planung hatten. [...] Im Rahmen der mittelfristigen Planung haben bisher nur die USA, die Niederlande und unter Umständen Portugal die Aufstellung neuer Einheiten vorgesehen. Ein zweiter Maßnahmenkomplex, der die Schaf-



fung einer Elektronischen Selbstschutzkapazität für Heeresflieger, Gefechtsfahrzeuge und Kampftruppen vorsah, weist nur im Bereich der Flugzeuge einige Fortschritte auf.“ Alle NATO-Staaten hätten mittlerweile Projekte auf den Weg gebracht, um ihre *taktischen Kampfflugzeuge* mit EW-Selbstschutzsystemen auszurüsten – bei einigen Bündnispartnern reiche das Geld jedoch nicht aus, um auch ältere Kampfflugzeuge, die bis Mitte der 80er Jahre im Truppen- oder Reservedienst bleiben sollten, hierbei einzubeziehen. Und „Unterschiede in einzelnen nationalen Programmen lassen befürchten, dass den Forderungen nach Interoperabilität nicht entsprochen wird und einige andere Systeme gestört werden.“ Die CNAD habe zudem bemängelt, dass das amerikanische *Precision Location and Strike System* nicht den Anforderungen der Obersten NATO-Kommandeure genüge. Damit, so bemerkte das HVA-Dossier süffisant, habe „das gesamte NATO-weite Projekt zur Schaffung einer Eloka-Unterstützungs-, Ortungs- und Einsatzkapazität (NATO-assigned EW support and location/strike capability) einen Rückschlag erlitten. Die CNAD ist mit der näheren Prüfung betraut worden.“

Im Übrigen wusste die HVA offenbar nur zu gut, in welchem Umfang die NATO im Kriegsfall versuchen würde, die elektronischen Kommando- und Kommunikationssysteme des Warschauer Paktes zu stören bzw. zu kappen: „Die Ausarbeitung der Stäbe der drei Obersten Befehlshaber über die Bekämpfung von Führungs- und Fernmeldesystemen der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages ist abgeschlossen und dem Militärausschuss (MC) zur Bestätigung vorgelegt worden. Ebenfalls sind dem MC die NATO-Grundsätze über die Bekämpfung feindlicher Führungssysteme zur Annahme zugeleitet worden.“ Dabei werde laut HVA im NATO-Zwischenbericht positiv bewertet, „dass es gelungen ist, die Bedeutsamkeit der Elektronischen Kampfführung, insbesondere die spezifische Bedrohung, bewusst zu machen, die Organisation der Aufklärung in der NATO zu reorganisieren und entsprechende Elemente in die Ausbildung und in das Übungsgeschehen einzuordnen. Die Möglichkeit zur Schaffung einer maritimen Eloka-Unterstützungsgruppe ist nunmehr absehbar.“ Und dennoch gebe man sich in Brüssel höchst selbstkritisch: „Bei generell unbefriedigendem Zustand dieses Programmteils bedürfe es vor allem 1981 außerordentlicher Anstrengungen, um die Planvorhaben zur Aufstellung von Eloka-Heereseinheiten und zur Ausstattung der Kampfluftwaffe mit Eloka-Schutzrüstungen zu realisieren.“

Eng verbunden mit der ostdeutschen Bewertung des LTDP waren auch Informationen zu den jährlichen Manöverzyklen der NATO, etwa zum Jahr 1980. Sie wurden von der HVA als Beweis dafür angeführt, „dass die Führung des NATO-Paktes und die Streitkräfteführungen der NATO-Mitgliedstaaten in verhältnismäßig kurzer Zeit außerordentliche Anstrengungen unternommen haben, um die aus den einzelnen Teilen des NATO-Langzeitprogramms resultierenden Maßnahmen zur Intensivierung der Übungsaktivitäten zu realisieren.“

In den deutlich umfangreicheren Manöveraktivitäten wollte die DDR-Auslandsspionage die klare Absicht der NATO-Führung erblickt haben, „einen hohen Grad der Kriegsbereitschaft wirkungsvoll zu demonstrieren“ und „die Fähigkeit der NATO als Instrument zur Durchsetzung aggressiver politischer Ziele weiter zu vervollkommen.“ Besonders interessiert zeigte sich die HVA an der Herbstübungsserie *AUTUMN FORGE 80* vom 1. September bis 7. November 1980, in deren Zuge die gegnerische Allianz „einen besonders hohen Bereitschaftsgrad“ erreichen würde.<sup>128</sup>

Den Auftakt zu *AUTUMN FORGE 80* würde dabei die von CINCENT koordinierte und die NATO-Kommandobereiche Zentraleuropa, Ärmelkanal und Großbritannien umfassende Transportübung *CONCORDANT JOURNEY* machen, „in deren Verlauf [vom 1. bis 16. Septem-

<sup>128</sup> „Information über geplante Ausbildungsmaßnahmen der NATO-Kommandobereiche für 1980“, - streng geheim! Nur zur persönlichen Information! -, 16.4.1980, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 1, Teil 1 von 2, Bl. 209-249.

ber 1980, MS] gleichzeitig mit US-Verstärkungen auch Kontingente britischer und niederländischer Auffüllungskräfte in den Kommandobereich Zentraleuropa überführt werden.“ Die Übung setze sich aus mehreren Einzelmanövern zusammen – *REFORGER 80* der Amerikaner, *CRUSADER 80* der Briten sowie einer niederländischen Übung zur frontnahen Verlegung der Truppen – und wurde von der HVA explizit als eine Art Premiere eingestuft: „Es ist die erste praktische und von CINCENT koordinierte NATO-Verlegeübung, an der neben amerikanischen Kontingenten auch Stäbe, Kampfeinheiten, Sicherstellungskräfte und Dienststellen anderer NATO-Staaten teilnehmen.“ Schwerpunkte von *CONCORDANT JOURNEY* seien „die praktische Übernahme eingelagerter Waffen und Geräte (POMCUS) durch die US-Verstärkungskräfte, das Überwinden des Rheins über behelfsmäßige Übersetzstellen durch ausgewählte US- und britische Einheiten, die Überprüfung der Vereinbarungen und Festlegungen der Gastgeberlandunterstützungen und die Gewährleistung der Operationsfreiheit der herangeführten Verstärkungs- und Auffüllungskräfte.“

Die ostdeutschen Spione und HVA-Auswerter warnten, im NATO-Kommandobereich Europa komme es zwischen dem 10. und 26. September 1980 „zur größten Konzentration entfalteter gefechtsbereiter operativer Gruppierungen“. Dann führten das VII. US-Armee-korps (Manöver *CERTAIN RAMPART*), das I. britische Armeekorps (Manöver *SPEAR POINT* mit 86.000 Mann) und das III. Armeekorps der Bundeswehr ihre Truppenübungen durch.

Die NATO-Luftstreitkräfte würden ferner im CINCENT-Kommandobereich sowie in Schleswig-Holstein, Ostengland und Nordostfrankreich das Manöver *COLD FIRE 80* abhalten, von dem die DDR-Spionage erfahren haben wollte: „Das Hauptziel der Übung, die weitestgehend nach freiem Entschluss der Befehlshaber durchgeführt werden soll, besteht in einer umfassenden Überprüfung, praktischen Erprobung und Präzisierung der NATO-Operationsplanungen für den Einsatz der Luftstreitkräfte und der Kräfte der Luftverteidigung unter annähernd realen Kriegsbedingungen. Schwerpunkte der Übung sind u.a. Handlungen der Stäbe und Kräfte zur Planung, Organisation und Führung von Luftoperationen, Handlungen zur Unterstützung der Landstreitkräfte in großem Umfang, Erweiterung der Fähigkeiten zur Führung von Kampfhandlungen unter den Bedingungen des Funkelektronischen Kampfes und Überprüfung der Fernmeldeverfahren und -verbindungen zwischen den Führungsstellen der Landstreitkräfte, der Luftstreitkräfte und den Führungsstellen der Luftverteidigung.“

Ferner wollte die NATO laut HVA auch die wechselseitige Kooperation zwischen den landgestützten Luftflotten in Europa und den zur Verstärkung herangeführten bordgestützten Kampffliegerstaffeln der Flugzeugträgerverbände trainieren: US-Trägerflugzeuge sollten etwa dazu beitragen, die Luftschlacht über Norddeutschland, Belgien, Holland und dem Ärmelkanal für die NATO zu entscheiden, und landgestützte Kampffjets sollten den Luftschirm über den verwundbaren Flotteneinheiten und Flugzeugträgern verstärken. Praktisch zeitgleich (vom 10. bis 24. September 1980) sollte laut HVA im Kommandobereich von SACLANT das mit *COLD FIRE 80* koordinierte natoweite Flottenmanöver *TEAM WORK 80* „mit einer hohen Beteiligung von Kräften der NATO-Seestreitkräfte“ durchgeführt werden. Das Ziel von *TEAM WORK 80* bestehe in nichts weniger als einer umfassenden praktischen Erprobung respektive Präzisierung der Operationsplanungen von SACLANT, CINCHAN und SACEUR für Krisenperioden und für den Kriegsfall. Wie die HVA vorhersagen zu können glaubte, liege der Schwerpunkt der Übung, welche von SHAPE sowie von Streitkräften und Stäben der NATO-Oberkommandos Atlantik, Kanal und Europa durchexerziert werden würde, auf „Handlungen der Stäbe und Kräfte zur Planung und Koordinierung des Einsatzes von Kernwaffen, die Durchführung von Operationen der Luftstreitkräfte zur Unterstützung der Seestreitkräfte, die Überführung auswärtiger Verstärkungen nach Europa, Minenkriegführung (einschließlich Sperr- und Räumverfahren in der Nordsee und im Abschnitt Gibraltar), die Unterstützung amphibischer Operationen im NATO-Kommando Nordeuropa, umfangreiche Maßnahmen zur KCB-Abwehr, Training

vielfältiger Methoden der Elektronischen Kampfführung und die Nutzung übermittelter Daten von Umweltsatelliten zur Unterstützung maritimer Operationen.“

Die Seite „Blau“, also die NATO, würde zwei Trägerkampfgruppen ins Gefecht führen, welche neben den beiden Flugzeugträgern noch 6 Raketenzerstörer, 3 Kreuzer und 30 Zerstörer und Fregatten einschlossen. Hinzu komme noch der Schnelle Marineeingreifverband Atlantik (STANAVFORLANT) mit 5 bis 6 Fregatten bzw. Zerstörern, sowie starke U-Bootverbände: 6 nukleargetriebene Jagd-U-boote (SSN) als Geleitschutz für die Überwassereinheiten, 4 weitere SSNs als frei patrouillierende Jäger und 2-4 dieselektrische Hochsee- und Küstenboote.

Auch standen „Blau“ amphibische Kräfte zur Verfügung, welche vor allem bei der Verteidigung Norwegens zum Einsatz kommen sollten: eine Brigade der US-Marines plus eine US-Marinefliegergruppe sowie eine amphibische Kampfgruppe der Niederländer. Die britischen Streitkräfte sollten 3 Kommandogruppen mit Brigadestab, 3 Kommando-Fliegerstaffeln sowie weitere Teams der Spezialeinheiten beisteuern.

Nach Darstellung der HVA würde das Kriegsspiel nicht zuletzt die Verteidigung von NATO-Nachschubkonvois bei ihrer Fahrt über den Atlantik bis in die europäischen Zielhäfen simulieren. Dazu wollte die NATO 10 Transatlantik-Konvois zusammenstellen, darunter 4 Schnellgeleitzüge (mit Schiffen, die 20 Knoten und mehr laufen konnten). 4 weitere Konvois sollten die Route zwischen Portsmouth und den Kontinentalhäfen befahren, ebenfalls 4 Konvois sollten nur für die Verlegung von Truppen für die ACE-Region bereitstehen. Die Seite „Orange“, also der angreifende Warschauer Pakt, sollte über schwächere Überwasserkampfverbände verfügen, bestehend aus einem Flugzeugträger, 14 Zerstörern und Fregatten sowie 6 Schnellbootflottillen. Ihre eigentliche Stärke würde selbstverständlich in der U-Boot-Waffe liegen: 6 SSNs für allgemeine Offensivoperationen im Atlantik, 2 SSNs vor den iberischen Küsten, verstärkt u.a. durch 2 dieselektrische Boote im östlichen Mittelmeer bzw. vor Gibraltar, sowie 6 bis 8 dieselektrische U-Boote im Bereich Ostatlantik. Auch die orange Seite würde mit amphibischen Landungsverbänden ausgerüstet werden. Die Simulation der sowjetischen Marineflieger und Luftstreitkräfte sollten zahlreiche NATO-Jagdflugzeuge, Jagdbomber (auch mit nuklearer Bewaffnung) und Marine-Fernaufklärer übernehmen.

Als bemerkenswert wurde in der HVA-Einschätzung auch die vorgesehene Teilnahme von französischen Kriegsschiffen (Überwassereinheiten wie U-Booten) und Luftstreitkräften hervorgehoben.

Normalerweise wurde die Herbstübungsserie *AUTUMN FORGE* durch die jährlich durchgeführte NATO-Kommandostabsübung *ABLE ARCHER* beendet, welche 1980 für die Zeit vom 3. bis 7. November angesetzt war. Naturgemäß scheint das Interesse der HVA an *ABLE ARCHER* groß gewesen zu sein, sollte doch einmal mehr die Freigabe amerikanischer und britischer Nuklearwaffen simuliert sowie die mögliche Übertragung des Kommandos an das fliegende Hauptquartier von SACEUR durchgespielt werden: „Die Übung dient der Überprüfung der Pläne und Verfahren für die Operationsführung des gesamten NATO-Oberkommandos Europa. Schwerpunkte sind das Training der Führungsstellen des Kommandobereichs in der Planung, Organisation und Führung von Operationen unter besonderer Betonung der nuklearen Verfahren, das Training des Personals der Wechselführungsstellen einschließlich der luftgestützten Operationszentrale (ABNOC) zur Übernahme der Funktion der Hauptführungsstelle (Führungsnachfolge), die Überprüfung der Fernmeldeverfahren und -verbindungen und umfassende Maßnahmen der Elektronischen Kampfführung. [...] Die Führung der US-Streitkräfte und das britische Verteidigungsministerium wurden ersucht, Anfragen während der Konsultationsverfahren zum Kernwaffeneinsatz zu beantworten.“

Das Fazit der ostdeutschen Spionage zu *AUTUMN FORGE 80* war in einem durchaus alarmierenden Tonfall formuliert: „Die Koordinierung der Handlungen der entfalten

Gruppierungen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte bieten der Obersten NATO-Führung die Möglichkeit, bei allen Truppen einen hohen Grad der Führungs- und Gefechtsbereitschaft zu erreichen, in kürzester Zeit schlagkräftige strategische und operative Gruppierungen zu schaffen und die gesamten NATO-Streitkräfte schnell in den Kriegszustand zu überführen.“

Doch gerade jener Topos des schnellen Übergangs in den Verteidigungsmodus konnte sich im Ernstfall als sehr problematisch erweisen, und dies führt nochmals zurück zur HVA-Zusammenfassung des LTDP-Statusberichts von NATO-Generalsekretär Luns. Jener Report hatte offenbar als eines der wichtigsten Problemfelder den zusammenhängenden Themenkomplex der transatlantischen Verstärkungstransporte, des Nachschubs an Reserven und der Koordination mit den Planungen für die RDF herausgestellt.<sup>129</sup>

Die NATO-Führung, so die HVA, habe nun einmal konstatieren müssen, dass „der Plan für Schnelle Verstärkungen (Rapid Reinforcement Plan RRP) zwar in wesentlichen Teilen, jedoch nicht vollständig fertiggestellt worden ist.“ Einerseits seien Fortschritte bei der Vorbereitung der Einlagerung des Kriegsgeräts von drei schnellverlegbaren schweren US-Divisionen erzielt worden, welche für die Verstärkung des Frontabschnitts der Armeegruppe Nord (NORTHAG) vorgesehen seien und deren Material ab 1982/83 teilweise bereits in Depots in der Bundesrepublik bzw. in den Niederlanden zur Verfügung gehalten werden sollte. Auch die zur Verlegung der kanadischen schnellen Eingreiftruppe benötigten Ro-Ro-Frachtschiffe wären nunmehr in ausreichendem Umfang bereitgestellt. Und die entsprechenden Manöverserien wie Reforger und Jog Trot hätten die positiven Entwicklungen bei den Planungen und Kapazitäten für die Transportoperationen unterstrichen.

Doch gleichzeitig hielten sich viele Bündnispartner bedeckt, was ihre genauen militärischen Vorbereitungen anbetraf, und insbesondere habe sich die NATO-Führung beim Pentagon darüber beschwert, dass sie noch immer nicht ausreichend Informationen erhalten habe über die Planungen für eine mögliche parallele Verlegung von US-Truppen der RDF in die Region des Persischen Golfs und die entsprechenden Rückwirkungen auf die amerikanischen Verstärkungen für einen mitteleuropäischen Kriegsschauplatz: „Das Fehlen einer Reihe von Angaben über Mobilmachungsraten, die Verfügbarkeit von Kräften und Ankunftszeiten der Verstärkungen in Europa hat eine exakte Planung und unmittelbare Vorbereitung der Aufnahme umfangreicher Verstärkungen behindert. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force – RDF) haben die USA den zuständigen NATO-Behörden keine bzw. unzulängliche Angaben über die Verlegung ihrer Verstärkungen nach Mitteleuropa innerhalb der ersten 30 Tage übermittelt. Gegenwärtig sind die kompetenten NATO-Organen bemüht, auf der Grundlage der vorliegenden Angaben Einschätzungen zum Lufttransport der US-Streitkräfte, zur Belastbarkeit der europäischen Häfen sowie der Binnentransportmittel (Land- und Wasserwege) und zur Koordinierung der US-Verstärkungen mit den übrigen Verstärkungen zu erarbeiten. Bedingt durch das Fehlen ausreichender Angaben ist es nicht möglich, die erforderlichen Mittel zum Ausbau der Infrastruktureinrichtungen zu beantragen.“

Und wie auch ein Bericht des SCEPC (Senior Civil Emergency Planning Committee) an den NATO-Rat ausgeführt habe, gebe es noch immer Defizite bei den militärischen und zivilen Lufttransportkapazitäten, „obwohl beim Einsatz zusätzlicher Transportmittel und in der Planung des Transports von Verstärkungen auf dem Luftwege Fortschritte erzielt wurden.“ Nach besagtem SCEPC-Bericht verfügten die NATO-Europäer über 76 Frachtmaschinen mit großer Reichweite; 45 davon seien in den Schnellverstärkungsplanungen eingebunden: „Da die 12 britischen Flugzeuge für den Transport eigener Verstärkungen vorgesehen sind, verbleiben 33 Langstrecken-Frachtflugzeuge für den anfänglichen Transport amerikanischer Verstärkungen nach Europa. Erst durch die Veränderung gesetzlicher

<sup>129</sup> „Auskunft über den Stand der Erfüllung des NATO-Langzeitprogramms (LTDP)“, - streng geheim! Nur zur persönlichen Information! -, 7.4.1981, BStU Zentralarchiv, MfS HVA, Nr. 6, hier Bl. 258-261.

Bestimmungen, die bislang in einigen Ländern die Kontrolle über zivile Ressourcen vor einem Krieg verhinderten, wird die Bindung weiterer Flugzeuge ermöglicht werden. Kanadische Flugzeuge können erst nach der Verlegung der kanadischen see- und luftbeweglichen Kampfgruppe zum Transport amerikanischer Verstärkungen herangezogen werden.“

Ursprünglich, so der HVA-Bericht weiter, habe das LTDP auch eine Modifizierung von 87 amerikanischen und 23 kanadischen bzw. europäischen Boeing 747-Frachtmaschinen für militärische Aufgaben vorgesehen, insbesondere zum Transport übergroßen militärischen Geräts jener US-Divisionen, deren restliches Material bereits in europäischen Depots lagere. Dieses Konzept sei nunmehr dahingehend geändert worden, „dass nur noch bestimmte Großraumtransportflugzeuge bereits während ihres Baues entsprechend den Erfordernissen ausgerüstet werden“, und dementsprechend komme es zu Verzögerungen im Zeitplan.

Deutliche Verbesserungen habe die NATO laut SCEPC-Einschätzung dagegen bei den Seetransportkapazitäten erreichen können: Von den 649 von der NATO erfassten Hochseefrachtschiffen seien 583 Schiffe in die militärischen Planungen eingebunden worden. „Die Bereitstellung von 600 Schiffseinheiten zusätzlich zur Kapazität der USA ermöglicht es der NATO, die für den schnellen Transport von 10 Divisionen innerhalb der ersten vier Wochen nach Anordnung der Verstärkungsmaßnahmen erforderlichen 400 Schiffe praktisch jederzeit abrufbereit zu halten.“

Während laut HVA bei der Mobilmachung und den Reserven (Task-Force-Kategorie 3) die drei großen NATO-Mächte USA, Großbritannien und Deutschland zufriedenstellende Verbesserungen hatten erzielen können, hätten die Alliierten an der Südflanke die LTDP-Vorgaben deutlich verfehlt, so dass für das gesamte Bündnisgebiet auch weiterhin „ernste Unzulänglichkeiten“ zu konstatieren seien. In der Zwischenbilanz habe es die NATO-Führung ausdrücklich bemängelt, dass es entgegen den Planungen nicht gelungen sei, den möglichen Ausfall von amerikanischen Truppen in Europa nach einer Verlegung der RDF in den Mittleren Osten durch die Formierung neuer Reservebrigaden auszugleichen: „Besonders kritisch wurde eingeschätzt, dass trotz eines ausreichenden Potentials an Reservisten und der von den Ministern im Mai 1980 getroffenen Vereinbarungen und gegebenen Zusagen keine Fortschritte bei der Planung und Aufstellung von zusätzlichen Reservebrigaden für die NATO erreicht worden sind. Dieser Zustand wird angesichts der zunehmenden Spannungen in Südwestasien und der Möglichkeit, dass für Europa vorgesehene US-Verstärkungskräfte in dieses Gebiet verlegt werden müssten, als besonders bedrohlich angesehen. [...] Nach Auffassung der NATO-Befehlshaber liegt die Dauer des Wehrdienstes in vielen Staaten unter dem Minimum und reicht nicht aus, den für die Auffüllung der Einheiten der Kategorie A und B vorgesehenen Reservisten ausreichende und gefestigte Fertigkeiten zu vermitteln. Beträchtliche Teile der Reservisten sind nicht geeignet und nicht in der Lage, die vorgesehenen Kriegsfunktionen zu erfüllen.“ Und auch die folgenden Sätze des HVA-Berichts, angeblich der NATO-Selbsteinschätzung entnommen, dürften von Militärs des Warschauer Paktes mit ihrem Ideal der militaristisch durchorganisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen mit Zufriedenheit registriert worden sein: „Die NATO-Organen schätzen ein, dass beträchtliche Teile der NATO-Reserven den Streitkräften des Warschauer Vertrages ausrüstungsmäßig weit unterlegen sind. Die Forderung, die für die NATO vorgesehenen Reserven rechtzeitig verfügbar zu machen, wurde in Europa nur von Großbritannien, der BRD und den Niederlanden erfüllt. Obwohl Anstrengungen unternommen wurden, die Überführungszeiten auswärtiger Verstärkungskräfte nach Europa zu verkürzen, wird davon ausgegangen, dass auch weiterhin ein großer Teil der Reservekräfte zu spät auf dem Kriegsschauplatz zur Verfügung stehen wird.“

## 8. Carters und Brzezinskis Vermächtnis: PD-62, PD-63 und die Geburt von CENTCOM

Zu spät war es mittlerweile auch für die Carter-Regierung, der Administration lief die Zeit davon. Es kam der November 1980, und die Wähler präsentierten Carter ihre Quittung für eine Politik, welche hinter den Kulissen ehrgeizige, ja offensive Ziele für Afghanistan, die arabische Welt und die Golfregion formulierte, aber in ihrer Außendarstellung so schwächlich, unentschlossen und gedemütigt in Erscheinung trat.

Nach dem Wahlsieg Ronald Reagans im November 1980 tickte dann die Uhr, nun unternahm das sicherheitspolitische Team der Demokraten den letzten Versuch, die bisherigen Ergebnisse, Programme und Ziele der PGSF/SCC in Form von Präsidentiellen Direktiven zu formalisieren und festzuschreiben. Wenn die neue republikanische Administration vernünftig war, würde sie bei der Überprüfung von Carters PDs deren Wert erkennen und die Arbeit fortsetzen, so hoffte man.<sup>130</sup>

Auf der SCC-Sitzung vom 7. November 1980 versuchte Brzezinski, irgendwie den Elan aufrecht zu erhalten, obwohl klar war, dass die meisten in der Runde sich gedanklich bereits auf Jobsuche befanden:<sup>131</sup> Die Mittelostpolitik des Präsidenten und die Carter-Doktrin seien keine Eintagsfliegen, sondern darauf angelegt, der Region für die nächste Dekade Sicherheit zu bringen – Brzezinski wollte darin sogar das bedeutsamste Vermächtnis dieser demokratischen Präsidentschaft sehen, und dies gelte es unbedingt zu erhalten. „Such a policy is vital and may be the most important legacy of the Carter Administration. The President, he said, must be told that successful implementation is going to be expensive.“ Wörtlich fügte Brzezinski die Ermahnung hinzu, „before we start looking for new jobs, we owe it to the nation to bequeath the best possible security framework to the new Administration.“

Verteidigungsminister Brown stellte im SCC klar, „that we cannot off-set the Soviets everywhere principally because we concede them the military initiative – thus our initial moves in most foreseeable power projection situations will be essentially reactive.“ Ohne die Militärhilfsprogramme, den Infrastrukturausbau und Vorauseinlagerung sei es für die US-Streitkräfte unmöglich, schnell die notwendigen Brücken zu strategisch bedeutsamen Staaten in der Region zu schlagen. Der knauserige Congress müsse erkennen, dass es hier um handfeste Interessen der US-Verteidigungspolitik gehe. „Unless we are able to forcefully make that point, we might as well forget the issue“, so Brown wörtlich, und er erinnerte daran, dass die Streitkräfte der Regionalstaaten (also der Araber, der Pakistanis und auch der Iraner) samt und sonders *völlig unfähig wären, mit eigenen Kräften eine weitere sowjetische Invasion aufzuhalten, egal, wie viel Rüstungshilfen die USA ihnen auch zukommen lassen würden*. Nur die glaubwürdige Drohung mit einer direkten Präsenz von US-Truppen in die Region würde Moskau disziplinieren können.

Die Diskussion gestaltete sich dann sehr erhitzt, als es noch einmal ums liebe Geld für die „Security Framework“ ging: Auf der einen Seite standen das Pentagon und auch das State Department, welche ein demonstratives, gut sichtbares Sonderbudget in der Größenordnung von 1 Mrd. Dollar als Zusatz zum Haushalt befürworteten, auf der anderen Seite stand das OMB, dessen Vertreter auf den traurigen Zustand des US-Haushalts tief in den Roten Zahlen hinwies und begreiflich zu machen versuchte, dass keine Dollars mehr für die arabischen Klienten flüssig zu machen seien.

Damit nicht genug: Obwohl sich die scheidende Administration eigentlich den Luxus erlauben konnte, keine Entscheidungen über die neue Golfstrategie mehr fällen zu müssen,

<sup>130</sup> Vgl. Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 76; und Njølstad, *Shifting Priorities*, S. 42-43.

<sup>131</sup> Der Assistant National Intelligence Officer for Near East and South Asia an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting of 7 November 1980 – Security Framework“, - secret, NOFORN -, 7.11.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

trat gerade jetzt bei den internen Beratungen die wohl brisanteste Frage in den Vordergrund und spaltete die Geister: *Welcher mögliche Kriegsschauplatz sollte bei der Zuteilung bestehender und neuer militärischer Ressourcen Priorität genießen? Das „alte“ Europa oder der „neue“ Nahe und Mittlere Osten?*

Auslöser war ein Positionspapier des OSD mit dem Titel „Basic Strategic Issues“, welches Verteidigungsminister Brown auf einer weiteren SCC-Sitzung von Ende November 1980 präsentierte und das acht Grundsatzfragen über die wahrscheinlichen strategischen und geopolitischen Herausforderungen für die USA in den 80ern auflistete.

Nach Einschätzung des Verteidigungsministers war es jedenfalls evident, dass die Wahrscheinlichkeit eines Regionalkonflikts oder sogar eines globalen Krieges zwischen den Supermächten deutlich steigen müsse angesichts der Fähigkeit und Neigung der UdSSR, zentrifugale Kräfte gerade in jenen Weltregionen auszunutzen, welche für die USA und ihre Verbündeten von vitaler Bedeutung waren.

Und wie viele Kriege und Konflikte würde Amerika denn nun parallel führen können? Eineinhalb, zwei, oder gar drei? Brown gab hierauf eine ernüchternde Antwort: Die Vereinigten Staaten würden noch für den Zeitraum von einigen Jahren militärisch außerstande sein, ihre vitalen Interessen in NATO-Europa, am Persischen Golf und in Ostasien *gleichzeitig* und angemessen zu verteidigen.

Washington müsse also eine Wahl treffen. Brown empfahl eine harte Kosten-Nutzen-Analyse und beurteilte danach „the ratio higher in Southwest Asia; therefore, it should receive priority in programs“. Noch herrschte in Südwestasien laut Brown ein Machtvakuum, aber die Vereinigten Staaten könnten es nur dann selbst ausfüllen, wenn sie einige ihrer bisherigen militärischen Verpflichtungen und Lasten in Europa und im Pazifik auf die dortigen Alliierten abwälzten.

Bei seinem Primat der Golfstrategie erhielt Brown naturgemäß Schützenhilfe von Brzezinski und JCS-Chairman Jones.

Die Fürsprecher des „alten Europa“ gruppierten sich um den neuen Außenminister Edmund Muskie<sup>132</sup>, seinen Vize Warren Christopher (hinter dem unerfahrenen Muskie wohl der eigentliche Chef im DoS) und den OMB-Direktor James McIntyre.

Muskie scheint durchaus erschrocken auf Browns Thesen reagiert zu haben. Zunächst einmal wollte er die Kriegsrisiken doch nicht ganz so schwarzseherisch beurteilt wissen. Und eine derartige militärische Umorientierung werde schon deswegen graue Theorie bleiben, weil die USA auch in Zukunft mit dem Versuch scheitern würden, die Europäer und Japaner zu größeren Rüstungsanstrengungen zu bewegen. „Europe won’t even live up to the three percent commitment“, erinnerte Muskie die Diskussionsrunde. Und wenn im Übrigen die strategische Gesamtlage der USA wirklich so dramatisch war, wie vom Pentagon ausgeführt, dann hatte die Administration während des jüngsten Präsidentschaftswahlkampfes die normale Schönfärberei nicht nur etwas zu weit getrieben, sondern, wie Muskie hinzusetzte, die amerikanische Bevölkerung bewusst getäuscht. Dann hatten also die Republikaner doch recht gehabt?

Brown scheint der Vorwurf der Realitätsferne seines Konzepts nicht sonderlich beeindruckt zu haben. Die US-Streitkräfte, so entgegnete er, seien ja gerade dabei, sich umzustellen „from a three-and-a-half division to a six-and-a-half division plan for the Persian Gulf“. Jene zusätzlichen drei Divisionen müssten nun einmal von jenen US-Verbänden abgezogen werden „which now are committed to reinforce NATO“, und die NATO-Verbündeten in Europa „have to take up the slack as we reallocate them“.

Brown und General Jones entzauberten auch eine andere optimistische Hoffnung Muskies. Der Außenminister hatte argumentiert, es sei unwahrscheinlich, dass die sowjetischen Streitkräfte gleichzeitig in Europa und am Persischen Golf angreifen würden. Die USA

<sup>132</sup> Zur Person Muskies vgl. Kaufman and Kaufman, *The Presidency of James Earl Carter Jr.*, S. 224.

müssten dementsprechend in der Lage sein, ihre Truppen beliebig von einem Kriegstheater zum anderen zu verlegen – und die Verbündeten könnten sich die neuen Lasten sparen. Die beiden Pentagonvertreter hielten dies für eine militärische Milchmädchenrechnung: Auch wenn die Sowjets nicht gleich einen Zweifrontenkrieg eröffneten, sondern etwa dem Mittleren Osten den Vorzug gaben, würden sie doch immer auch in Europa entlang des Eisernen Vorhangs die Mobilmachung einleiten, im Bestreben, die US-Truppen dort zu binden. Um eine angemessene Abschreckungswirkung aufbauen zu können, so Brown und Jones, müssten die USA den Beweis erbringen, für beide Fronten ausreichend Kampfverbände bereitstellen zu können.

Wie schlussendlich Präsident Carter selbst entschied, ist aus dem Wortlaut jener beiden Direktiven PD-62 und PD-63 abzulesen, welche am 10. Dezember 1980 vom NSC verabschiedet wurden. Die SCC-Runde am 16. Dezember war die 19. und letzte Sitzung jenes Gremiums unter der Carter-Administration, geleitet einmal mehr von Brzezinski: Nun ging es nur noch darum „to identifying and tying up loose ends“ und um die Formulierung der PD-63.<sup>133</sup> „This particular Presidential Directive codifies what the Security Framework has been doing“, mit diesen Worten stellte Brzezinski der Runde den PD-Entwurf seines NSC vor, verbunden auch mit der Bitte, möglichst wenig Änderungen vornehmen zu wollen. Die Direktive „should be considered an historic document that, in time, could be viewed as a major achievement similar to Truman’s decision on Greece and Turkey.“

Es entspann sich eine Debatte über formelle Fragen und ob überhaupt eine PD das geeignete Instrument sei<sup>134</sup>, „but Brzezinski wanted to keep the Presidential Directive even if we later supplemented it with a summary of the Framework process“, so berichtete Robert Ames.

Viele Passagen von PD-62 und PD-63, welche beide am 15. Januar 1981, in den letzten Tagen von Carters Präsidentschaft, in Kraft gesetzt wurden, trugen die eindeutige Handschrift des NSC und des Verteidigungsministeriums; Brzezinski und Brown hatten sich gegen das State Department durchgesetzt.

PD-63 („Persian Gulf Security Framework“) rief nochmals die Kernaussagen der Carter-Doktrin in Erinnerung und verwies auf die jüngsten Maßnahmen der Administration „to protect the Strait of Hormuz and strengthen our key friends in the region in the face of risks stemming from the Iran/Iraq war.“<sup>135</sup>

Um die vitalen amerikanischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten zu schützen und jene Schritte fortzuführen, müsse die neue Regionalstrategie über folgende Instrumente und Potentiale verfügen:

Die USA sollten durch eine dauerhafte Militärpräsenz in der Region Glaubwürdigkeit demonstrieren und zugleich die Fähigkeiten weiter ausbauen, schnell signifikante Streitkräfte nachzuschieben.

Man benötige „a broad range of military and related response options in and outside the region against the Soviet Union including U.S. force projection into the region“, denn auch

<sup>133</sup> Robert C. Ames (National Intelligence Officer for Near East and South Asia) an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „SCC Meeting of 16 December 1980 – Security Framework“, - secret -, 17.12.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room.

<sup>134</sup> In der Arbeitsrunde zur Vorbereitung der SCC-Sitzung vom 16. Dezember 1980, geleitet von William E. Odom, war es primär darum gegangen, in welcher bürokratischen Form die scheidenden Demokraten ihre Mitteloststrategien der neuen Reagan-Administration „einflößen“ sollten: als *Presidential Decision Memorandum*, als Bilanzreport zum Jahreswechsel oder als „key issues“-Papier. „I personally think that if the presentation is indeed intended ‘to help the new team get a quick handle on the subject’, we should simply ask them what sort of approach they would like to see it take“, so Robert Ames. (Der Assistant National Intelligence Officer for Near East and South Asia an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: „Pre-SCC Meeting of 11 December 1980 – Security Framework“, - secret, NOFORN -, 12.12.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room).

<sup>135</sup> Presidential Directive 63: „Persian Gulf Security Framework“, - secret -, 15.1.1981, Carter Library, FOIA Release.



in Südwestasien verfügten die Sowjets nunmehr über Vorteile im konventionellen militärischen Kräfteverhältnis, und dies gelte es zu revidieren. Moskau müsse klargemacht werden, dass die USA bei einer sowjetischen Einflussnahme am Golf auf ein weites Spektrum an ökonomischen und diplomatischen Sanktionen auf *globaler* Ebene zurückgreifen würden, also eine horizontale Eskalation nicht scheuten.<sup>136</sup>

Die Staaten der Golfregion benötigten die Hilfe und Unterstützung der USA „to deter and diminish internal and external threats to stability; and to contribute to deterring and resisting Soviet penetration – political, economic, or military“.

Natürlich liege es auch im Interesse der amerikanischen Sicherheit, die radikalen Einflüsse in der Region selbst zu verringern, und als eines der Mittel hierzu wurde ausdrücklich genannt „a comprehensive Arab-Israeli peace settlement“.

Um den grundsätzlichen (und, wie sich später zeigen sollte, absolut berechtigten) Warnungen des US-Außenministeriums zu begegnen, eine zu offensichtliche Militärpräsenz wirke wie Neokolonialismus, bringe die radikalislamischen Kräfte und die arabische Straße auf die Barrikaden und setze die proamerikanischen Regierungen unnötigen Risiken aus, stellte PD-63 fest: Die USA suchten einen verbesserten Zugang zur Infrastruktur in der Region „while remaining sensitive to the special historical experience of the region and not placing in jeopardy our relationships or the internal stability of the countries concerned by insisting on formal basing arrangements“. Eine Problematik, welche dann ab dem Spätsommer 1990 die Bush-Administration bei ihren Verhandlungen mit Riad intensiv beschäftigen sollte.<sup>137</sup>

In der Tat, noch immer saß der Schock über den schnellen Machtverfall des Schahregimes tief, und so warnten Carters Strategen ihre Nachfolger implizit auch davor, den Fehler der Zwei-Säulen-Strategie zu wiederholen und sich zu sehr in die Abhängigkeit einzelner Herrscher und Regierungen zu geben („taking a regional approach to securing our economic and political interests rather than basing their defense wholly on drawing a line to protect specific countries in the region“). Es sei vernünftiger, nicht alle Dollars auf ein einziges Kamel oder einen Araberhengst zu setzen, sondern in einer zerstrittenen Region die bewährte Methode *divide et impera* zu bemühen.

PD-63 erteilte den bisherigen, in der Kürze der Zeit hastig in Angriff genommenen Bemühungen ein ausdrückliches Lob und empfahl der Reagan-Regierung, das SCC als Koordinations- und Aufsichtsgremium beizubehalten.

Die Direktive nahm das Pentagon nochmals explizit in die Pflicht, die eigenen power-projection-Kapazitäten in die Region hinein stetig auszubauen, „including forces, lift, facilities, access, overbuilding and prepositioning of supplies, exercises, and presence in the region.“ Zweitens müsse das US-Militär die lokalen Selbstverteidigungskräfte stärken, durch militärische Beratung und Kooperation sowie durch die Aufrüstung der Streitkräfte der Partnerstaaten „in order to support U.S. force projection and local defense developed by joint planning, combined exercises, consultations, and other appropriate means.“

Unter Punkt drei wurde schließlich die Position von Brown, Brzezinski und General Jones bestätigt: *Carter und der NSC sahen die Verbündeten in der NATO und in Ostasien tatsächlich und definitiv in der Pflicht, im Zuge einer „rationalen Arbeitsteilung“ größere Lasten bei der Verteidigung ihrer Region zu übernehmen, um eine stärkere Umverteilung von US-Streitkräften zur Absicherung des Persischen Golfs zu gestatten.*<sup>138</sup>

<sup>136</sup> Diese Programmpunkte waren im ursprünglichen NSC-Entwurf noch nicht derartig explizit formuliert und wurden für die Endfassung des PD-63 hinzugefügt.

<sup>137</sup> Vgl. Christian Alfonsi, *Circle in the Sand. Why We Went Back to Iraq*, New York u.a. 2006, Kapitel 3 und 4.

<sup>138</sup> Im ursprünglichen PD-Entwurf des NSC lautete die Passage noch: „Force implications for NATO, assessed for our own force planning and coordinated with our allies in Europe in an effort to get NATO to build up its forces more rapidly, permitting a shift of U.S. resources to the security of the Persian Gulf.“ (Vgl. den Appendix zu: Robert C. Ames an den Director of Central Intelligence Stansfield Turner und den Deputy Director of Central Intelligence: “SCC Meeting of 16 December 1980 – Security Framework”, - secret - ,

Vorbei war es also mit dem ursprünglich von Brzezinski formulierten Ziel, eine Hinwendung zum Mittleren Osten dürfe nicht auf Kosten der US-Militärpräsenz und Schlagkraft in den bisherigen geostrategischen Kernzonen gehen – in dieser Hinsicht hatten die skeptischen US-Militärs die Strategen im PGSF/SCC offenbar überzeugt.

Gerade weil die USA in der Golfregion auch die Interessen der europäischen und asiatischen Alliierten verteidigten, sollten diese nunmehr diplomatische, militärische, wirtschaftliche und politische Beiträge zu den gemeinsamen Zielen leisten: „An early focus of effort with these Allies and with regional powers will be establishing relationships to help assure quick and positive processing of overflight, refuelling and stating clearances required for the U.S. to project and sustain forces in Southwest Asia.”<sup>139</sup>

Sehr viele Kontakte und Initiativen der PGSF/SCC hatten sich freilich als zu sensibel für die normalen diplomatischen Kanäle erwiesen und wurden daher auf der Ebene der Nachrichtendienste abgewickelt. PD-63 sanktionierte auch diese Tendenz und verpflichtete den Director of Central Intelligence dazu, ein effektives, regional integriertes Geheimdienstprogramm zu entwerfen „which is fully supportive of the tasks and objectives in the military, diplomatic, and economic components.“

Im Bereich der ökonomischen Strategiekomponente forderte PD-63 die Verfügbarkeit des nahöstlichen Öls zu „vernünftigen Preisen“, während gleichzeitig die westliche Abhängigkeit von den Ressourcen der Golfregion heruntergefahren werden müsse.

Außerdem sollten die Saudis und andere Ölstaaten<sup>140</sup> einen höheren Beitrag bei der Finanzierung der militärischen Sicherheit in der eigenen Region leisten.

Die USA würden ihrerseits zu Wirtschaftshilfen bereit sein, auch mit dem Ziel, ökonomische Krisen in der Region einzudämmen, welche als Ursachen für Instabilität und innere Unruhen bei den Partnerstaaten wie auch als Anlass für externe (d.h. sowjetische) Interventionen identifiziert wurden.

Das Arbeitsprogramm, welches PD-63 dem State Department auferlegte, beinhaltete im Grunde nur eine Fortführung der bisherigen Politik: Es gelte, so schnell als möglich weitere Fortschritte im nahöstlichen Friedensprozess zu erreichen. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zur Türkei und zu Pakistan müssten kontinuierlich intensiviert werden. Auf der Arabischen Halbinsel müsse weiterhin der sowjetische Einfluss abgeblockt<sup>141</sup> und den Partnerstaaten Unterstützung gewährt werden, ihre „innere Stabilität“ zu verbessern. Die Tendenz der saudischen Regierung, nach der Moscheebesetzung von 1979 radikale interne Kritiker mit Geldzuwendungen zu „besänftigen“ mag durchaus im Rahmen der PD-63-Logik gewesen sein.<sup>142</sup>

PD-62, betitelt „Modifications in U.S. National Strategy“<sup>143</sup>, stellte eine gewisse Revision und Ergänzung von PD-18 dar, um dieses Fundament der Nationalen Sicherheitsstrategie in Konkordanz mit PD-63 zu bringen<sup>144</sup> und die so heiß umstrittene und allianzpolitisch brisante Prioritätenverschiebung angemessen zu rechtfertigen: „Given the increased risk of

17.12.1980, in: CIA FOIA Electronic Reading Room). Hieraus wurde in der endgültigen Fassung von PD-63 die Formulierung: „Getting our Allies to Carry More of the Burden of coalition deterrence/defense in Europe and Northeast Asia, as part of a rational division of labor, to offset greater allocation of U.S. resources to the security of the Persian Gulf.“ (Carter Library, FOIA Release).

<sup>139</sup> Die zitierte Passage fand sich noch nicht im ersten NSC-Entwurf und wurde für die Endfassung ergänzt.

<sup>140</sup> Im NSC-Entwurf war zunächst nur von den Saudis die Rede gewesen.

<sup>141</sup> Die explizit formulierte Aufgabenstellung „counter Soviet influence“ fand sich noch nicht im NSC-Entwurf.

<sup>142</sup> Vgl. Bronson, *Thicker than Oil*, S. 147ff. und Wright, *Der Tod wird Euch finden*, S. 112ff.

<sup>143</sup> Presidential Directive 62: „Modifications in U.S. National Strategy“, - secret -, 15.1.1981, Carter Library, FOIA Release.

<sup>144</sup> Die Presidential Directive/NSC-18 „remains our strategy, but in light of increased projection of Soviet power which threatens U.S. vital interests in the Persian Gulf region, it has become necessary through a series of individual directives to modify emphasis and priority in the strategy. This Directive will elaborate and codify our progress in building a security framework for the Persian Gulf.“

major local or regional conflict involving key U.S. interests in the 1980s we must increase the priority given to readiness in defense resource allocations.” Hier hatte Verteidigungsminister Brown also eine seiner Kernthesen untergebracht.

Wie PD-62 weiter ausführte, habe sich die Carter-Administration bei der Ausarbeitung von PD-18 gewissermaßen noch den Luxus erlauben können, den Fokus auf NATO-Europa beizubehalten, während Einsatzverbände für Krisen und Kriege in Korea und letztendlich auch am Persischen Golf doch von nachrangiger Bedeutung gewesen waren. „Soviet actions in the Horn of Africa and Afghanistan have, in the interim, increased substantially the threat to our vital interests in the Persian Gulf region. Moreover, the chaotic situation following the Iranian revolution, the Iraq-Iran war and the intensifying intra-Arab and Israeli-Arab tensions have increased the instability in the region. This has also increased the risk to U.S. and Allied interests, both directly and by giving the Soviets added opportunities for interference.”

Dagegen hätten sich anderenorts neue strategische Okkasioneen ergeben: Bemerkenswerterweise verwies PD-62 in diesem Zusammenhang auf die gerade unter Brzezinskis Ägide forcierte sicherheitspolitische Annäherung an China, welche, so die Direktive in gewisser Untertreibung, die amerikanische strategische Position in Ostasien verbessert habe (de facto sollten sowjetische Militärstrategen ja durchaus mit der Eröffnung einer zweiten Front an der chinesischen Grenze rechnen.)

Jedenfalls sei Moskau nunmehr in der Lage, mit einem einzigen geostrategischen Handstreich eine der zentralen Lebensadern des Westens zu kappen: „Given the danger that Soviet success in asserting influence over the oil producing status of the Persian Gulf region could undermine the viability of NATO and Japan, cause enormous economic disruptions in Europe, Japan, and the United States, higher priority must be given to developing adequate strategic lift, general purpose forces and facilities access for Persian Gulf contingencies. While NATO will retain first call on force deployments in peacetime for wartime operations, the Persian Gulf shall have highest priority for improvement of strategic lift and general purpose forces in the Five Year Defense Program.”

Diese militärische Prioritätensetzung und die notwendige analoge Entlastung an anderen Fronten nahmen laut PD-62 die US-Diplomatie und Regionalstrategien für Asien und Europa weiter in die Pflicht: So machte die Direktive *eine weitere Annäherung zwischen den USA und China* ebenso zum Gebot der Stunde *wie sie die republikanische Administration* *ermahnte, von Japan nachdrücklich höhere Verteidigungsausgaben und Aufrüstungsmaßnahmen einzufordern*, als handfesten militärischen Beitrag der japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft.<sup>145</sup> (Dass dies wiederum in Beijing Besorgnisse auslösen müsse, übergang die Präsidentendirektive allerdings geflissentlich). Ferner müsse sich Washington um bessere Beziehungen zu den ASEAN-Staaten bemühen und signifikante Fortschritte erzielen „in getting our NATO Allies to bear a larger share of the burden of defense in Europe.“

An dieser Stelle reflektierte die PD-Formulierung die Forderungen Browns, Brzezinskis und Jones' von Ende November 1980 nachgerade im Originalton: „We must insist (!) that our European Allies undertake the programs and make available the resources needed to

<sup>145</sup> In diesem Punkt kam die republikanische Administration jenem Auftrag bald nach und erreichte eine erste Aufweichung der Yoshida-Doktrin: Beim Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Premier Suzuki im Mai 1981 wurde eine signifikante Intensivierung und Ausdehnung der Marinepatrouillen der japanischen Streitkräfte bis in eine Entfernung von 1000 Seemeilen angekündigt. Tatsächlich gemeint waren mögliche Abwehroperationen gegen sowjetische U-Boote, und die Zahl der japanischen P-3C U-Boot-Jagdflugzeuge wurde in den nächsten Jahren auf 100 Maschinen erhöht. Auf diese Weise wurden ASW-Einheiten der Siebten Flotte für anderweitige Operationen, etwa im Indischen Ozean, freigestellt. Vgl. dazu jetzt Richard J. Samuels, *Securing Japan. Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*, Ithaca and London 2007, S. 89ff.; vgl. ferner Kenneth B. Pyle, *Japan Rising. The Resurgence of Japanese Power and Purpose*, New York 2007, hier S. 254ff.

make up for the reduction in U.S. force commitments caused by our effort oriented toward the Persian Gulf.”<sup>146</sup> Hier waren primär der LTDP und dessen Folgeprogramme gemeint, welche also durch die Carter-Doktrin eine zusätzliche, 1977/78 noch nicht absehbare Bedeutung erhielten.

Was die Unterstützung für den strategischen Regionalplan der USA vor Ort anbetraf, so ging PD-62 noch stärker ins Detail als PD-63 und unterschied zwei Gruppen von Alliierten: Von den Briten, Franzosen und Australiern könne Washington *direkte militärische Beihilfe* am Persischen Golf erwarten.

Die Bundesrepublik Deutschland, andere NATO-Staaten und Japan sollten finanzielle und ökonomische Hilfen beisteuern. Vorrangige Empfänger müssten die Flankenmächte im Westen und Osten der Krisenregion, die Türkei und Pakistan, sein.

Und natürlich sollten die Europäer und Partnerstaaten am Golf sichere Überflug-, Transit-, Lande- und Stationierungsrechte für US-Truppen auf dem Weg an den Golf gewähren.

Immerhin sollten zumindest auf dem Papier noch Reservate der *ursprünglichen* Carterschen Sicherheitspolitik bestehen bleiben, etwa in der Rüstungskontrollpolitik, wo, wie PD-62 betonte, energische Anstrengungen bei den Verhandlungen zur Reduktion der allgemeinen Streitkräfte und insbesondere der nuklearstrategischen Systeme unternommen werden müssten, sofern sie tatsächlich Aussicht versprächen, die sowjetische Aufrüstung einzudämmen. „This latter element of our strategy must be exploited to the extent possible for alleviating both the economic burdens of defense and for reducing the likelihood of the use of nuclear weapons.” Dass unter der neuen, republikanischen Regierung hierfür kaum Erfolgsaussichten bestanden, war im Kreis der scheidenden Administration natürlich klar.

Und welche Erfolgschancen hatten die beiden Präsidentendirektiven nun auf dem Forum der transatlantischen Sicherheitspolitik? Immerhin, laut ostdeutscher Spionage brachte die NATO explizit als Reaktion auf die Carter-Doktrin noch 1980 (und teilweise zeitlich parallel zur Verabschiedung von PD-62 und PD-63 im NSC) ein zweistufiges Militärprogramm auf den Weg:<sup>147</sup>

Das sog. „Programm der Phase I“, welches eine Reihe von Sofortmaßnahmen beinhaltete, wurde im Dezember 1980 durch das „Programm der Phase II zur Verstärkung der NATO-Verteidigungspositionen in Anbetracht der Lage im südwestasiatischen Raum“ ergänzt, verabschiedet von den NATO-Verteidigungsministern im Verteidigungsplanungsausschuss. Es behandelte Modifikationen des LTDP-Langzeitprogramms, des NATO-Streitkräfteplanes 1980-1984 und der Streitkräfteziele für 1981-1986, und seine Grundsätze lauteten nach der – zweifelsohne ideologisch verzerrten – Lesart der HVA folgendermaßen: „Als generelle Maßnahmen sind darin eine höhere Bereitschaft des Paktes [der NATO, MS] zum Einsatz militärischer Gewalt, die Verstärkung der Flanken, insbesondere der Südwestflanke, die Bereitschaft der europäischen NATO-Staaten zur Ausfüllung möglicherweise entstehender ‚Lücken‘ im Gefolge des Einsatzes solcher amerikanischer Kräfte im Krisengebiet, die bisher für Europa geplant waren, und die unbedingte Einhaltung der vereinbarten Ressourcensteigerung (jährliche reale Steigerung der Militärausgaben um mindestens 3 %) enthalten.“

Im Einzelnen, so meldete die HVA, habe die NATO mit Phase II den folgenden Maßnahmenkatalog beschlossen (und es sei hinzugefügt, es handelte sich offenkundig gerade um jene altbekannten Gravamina, welche Carter schon vor dem Sturz des Schah und der sowjetischen Afghanistaninvasion aufgelistet hatte): Erstens solle die Gefechtsbereitschaft weiter erhöht werden, insbesondere bei den Panzerabwehrverbänden. Zweitens müssten die Alliierten den vom NATO-Alarmsystem für Spannungs- und Krisenzeiten

<sup>146</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>147</sup> „Information über das NATO-Verstärkungsprogramm Phase II“, - streng geheim! -, 7.1.1982, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 14, Bl. 307-309.

vorgesehenen Notfallkatalogen bzw. geforderten Reaktionen noch effektiver Folge leisten. Die Mobilmachung und insbesondere die Bildung von Reservetruppen sollten beschleunigt werden. Personal und Material hätten gerade für jene Reserveverbände schnell verfügbar zu sein, welche „frühzeitig in der Kampfzone (CZ) zu konzentrieren sind.“ Die Munitions- und Materialreserven der Allianz müssten endlich für 30 Kampftage sichergestellt werden, und im Rahmen der strategischen Lufttransportkapazitäten für die transatlantischen Verlegungen habe man sich in der NATO geeinigt auf erweiterte, „über das Langzeitprogramm hinausgehende Maßnahmen zur Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten der europäischen NATO-Staaten und Kanadas für den Transport strategischer Verstärkungen.“ Offenbar, weil die US-Lufttransportflotte zusätzliche Aufgaben für den Transfer von Truppen und Material in die Golfregion würde übernehmen müssen. Im Rahmen der Seekriegsstrategie seien die alliierten Flotten aufgefordert worden, eine größere Flexibilität bei Dislozierung und Einsatz innerhalb des NATO-Gebietes zu zeigen; u.a. sei die Bildung einer weiteren ständigen Hochsee-Einsatzgruppe oder eines Abrufverbandes ins Auge gefasst worden. Verzögerungen bei den Schiffsbauprogrammen müssten vermieden und die Modernisierungsprogramme (Seepatrouillenflugzeuge, Flugabwehr) beschleunigt umgesetzt werden.

Das Phase-II-Programm beinhaltete im Übrigen auch Gelder für die gemeinsamen NATO-Infrastrukturprojekte und Militärhilfen für die Türkei und Portugal. Laut HVA habe die NATO in diesem Zusammenhang aber auch neue militärisch-diplomatische Vorhaben für den Mittleren Osten hinzugefügt: „In den allgemeinen Rahmen der Beschleunigungsmaßnahmen wurden verbal auch wirtschaftliche und militärische Unterstützungshandlungen für Länder im südwestasiatischen Raum, die Stationierung militärischer Kräfte im Krisenraum, Transitunterstützungen für Kräfte bei der Verlegung in den Raum u.a. einbezogen.“

Im Mai 1981 hätten sich laut HVA die Verteidigungsminister des Bündnisses auch auf die Maxime geeinigt, dass im Zuge des regulären NATO-Planungsprozesses die Aufgaben derjenigen Partnerstaaten definiert werden sollten, „die für Reaktionen auf Ereignisse außerhalb der NATO-Vertragsgrenzen nicht infrage kommen.“

Weiterhin glaubte die HVA sagen zu können, dass Ende 1981 die NATO-Führungsorgane eine gemischte Bilanz für die Umsetzung der Phase-II-Beschlüsse gezogen hätten: Generell sei die Reaktion der einzelnen Bündnispartner zufriedenstellend gewesen. Allerdings hätte die Implementierung mancher Phase-II-Forderungen wiederum Lücken in anderen NATO-Programmen aufgerissen, und „angesichts der beschränkten Mittel“ sei Phase II „jedoch größtenteils auf Kosten anderer, wichtiger Maßnahmen“ durchgeführt worden. Die Idee einer neuen, auf Abruf verfügbaren maritimen Task Force sei nicht realisierbar gewesen, „da die für andere NATO-Positionen geplanten nationalen Schiffsbestände einen solchen Eingriff nicht vertragen.“

Die USA hätten sich auch erst Ende 1981 in der Lage gesehen, der NATO gewisse Angaben über die Zusammensetzung ihrer RDF zu übermitteln. Bis dahin habe die Allianz nicht genau klären können, so die HVA-Beurteilung der amerikanischen „Schnellen Eingreifkräfte“, in welcher Weise „sich diese US-Planungen auf den NATO-Plan für Schnelle Verstärkungen und damit auf die gesamte NATO-Streitkräfteplanung auswirken werden.“

Letztendlich scheint die Liebesmüh um PD-63 und PD-63 denn doch vergebens gewesen zu sein. Nach vielversprechenden Anfängen legte die Reagan-Administration das Cartersche Konzept eines sicherheitspolitischen *Masterplanes* für die Golfregion auf Eis, weder das PGSF-Gremium im Nationalen Sicherheitsrat noch der von seinen Protagonisten ins Leben gerufene umfassende Analyseprozess wurden von den Republikanern weitergeführt.<sup>148</sup>

<sup>148</sup> Vgl. Odom, Cold War Origins of the U.S. Central Command, S. 77ff., welcher hinzusetzt: „Evidence for this section comes from my personal observations as assistant chief of staff for intelligence, Department of the Army, and as director of the National Security Agency“. Vgl. zum Folgenden auch Jay E. Hines, From Desert

Vielleicht nicht gerade die klügste Vorgehensweise angesichts der Entscheidungen der Reagan-Administration, im Libanon zu intervenieren, mit Bagdad wie auch mit Teheran Waffengeschäfte abzuwickeln und im Golf einen „Tankerkrieg“ zu wagen.

In einer anderen zentralen Frage erreichte das neue Team im Weißen Haus jedoch einen schnellen Durchbruch. Sowohl Brown wie auch Carter hatte letztendlich der politische Wille gefehlt, gegen den bürokratischen Widerstand der Teilstreitkräfte die Schaffung von CENTCOM durchzusetzen. Bald nach Reagans Amtsantritt machte Major Christopher Shoemaker, zuvor enger Mitarbeiter Odoms und Brzezinskis, den zuständigen Major General Robert Schweitzer auf das Problem aufmerksam. Schweitzer ging damit direkt zum Präsidenten. Reagan stimmte zu und erteilte Weinbergers Pentagon und den JCS die Weisung, endlich den separaten Kommandobereich CENTCOM aus der Taufe zu heben.

In einem ersten Schritt wurde im Oktober 1981 die RDJTF aus der bisherigen formellen Unterstellung unter REDCOM (U.S. Readiness Command, dem Nachfolger von Kennedys STRICOM) herausgelöst und verwaltungstechnisch als unabhängige JTF mit klarer definierten geographischen Zuständigkeiten geführt.<sup>149</sup>

Und der 1. Januar 1983 markierte dann die Geburtsstunde des U.S. Central Command, zunächst weiterhin unter dem Kommando von Lt. General Robert Charles Kingston (seit Juli 1981) und ab November 1985 geführt von General George Brainard Crist (US Marine Corps).

Allein, bedeutete dies zugleich, dass unter der Reagan-Administration die Schnelle Eingreiftruppe für den Golf nun mit entsprechenden Truppen, Transportkapazitäten, mit see- und luftgestützter Feuerkraft ausgestattet wurde? Mitnichten, und das Problem begann im Grunde schon mit der Wahl des CENTCOM-Hauptquartiers: Eine permanente Verlegung in die Golfregion ließ sich nicht durchsetzen, also mussten die Militärstäbe ihren Einsatzort weiterhin aus gehöriger Entfernung und über Zeitzonen hinweg von der MacDill Air Force Base (Florida) im Auge behalten.

Und auch unter Reagan wurden die designierten Divisionen durchaus nicht aus den bisherigen Einsatzkonzepten herausgelöst, sondern in Doppelrollen mehrfach verplant. Sie waren also weiterhin mit jenen Missionen betraut, welche die Operationspläne für andere Kriegsschauplätze in NATO-Europa und im Pazifik ihnen zuwiesen.

Was nun die Logistikseite anbetraf, so wurde der mit Erlaubnis der Briten seit 1971 betriebene amerikanische Militärstützpunkt auf Diego Garcia nun tatsächlich von den US-Streitkräften erheblich ausgebaut.

Andererseits wollte sich gerade die US Navy mit einer verstärkten Präsenz im Persischen Golf und Indischen Ozean keineswegs anfreunden. Zwar wurden die 1980 von der Carter-Administration der Navy fast schon aufgedrängten Transportschiffe mit dem eingelagerten schweren Kriegsgerät für die RDF nunmehr direkt vor Ort im Indischen Ozean disloziert. Damit wollten es die Admiräle aber im wesentlichen auch genug sein lassen, sie dachten nicht daran, zusätzlich zu den sieben RoRo-Schiffen weitere Transportkapazitäten bereitzustellen.

Aber auch die US-Luftwaffe der 80er Jahre ging ihre Aufgabe im Mittleren Osten mit bemerkenswert wenig Enthusiasmus an, und so wurden etwa die Defizite beim strategischen Lufttransport bis zum Ende des Jahrzehnts nur unmaßgeblich verringert.

Sicherlich wurden nunmehr die Kriegsplanungen für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe einer regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung unterzogen; auf der anderen

---

One to Southern Watch: The Evolution of U.S. Central Command, in: Joint Force Quarterly (JFQ), Spring 2000, S. 42-48.

<sup>149</sup> Das Einsatzgebiet umfasste nun formell: Ägypten, den Sudan, Äthiopien, Kenia, Somalia, Djibuti, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, die VAE, die beiden jemenitischen Staaten, Afghanistan, Pakistan. Ab Januar 1983 kam noch Jordanien hinzu. Vgl. CENTCOM History, Part 1, [www.centcom.mil/sites/uscentcom2/CENTCOM%20History/History1.aspx](http://www.centcom.mil/sites/uscentcom2/CENTCOM%20History/History1.aspx).

Seite jedoch ergab sich eine paradoxe Situation, welche Odom folgendermaßen skizziert: „The military services continued to see it as a resource drain from other, more important missions – namely in Europe and East Asia. [...] Although CENTCOM’s war plans were approved by the JCS, no one believed that the command had adequate resources to implement them in a timely fashion.“<sup>150</sup>

Und was die Ausrichtung der Operationspläne anbetraf, so konzentrierte man sich auch weiterhin primär auf das Iran-Szenario: Um die sowjetischen Streitkräfte – wie im SNIE von 1980 beschrieben – davon abzuhalten, die iranischen Ölfelder unter Kontrolle zu bringen, sollte eine US-Streitmacht von 5 Divisionen und 2 Brigaden vom Persischen Golf aus einen Vorstoß bis zum Zagrosgebirge unternehmen.<sup>151</sup> Kein sonderlich vertrauen-erweckendes Konzept, und tatsächlich sollte im Jahre 1986 CINCENT General Crist selbst jenen Plan als abwegig bezeichnen. Crist, als General der Marines ab 1985 Kommandeur des Zentralkommandos, bedauerte doch sehr, dass die politische und militärische Führung in Washington in seinem CENTCOM im Grunde nicht viel mehr sah als “an RDJTF whose sole purpose was to go to Iran and wage World War III against the Russians in a conflict restricted solely to our theatre of operations.”<sup>152</sup>

Allerdings konnte CENTCOM auch einiges auf der *diplomatischen* Haben-Seite verbuchen, etwa engere Kontakte mit den jordanischen Streitkräften oder eine intensivere Kooperation mit Saudi-Arabien im militärischen Infrastrukturbereich.

Und zunächst sah es so aus, als ob die Befürchtungen des State Department, eine derartige offene Präsenz von US-Truppen könnte den Zorn der arabischen Strasse hervorrufen und Unruhen gegen Präsident Sadat schüren, überzogen gewesen waren. Bis zu jenem verhängnisvollen 6. Oktober 1981, als Sadat selbst einem jihadistischen Mordanschlag zum Opfer fiel.<sup>153</sup> Unmittelbar nach dem Attentat wurde eine Flugzeugträgerkampfgruppe der U.S. Navy und die *Mediterranean Amphibious Ready Group* vor der ägyptischen Küste zusammengezogen, da in Washington zunächst eine Involvierung Gaddafis respektive libysche Aggressionen gegen Ägypten oder den Sudan nicht ausgeschlossen werden konnten.

Die CENTCOM-Planer in Florida mochten sich angesichts mancher Verzögerungen, Friktionen und Defizite die Haare raufen – bei den NATO-Strategen ging dagegen die Diskussion um die Auswirkungen für die Verteidigung des alten Europa in eine neue Runde, weiterhin unter intensiver Beobachtung der östlichen Spionage.

<sup>150</sup> Zitiert nach Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 77.

<sup>151</sup> Vgl. den zweiten Teil der offiziellen Darstellung der Geschichte des U.S. CENTCOM durch das CENTCOM Office of History ([www.centcom.mil/sites/uscentcom2/CENTCOM%20History/History2.aspx](http://www.centcom.mil/sites/uscentcom2/CENTCOM%20History/History2.aspx)).

<sup>152</sup> Vgl. Hines, *From Desert One to Southern Watch*, in: *JFQ*, Spring 2000, S. 45.

<sup>153</sup> Vgl. Wright, *Der Tod wird Euch finden*, S. 65ff.

## 9. Wieviel Barrel ist Europa wert? Die weiteren Auswirkungen der Carter-Doktrin im (Zerr-)Spiegel der HVA-Berichterstattung

Wie die HVA im Herbst 1983 in Erfahrung gebracht haben wollte, waren der NATO-Militärausschuss zusammen mit SACEUR und den anderen obersten NATO-Kommandeuren seit Januar 1982 dabei, die militärischen Auswirkungen abzuschätzen, welche die Bildung der RDF bzw. die Zusammenstellung der CENTCOM-Verbände für die Verteidigung Europas mit sich bringen würde. Die Ergebnisse seien später vereint worden in der „South West Asia Impact Study“ für den Kommandobereich Europa.<sup>154</sup>

Die Arbeiten der NATO-Stäbe seien allerdings durch den Umstand beeinträchtigt worden, dass die US-Regierung Brüssel auch weiterhin nicht die kompletten RDF-Militärplanungen zur Verfügung gestellt habe. „Aus den übermittelten Daten gehe lediglich hervor, dass ab 1987 mit einem Bestand von sieben Divisionen der Landstreitkräfte als Kern der RDF zu rechnen sei und die USA den Ausbruch einer Krise zunächst in Südwestasien und anschließend in Europa für wahrscheinlich halten.“

„Die USA geben der NATO die Versicherung, dass die Kontingente für die Rapid Deployment Joint Task Force (Schnelle Eingreifkräfte) die ‚assigned‘ gemeldeten Heereskräfte nicht verringern. Sie sollen aus earmarked- und other forces-Kräften, einschließlich einer oder zweier Marineinfanteriedivisionen, zusammengestellt werden“, so ein weiterer HVA-Bericht von Ende März 1982, welcher zu den *weiteren Elementen für eine RDF-Expeditionsstreitmacht* folgende Details meldete:<sup>155</sup>

Die Stärke der *US-Luftstreitkräfte* für einen Einsatz im Mittleren Osten im Jahre 1982 gab die HVA unter Verweis auf NATO-Quellen mit 22 Staffeln taktischer Kampfflugzeuge, 4 Staffeln Aufklärungsmaschinen und 15 Lufttransportstaffeln an, alle in der Bereitschaftskategorie A-1 bzw. A-2. Für 1984 sei auch die Bereitstellung einer Staffel von 24 EF-111A für die elektronische Kriegführung anvisiert. Dabei gelte noch immer: „Die NATO hat noch keine Angaben über die Auswirkungen dieser Planungen auf die Bereitstellung von USA-Luftstreitkräften für die NATO erhalten.“

Was die *maritime Komponente* der RDF anbetraf, so kalkulierte die NATO nach den Spionageerkenntnissen der HVA im Jahre 1982 mit „der Abstellung von Flottenkräften in der Größenordnung von einer Flugzeugträgerkampfgruppe, zehn Zerstörern und Fregatten, eines amphibischen Landungsverbandes, vier Versorgern und 18 Fernaufklärungs- und U-Jagdflugzeugen aus dem Bestand der für NATO-Aufgaben vorgesehenen Kräfte“.

1984 glaubte die HVA dann ein noch genaueres Bild liefern zu können:<sup>156</sup> „Ein Teil der NATO-gebundenen Kräfte kann jederzeit dem CENTCOM (Schnelle Eingreifkräfte) zugewiesen werden, aus den für das Oberkommando Europa gebundenen Kräften 1 Flugzeugträger (CV/CVN), 2 Kreuzer (CG/CGN) und 11 Zerstörer oder Fregatten (earmarked, A-5), und aus den für das Oberkommando Atlantik gebundenen Kräften 1 Flugzeugträger (CV/CVN), 3 Kreuzer (CG/CGN), 15 Zerstörer oder Fregatten, 2 Angriffs-U-Boote und 18 Fernaufklärungs- und Überwachungsflugzeuge P-3 (assigned A-1).“

Wie die HVA ebenfalls erfahren zu haben behauptete, hatte SACEUR General Bernard W. Rogers bei seiner Beurteilung der ersten Phase der Reaganschen Rüstungspolitik und ihrer Auswirkungen auf die NATO (offenbar von Ende 1981 bzw. Anfang 1982) ein gemischtes

<sup>154</sup> „Aktuelle Informationsübersicht Nr. 41/83 vom 31.10.1983: Auswirkungen der amerikanischen Planung für die ‚Schnellen Eingreifkräfte‘ auf das NATO-Konzept in Europa“, - Streng geheim! Nur zur persönlichen Kenntnisnahme! -, 31.10.1983 (Kopie an Honecker), BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 34, Bl. 44.

<sup>155</sup> „Information über die Berichterstattung der USA an die NATO zur Einschätzung der Entwicklung ihrer für den Einsatz im NATO-Rahmen vorgesehenen Streitkräfte“, - streng geheim! -, 25.3.1982, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 14, Bl. 8-33.

<sup>156</sup> „Information über den Entwicklungsstand und die Planung der Kräfte und Mittel der Flotte und des Marinekorps der USA für die NATO“, - streng geheim! Nur zur persönlichen Information! -, 16.4.1984, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 30, Bl. 138-177, hier Bl. 142.



Bild gezeichnet und es auch nicht an kritischen Bemerkungen fehlen lassen:<sup>157</sup> Der SACEUR habe zwar Verbesserungen betreffend die „Wirksamkeit der Schnellverstärkungskräfte und die Fähigkeit zum schnellen Handeln außerhalb des NATO-Rahmens durch den Aufbau der Schnellen Eingreifkräfte (RDJTF)“ hervorgehoben, zugleich mit Sorge eine „Schwächung der Kräfte an den Seeflanken durch Detachierung von Kampfgruppen, einschließlich Flugzeugträgern, in Seeräumen außerhalb des NATO-Bereichs“ wahrgenommen.

Und einmal mehr habe sich laut HVA-Einschätzung gerade die Bundeswehr höchst beunruhigt über die von Washington geplante Diversion von Truppen gezeigt.<sup>158</sup> Die NATO-Marinestrategie, sowohl in ihrer offensiven wie defensiven Ausprägung, sei ebenso gefährdet wie die konventionelle Bodenkriegführung in Mitteleuropa, wie der Transport von schnellen Verstärkungen an die NATO-Flanken und womöglich auch die Luftkriegsführung: „Die Bundeswehrführung hat in ihren Schlussfolgerungen dazu auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen, die sich bei Ausführung des amerikanischen Konzepts in einer Krise ergeben werden: die Unmöglichkeit, die maritimen Aufgaben in der Norwegensee und die Geleitbedeckung über den Atlantik zu gewährleisten; die Reduzierung der für Europa geplanten Verstärkungskräfte der USA um 41 % bei den Heeres- und um 30 % bei den Luftwaffenkontingenten; der Ausfall der amphibischen Verstärkungskräfte für die Nord- und Südflanke.“ Die Vorstellung einer Kompensation durch Nachrüstungen der NATO-Europäer (also eines der Lieblingskonzepte der RDF-Strategen gegen Ende der Carter-Administration) sei ebenfalls von den Experten der Hardthöhe mit klaren Worten ins Reich der Illusionen verwiesen worden: „Ein Ersatz der ausfallenden Kräfte und Mittel durch Aufwendungen europäischer NATO-Staaten ist nach Auffassung der BRD nicht möglich. Die Kompensationsempfehlungen der Obersten NATO-Befehlshaber seien nicht zur Lösung des Problems geeignet.“

Kein Wunder, dass das Thema RDF dauerhaft auf der Agenda der bündnisinternen Diskussionen blieb – und die DDR-Auslandsspionage behauptete, dank ihrer Zuträger weiterhin heimlich mit am Beratungstisch sitzen zu können: Im Oktober 1982 habe das *Defense Review Committee* (DRC, zuständig für die NATO-Kontrolle der nationalen Truppenplanungen) die amerikanischen Streitkräfteplanungen für das Jahr 1983 respektive langfristig für die Zeit bis 1987 erörtert und in seiner Beurteilung der Reagan-Administration grundsätzlich sehr gute Noten erteilt.<sup>159</sup> Dennoch kam auch hier unweigerlich die heikle Frage aufs Tapet, ob bei einer globalen Krise zwischen den Supermächten, welche gerade auch die Golfregion einschließe, die Verlegung der RDF die Position der NATO nicht doch übermäßig schwäche. Dabei hatten die US-Vertreter den Bündnispartnern versichert, „für den Fall einer gleichzeitigen Entwicklung politisch-militärischer Krisen in Europa und Südwestasien die Prioritäten bei Europa zu setzen, d.h. strategische Verstärkungen schwerpunktmäßig hierher zu verlegen.“ Zugleich mussten sie jedoch zugeben, dass eine *Rückverschiebung* von RDF-Verbänden vom Golf nach Europa „nahezu unmöglich, auf jeden Fall aber äußerst zeitaufwändig wäre“. Und führende NATO-Repräsentanten hatten im DRC offenbar erneut darauf hingewiesen, dass die Militärstäbe der Allianz „ihre Einschätzung der Folgen des amerikanischen strategischen Konzepts für Südwestasien noch nicht abgeschlossen haben.“

<sup>157</sup> „Information über die Berichterstattung der USA an die NATO zur Einschätzung der Entwicklung ihrer für den Einsatz im NATO-Rahmen vorgesehenen Streitkräfte“, - streng geheim! -, 25.3.1982, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 14, Bl. 32.

<sup>158</sup> „Aktuelle Informationsübersicht Nr. 41/83 vom 31.10.1983: Auswirkungen der amerikanischen Planung für die ‚Schnellen Eingreifkräfte‘ auf das NATO-Konzept in Europa“, - Streng geheim! Nur zur persönlichen Kenntnisnahme! -, 31.10.1983, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 34, Bl. 44.

<sup>159</sup> „Information über die Streitkräfteplanung der USA für die NATO“, - streng vertraulich! -, 30.11./1.12.1982, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 19, Bl. 296-299.

Auch wie sich die weitere Langzeitplanung der NATO-Militärpolitik ab Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre gestalten sollte und welche Rückwirkungen für die Allianz sich dann aus einem möglichen US-Militäreinsatz am Persischen Golf zu Beginn eines nächsten Weltkrieges ergeben konnten, glaubte die HVA vorhersagen zu können, und zwar aus ihren nachrichtendienstlichen Informationen über die sog. „Ministerial Guidance 83“, welche auf den Sitzungen des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) vom 1. und 2. Juni 1983 von den NATO-Verteidigungsministern verabschiedet worden war und ihre Vorgängerrichtlinie vom Mai 1981 ersetzen sollte: „Über den Richtliniencharakter hinaus sind die im Zusammenhang mit dem Dokument erarbeiteten Analysen zum militärischen Kräfteverhältnis und zur ökonomischen Gesamtsituation als determinierende Grundlage der Streitkräfte- und Rüstungsplanung aufschlussreich.“<sup>160</sup> Aus ihrem Spionagematerial lasen die HVA-Bearbeiter Folgendes heraus:

Auch weiterhin solle bei der NATO an der ehernen militärstrategischen Basis, der „Flexible Response“ nach MC 14/3, nicht gerüttelt werden. Die HVA ihrerseits sah diese Doktrin nunmehr verbunden mit dem, was sie „US-amerikanische globalstrategische Leitvorstellungen“ nannte: Optionen einer weltweiten Reaktion auf lokale sowjetische Aggressionen, respektive die *horizontale* Eskalation.

Um die „Flexible Response“ zu realisieren, sei natürlich die Verstärkung der militärischen Triade, also der konventionellen Streitkräfte und der „schauplatzgebundenen“ bzw. strategischen Nuklearwaffen notwendig.

Darüberhinaus, so die HVA-Informationen, bemühe sich die Allianz um eine Beschleunigung ihrer Entscheidungsverfahren für Spannungs- und Krisenzeiten: „Für die Steuerung von Krisenprozessen sowie für die Perfektionierung des militärischen Führungssystems wird der Ausbau des Systems der Nachrichtenverbindungen, insbesondere der zentralen Teilsysteme, und der Kapazitäten der Elektronischen Kampfführung ausdrücklich gefordert.“

Die *nationalen* Militärplanungen sollten ferner stärker auf NATO-Linie getrimmt und interoperabel angelegt werden: „Konsequenter als bisher sollen nationale Entscheidungen auf militärischem Gebiet nur unter Beachtung NATO-weit vereinbarter politischer, ökonomischer und militärischer Grundsätze und Einschätzungen getroffen werden; beschlossene Zielstellungen der Mitgliedstaaten und des Bündnisses müssen so einander angeglichen sein, dass ein zusammenhängender NATO-Gesamtplan entwickelt werden kann.“

Natürlich hielt die NATO auch fest an ihrer Maxime einer realen Steigerung der jährlichen Militärausgaben um 3 %. In diesem Zusammenhang behauptete die HVA Kenntnis zu haben von einem Einspruch der Bundesregierung, dokumentiert in einem Appendix zur „Ministerial Guidance“: Bonn wollte festgestellt wissen, dass die 3-%-Klausel nur als ungefähre Maßstab für die Bewertung des Verteidigungsbeitrages der jeweiligen NATO-Partner angesehen werden dürfe, aber nicht als der *allein* ausschlaggebende: Auch den Kriterien von Truppenstärke, Qualität und Quantität der Waffensysteme, sowie Training und Gefechtsbereitschaft der Einheiten müsste bei der NATO-internen Leistungsbewertung großes Gewicht zukommen.

Welche Einschätzung des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen den Militärblöcken lag der neuen Ministerrichtlinie zugrunde? Wenn die Informationen der HVA zutreffend waren, dann konnte die östliche Spionage hieraus einmal mehr erkennen, wie pessimistisch die NATO einige zentrale Faktoren der militärischen Balance beurteile: So werde die westliche Unterlegenheit bei den Mittelstreckensystemen trotz der NATO-Nachrüstung wohl noch bis

<sup>160</sup> „Information über die NATO-Ministerrichtlinie für den Zeitraum 1985 bis 1990“, - streng geheim! -, 17.6.1983 (Kopien u.a. an Honecker, Streletz, Hoffman – letzterer erhielt noch eine detailliertere Analyse der militärpolitischen Programme der NATO-Richtlinie), BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 25, Teil 1 von 2, Bl. 48-54.

Ende der 80er Jahre andauern, und auch bei den nukleartaktischen Gefechtsfeldwaffen könne die NATO gerade noch einen kleinen quantitativen Vorsprung behaupten.

Die Truppenstärke des Warschauer Paktes betrage etwa 6 Mio. Mann, von denen 70 % für einen Angriff auf Westeuropa zusammengezogen werden könnten, nicht eingerechnet weitere 750.000 Mann als „Sicherheitskräfte“. Demgegenüber könne die NATO insgesamt 4,4 Mio. Soldaten aufbieten, von denen aber ein beträchtlicher Teil erst über den Atlantik transportiert werden müsste – und ein weiterer Teil *außerhalb des NATO-Gebietes* zum Einsatz kommen solle.

Die HVA glaubte aus der nachrichtendienstlichen Lageeinschätzung der NATO auch für die Zukunft einen gewissen westlichen Respekt für die Bemühungen des Warschauer Paktes herauslesen zu können – so etwas meldete man den Genossen an der Spitze des SED-Staates und in Moskau doch gerne: „Trotz sowjetischer Schwächen (Führung und Ausbildung, ungünstige militärgeographische Lage bzgl. des Zugangs zu den Weltmeeren, innenpolitische Instabilität und wirtschaftliche Schwierigkeiten bei ihren Verbündeten) herrsche in den Streitkräften des Warschauer Vertrages die Tendenz der Modernisierung von Bewaffnung und Ausrüstung vor.“

Und während man in der Reagan-Administration darüber nachdachte, wie man den Ostblock zur „Totrüstung“ zwingen konnte, schienen nach Einschätzung der HVA bei der NATO selbst die Zweifel zu wachsen, ob man die ehrgeizigen militärstrategischen High-tech-Konzepte überhaupt werde finanzieren können: Vermutlich würde die westliche Allianz ungeachtet dieser Modernisierungs- und Reformprojekte auch in Zukunft mit gewissen Defiziten leben müssen, und diese könnten nur kompensiert werden, wenn die NATO sich im Krisenfall nicht von sowjetischen Erpressungsversuchen auseinanderdividieren lasse, wenn die strategischen Vorwarnzeiten gewahrt blieben und wenn notwendige militärische Mobilmachungsmaßnahmen nicht hinausgezögert werden würden (Air Chief Marshal Le Cheminant hatte einige Jahre zuvor ja nicht viel anders argumentiert): „Die von der NATO geplanten beträchtlichen Modernisierungen zur Überwindung der Schwächen bei den Kriterien Leistungskapazität, Effektivität und Durchhaltefähigkeit bedürfen erhöhter finanzieller Aufwendungen, die u.U. nicht erbracht werden können. Die Durchführbarkeit des militärstrategischen NATO-Konzepts werde deshalb in starkem Maße abhängen von der Fähigkeit, in Spannungssituationen Geschlossenheit zu demonstrieren und rechtzeitig Entscheidungen über Mobilmachung und strategische Verstärkungen zu treffen.“

Damit zum militärpolitischen Maßnahmenkatalog der „Ministerial Guidance“, dem Ausbau der NATO-Streitkräfte im Einzelnen, und zu den Konsequenzen der Carter-Doktrin für die NATO – aus der Perspektive und in der (ideologisch durchaus verzerrten) Interpretation der HVA: Die ministerielle Richtlinie habe nochmals die Notwendigkeit der nuklearen Nachrüstung bei den Mittelstreckenraketen, aber auch der Modernisierung der nukleartaktischen Systeme unterstrichen. Im konventionellen Bereich, also im Rahmen der Realisierung der AirLandBattle- bzw. FOFA-Konzepte, müssten die Potentiale der NATO-Truppen zur Bekämpfung der zweiten und folgenden Staffeln des Warschauer Paktes natürlich weiter ausgebaut werden, unter Nutzung der neuesten westlichen Technologien – die Maßnahmen „zielen insgesamt auf eine optimale Steigerung der Leistungsfähigkeit von Truppe und Führung unter Nutzung der potentiellen, vor allem der wissenschaftlich-technischen Vorteile der NATO-Staaten“, so der HVA-Bericht.

Weiterhin würden die Richtlinien die Realisierung des Schnellverstärkungsplanes von SACEUR einschließen, und generell gelte es, eine bessere Kräfte-Relation und Kooperation sicherzustellen für die in Europa stationierten Verbände bzw. das eingelagerte schwere Kriegsmaterial einerseits und die im Kriegsfall schnell heranzuführenden Verstärkungen und Reserveformationen andererseits, deren Ausbau „aus bislang nicht geplanten Reservisten“ weiter voranschreiten sollte (gefordert wurde einmal mehr die Aufstellung weiterer Reservebrigaden).

Die Agenda umfasse ebenfalls den weiteren Ausbau der Marinekräfte sowie die Beseitigung der Mängel bei der Logistikbevorratung und bei der Umsetzung der Infrastrukturplanungen.

Und schließlich mahne die ministerielle Richtlinie auch nachdrücklich eine Verbesserung der NATO-Luftabwehr mit ihren gegenwärtigen Defiziten an. „Die NATO-Führung betrachtet die Luftverteidigung als eine der wesentlichsten Schwächen ihrer militärischen Gesamtleistungsfähigkeit, die noch jahrelang bestehen werden und die direkte Auswirkungen auf das strategische Konzept haben“, so die Einschätzung der HVA, welche auch das Lob der NATO-Führung an die Adresse der Thatcher-Regierung nicht unterschlug: „Sie hebt im Zusammenhang mit der geforderten Steigerung des Grades der Gefechtsbereitschaft aller konventionellen Streitkräfte hervor, dass Großbritannien bei der Falklandoperation ein Musterbeispiel für zweckmäßig ausgebildete und ausgerüstete, schnell verfügbare und allseitig sichergestellte Streitkräfte geliefert habe.“ (Wie man heute weiß, sah die Realität des britischen Falklandfeldzuges denn doch ein wenig anders aus.)

Abgesehen von jenen in der Vergangenheit immer und immer wieder erörterten Themenfeldern beschäftigte sich die neue Standortbestimmung der NATO offenbar noch mit zwei weiteren heißen Eisen:

Zum einen ging es dieses Mal nicht mehr nur um die Stärkung defensiver ABC-Schutzmaßnahmen. Zusätzlich, so meldete es die HVA, solle auch die Kapazität der NATO ausgebaut werden, als mögliche *Vergeltung* „in begrenztem Ausmaß in allen Kommandobereichen“ Chemiewaffen zum Einsatz zu bringen.

Und zweitens rückten auch bei diesen Beratungen des Bündnisses unvermeidlich die Carter-Doktrin und ihre Auswirkungen für die NATO auf die Agenda: Die bereits erwähnte „South West Asia Impact Study“ des Militärausschusses lag zum Zeitpunkt der Verabschiedung der „Ministerial Guidance 83“ nach Darstellung der HVA noch nicht vor, und dennoch kamen die NATO-Regierungen nicht umhin, die Frage zu beantworten, wie das Bündnis mögliche Lücken in Europa durch eine massive Verlegung von US-Verbänden an den Persischen Golf würde schließen können.

Zunächst einmal mussten die HVA-Analysten zur Kenntnis nehmen, dass die „Ministerial Guidance 83“ der Kernaussage der Carter-Doktrin uneingeschränkt zustimmte: Die Erdölressourcen des Mittleren Ostens seien natürlich auch für die Allianz von vitaler Bedeutung. Die nächste Konfrontation der Supermächte könnte in der Golfregion ihren Ausgangspunkt nehmen und dann auf Europa übergreifen.

Wie genau sich die NATO die Stabilisierung und, im Notfall, die Verteidigung der Region durch westliche Interventionen vorstellte, scheint in den von der DDR-Spionage erbeuteten Dokumenten nur schemenhaft angedeutet worden zu sein, sicherlich zum Bedauern der HVA, welche folgende Zusammenfassung glaubte wiedergeben zu können:

„Die bisher von den USA und anderen Staaten im Krisenraum getroffenen Maßnahmen stellen bereits einen wertvollen Beitrag zur stabilen Entwicklung dar, seien aber nicht ausreichend, um eine direkte sowjetische, gegen die grundlegenden westlichen Interessen gerichtete Aggression abzuwehren. Die genannten Staaten verfügen über die militärische Leistungskraft, um erforderlichenfalls in eine direkte Verteidigung des Raumes einzutreten. Rechtzeitige Konsultationen und ein abgestimmtes gegenseitiges Zusammenwirken einschließlich koordinierte[r] militärische[r] Handlungen würden den Abschreckungseffekt erhöhen oder, falls er ausbleibt, die Kosten einer Aggression für den Gegner erhöhen. Die nicht direkt an den Aktionen beteiligten Mitgliedsländer sollten entsprechend den Beschlüssen des Bonner Gipfels vom Sommer 1982 abgestimmte Unterstützungshandlungen leisten, die in Zwischenlandungs-, Überflug- und Rückflugrechten, in logistischer Unterstützung und in der Bereitstellung von Einrichtungen bestehen. Die rechtzeitige Erfüllung der beschlossenen Streitkräfteziele durch alle NATO-Länder wäre ein wesentlicher Beitrag, die Folgen des Einsatzes amerikanischer Streitkräfte in Südwestasien für die europäische

NATO-Gruppierung zu mindern.“ Um also US-Streitkräfte für CENTCOM-Missionen freizustellen, müssten Veränderungen und Modifikationen direkt in einigen der NATO-Operationspläne vorgenommen werden. Und weil ein Teil der (begrenzten) strategischen Transportkapazitäten der USA dann auf die Golfroute umgeleitet werden musste, hätten die NATO-Europäer sich nun darauf vorzubereiten, die für ihre Verteidigung bestimmten Verstärkungen aus den USA zu einem gewissen Grade selbst, mit eigenen Transportschiffen und Transportflugzeugen, über den Atlantik zu bringen.<sup>161</sup>

Auch wenn nach Darstellung des HVA-Berichts die Vertreter Washingtons einmal mehr betont hatten, dass der Verteidigung Europas weiterhin die oberste Priorität gleich hinter dem Schutz der Heimat zukäme, so sei es dennoch möglich, dass Europa zur Sicherung der Ölquellen am Golf militärische Opfer würde bringen müssen. Von amerikanischer Seite, so die HVA, wurde offen konzediert, in diesem Zusammenhang „seien eine Reduzierung der konventionellen Leistungskraft der europäischen NATO-Gruppierung und zusätzliche Schwierigkeiten in der strategischen Position der Südflanke unvermeidlich *und könnten zu einem frühzeitigeren Einsatz von Kernwaffen im Kriege führen, als es bisher der Fall war.*“<sup>162</sup>

### **10. Die HVA und die „Mängellisten“ der NATO 1984-85**

Soweit die Berichterstattung der ostdeutschen Auslandsspionage über die Ziele und Zukunftsprojekte der feindlichen Allianz; doch damit nicht genug, auch zur Implementierung des LTDP vermeldete man neue Spionageerkenntnisse: Ende 1983, so die HVA in einem weiteren umfassenden Bericht, hätten sich die Führungsgremien der NATO im Rahmen einer Revision mit der Frage beschäftigt, inwieweit das Plansoll aus den *Streitkräftezielen* für 1983 bis 1986 erfüllt worden sei. Dabei habe die NATO-Führung die Fortschritte und weiterbestehenden Mängel der Bündnispartner detailliert aufgelistet und ihren Alliierten gewissermaßen Noten in Sachen militärischer Abwehrbereitschaft und bündnistreuer Militärpolitik erteilt. Aufgrund dieser Beurteilungen, so die HVA weiter, sei der neue Fünfjahres-Streitkräfteplan erarbeitet worden: „Von der NATO wird eingeschätzt, dass die Verpflichtungen [...] im Wesentlichen erfüllt wurden. Die Streitkräfte der NATO-Staaten wurden im Zuge eines universellen Modernisierungsprozesses zunehmend mit neuen technisch hochentwickelten Waffensystemen ausgestattet. Diese Entwicklung zeigte sich besonders in der fortlaufenden Verbesserung der Ausstattung der Panzertruppen, der Einführung neuer Panzerabwehrsysteme, der Indienststellung neuer Seekriegs-, Luftkriegs- und Luftverteidigungsmittel. Die NATO-Führungsgremien schätzen ein, dass ungeachtet dieser Erfolge nach wie vor ernste Probleme bestehen bzw. neu entstanden sind. So gelang es nicht, Belgien und die Niederlande zur vollen Aufrechterhaltung ihrer NATO-Verpflichtungen zu bewegen.“<sup>163</sup>

Und welchen allgemeinen Zuwachs an Kampfkraft erwartete das feindliche Bündnis für die nächsten fünf Jahre? Die HVA behauptete, aus ihren Quellen den folgenden nato-internen Ausblick eruiert zu haben: Die Landstreitkräfte der NATO sollten im Zeitraum 1984 bis 1988 u.a. neue oder modernisierte Kampfpanzer erhalten, die Arsenale an hochentwickelten Panzerabwehrsystemen würden weiter ausgebaut und die Feuerkraft der Artillerie durch neue Geschütze, Munition und Raketenwerfer erhöht. Und dank Nachrüstungen bei der Luftverteidigung wachse auch „die Fähigkeit der Landstreitkräfte der NATO, sich auf dem

<sup>161</sup> Vgl. ebenda, Bl. 52.

<sup>162</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>163</sup> „Information über die Einschätzung der NATO zum Stand der Erfüllung der militärischen Verpflichtungen der Mitgliedsländer und der Erarbeitung der Planungen bis 1988“, - streng geheim! Nur zur persönlichen Information! -, 6.4.1984, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 30, Bl. 209-239.

Gefechtsfeld gegen die ständig leistungsfähiger werdenden Luftangriffskräfte des Warschauer Vertrages zu behaupten.“ „Insgesamt sollen die vorgesehenen Maßnahmen zu einer beträchtlichen Steigerung der Kampfkraft der NATO-Landstreitkräfte führen“, so auch die Einschätzung der HVA.

Die Luftstreitkräfte der Allianz profitierten vor allem durch eine Verstärkung der taktischen Kampffliegerverbände, und zwar „vorrangig aus der großen Zahl von Neuzuführungen für die Luftstreitkräfte der USA“.

Auch bei den NATO-Seestreitkräften sei bis 1988 eine weitere Erhöhung der Kampfkraft zu erwarten, primär durch die „umfangreichen Schiffbauprogramme“ der USA, Großbritanniens, der Niederlande und Italiens.

Doch trotz dieser angestrebten Verbesserungen der Verteidigungsfähigkeit hätten laut HVA die NATO-Führungsgremien noch sehr erhebliche Mängel konstatiert: „Dazu gehört insbesondere die zeitlich begrenzte Kampffähigkeit der NATO-Streitkräfte aufgrund unzureichender Bevorratung mit Munition und anderen Verbrauchsgütern. Die Gefechtsmöglichkeiten der Luftverteidigung werden nach wie vor als unzureichend eingeschätzt. Sie werden insbesondere durch das Fehlen eines NATO-weiten integrierten Kennungssystems beeinträchtigt. Die Mängel im Bereich des Funkelektronischen Kampfes und des KCB-Schutzes [ABC-Schutz, MS] werden als besorgniserregend angesehen. Finanzierungsprobleme im Bereich der Infrastrukturvorhaben beeinträchtigen zusätzlich die Überlebensfähigkeit und das Durchhaltevermögen der NATO-Streitkräfte. Schwierigkeiten ergeben sich aus dieser Situation auch für die Aufnahme auswärtiger Verstärkungen und deren Weiterleitung.“ Die HVA behauptete, aus den NATO-Materialien auch folgern zu könne, dass die Allianz teilweise sogar am klassischen Axiom der *qualitativen* Überlegenheit der eigenen Streitkräfte zweifelte: „Vor allem aus ökonomischen Gründen erfolgte Reduzierungen der Ausbildungsintensität und des friedenszeitlichen Einsatzes, vor allem eine Verringerung der Flugstundenzahl und der Zahl der Schiffstage auf See, untergraben nach Einschätzung der NATO-Führung das Vertrauen in die Fähigkeit der NATO-Streitkräfte, zahlenmäßige Unterlegenheit durch höhere Leistungsfähigkeit ausgleichen zu können.“

Unter Verweis auf den Inhalt der „Ministerial Guidance 83“ werde von den NATO-Alliierten eingefordert, solche Rüstungsanstrengungen zu unternehmen, „dass die negative Tendenz in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den konventionellen Streitkräften der NATO und des Warschauer Vertrages umgekehrt werden kann. *Andernfalls würde die Abhängigkeit der NATO vom Kernwaffeneinsatz weiter zunehmen.*“<sup>164</sup>

Insgesamt habe die NATO, so meldete es die HVA, die Mitgliedstaaten nachdrücklich ermahnt, der Maxime einer dreiprozentigen jährlichen Steigerung der Militärausgaben zu folgen: Die wachsende Bedrohung durch den Warschauer Pakt habe Vorrang vor der Beseitigung innerer und sozialpolitischer Probleme. Die NATO-Führung „beruft sich dabei darauf, dass die Obersten Befehlshaber der großen Kommandobereiche der NATO (SACEUR, SACLANT, CINCCAN) ernste Zweifel hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Erfüllung ihres Auftrages im Kriege entsprechend den gültigen Räumen vorgetragen haben. Der Militärausschuss der NATO kam bei der Bewertung des Streitkräfteplans 1984-1988 zu dem Schluss, dass sich daraus eine weitere Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der NATO ergeben und damit ein weiteres Anwachsen der Abhängigkeit von Kernwaffen eintreten würde.“

So würden etwa gemäß dem ins Auge gefassten Streitkräfteplan 1984-1988 für den NATO-Kommandobereich Europa (ACE) und für die Kriegführung von SACEUR auch in Zukunft „keine ausreichenden Mittel bereitgestellt, um das strategische Grundkonzept der NATO realisieren zu können“. Wenn die konventionelle Rüstung der Allianz in diesem Schritt-

<sup>164</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

tempo weitergeführt würde, so laut HVA das Resümee der NATO-Führung, dann bewegte sich die Flexible Response-Strategie in Europa noch immer auf einer sehr fragilen Grundlage: „Damit bleibe die Gefahr politischer Druckausübung und von ‚Aggressionen‘ gegen die NATO erhalten, *verbunden mit dem Zwang zum frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen*.“<sup>165</sup>

Für die nordatlantischen Seekriegsszenarien, mithin für den Kommandobereich von SAC-LANT, ging nach Lesart der HVA jene NATO-Analyse davon aus, „dass ohne ausreichende Kräfte zur Auftragserfüllung eine Unterbrechung der Verbindungen zwischen den USA und Westeuropa wahrscheinlich wäre. Dies würde die Zuführung von ökonomischer und militärischer Unterstützung weitgehend unmöglich machen.“

Damit wäre das Urteil aus der bundesdeutschen seestrategischen Analyse von 1980 bestätigt – aber nur für den Fall, dass hier die HVA tatsächlich authentisch berichtete und nicht die Inhalte von Beutedokumenten verzerrt wiedergab oder manipulierte, um etwa der DDR-Staatsführung sowie den Genossen vom KGB und vielleicht auch von der sowjetischen Flottenführung eine Freude zu bereiten.

Als ähnlich unbefriedigend hatte die NATO laut HVA die Lage für den Kommandobereich Kanal bezeichnet: Jene Zone also, in der die von den USA und Kanada kommenden Konvois sicher in ihre Häfen geleitet werden sollten, bzw. in der die Verstärkungsoperationen für die BAOR durchgeführt werden würden. Auch dieses Kommando (CINCCCHAN) „sieht sich durch den Mangel an U-Booten und Minenkampfmitteln sowie einer ungenügenden Seeausdauer und Standhaftigkeit der Seekriegsmittel mit besonderen Problemen konfrontiert und betrachtet daher die Planungen trotz vorgesehener qualitativer Verbesserungen des NATO-Seekriegspotentials als unzureichend für die Gewährleistung der Auftragserfüllung.“

Auch hätten die Militärhilfen vor allem der USA und der Bundesrepublik für die Türkei, Griechenland und Portugal noch nicht die erhofften ausreichenden Resultate gezeitigt und müssten weiter ausgedehnt werden.

Die NATO habe ihre Mitglieder u.a. verpflichtet, ihre Mobilmachungs- und Verstärkungskapazitäten zu steigern, Ausbildung und Training der Truppen zu intensivieren, die militärische Infrastruktur auszubauen, die Effizienz der Rüstungsprojekte zu steigern und besonderes Gewicht zu legen auf die „Fähigkeit zur Führung länger andauernder Kampfhandlungen und Erhöhung der Überlebensfähigkeit der Streitkräfte sowie deren fortlaufende Modernisierung“.

Die NATO wisse auch nur zu gut, dass sie noch immer viel zu verwundbar sei gegenüber östlichen Überraschungsangriffen und Luftkriegskampagnen: Die alliierten Planungen zur Erhöhung der „Überlebensfähigkeit“ der NATO-Verbände seien als „unzureichend“ eingestuft worden, insbesondere aufgrund eines löchrigen Luftverteidigungsschirms zu Lande („verschärft durch eine Abnahme der flächendeckenden Luftverteidigungssysteme während des Übergangs zu neuen Luftverteidigungssystemen“) wie auch zu Wasser („insbesondere gegen schnellfliegende Marschflugkörper“). Die ABC-Schutzmaßnahmen seien ebenso problematisch wie die Electronic-Warfare-Kapazitäten. Und die HVA nannte einen Punkt, der tatsächlich auch in den britischen Selbsteinschätzungen zur Verwundbarkeit der NATO-Kampffliegerstaffeln am Boden immer wieder genannt worden war: „Unzureichende Vorbereitungen für Auflockerungsräume und Schutzbauten für Flugzeuge der Verstärkungskräfte.“<sup>166</sup>

Damit zur Beurteilung der einzelnen Staaten, beginnend mit dem *militärischen Schwergewicht USA*:

Die Reagan-Administration plane für die Jahre 1984-1988 eine jährliche reale Steigerung des Militärhaushalts um durchschnittlich 7 %, und die NATO fordere Washington in die-

<sup>165</sup> Ebenda, Bl. 217. Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>166</sup> Ebenda, Bl. 216.

sem Zusammenhang nachdrücklich auf, jene Mittel auch so zu verteilen, dass die von Brüssel konstatierten Mängel und Defizite in den US-Streitkräften für die NATO behoben werden könnten.<sup>167</sup>

Die laufenden Modernisierungsprogramme der *US Army* legten das Schwergewicht auf die Steigerung der Feuerkraft, die Verbesserung der Kommando- und Kommunikationssysteme sowie auf die Nachrüstung der Frühwarn- und Luftverteidigungssysteme. Die HVA schloss aus ihren Informationen, dass die NATO-Spitze sich sehr zufrieden mit den amerikanischen Fortschritten zeigte: „Die Panzerabwehr wird langfristig modernisiert. Die Erhöhung der Kampfkraft der Artillerie betrifft sowohl die konventionelle als auch die nukleare Komponente.“ Die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses werde vorbereitet, und die Einführung der Patriot-Batterien erhöhe die Effektivität des integrierten NATO-Luftverteidigungssystems. „Die Reorganisation der Feldtruppen wird mit dem Ziel des Aufbaus größerer und kampfstärkerer Formationen mit einem wesentlich höheren Bestand an komplexer Bewaffnung betrieben. Die USA planen weiterhin, die Anforderungen des NATO-Schnellverstärkungsplans für den Zeitpunkt M + 10 zu erfüllen. Die Realisierbarkeit dieses Konzepts hängt von der gesicherten Bereitstellung von Luft- und Seetransportraum sowie der Unterstützung durch die Stationierungsländer ab.“

Die *US Navy* sei dank des großangelegten Flottenbauprogramms der Reagan-Administration in der Lage, die Anforderungen der übergeordneten NATO-Kommandobereiche sehr viel besser zu erfüllen. Sorgen bereitete Brüssel aber laut HVA noch immer die globale Rolle der US-Flotten *und mögliche Detachierungen an die RDF*: „Die NATO ist weiterhin über eine mögliche Reduzierung der Verfügbarkeit von amerikanischen Seestreitkräften bei deren Einsatz außerhalb des NATO-Bereiches besorgt.“ Dies galt insbesondere für die Trägerkampffgruppen, welche die USA normalerweise zur direkten Verteidigung der NATO abzustellen gewillt waren. Darüber hinaus verfüge die Navy noch immer nicht über genug Geleitschiffe. Auch sollten die Amerikaner nach Ansicht der NATO-Führung der Verlegung von Verstärkungen nach Island mehr Aufmerksamkeit schenken: Angesichts der eminenten Bedeutung der Insel für die strategische Situation im Nordatlantik seien die US-Kriegsplanungen in dieser Hinsicht *ungenügend*.

Die Modernisierung der *taktischen Kampffliegerkräfte der USA* verlief nach Plan und resultierte in einer „beachtlichen Kampfkraftsteigerung der Fliegerkräfte im NATO-Kommandobereich Europa.“ Die „Verlegung von taktischen Spezialaufklärungsflugzeugen des Typs TR-1 und der Spezialflugzeuge für den funkelektronischen Kampf des Typs EF-111A nach Westeuropa ermöglicht eine zuverlässigere Zielaufklärung für die Führung des NATO-Kommandobereichs Europa.“

Dennoch, so die HVA, sei man in Brüssel noch immer nicht ganz zufrieden mit den Anstrengungen der US-Luftwaffenführung: „Die NATO hält jedoch die unzureichende Flugstundenzahl und den Fehlbestand an Flugzeugbesatzungen für einen weiterbestehenden ernststen Mangel. Außerdem fordert sie, den Mangel an Flugzeugdeckungen und die Unfähigkeit der US-Luftstreitkräfte, unter den Bedingungen des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln zu handeln, weitestgehend abzustellen.“

Welche Fortschritte und Mängel seien bei den *britischen Streitkräften* zu verzeichnen?<sup>168</sup>

Die *Rheinarmee (BAOR)* habe ihre Reorganisation im Jahre 1983 abschließen können, und dadurch werde, so die HVA, „die Kampfkraft der Kräfte im Bereich der Armeegruppe Nord / NATO-Kommandobereich Zentraleuropa beträchtlich gesteigert: Die Kampfkraft der britischen Landstreitkräfte wird durch eine verbesserte Bewaffnung und Ausrüstung für das Gefecht auf kurze Entfernungen wirksam erhöht. Die Versorgungsreichdauer [sic] wird erhöht und führt zu einer vergrößerten Fähigkeit, das Gefecht längere Zeit zu führen.“

<sup>167</sup> Vgl. zum Folgenden: Ebenda, Bl. 237-239.

<sup>168</sup> Vgl. ebenda, Bl. 235-237.



Auch die *RAF* werde mit der Einführung der Tornado-Kampfflugzeuge „eine beträchtliche Erhöhung ihrer Kampfkraft erreichen.“

Die *Royal Navy* habe aus den Erfahrungen des Falklandkrieges ihre Lehren gezogen und lasse nun ein ehrgeiziges Programm zur Reorganisation und Modernisierung anlaufen, welches, dass musste der HVA klar sein, auf Kosten der sowjetischen Seemacht im Atlantik gehen würde: „Dazu gehört die Indienststellung von U-Bootabwehr-Trägern, die laufende Modernisierung der Überwasser-Geleitkräfte, die Beschaffung einer Klasse von Fregatten sowie von U-Booten mit diesel-elektrischem Antrieb.“ Die Thatcher-Regierung, so die HVA, steuere auch weiterhin eine Politik der militärischen Stärke und qualitativen Modernisierung aller Teilstreitkräfte: „Großbritannien wendet trotz ökonomischer Schwächen in der NATO anteilmäßig einen der höchsten Beiträge pro Kopf der Bevölkerung für militärische Zwecke auf“. Whitehall halte sich an die 3-%-Klausel der NATO und habe im Zuge des Falklandkrieges die Militärausgaben für das Jahr 1983 sogar um 5,6 % gesteigert. Dennoch habe auch die Regierung Thatcher bei weitem nicht die Finanzmittel, um alle von der NATO angemahnten Forderungen zu erfüllen und die Schwachstellen zu beseitigen.

Daher blieben im Planungszeitraum bis 1988 „nach Einschätzung der NATO auch in den britischen Streitkräften ernste Mängel bestehen“, so das Fazit der HVA-Bearbeiter: Die Munitionsvorräte des britischen Heeres „erreichen nicht die NATO-Mindestnormen“. Der Royal Navy fehlten auch in Zukunft Geleitfahrzeuge, Minenräumer und ASW-Hubschrauber. Die Electronic-Warfare-Ausrüstung der RAF werde, so die ostdeutschen Spione, von der NATO „ebenfalls als unzureichend eingeschätzt“, und die RAF-Fliegerbasen seien noch immer viel zu verwundbar.

Die Verteidigungspolitik der *Bundesrepublik Deutschland* habe sich Anfang der 80er Jahre primär auf die komplette Beschaffung neuer Hauptwaffensysteme konzentriert, mit dem Ergebnis, so die HVA, dass tatsächlich „alle Teilstreitkräfte mit modernen Waffensystemen ausgerüstet“ seien.<sup>169</sup>

Die Schlagkraft der Bundesluftwaffe sei durch die Bereitstellung der Tornados und Alpha Jets sowie die Beschaffung moderner Bordausrüstungen für den Funkelektronischen Kampf erheblich gewachsen. Die Reorganisation des Heeres habe einen „weiteren Kampfkraftzuwachs erbracht“. Die wichtigsten Projekte der Bundesmarine seien die Einführung der Tornados bei den Marinefliegern und der Fregatte 122. Nach Beurteilung der HVA sei die Bundesrepublik bei der Seekriegsführung „zu der Ansicht gelangt, dass der Einsatz von Unterwasserkraften im europäischen Nordmeer die wirksamste Kampfweise gegen die Seestreitkräfte des Warschauer Vertrages darstellt.“ Daher setzte die Bundesmarine in ihren langfristigen Planungen vor allem auf „die Modernisierung und Verstärkung der U-Bootflotte“, sowie auf ihre Marineflieger, ausgerüstet mit modernen Anti-Schiffs-Waffen.

Glaubt man der Darstellung der HVA, dann bewegte sich die Bundesrepublik (verglichen mit der scharfen Kritik der NATO an fast allen anderen Partnerstaaten) zusammen mit den USA und Kanada gewissermaßen in der Liga der Musterschüler. Allerdings mag hier durchaus die ideologische Fixierung der HVA auf den „aggressiv-hochgerüsteten“ bundesdeutschen Erzfeind und die „imperialistische Bonner Regierung“ für entsprechende Verzerrungen in der Berichterstattung gesorgt haben.

Andererseits stellte das HVA-Dossier auch die zahlreichen Schwachstellen heraus, welche Brüssel angeblich auch bei der Bundeswehr aufgedeckt habe: „Die NATO bemängelt jedoch eine Verzögerung der Realisierung der Einführung neuer Kampftechnik und das Fortbestehen weiterer Mängel, vor allem im sicherstellenden Bereich.“

Beim Heer betreffe dies insbesondere die Munitionsbevorratung für bestimmte Artillerieeinheiten, welche laut HVA über so geringe Bestände verfügten, „dass die NATO

---

<sup>169</sup> Vgl. ebenda, Bl. 222-224.

eine Sicherstellung der Feueraufgaben für fraglich hält. Die begrenzten Finanzmittel werden vor allem zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft benötigt.“

Die Planungen der Bundesmarine zur Verstärkung ihrer U-Boot-Waffe würden von der NATO-Führung ausdrücklich begrüßt, doch zugleich habe Brüssel gemahnt, dass jene Konzepte besser mit den Anforderungen der Befehlshaber der obersten NATO-Kommandobereiche koordiniert werden sollten.

Und auch mit der Bundesluftwaffe, so die HVA, sei die Allianz nicht vollständig zufrieden: „Insgesamt wird von der NATO bemängelt, dass die BRD-Luftstreitkräfte mit der Entwicklung der ‚Bedrohung‘ noch nicht voll Schritt halten.“ Die Schlagkraft der neuen Kampfflugzeuge werde nach NATO-Einschätzung durch zu geringe Bestände an SAM- und Luft-Boden-Raketen verringert. „Die Luftverteidigung leidet unter der Verzögerung der Schaffung der Allwetterkampffähigkeit der F-4F Jagdflugzeuge.“ Der Flakschutz für die deutschen Fliegerbasen sei noch immer als ungenügend anzusehen. Daher werde „die Verwundbarkeit der Flugzeuge am Boden als hoch eingeschätzt“, und die Verzögerungen bei der Einführung des Patriot-Systems würden „als besorgniserregend“ gelten.

Ähnlich Defizite gebe es bei der deutschen ABC-Abwehr: Trotz Verbesserungen sei Westdeutschland doch noch immer schlecht gerüstet für Angriffe des Warschauer Paktes mit nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen: „Der Mangel an kollektiven Schutzanlagen gefährdet die Funktionsfähigkeit der Führung im Kriege unter den Bedingungen eines andauernden Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln [sic!].“

Als *Ceterum censeo* habe die NATO-Führung (nach der Lesart der ostdeutschen Auslandsspionage) von der Bundesrepublik noch weit höhere Verteidigungsausgaben ange-mahnt. „Die Planungen der Militärausgaben durch die BRD-Regierung von 1984-88 bedeuten nach Ansicht der NATO eine Stagnation in der Bereitstellung von Mitteln für die Streitkräfte. Die NATO fordert von der BRD daher eine Änderung dieses Kurses und die Rückkehr zu realen Steigerungen.“

Die Verteidigungsplanung der *Niederlande* leide ebenfalls unter finanziellen Engpässen, so dass die angepeilten Modernisierungen zeitlich gestreckt werden müssten.<sup>170</sup> Sicherlich, das niederländische Heer erhalte moderne Artillerie und Leopard-II-Panzer, die Marine neue Fregatten der Kortenaer-Klasse und ASW-Flugzeuge vom Typ Orion, und bei den Luftstreitkräften würden veraltete Maschinen unter Beibehaltung der zahlenmäßigen Stärke durch neue Typen ersetzt. „Insgesamt sieht die NATO jedoch im Ergebnis von Streckungen verschiedener Rüstungsprogramme und struktureller Veränderungen der Streitkräfte eine Reduzierung der Kampfkraft der konventionellen Streitkräfte der Niederlande.“

Die HVA behauptete zu wissen, dass SACEUR General Rogers sich sehr kritisch über die Effektivität des niederländischen I. Korps beim Einsatz zur Verteidigung Norddeutschlands geäußert habe: Die Truppen marschierten nicht an jenem Frontabschnitt auf, an dem sie nach Auffassung der SHAPE-Strategen wirklich benötigt wurden, und ihre Abwehrbereitschaft gegenüber den östlichen Panzerkeilen sei mangelhaft. „Der oberste NATO-Befehlshaber Europa (SACEUR) betrachtet die unveränderte Fehldislozierung des 1. Niederländischen Korps als besorgniserregend. Die Panzerabwehrfähigkeit des Korps bleibt aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung von Panzerabwehrhubschraubern und des Stops der Beschaffung moderner Panzerabwehrwaffen unzureichend.“

Die niederländische Flotte würde mit der ersatzlosen Außerdienststellung von Fregatten, Minenjägern und Seeaufklärungsflugzeugen vom Typ Breguet Atlantique zurechtkommen haben, wodurch sich „der Anteil der Niederlande an den Sicherungs-, U-Jagd- und Minenkampfkraften des NATO-Kommandobereichs Kanal bis Ende 1984 nahezu um die Hälfte“ verringere. Die HVA schloss aus ihren NATO-Quellen auf eine erhebliche Besorg-

---

<sup>170</sup> Vgl. ebenda, Bl. 228-229.

nis beim feindlichen Bündnis: „Dies beeinträchtigt in größerem Umfang die Fähigkeiten zur Bedeckung der Verstärkungs- und Versorgungstransporte der NATO.“

Die niederländischen Luftstreitkräfte mussten nicht nur bis 1987 auf die Ausmusterung ihrer veralteten Nike-Batterien und die Verstärkung durch das Patriot-System warten. Auch die Schlagkraft der F-16-Jets werde nach Auffassung der NATO deutlich eingeschränkt: „Für die Kampfflugzeuge F-16 stehen nicht genügend Piloten zur Verfügung. Insgesamt werden die Kriegsvorräte an Munition als zu niedrig eingeschätzt. Die NATO sieht die Hauptursache der festgestellten Mängel in der unzureichenden Mittelbereitstellung durch die niederländische Regierung und fordert daher höhere Aufwendungen von den Niederlanden.“

Probleme gab es offenbar auch bei den *belgischen Streitkräften* zu vermelden: Wie die HVA-Spione ihrer Beurteilung voranstellten, sehe die NATO in Belgien einen „Brückenkopf zum europäischen Kontinent“ mit vitaler strategischer Bedeutung – über belgisches Gebiet würden die transatlantischen und aus Großbritannien kommenden Verstärkungen weitergeleitet.<sup>171</sup>

Auch wenn die belgischen Streitkräfte u.a. die Umstellung von F-104G und Mirage-Jets auf die F-16 weiter vorantrieben und gewisse Modernisierungen bei den Panzertruppen durchführten, so habe die NATO-Führung laut HVA doch massive Zweifel, ob das 1. Belgische Korps seinem designierten Auftrag in der Realität würde nachkommen können: „Die Einsatzbereitschaft der belgischen Landstreitkräfte wird als unbefriedigend eingeschätzt.“ Die Artillerie verfüge über zu wenig Munition, die Fähigkeiten zur Panzerabwehr seien weiterhin zu schwach. Die F-16 Kampfflugzeuge der königlichen Luftwaffe könnten ihr Potential nicht ausspielen, weil Brüssel zugleich die Beschaffung moderner Waffenzurüstungen auf die lange Bank schiebe. Auch die kleine belgische Marine, die im Kriegsfall den auf dem Seeweg eintreffenden Verstärkungen und Nachschublieferungen Geleit zu geben hätte, habe mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, und so rechne die NATO „bei Anhalten der gegenwärtigen Situation mit einer spürbaren Verringerung der Kampfkraft der belgischen Seestreitkräfte“.

Die gesamten belgischen Verbände, so hatte die HVA aus ihren NATO-Quellen geschlossen, litten „an unzureichenden Kriegsvorräten, mangelhaftem KCB-Schutz [ABC-Schutz, MS] und unzulänglichen Nachrichtenverbindungen, die im Planungszeitraum bis 1988 nicht beseitigt werden.“

Als besonders nachteilig werde die belgische Absicht betrachtet, den Anteil am NATO-Luftverteidigungssystem „bedeutend zu reduzieren.“ Die HVA wollte in diesem Zusammenhang in Erfahrung gebracht haben: „Belgien wurde von der NATO aufgefordert, alle praktischen Maßnahmen in dieser Richtung zu unterlassen, bis eine Alternativlösung erarbeitet worden ist. Außerdem verlangt die NATO von Belgien, nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten von der Absicht zur Kürzung der Militärausgaben abzugehen, diesen Priorität bei den Staatsausgaben einzuräumen und künftig zu einer Steigerung zurückzukehren.“

Es gab aber auch weitere Musterschüler: *Kanada*, so die HVA einfühend, stelle einen Teil seiner „als gut ausgebildet eingeschätzten“ Berufsarmee für den Einsatz in den NATO-Kommandobereichen Zentral- und Nordeuropa sowie Westatlantik bereit: „Die zahlenmäßig kleinen, in der BRD stationierten Land- und Luftstreitkräfte sowie die für Nord-Norwegen vorgesehenen Verstärkungen werden als wesentlicher Beitrag für die Kampfkraft der NATO-Streitkräfte eingeschätzt.“<sup>172</sup>

Die kanadischen Streitkräfte würden gemäß einer langfristigen Planung kontinuierlich modernisiert und, wenngleich auch nur in begrenztem Umfang, ausgebaut: Bei den Landstreitkräften stehe die Panzerabwehr und eine neue Infanteriebewaffnung im Vorder-

<sup>171</sup> Vgl. ebenda, Bl. 218-219.

<sup>172</sup> Vgl. ebenda, Bl. 219-220.

grund, die kanadische Marine erhalte neue Geleittregatten und profitiere von einem Modernisierungsprogramm für einen Teil ihrer Zerstörer, und bei der Luftwaffe würden die Modelle Starfighter und Tiger (CF-104 bzw. CF-5) durch die Hornet/Frelon CF-18 ersetzt. „Dabei ist eine Erhöhung des Bestandes der kanadischen Luftstreitkräfte, die in Westeuropa stationiert sind, vorgesehen.“

Laut HVA hätte Kanadas Militärpolitik von der NATO denn auch äußerst wohlwollende Beurteilungen bekommen (denen sich die ostdeutschen Spione offenbar anschlossen): „Kanada betreibt wirksame Programme zur Bereitstellung von Mitteln für die Sicherstellung und Überlebensfähigkeit der Streitkräfte. Ausbildung und Einsatzbereitschaft der kanadischen Streitkräfte werden von der NATO als vorbildlich eingeschätzt.“ Zudem halte sich Kanada tatsächlich an die von der NATO eingeforderte 3-%-Klausel der jährlichen Steigerungen beim Militäretat, und bei der Allianz erachte man es für möglich, ja sogar für notwendig, dass das reiche Kanada noch mehr Geld in seine Streitkräfte investierte: „Kanada wird vorgehalten, dass seine Militärausgaben trotz hohem Bruttosozialprodukt einen niedrigeren pro Kopf-Wert aufweisen als die einer Reihe wirtschaftlich schwächerer NATO-Staaten.“ Weil Kanada finanziell eigentlich so gut dastand, aber noch immer zu wenig kanadische Dollars für das Bündnis locker machen wollte, tadelte die NATO-Führung eine gewisse schwächende Trägheit bei der Umrüstung: „Die kanadischen Landstreitkräfte sind weiterhin durch Verzögerungen bei der Modernisierung der Panzerabwehr und in anderen Bereichen in der Kampfkraft eingeschränkt. [...] Außerdem wird die Beschaffung von Panzerabwehrhubschraubern durch die kanadischen Landstreitkräfte gefordert.“

Weil auch die kanadische Luftwaffe sich viel Zeit für die Umstellung auf die „Hornet“ ließ, büße sie „zeitweilig einen Teil ihrer Kampfkraft ein“: „Eine volle Ausnutzung der Gefechtsmöglichkeiten der CF-18 wird erst nach der Beschaffung entsprechender Bewaffnung möglich sein, die jedoch aus Finanzierungsgründen zurückgestellt wurde. Fehlende Flugzeugschutzbauten und Mängel in der Flugplatzbedeckung erhöhen die Verwundbarkeit der Flugzeuge am Boden.“ Für die kanadischen Expeditionstruppen für Norwegen forderte die NATO laut HVA im Übrigen die Aufstellung von zwei zusätzlichen CF-18-Staffeln.

Und die kanadischen Soldaten mochten noch so gut ausgebildet und trainiert sein – auch sie würden es kaum schaffen, den Plänen der kanadischen Militärstrategen gemäß *gleichzeitig* in Mitteleuropa und in Nordnorwegen zu kämpfen: „Die NATO sieht die unrealistische Doppelunterstellung einer Bataillonsgruppe unter die AMF(L) im Kommandobereich Europa und unter die zur Verstärkung Nord-Norwegens bestimmte kanadische Brigadegruppe als Hauptschwäche im kanadischen NATO-Beitrag an.“

Damit zur Achillesferse an der Nordflanke der NATO: *Norwegen*, aufgrund seiner geographischen Lage von militärstrategisch herausragender Bedeutung und zugleich „mit der schlagkräftigsten Gruppierung der sowjetischen Seestreitkräfte und starken Streitkräften in unmittelbarer Nähe seiner Landgrenzen konfrontiert.“<sup>173</sup> „Die Beherrschung der Norwegensee und die Behauptung des norwegischen Territoriums werden als wichtige Aufgaben der NATO im Kriege betrachtet“, so die HVA über eine der offensichtlichsten strategischen Notwendigkeiten für die westliche Allianz. Darüber hinaus stufte die HVA selbstverständlich auch die norwegischen Erdöl- und Erdgasressourcen als „wichtige Größe“ für die NATO ein. „Da Norwegen nicht in der Lage ist, diese Aufgaben mit eigenen Kräften zu erfüllen, verlangt die NATO entsprechende Anstrengungen des Landes zur Gewährleistung der Aufnahme, Bedeckung und Unterstützung von Verstärkungs Kräften aus anderen NATO-Staaten.“

Die norwegischen Streitkräfte bemühten sich redlich, durch Modernisierungen und Umstrukturierungen ihrer Hauptaufgabe, der „Bindung sowjetischer Streitkräfte bis zum Eintreffen von Verstärkungen“, besser gerecht werden zu können: Die Mobilität und Feuer-

---

<sup>173</sup> Vgl. ebenda, Bl. 229-231.

kraft der Truppe sollten gestärkt, die Luftverteidigungskapazität durch die Beschaffung von F-16 Jets und verbesserten Hawk-SAMs erhöht und die Logistikkäfer für die erwarteten Verstärkungen aufgestockt werden. Die Marine konzentrierte sich „aufgrund der beschränkten Mittel auf die Verstärkung der Landungsabwehr und des Küstenschutzes.“ Daher würde die norwegische Küstenartillerie modernisiert, die Minenfelder mit Fernzündungsminen effektiver angelegt, und neue Küsten-U-Boote geordert.

Und dennoch behauptete die HVA aus ihren Quellen folgern zu können, dass Norwegen auch in Zukunft *gegen einen sowjetischen Handstreich höchst verwundbar bleibe*: „Die NATO schätzt ein, dass eine Reihe von Mängeln in den norwegischen Streitkräften fortbestehen. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfkraft der Landstreitkräfte werden in vielen Fällen erst nach dem Ende des Planungszeitraums realisiert. Daher wird die Fähigkeit der norwegischen Streitkräfte zum Behaupten ihrer Positionen im Krieg nach wie vor als begrenzt angesehen.“ Und die norwegische Marine sei „nicht ausreichend befähigt, mit der ständig steigenden Kampfkraft der sowjetischen Seestreitkräfte Schritt zu halten.“ Es fehle ihr an ASW- und Minenbekämpfungsmöglichkeiten, die Luftunterstützung sei mangelhaft, und im Ernstfall wären ihre Arsenale an Lenkwaffen rasch erschöpft, was gerade „die Fähigkeit zum Durchstehen langandauernder Kampfhandlungen“ begrenze. Die Schlagkraft der norwegischen Kampfflugzeuge werde durch eine zu geringe Zahl an Piloten und durch einen Mangel an Basen, Infrastruktur und Instandsetzungskapazitäten relativiert. Auch für Norwegen bleibe die Kriegsbevorratung an Munition mangelhaft.

Sicherlich zur Zufriedenheit der sowjetischen Militärstrategen konstatierte die HVA: „Die NATO hält die Fähigkeit der norwegischen Streitkräfte zur Erfüllung ihres Auftrages für ungenügend. Trotz einer 3,5 % realen Steigerung der jährlichen Militärausgaben bleiben gravierende Mängel bestehen. Norwegen wurde deshalb aufgefordert, seine Anstrengungen weiter zu erhöhen.“

Etwas weiter südlich, an den Ostseeausgängen, lag offenbar eine weitere militärische Problemzone der westlichen Verteidigung: *Dänemark*, so die HVA, habe für 1984 eine Steigerung seines Militärbudgets um nur 1,5 % vorgesehen, was „nicht ausreicht, um die Streitkräfte gemäß dem Verteidigungsgesetz von 1973 auszubauen“. <sup>174</sup> Dementsprechend habe die NATO den dänischen Planungen nur zögernd zugestimmt, „da diese in der Praxis zu einer Verringerung der Kampfkraft der dänischen Streitkräfte führen.“ Kopenhagen habe aber versprochen, diese Defizite durch höhere Wachstumsraten bei den Militärausgaben zwischen 1985 und 1988 zu kompensieren. Bei den Landstreitkräften hätten die Modernisierung der Panzerverbände und der Panzerabwehr Vorrang, die königlich dänische Luftwaffe brauche moderne Bordwaffen für ihre neuen F-16, und die Marine benötige neue Schnellboote, Raketen und Minenlegekapazitäten.

Doch wie die HVA weiter ausführte, rechnete die NATO auch im Falle einer Umsetzung dieser Kampfwertsteigerungen „mit dem Fortbestehen ernster Mängel bei den dänischen Streitkräften“: Die dänische Kriegsvorräte seien laut Brüssel „unzureichend“, die ABC-Abwehrmöglichkeiten „mangelhaft“ und die Fähigkeit zur ECM-Kriegsführung „begrenzt“. „Die NATO-unterstellten Seestreitkräfte Dänemarks wurden um 9 % verringert. Die Beschaffung neuer Fregatten ist noch nicht bestätigt. Die Kampfkraft der Luftstreitkräfte sinkt trotz der Einführung der F-16 aufgrund des Rückgangs in den Bestandszahlen der Kampfflugzeuge.“ Nach Einschätzung der HVA hielt die NATO das Mitglied Dänemark im Jahre 1984 also weiterhin für nur bedingt abwehrbereit: „Die NATO fordert von Dänemark kategorisch, die negativen Tendenzen in der Entwicklung der Militärausgaben umzukehren und als Minimalbeitrag zur Stärkung des Militärpotentials der NATO die vorgesehenen Modernisierungsprogramme uneingeschränkt zu realisieren.“

Damit zum Mittelmeerraum und zu Südflanke der Allianz:

---

<sup>174</sup> Vgl. ebenda, Bl. 221-222.

*Italien* habe 1984 das Hauptaugenmerk der Reformen auf die Modernisierung seiner Heeresverbände gelegt:<sup>175</sup> Durch Reorganisationsmaßnahmen solle die Effektivität der Brigaden erhöht werden, und die Ausmusterung von 300 veralteten M-47 Panzern sei eingeleitet worden. Auch die Marine habe ein Modernisierungsprogramm adaptiert, und die italienische Luftwaffe profitiere u.a. durch die neuen Kampfflugzeuge vom Typ Tornado.

Alles immer noch nicht genug, so habe laut DDR-Spionage die NATO befunden und der römischen Regierung eine lange Mängelliste vorgelegt:

Die italienischen Landstreitkräfte verfügten nach Einschätzung der Allianz durchaus nicht über die Kampfkraft und den Bereitschaftsgrad, welche notwendig wären, „um angesichts der ‚Bedrohung‘ in Nordost-Italien handeln zu können.“

Die italienische Marine könne nicht genug Schiffe aufbieten, und auch die Möglichkeiten der Marineflieger seien ungenügend. „Damit“, so die HVA weiter, „ist die italienische Marine nur bedingt in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen, insbesondere bei einem Abzug von US-Seestreitkräften aus dem Mittelmeer“ (etwa im Zuge einer Verlegung an den Persischen Golf oder in den Indischen Ozean, als Marinekomponente der RDF).

Weiterhin habe man bei der NATO bemängelt, dass die italienische Luftwaffe nach der Streichung einer geplanten F-104G-Staffel nunmehr über zu geringe Aufklärungskapazitäten verfüge. „Die Ausnutzung der Gefechtsmöglichkeiten der neu eingeführten Flugzeuge im vollen Umfange wird erst dann möglich sein, wenn der Personalbestand aufgefüllt ist, die Ausbildung des fliegenden Personals intensiviert wird, moderne Bewaffnung im erforderlichen Ausmaß bereitgestellt und die Luftverteidigung verstärkt worden ist“, so behauptete es die HVA aus ihren NATO-Informationsquellen herauslesen zu können: „Die Munitionsvorräte der italienischen Streitkräfte werden als unzureichend eingeschätzt; Vorkehrungen zum Schutz vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln sind nicht getroffen. Italien hat für die Jahre von 1985-1988 eine jährliche reale Steigerung seiner Militärausgaben gemäß den NATO-Festlegungen vorgesehen. Diese Größe reicht nach Einschätzung der NATO jedoch nicht aus, um Mängel und Rückstände zu beseitigen. Italien wurde aufgefordert, noch höhere Anstrengungen zur Erfüllung seiner NATO-Verpflichtungen zu unternehmen.“

Was *Griechenland* anbetraf, so hatte die Regierung in Athen inzwischen ein eher bescheidenes Modernisierungsprogramm adaptiert, welches, so befand man in Brüssel, der strategischen Bedeutung des Landes an der Südflanke bei weitem nicht gerecht wurde. Laut HVA hatte die NATO der griechischen Militärpolitik denn auch fast durch die Bank die schlechtesten Noten erteilt:<sup>176</sup> „Die Planungen Griechenlands, die in vielen Fällen zudem ganz oder teilweise von der Gewährung von Militärhilfe durch andere NATO-Staaten abhängen, werden als nicht ausreichend angesehen, um die fortbestehenden Mängel in den griechischen Streitkräften abzustellen“, so folgerte die ostdeutsche Auslandsspionage. „Die Landstreitkräfte werden im Bereich der Panzerabwehr und Luftverteidigung nicht das zur Auftragserfüllung erforderliche Niveau erreichen. [...] Die griechischen Seestreitkräfte sind in vielen Bereichen stark veraltet, besitzen nur geringe Luftabwehrmöglichkeiten und kaum Möglichkeiten zur Abwehr von Marschflugkörpern. Die Luftstreitkräfte werden die Gefechtsmöglichkeiten der modernen Jagdflugzeuge aufgrund fehlender Bewaffnung nicht voll ausnutzen können. Die größten Fehlbestände existieren bei Luft-Luft-Raketen. [...] Insgesamt bleiben in den griechischen Streitkräften die Munitionsbestände niedrig, und die Fähigkeiten zum Schutz vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln bleiben sehr begrenzt. Daher sieht die NATO die Fähigkeiten der griechischen Streitkräfte zur Führung andauernder Kampfhandlungen und ihre Überlebensfähigkeit insgesamt als fraglich an.“

Hatten die sowjetischen Militärs ein ähnliches Bild von der Landesverteidigung an diesem Abschnitt der NATO-Südflanke? Falls ja, dann würden zumindest ihre Bodentruppen bei

<sup>175</sup> Vgl. ebenda, Bl. 226-227.

<sup>176</sup> Vgl. ebenda, Bl. 224-225.

einer Offensive ein leichtes Spiel haben – allein die Präsenz der Sechsten Flotte würde dem Kreml dann wohl noch Kopfzerbrechen machen.

Auch mit den militärpolitischen Fortschritten der *Türkei*, gleichsam Sperrfort der Allianz an den Dardanellen, sei die NATO-Führung laut HVA durchaus noch nicht zufrieden, zumal den türkischen Streitkräften ja nicht nur die offensichtlichen Missionen der „Bedeckung der südöstlichen Flanke der NATO, der Kontrolle des Zuganges des Warschauer Vertrages zum Mittelmeer durch die türkischen Meerengen“ oblag, sondern auch die „Durchführung aktiver Handlungen im Schwarzen Meer und von der Osttürkei ausgehender Operationen.“<sup>177</sup>

Die NATO habe positiv vermerkt, so die HVA-Beurteilung im Einzelnen, dass Ankara gerade angesichts der wachsenden Bedrohung durch den Warschauer Pakt und im Zuge der „Zuspitzung der Lage im Nahen Osten“ intensiver an der Modernisierung der türkischen Streitkräfte arbeite: „Die Planungen für die Landstreitkräfte konzentrieren sich weiterhin auf Verbesserungen in den Bereichen Panzer, Panzerbekämpfung, Heeresflieger, Truppenluftabwehr, Nachrichtenverbindungen und Bevorratung wichtiger Munitionsarten. Dabei wird eine große Anzahl vorhandener Kampfpanzer modernisiert und der Einsatz veralteter Typen durch moderne vorgenommen.“ Auch die Einführung von Panzerabwehrhubschraubern sei vorgesehen.

Es sei ferner geplant, die türkische Luftwaffe umfassend zu modernisieren, um insbesondere die Allwetterfähigkeit der Abfangjagdstaffeln zu garantieren und eine leistungsfähige „Luftangriffskomponente“ bereitzustellen.

Die türkische Marine solle vor allem *qualitativ* durch neue Fregatten, U-Boote, Raketen-schnellboote und Minenleger aufgerüstet werden.

Dennoch sei die NATO-Führung der Auffassung, dass die türkischen Streitkräfte noch eine ganze Reihe von Jahren benötigen würden, ehe sie wirklich der ihnen obliegenden Rolle bei der Verteidigung der Allianz gewachsen wären. Alles hänge davon ab, ob die NATO-Militärhilfen weiter so auskömmlich flössen, ja noch ausgeweitet würden, und auch dann würden weiterhin Defizite bestehen bleiben, welche die türkische Schlagkraft beeinträchtigten. Und dies, obwohl Ankara erhebliche ökonomische und soziale Belastungen in Kauf nehme, um einen hohen Prozentsatz des niedrigen Nationaleinkommens in die Rüstung zu pumpen.

Folgende Punkte hatte die NATO nach Informationen der HVA besonders hervorgehoben: Generell litten auch die türkischen Streitkräfte unter einem „niedrigen Bevorratungsstand bei Munition und Kraftstoffen“ sowie bei Ersatzteilen. Ein Schutz vor Massenvernichtungswaffen sei nicht existent. „Die Landstreitkräfte haben mit der vorgesehenen Modernisierung der 105 mm Haubitzen nicht planmäßig begonnen. Die Verwundbarkeit durch Luftangriffe bleibt hoch, und die mangelhaften Sicherstellungsmöglichkeiten beeinträchtigen die Überlebensfähigkeit der Streitkräfte.“ Die Geleitzfahrzeuge und Marineflieger der türkischen Seestreitkräfte seien überaltert, und die Umstellung auf küstengestützte Raketen gegen See- und Luftziele verzögere sich weiter. Dies alles gebe der türkischen Marine nicht gerade hohe Überlebenschancen, lasse sie bei der U-Boot-Bekämpfung schlecht aussehen und verringere ihre Möglichkeiten „zur Behauptung der langen Küstenlinien und der Meerengen“ (gemeint war offenkundig: gegen sowjetische Angriffe und Landungsmanöver).

Die türkischen Luftwaffenstützpunkte „bleiben weiterhin gegen Luftangriffe verwundbar, solange allwetterfähige Luftverteidigungsmittel für die Objektverteidigung fehlen. Die Gefechtsmöglichkeiten der Fliegerkräfte können nicht voll ausgenutzt werden, da weiterhin Mangel an moderner Flugzeugbewaffnung besteht und der Ausbildungsstand des fliegenden Personals als unzureichend angesehen wird. Das ohnehin dürftige Luftverteidigungsnetz wird nach 1985 weiter reduziert, da keine Mittel zur Verfügung stehen, um das System

---

<sup>177</sup> Vgl. ebenda, Bl. 233-235.

voll einsatzfähig zu halten. Außerdem ist kein Ersatz für das veraltete Fla-Raketensystem NIKE HERCULES vorgesehen.“

Und schlussendlich nicht zu vergessen *Portugal*: „Portugal und seine Atlantik-Inseln stellen für die NATO eine strategische Position von entscheidender Bedeutung dar. Die Beherrschung des Atlantiks wird als lebenswichtig für die sichere Überführung von Verstärkungen und Versorgungsgütern aus Nordamerika nach Westeuropa angesehen.

Die portugiesischen Streitkräfte haben daher neben der Behauptung des eigenen Territoriums den Auftrag, die Seeverbindungslinien in den NATO-Kommandobereichen Ibero- und Mittelatlantik (Azoren) zu sichern und Verstärkungskräfte für den NATO-Kommandobereich Südeuropa zu stellen.“<sup>178</sup>

Die portugiesische Militärpolitik sei „auf die Verstärkung der Bindungen des Landes an die NATO und die Modernisierung der Streitkräfte gerichtet, um die NATO-Aufgaben voll wahrnehmen zu können. Die Realisierung dieser Politik erfolgt sowohl mit eigenen Mitteln als auch mit dem Einsatz von Militärhilfeprogrammen anderer Staaten. Die NATO ist der Auffassung, dass die auf diese Weise aufgebrachten Mittel zur Realisierung der Zielstellung noch nicht ausreichen.“

Weitere, alles andere als unerhebliche Informationen zu den Bedrohungsanalysen und Selbsteinschätzungen des Westens und zum Kriegsbild der NATO 1984/85 behauptete die HVA im Umfeld der *NATO-Frühjahrstagung 1985* gewonnen zu haben.

Die NATO-Verteidigungsminister hätten in ihrer Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses vom Dezember 1984 die zuständigen militärischen und politischen Gremien der Allianz beauftragt, für die nächste DPC-Ministertagung im Mai 1985 eine Reihe von militärpolitischen Basisdokumenten zur Verabschiedung vorzubereiten.<sup>179</sup> Hierzu zählten die „Ministerial Guidance 1985“ und weitere Maßnahmenkataloge zur dringend notwendigen Verstärkung der konventionellen Streitkräfte. „Zuverlässig konnten dafür laufende Vorarbeiten aufgeklärt werden“, vermeldete die HVA: „Die Aktivitäten lassen erkennen, dass in den Grundsatzdokumenten die zur Verstärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO-Streitkräfte entwickelten Maßnahmen und Planvorhaben zu einem abgestimmten Gesamtrahmen zusammengefasst werden sollen.“

Dem erneuerten Bekenntnis zum „Flexible Response“-Konzept als Basis der alliierten Militärpolitik habe die NATO – ebenfalls zum wiederholten Male – die Ermahnung an ihre Bündnispartner folgen lassen, dass die Funktionsfähigkeit dieser Strategie nur dann gegeben sei, „wenn bei Aufrechterhaltung der Effektivität des nuklearen Potentials wesentliche Verbesserungen in den konventionellen Streitkräften durchgesetzt werden. *Damit zugleich käme man von dem gegenwärtig bestehenden Zwang zu einem frühzeitigen Kernwaffeneinsatz im Kriege fort.*“<sup>180</sup>

Die Abschätzung, welche neuen Rüstungsanstrengungen und Militärprogramme in Zukunft von der Allianz zu schultern sein würden, habe die NATO mit einer aktualisierten Bewertung des militärischen Ost-West-Kräfteverhältnisses verbunden.

Es war das *Ceterum Censeo* der Militärstrategen des Ostblocks, dass der Warschauer Pakt vor allem bei den Hochtechnologiewaffen der neuesten Generation vom Westen gnadenlos überrundet zu werden drohte. Nun versuchte die HVA ihren Oberen und befreundeten Spionagediensten allerdings nachzuweisen, dass die offiziellen NATO-Einschätzungen ein symmetrisch-spiegelverkehrtes Bild wiederzugeben schienen: Im gegnerischen Bündnis sei man der Auffassung, dass es der Warschauer Pakt sei, der sogar beim technischen Wettrüsten und bei der Entwicklung neuer Hightechwaffen die größeren Fortschritte mache, wäh-

<sup>178</sup> Vgl. ebenda, Bl. 231f.

<sup>179</sup> „Information über die Vorbereitung der Frühjahrstagung 1985 der NATO-Führungsgremien“, - streng vertraulich! -, 20.5.1985, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS Hauptverwaltung Aufklärung, Nr. 36, Teil 1 von 2, Bl. 218-224.

<sup>180</sup> Ebenda, Bl. 219. Hervorhebung durch den Verfasser.



rend die NATO ihre immer und immer wieder debattierten Defizite und Schwachstellen einfach nicht in den Griff bekomme: Brüssel „geht davon aus, dass NATO und Warschauer Vertrag in den letzten 10 Jahren die Kampfkraft ihrer Streitkräfte sowohl in qualitativer Hinsicht als auch vom Umfang her gesteigert haben. Der Warschauer Vertrag habe dabei die Kampfkraft seiner Streitkräfte schneller als die NATO erhöht, während die NATO bedeutende Schwächen auf ihrer Seite nicht wesentlich reduzieren konnte.“ Das Fazit der NATO-Führung lautete gemäß dem HVA-Bericht: „Die Fähigkeit des Warschauer Vertrages, seine Ziele in einem Krieg durchzusetzen, wird daher als größer eingeschätzt als die der NATO, ihre Abschreckungsdoktrin erfolgreich zu praktizieren.“ So etwas dürften auch der KGB, der GRU und die sowjetischen Militärs gerne gelesen haben.

Laut HVA habe die NATO einmal mehr die Schwachstellen in ihrer konventionellen Verteidigungsfähigkeit schonungslos aufgezählt. Das HVA-Dossier nannte dabei die folgenden 10 Schwerpunkte einer Selbsteinschätzung, welche in die Beschlussdokumente der NATO-Frühjahrstagung 1985 einfließen sollte: „1. Unzureichende präsente Landstreitkräfte. 2. Nichtausreichende Mobilmachungsreserven. 3. Fehlende Fähigkeit zur Bekämpfung der nachfolgenden Kräfte. 4. Unzureichende Fähigkeiten zur offensiven Bekämpfung von Luftstreitkräften. 5. Unzureichende Lufttransportkapazitäten. 6. Fehlen eines NATO-Identifizierungssystems (NIS – Freund-Feind-Kennung). 7. Überalterung der Ausrüstung der griechischen und türkischen Streitkräfte. 8. Mangelhafte Minenlege- und Minenbekämpfungsmöglichkeiten. 9. Unzureichende Fähigkeiten zur U-Boot-Bekämpfung. 10. Schwächen in der Standhaftigkeit der NATO-Streitkräfte.“<sup>181</sup>

Angenommen, diese NATO-Mängelliste von 1985 wurde von der HVA tatsächlich korrekt wiedergegeben, dann deuteten die Punkte 3 und 4 auch darauf hin, dass die NATO 1985 gerade mit ihren aktuellen AirLandBattle/FOFA-Kapazitäten nicht sonderlich zufrieden war. Wie der HVA-Bericht hinzufügte, hätten die USA in einem Addendum noch „Mängel in den Führungssystemen“ des Bündnisses und den ungenügenden Schutz der eigenen Truppen vor chemischen und biologischen Kampfstoffen angekreidet.

Wie die DDR-Spionage weiter berichtete, habe einmal mehr auch SACEUR eine höchst pessimistische Einschätzung abgegeben.<sup>182</sup> General Rogers habe in Erinnerung gerufen, dass dem Westen im Ernstfall nur eine erschreckend kurze strategische Vorwarnzeit bleiben könnte: Der Warschauer Pakt sei in der Lage, „nach einem begrenzten Aufmarsch oder aus dem Stand maximal mit 50 Divisionen zu Kriegshandlungen gegen den NATO-Kommandobereich Zentraleuropa überzugehen.“ Gegen die NATO-Flankenregionen könnte der Pakt bereits nach einer Vorbereitungszeit von nur vier Tagen mit überlegenen Kräften Offensiven starten, und in diesem Fall ging SACEUR davon aus, dass die NATO-Vorwarnzeit bei einer funktionierenden Geheimhaltung im Osten *auf lediglich 48 Stunden* zusammenschmelzen würde.<sup>183</sup> Dann, so malte General Rogers das bekannte NATO-Kriegsbild weiter aus, würde es das oberste Ziel des Warschauer Paktes sein, „einen entscheidenden Erfolg über die NATO-Streitkräfte zu erringen, bevor sie den Entschluss zum Einsatz von Kernwaffen fassen und mit ihren Verstärkungskräften einen Umschwung herbeiführen könnten.“

Das HVA-Dossier ergänzte diese Darstellung um weitere Einschätzungen zum aktuellen Kriegsbild der Bundesregierung und Bundeswehrführung: Auch in Bonn sei man der

<sup>181</sup> Ebenda, Bl. 224.

<sup>182</sup> Ebenda, Bl. 220.

<sup>183</sup> Tatsächlich war jene 48-Stunden-Frist Ende der 70er Jahre auch vom britischen JIC als worst case angenommen worden. Vgl. Captain M.C.F. Radford (Staff of Director of Military Operations) an die Abteilung DS 7 (MoD): „Employment of UK AMF(L) units if not deployed by SACEUR“, - secret, UK eyes A -, 24.8.1979, in: PRO National Archives, DEFE 24/1462: NATO: Allied Command Europe and Mobile Land Force, 1975 Jan 01 - 1980 Dec 31, - secret - (closed until February 2007). Durchaus optimistischer sah es dagegen eine Einschätzung der US-Kollegen: NIE 11-14-81D: „Warsaw Pact Forces Opposite NATO. Volume I: The Estimate“, - secret -, January 1982, CIA-FOIA (approved for release June 2004).

Auffassung, obgleich der Warschauer Pakt durchaus über die Kapazität verfüge, auch einen *längeren* Krieg zu führen, werde seine Blitzkriegsstrategie noch immer „auf die Erringung eines schnellen Erfolges über die NATO“ abzielen. Die Bundesregierung, so die HVA, habe für die NATO-Beratungen einen Katalog mit den strategischen Hauptzielen der Sowjets bzw. des Warschauer Paktes zusammengestellt, der die folgenden bekannten Elemente aufzähle: „Strategische Durchbrüche mit nachfolgendem Zusammenbruch einer zusammenhängenden Front der NATO auf dem europäischen Kriegsschauplatz; Niederhalten der NATO-Luftstreitkräfte und Erringen der Luftüberlegenheit; Unterbrechung der transatlantischen und europäischen Seeverbindungslinien der NATO mit dem Ziel einer Unterbindung der Zuführung von wirksamen Verstärkungen auf den europäischen Kriegsschauplatz; Ausschalten der Kernwaffenkräfte der NATO in Europa, um ihr die Anwendung des Konzepts der nuklearen Eskalation zu verwehren und den Zusammenhang zwischen taktischen und strategischen Kernwaffen zu unterbrechen.“

Die Bonner Diplomatie sei laut HVA sehr daran interessiert, für diese Liste einen zustimmenden Beschluss der NATO zu erhalten, als Grundlage für weitere militärpolitische Selbstverpflichtungen der Bündnispartner, die konventionelle militärische Schlagkraft endlich auszubauen. Daher habe die Bundesregierung ergänzend ein Vierpunkteprogramm an positiven strategischen Zielen erarbeitet, welche die NATO im Kriegsfall zu erreichen im Stande sein sollte, wenn sie überleben wollte.<sup>184</sup>

Ziel No. 1 umfasste nichts weniger als die Fähigkeit, sogar eine überraschende Bodenoffensive des Ostens aufzuhalten und in ihrer Stoßkraft zu brechen. Die NATO müsse auch länger andauernden Angriffsoperationen des Paktes „ohne wesentliche Aufgabe eigenen Territoriums“ und „mit dem Ziel der Aufrechterhaltung einer zusammenhängenden Front“ standhalten können. „Als Bedingung werden das Vorhandensein zweckmäßig dislozierter präsenter Kräfte in ausreichendem Umfang mit angemessener Kampfkraft, die Fähigkeit zur schnellen Verstärkung der vorn eingesetzten Truppen und die Fähigkeit zur Kanalisierung der angreifenden Truppen angesehen.“

Zweitens müsse die NATO der Zukunft in der Lage sein, die Luftüberlegenheit über ihrem eigenen Territorium während der gesamten Kriegsdauer zu behaupten, durch einen effektiven Luftabwehrschirm wie durch counter-air-Missionen gegen Fliegerhorste des Warschauer Paktes: „Dafür wird das Vorhandensein eines wirksamen integrierten Luftverteidigungssystems im gesamten NATO-Bereich als Voraussetzung angesehen, das in der Lage ist, die Stoßkraft eines ersten massiven Luftangriffs zu brechen und nachfolgende Angriffe abzuwehren. Weiterhin werden dazu offensive Luftstreitkräfte für erforderlich gehalten, um die Luftstreitkräfte des Warschauer Vertrages wirksam am Boden bekämpfen zu können.“

Drittens müsse die Allianz ihre Seeherrschaft vom Beginn der Feindseligkeiten an behaupten, vor allem auf den „lebenswichtigen Seeverbindungslinien“ und in den Küstenzonen der NATO-Staaten. Falls die HVA die Inhalte jenes Dokuments authentisch wiedergab, dann hatte sich Bonn in gewissem Umfang der offensiven amerikanischen „Maritime Strategy“ angeschlossen: „Die dafür erforderlichen Seestreitkräfte der NATO sollen von ihrem Umfang und ihrer Kampfkraft her in der Lage sein, die Seestreitkräfte des Warschauer Vertrages weitgehend in ihren Stützpunktbereichen zu blockieren, um ihnen den Zugang zu ihren Operationsräumen zu verwehren.“ Hinzu kämen ausreichende Marinekräfte für den Geleitschutz der Konvois und die Sicherung der maritimen Transportwege, es gelte, „die Versorgung und Verstärkung des europäischen Kriegsschauplatzes über See sowie die Operationsfreiheit der NATO-Seestreitkräfte in den Randmeerzonen und ozeanischen Räumen von Beginn eines Krieges an“ aufrechtzuerhalten.

<sup>184</sup> „Information über die Vorbereitung der Frühjahrstagung 1985 der NATO-Führungsgremien“, - streng vertraulich! -, 20.5.1985, BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 36, Teil 1 von 2, Bl. 221.

Und viertens müsse die Überlebensfähigkeit der NATO-Nuklearwaffen, „insbesondere der kontinentalstrategischen Kernwaffen“ durch wirksame Schutz- und Tarnmaßnahmen garantiert werden.

Es waren dies alles essentielle, aber zugleich höchst anspruchsvolle Ziele, und man mag es der HVA in diesem Fall sogar glauben, wenn sie mit einer gewissen Zufriedenheit hinzufügen konnte: „Die weitreichenden Forderungen der BRD stießen bisher auf erheblichen Widerstand der anderen NATO-Staaten.“

Jene „Einsichtnahme“ und Berichterstattung der ostdeutschen Auslandsspionage sollte weiterlaufen, bis zum Ende des Kalten Krieges und bis zum Untergang der DDR. Noch im Sommer bzw. Herbst 1989 lieferte die HVA ganz ähnliche Dossiers über die (angeblichen) Probleme und militärischen Schwachstellen beim Klassenfeind – thematisiert etwa bei den Beratungen des NATO-Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) vom Juni 1989.<sup>185</sup> SA-CEUR General Galvin etwa habe in seiner Lageeinschätzung für die Verteidigungsminister der Allianz neben den unzweifelhaften Fortschritten bei der Modernisierung der NATO-Verbände in den letzten zwei Jahren auch auf das Fortbestehen einer ganzen Reihe von Defiziten hingewiesen: Noch immer fehle es den alliierten Streitkräften an Ausdauer und an Reserven, und auch das NATO-Konzept des „Follow-on Forces Attack“ (FOFA), der Bekämpfung der nachfolgenden strategischen Staffeln des Warschauer Paktes durch konventionelle Hightechwaffen, würde in der Realität auch noch nicht so funktionieren, wie von den Strategen erdacht – eine Information, welche möglicherweise aber von der HVA bewusst überbetont wurde, um die virulenten Ängste der eigenen Militärs vor den entsprechenden Fähigkeiten westlicher Kriegführung zu mindern? „Die konventionellen Streitkräfte bleiben im gesamten Kommandobereich, insbesondere jedoch im Abschnitt Nordeuropa, von der Heranführung auswärtiger Verstärkungen und von Maßnahmen der Mobilmachung abhängig; der angemessene Abschluss des Aufmarsches werde 14 Tage erfordern. Die Fähigkeiten zur Bekämpfung nachfolgender Gegnerkräfte (FOFA-Kapazitäten) ist infolge Mängel in der Bereitstellung moderner Zielerfassungs- und Waffensysteme nur ungenügend entwickelt. Es besteht darüber hinaus ein Fehl an operativen Reserven, um auf gegnerische Durchbrüche angemessen reagieren zu können. Die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte zum Schutz vor den Wirkungen chemischer Kampfstoffe ist unzulänglich und kann zum Zusammenbruch der zusammenhängenden Vorneverteidigung im Kriege führen. Die Seestreitkräfte verfügen nur über ungenügende Kapazitäten zur Minenkriegführung. [...] Im Kommandobereich Zentraleuropa sind die NATO-Streitkräfte in der Lage, eine stabile Anfangsverteidigung zu gewährleisten, obwohl einige Schwächen im Führungs- und Fernmeldewesen, in der Aufklärung, bei den Verstärkungskräften und im Durchhaltevermögen fortbestehen. Besorgnisse bereite die Situation an den strategischen Flanken. Die Streitkräfte in Nordeuropa besitzen einen zu geringen Grad der Flexibilität und Mobilität. Ihre Luftabwehrfähigkeiten sind ungenügend entwickelt und im unvertretbar hohen Maße von starken Seestreitkräften des atlantischen Oberkommandos abhängig. Die südliche Region leide unter veralteter Ausrüstung, verwundbaren Kommunikationswegen, geringer Munitionsbevorratung und ungenügender funkelektronischer Kapazität. Eine wesentliche Aufgabe des Bündnisses besteht in der Gegenwart darin, zeitgleich zu den Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag durch qualitative Maßnahmen die Kampfkraft seiner Streitkräfte zu steigern, der Rüstungskontrollprozess müsse zu erhöhter Sicherheit für das atlantische Bündnis beitragen.“

Auch SACLANT Admiral Kelso (US Navy), so referierten die HVA-Spione weiter, sei alles andere als zufrieden gewesen mit dem Zustand der alliierten Seestreitkräfte in seinem Kommandobereich Atlantik. Zunächst einmal sei der reale Präsenzstand bei den Geleitschiffen und Minenräumeinheiten zu niedrig: „Damit sind die Fähigkeiten zum

<sup>185</sup> „Information über Beratungen des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO“, - streng geheim! -, o.D. (Nr. 393/89), BStU Archiv der Zentralstelle, MfS HVA, Nr. 813, Bl. 181-188.

Schutz der atlantischen Verbindungswege, die Dislozierung von Angriffskräften und Operationen im Europäischen Nordmeer gefährdet.“ Überhaupt müssten noch immer viele der älteren Geleit- und Patrouillenfahrzeuge, der Minenräumer und der Seeaufklärungsflugzeuge als zu verwundbar eingestuft werden, ein Großteil von ihnen „bedarf dringend einer Ausrüstung, die den Mindestanforderungen des modernen Gefechts entspricht“. Und sogar bei den ASW-Fähigkeiten sei die NATO der angeblich weiter steigenden Bedrohung durch die sowjetische U-Bootflotte (deren in Wahrheit durchaus maroder Zustand bald offen zutage treten sollte) nicht gewachsen: „Aufgrund der gewachsenen Möglichkeiten der sowjetischen U-Bootflotte (durch Modernisierung verbesserte Parameter in Tauchtiefe, Reichweite, Geräuschminderung, Geschwindigkeit) verfügen die NATO-Kräfte nicht über die notwendige moderne Ausrüstung. 50 % der Geleitschiffe mit U-Jagdfähigkeiten sind erst im Zeitraum von 30 Tagen nach ihrer Anforderung verfügbar, von denen ein Drittel veraltet und nicht mit modernen Führungs-, Sensor- und Waffensystemen ausgerüstet ist. Besorgniserregend stellt sich diese Situation in den flachen Gewässern dar.“

Und schließlich habe der amerikanische Admiral SACEUR beipflichten müssen, was die weiterhin zu konstatierenden Lücken bei den Munitionsreserven und anderen Nachschubgütern anbetraf: „Durch ungenügende Bevorratung mit Munition und strategisch bedeutsamen Materialien wird das Durchhaltevermögen der Streitkräfte beeinträchtigt. Eine verzugslose Steigerung der Munitionsproduktion im Kriege kann nicht gewährleistet werden. Die Heranführung von Verstärkungskräften, Gerät und Versorgungsgütern ist nicht im geforderten Umfang gewährleistet.“

Die HVA vermeldete also weiterhin stolz „Plansollverfehlungen“ und Engpässe beim Militärbündnis des Klassenfeindes zu einer Zeit, als das Wirtschaftssystem des Ostblocks längst am Abgrund stand, als die eigenen Engpässe in den Regalen der „Totrüstungsstrategie“ der Reagan-Administration recht zu geben schienen, und als die Stasi von den Ereignissen im eigenen Lande überrascht und überrollt wurde. Die so allmächtig erscheinende Stasi wurde gleichsam das Opfer einer besonderen Ironie der Geschichte.

## Schlussbetrachtungen

Vielleicht war es ja wirklich keine schlechte Idee, angesichts der Krisenverdichtungen in der Region Mittlerer Osten/Südwestasien in den späten 70er Jahren das Stichwort „Vietnam“ zu bemühen – allein, jene Analogie traf dann möglicherweise noch in einem ganz anderen Sinne zu, als ursprünglich von den Komparatisten unter den Geostrategen gedacht: Nicht nur als Präventivreaktion unter der Ägide einer real wirksamen oder doch nur eingebildeten Dominotheorie, sondern auch im Sinne der Gefahr einer militärischen Überdehnung der amerikanischen Supermacht, welche trotz aller Hochrüstung die Endlichkeit ihrer Ressourcen zur Kenntnis zu nehmen hatte. Eine Supermacht, die zur Verteidigung ihrer Glaubwürdigkeit einen Krieg in Südostasien führte und am Ende gerade dadurch ihr allianzpolitisches Kapital in den Bündnissen NATO und CENTO verspielte.

Denn welche sicherheitspolitischen Nebeneffekte für Westeuropa hatte dereinst das immer stärkere Hineingleiten Amerikas in den vietnamesischen „Sumpf“? Die US-Militärpräsenz wurde deutlich ausgedünnt, und während auf der Ebene der transatlantischen Strategiedebatten der Wandel von der Doktrin einer *Massive Retaliation* hin zur *Flexible Response* eingeleitet wurde, warnten westliche Kommandeure davor, die konventionelle Schwäche der NATO und die Diversion amerikanischer Streitkräfte nach Vietnam führe jenen Strategiewandel quasi im echten Leben ad absurdum und werde im Ernstfall mehr denn je einen *frühzeitigen* Rückgriff des Westens auf Nuklearwaffen notwendig machen.<sup>186</sup>

Drohte nun eine Dekade später wieder eine ähnliche militärische Logik wirksam zu werden? Würde die NATO im Kriegsfall gerade deshalb in Europa schneller zur Atombombe greifen müssen, weil die USA mit den eigentlich für Westeuropa designierten Truppen gerade das saudische Öl verteidigten? Einige Passagen in den HVA-Dossiers würden einen solchen Schluss durchaus nahe legen. Doch bei der Interpretation jener Quellen ist größte Vorsicht geboten, solange nicht die Originaldokumente verfügbar sind. Erinnert sei nur an die ehrgeizige Geheimdienstoperation RYAN, ausgehend von KGB und GRU und mit der HVA als eifrigem Gehilfen und Zulieferer: Im Zuge jener Operation waren die östlichen Nachrichtendienste darauf fixiert, nach Anzeichen für die Vorbereitung eines präventiven, „enthauptenden“ Nuklearangriffs durch den Westen zu suchen, eine Fleißarbeit, bei der KGB, GRU und MfS ihre Auftraggeber wohl nicht enttäuschen wollten.<sup>187</sup> Nicht auszuschließen also, dass die HVA im Sinne der Plansollertfüllung entsprechende Passagen in erbeuteten NATO-Dokumenten besonders hervorhob oder überbetonte. Damit würde die RDF-Berichterstattung im Kontext der allgemeinen, grundlos aggressiven HVA- und KGB-Bewertung der NATO-Nachrüstung zu sehen sein.

Aber nur einmal angenommen, diese Spionageinformationen über die bündnisinterne Diskussion innerhalb der NATO wären halbwegs zutreffend, so ließe sich daraus folgern, dass gewisse Optionen der USA für globale militärische Interventionen, und insbesondere der Einsatz der RDF am Persischen Golf, zugleich die Gefahr in sich trugen, gerade die erhoffte Konventionalisierung eines Krieges durch die Einführung der neuen Generationen von Hightech-Waffen, von FOFA und *AirLand Battle* zu konterkarieren.

Ob nun korrekt oder verfälscht berichtet, die sowjetischen Militärstrategen dürften sicherlich ihre Schlussfolgerungen gezogen haben, und dabei seien ergänzend folgende Faktoren in Erinnerung gerufen: Erstens, wenngleich die sowjetische Militärdoktrin in den 70ern und 80ern eine Konventionalisierung erlebte, so blieb doch offenkundig der massierte Einsatz von taktischen bzw. eurostrategischen Nuklearwaffen zur Erreichung der operativen militä-

<sup>186</sup> Vgl. Michael Schmid, Nukleares Skalpell oder Damoklesschwert? Strategiediskussionen und Militärkonzepte der NATO und der USA in Zeiten von „Flexible Response“, Doppelbeschluss und PD-59 (1968-1980), <http://www.opus-bayern.de/uni-augsburg/volltexte/2007/648/>, hier S. 7f.

<sup>187</sup> Vgl. Christopher Andrew und Wassili Mitrochin, Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, 2. Aufl. München 2001, S. 301ff., und Zubok, Failed Empire, S. 271-278.

rischen Zielvorgaben eine reale Option. Zweitens: Auch aus Oral-History-Interviews mit ehemaligen sowjetischen Kommandeuren lässt sich schließen, dass jene Militärs von vornherein und bis zum Ende des Kalten Krieges mit einem sehr frühzeitigen Atomwaffeneinsatz durch die NATO-Verteidiger rechneten.<sup>188</sup> Und drittens, welche Wirkung würden derartige ideologisch verfestigte (Fehl-)Einschätzungen über einen schnellen Griff des Westens zur „Bombe“ auf die östliche Gesamtstrategie, verwurzelt in einem nicht unerheblichen Präventiv- bzw. Präemptivschlagsdenken, haben? Hier warf das Trauma des Jahres 1941 einen langen, übermächtigen Schatten.

Doch letztendlich müssen viele Fragen nach der genauen „Verarbeitung“ von spezifischen nachrichtendienstlichen Informationen durch die letztendlich maßgebenden Stellen im sowjetischen Militärapparat noch immer (und wohl noch für lange Zeit) offen bleiben. Nicht zu Unrecht hat jüngst ein Forschungsbericht konstatiert: „Der Warschauer Pakt kann nur in Ansätzen als erforscht gelten.“<sup>189</sup> Und gerade auch was die Nuklearkriegsvorbereitungen der sowjetischen Seite anbetrifft, können neue Überraschungen ans Licht kommen, wie etwa zuletzt im Zusammenhang mit den geheimnisumwitterten Bunkerkomplexen von Yamantau und Kosvinsky im Ural, und in Verbindung mit einem offenbar automatisch ausgelösten nuklearen Gegenschlag: Das „Perimetr“-System, welches gleichsam eine „Weltuntergangs-Maschinerie“ darstellen soll, sich aktivierend bei Indizien für einen Atomangriff auf die UdSSR.<sup>190</sup> Hier bliebe in der Tat noch viel für die zukünftige Forschung zu tun.

Was das konventionelle Kräfteverhältnis der beiden Militärblöcke anbetraf, so dürften Informationen wie jene, welche die HVA zum Stand des LTDP und zu den Schwachstellen der einzelnen NATO-Staaten sammelte (und neben jenen Überblicksbewertungen gab es bei KGB und GRU sicherlich noch bis weit ins Detail reichende Defizitanalysen für einzelne NATO-Verbände), im Ernstfall sicher von nicht unerheblichem *taktischen* Wert gewesen sein. Die *strategische* Wirkung sprach jedoch für den Westen, denn letztendlich verstärkte sich bei den Militärs des Warschauer Paktes eher die Wahrnehmung der eigenen Unterlegenheit, des unabwendbaren Zurückfallens: Wenngleich der Osten die Mängel der NATO genau zu kennen glaubte, so blieb die Allianz in der Sparte der Hightech-Kriegsführung doch noch immer dem Osten um Längen voraus. Um hierzu noch ein anderes Beispiel anzuführen: Anfang der 80er Jahre fiel der HVA auch eine ausführliche Kriegssimulation der NATO für einen Angriff des Warschauer Paktes auf die Bundesrepublik in die Hände – aus der Perspektive der NATO bestand demnach durchaus Grund zur Sorge, doch andererseits dürften die Ergebnisse und Prognosen jenes War Game auch den östlichen Blitzkriegsstrategen nicht unbedingt gefallen haben.<sup>191</sup>

Damit nicht genug: Die eigene militärische und ökonomische Überdehnung, das Zerbröckeln der sowjetischen Wirtschaft und das Afghanistan-Debakel verwiesen auch jenes von den US-Nachrichtendiensten durchgespielte Szenario einer sowjetischen Invasion des Iran ins Reich der Illusionen (vorstellbar waren lediglich selektive, bestrafende Militärschläge gegen Pakistan). Der von CIA und pakistanischem ISI, von Washington, Islamabad und den Saudis unterstützte Kampf der Mujaheddin in Afghanistan bereitete den sowjetischen

<sup>188</sup> Vgl. John A. Battilega, Soviet Views of Nuclear Warfare: The Post-Cold War Interviews, in: Henry D. Sokolski (Ed.), Getting MAD: Nuclear Mutual Assured Destruction, Its Origins and Practice (Strategic Studies Institute, November 2004), <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/download.cfm?q=585>, S. 151-174.

<sup>189</sup> Heiner Bröckermann, Torsten Diedrich, Winfried Heinemann, Matthias Rogg, Rüdiger Wenzke, Die Zukunft der DDR-Militärgeschichte. Gedanken zu Stand und Perspektiven der Forschung, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift MGZ, 66 (2007) Heft 1, S. 71-99, hier S. 96.

<sup>190</sup> Vgl. dazu jüngst Ron Rosenbaum, The Return of the Doomsday Machine?, in: Slate, 31.8.2007, <http://www.slate.com/id/2173108>; basierend auf den Erkenntnissen des US-Nuklearexperten Bruce Blair vom World Security Institute (<http://www.cdi.org/program/issue/index.cfm?ProgramID=32&issueid=110>).

<sup>191</sup> Der Verfasser wird auf diese Episode noch detailliert in seiner Buchpublikation eingehen.

Streitkräften genug Probleme – zumal, wie heute bekannt ist, die Strategen des sowjetischen Generalstabes um Marschall Ogarkow, Marschall Akhromejew und General Varennikow alles andere als begeistert waren von der Entscheidung ihrer Oberen (KGB-Chef Andropov und Verteidigungsminister Ustinov), auf einen direkten Einmarsch in Afghanistan hinzuarbeiten.<sup>192</sup>

Und die bald nach der Afghanistaninvasion akut werdende Krise in Polen führte im Grunde zu einer massiven Aufweichung der Breschnew-Doktrin direkt vor der eigenen „Haustüre“ der Sowjets.<sup>193</sup> Breschnew und Andropov waren nicht bereit, die Niederschlagung des Prager Frühlings zu wiederholen und sowjetische Divisionen in Polen einrücken zu lassen: Die politischen Konsequenzen hätten die Erfolge der sowjetischen Außenpolitik der letzten Dekade vollends zunichte gemacht, und allein die Kosten einer militärischen Besatzung wurden als ruinös für die UdSSR eingeschätzt – das Säbelrasseln in Form von großangelegten Manövern des Warschauer Paktes sollte eine andere Funktion haben. Wenn die Moskauer Gerontokratie bereits hier zauderte, so verwundert es nicht, dass sich zumindest nach dem derzeitigen Stand der Forschung keine konkreten Hinweise dafür benennen lassen, dass die Sowjetführung einen militärischen Griff nach den Ölquellen am Persischen Golf ernsthaft erwogen hätte.<sup>194</sup> Öl spielte in der sowjetischen Strategie durchaus eine bedeutende Rolle, aber in einer ganz anderen Weise: Als kostbarer Devisenbringer beim Verkauf der *eigenen Bestände* auf den Weltmärkten, als einer der letzten wirtschaftlichen Rettungsanker der UdSSR.

Das heißt nicht, dass nicht auch unter der Reagan-Administration weiterhin das Szenario eines sowjetischen Einmarsches in den Iran dankbar bemüht wurde, um etwa das Iran-Contra-Geschäft zu begründen. Gleichzeitig unterstützte Washington natürlich das Regime Saddam Husseins, als sich das Kriegsglück wendete und ein Sieg für den Iran sich abzeichnete. Eine antiiranische Stoßrichtung lag auch der Operation „Earnest Will“ zugrunde, dem Geleitschutz der U.S. Navy für kuwaitische Tanker. Zumindest drei Aspekte stechen dabei ins Auge: Nicht genug, dass bei jenem „Tankerkrieg“ die bekannten internen Rivalitäten und Grabenkämpfe zwischen den US-Teilstreitkräften einmal mehr deutlich wurden. Kuwait verfügte auch über bemerkenswert gute, ja vielleicht ungesund gute Kontakte zur US-Marineführung, mit denen sich Eigeninteressen durchsetzen ließen, die nicht unbedingt mit jenen der Vereinigten Staaten kongruent waren. Und schließlich hatte Kuwait, um Washington unter Druck zu setzen, allen Ernstes zunächst in Moskau angefragt, ob nicht *die sowjetische Marine* den Schutz gegen die Iraner übernehmen könnte.<sup>195</sup> Wer glaubte, derart freizügig Einladungen an die UdSSR verteilen zu können, scheint die Containment-Grundprinzipien von Brzezinskis und Carters Regionalstrategie vielleicht nicht ganz begriffen zu haben.

Gerade solchen Partnern kamen die USA dann 1990/91 zu Hilfe, als ein Szenario Realität wurde, welches seit dem Amtsantritt von General Norman Schwarzkopf als neuer CINCENT ab 1988 immer stärker in den Fokus der CENTCOM-Militärplaner getreten war: Ein kriegsgeschundener Irak, dessen Diktator seine Truppen auf Beutezug gen Kuwait schickte.<sup>196</sup>

<sup>192</sup> Vgl. Westad, *Global Cold War*, S. 320.

<sup>193</sup> Vgl. Zubok, *A Failed Empire*, S. 265-270.

<sup>194</sup> Dies soll nicht ausschließen, dass in den sowjetischen Militärapparaten nicht doch entsprechende Planspiele durchexerziert worden sein könnten: Sogar beim militärischen „Kerngeschäft“, den Strategien und Szenarien eines Dritten Weltkrieges mit den USA, scheinen in der UdSSR die politische Führung und die Militärplaner des Generalstabes in mancherlei Hinsicht ohne größeres Abstimmungsbedürfnis schlichtweg aneinander vorbeigearbeitet zu haben. Vgl. Battilega, *Soviet Views of Nuclear Warfare*, S. 158 und 162.

<sup>195</sup> Vgl. Odom, *Cold War Origins of the U.S. Central Command*, S. 79.

<sup>196</sup> Schwarzkopf hatte bereits bei seinem „Vorstellungsgespräch“ beim damaligen Verteidigungsminister Frank Carlucci diese Gefahr des irakischen Expansionismus zur Sprache gebracht. Als der CINCENT das Irak-Kuwait-Szenario im Juli und August 1990 im Rahmen der Kommandostabsübung „Internal Look“ auf

Ohne die militärstrategischen und logistischen Vorarbeiten der Carter- und Reagan-Ära wäre in der Tat ein derartig zügiger Aufmarsch der US-Verbände am Golf im Rahmen der Operation „Desert Shield“ nicht möglich gewesen (obschon auch hier noch immer Defizite bei der amerikanischen power projection zu konstatieren waren): Es war das Vorspiel zu jenem Golfkrieg von 1991, welcher durch den Sieg des „American Way of War“ auf dem Wüstenschlachtfeld das Trauma des Vietnamkrieges endgültig auslöschen sollte – und gerade in diesem Kontext war Präsident George H. W. Bush nachdrücklich darum bemüht, eine Verwicklung der US-Truppen in die Aufstände der Schiiten und Kurden nach der Niederlage von Saddam Husseins Armee zu verhindern.

Eine Entscheidung, welche gerade nach dem 11. September wiederum den Ausgangspunkt markierte für neokonservative Geschichtsinterpretationen, Analogiespiele und Legendenbildungen: Die Figur einer „verpassten Chance“ verband sich mit jenen (nunmehr offensiven) Dominotheorien, mit denen die Administration von George W. Bush versuchte, den Irakkrieg zu legitimieren. Washington zeigte Desinteresse an den eingangs angeführten allseitigen Warnungen vor einer Ressourcenverschwendung im globalen Antiterrorkampf und vor einer Verzerrung des Feindbildes, weg von den eigentlichen Bedrohungen und hin zum altbekannten, leicht auszuschaltenden „Lieblingsfeind“. Die katastrophale Fehlentscheidung des Irakkrieges, das Abgleiten des Landes in Aufstände, religiöse Bürgerkriege und Chaos hat Vietnamkriegsanalogien eine neue Renaissance beschert – und nunmehr erneut zu einer *realen* und höchst gefährlichen Überdehnung der US-Militärmacht geführt.

---

den Militärbasen Fort Bragg, Hurlburt und Duke Fields durchspielen ließ, wurde aus jener Fiktion bekanntlich bereits innerhalb weniger Tage Realität: Die während der Übung ausgegebenen fiktiven Lageeinschätzungen und Befehle mussten explizit mit dem Vermerk „exercise only“ versehen werden, weil sie den realen Meldungen der US-Nachrichtendienste über den irakischen Aufmarsch täuschend ähnelten. Während der letzten Tage von „Internal Look“ überrannten Saddams Truppen dann das „echte“ Kuwait. Vgl. Hines, From Desert One to Southern Watch, in: JFQ, Spring 2000, S. 45.